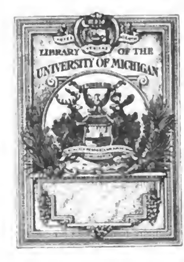
Die mitteleuropäi... Friedensliga

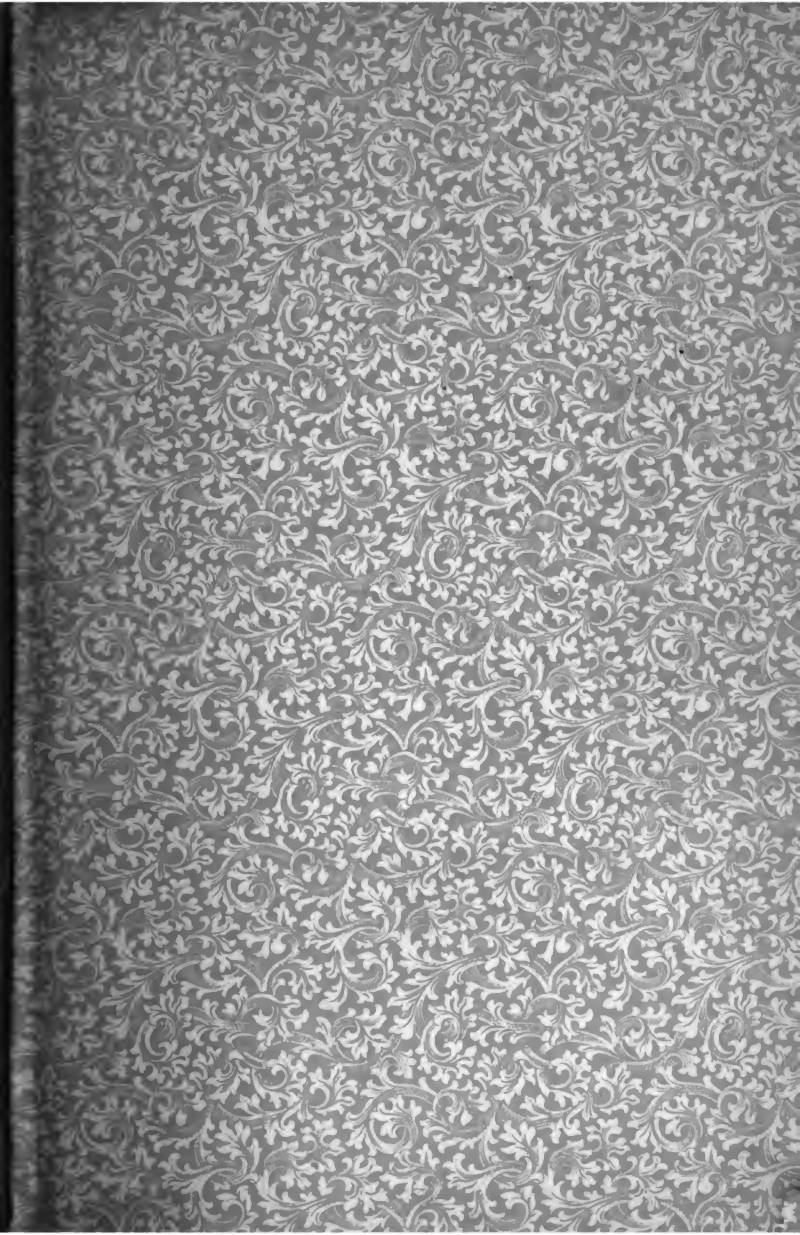
Hermann Robolsky

Die mitteleuropäi... Friedensliga

Hermann Robolsky




LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN



Die mitteleuropäische Friedensliga.

Ihre Entstehung, Entwickelung und Zukunft.

Von

Dr. H. Robolsky.



Leipzig 1891
Rengersche Buchhandlung
Gebhardt & Wilisch.

Druck von Hugo Wilisch in Chemnitz.

Vorwort.

Das vorliegende Buch bedarf einer Rechtfertigung. Ohne Archive keine Geschichtsschreibung! Aber für historische Gegenstände, die einem so jungen Datum angehören, wie der in diesem Buche behandelte, erschließt sich dem Profanen so leicht kein Archiv. Wenn der Unterzeichnete gleichwohl es unternimmt, über den Ursprung und Entwickelung des mitteleuropäischen Dreibundes zu schreiben, um daraus einen Schluß auf die Zukunft zu ziehen, so liegt das in dem Reize, den dieser Gegenstand für jeden ausüben muß, der die Zeitgeschichte täglich und lebhaft verfolgt, und, je mehr er sie verfolgt, sich um so häufiger vor Fragen gestellt sieht, deren Lösung nicht für jedermann auf der Hand liegt. Wir haben über das mitteleuropäische Bündnis viele parlamentarische Reden seitens der beteiligten Staatsmänner, daneben die Mitteilungen der offiziösen Presse dreier Länder vernommen, aber sie sind keineswegs immer kongruent. Der Text des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages von 1879 ist uns im Februar 1888 bekannt geworden, aber die Genesis dieses Vertrages ist noch nicht genügend aufgeklärt, und über die Tragweite der Stipulationen lautet Verschiedenes. Den Inhalt des deutsch-italienischen Vertrages kennen wir so wenig genau, wie seinen Ursprung. Ob und wie weit andre Staaten dem Dreibunde sich angeschlossen haben, z. B. Rumänien, ist ein diplomatisches Geheimnis. Dazu kommen die Dunkelheiten über daneben bestehende Bündnisse, resp. „Verhältnisse" oder „Gruppierungen". Was für eine Bewandtnis hat es mit dem maritimen Dreibund? Was bedeutete das Drei-Kaiser-Verhältnis von 1884—1887? Woran scheiterte es? Wie weit wirkt es noch fort? Das sind alles Fragen, über welche die Archive noch vollständige Verschlossenheit bewahren, und die auf ihre Geheimnisse eifersüchtige Diplomatie sich gänzlich

ausschweigt. Je näher die Entwickelung der internationalen Verhältnisse zur Gegenwart steht, desto mehr gilt das Wort: „Unser Wissen ist nichts, wir lauschen allein dem Gerüchte.“ Wer über alle diese Dinge un po' più di luce verlangt, ist darauf angewiesen, aus dem Wust öffentlicher und privater Äußerungen eingeweihter Staatsmänner, der inspirierten Zeitungsartikel, der Schlußfolgerungen, welche die Ereignisse gestatten, der Kombinationen politischer Autoritäten die historische Phantasie den Kern finden zu lassen, der die Wahrscheinlichkeitsrechnung für sich hat. Das vorliegende Buch hat alles in sich zu verarbeiten gesucht, was über das ziemlich komplizierte Bündnis-System des heutigen Europas Licht zu verbreiten vermag. Sind dafür die Reden der Staatsmänner und die Enthüllungen der Presse die Hauptquelle, so nimmt es doch der Verfasser auch als ein Verdienst in Anspruch, den spärlichen aktenmäßigen Belägen bis in entlegene Regionen nachgegangen zu sein, wo sie bisher noch nicht die Beachtung fanden, die sie verdienen.

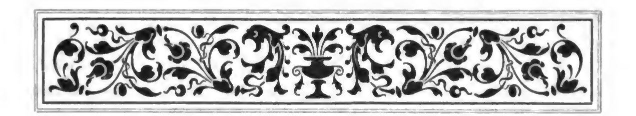
Vollzieht sich die internationale Tagesgeschichte nicht in dem Rahmen eines großartigen Bündnissystems? In Bündnissen, Verhältnissen und Gruppierungen wirken die Mächte für und gegen einander. Das politische Kaleidoskop wechselt mit den Verschiebungen, und wenn in der Erscheinungen Flucht der beharrliche Dreibund sich um seine feste Axe dreht, so sind doch auch hier Schwankungen bemerkbar, wie im physikalischen Sonnen- und Planetensystem.

Der Autor meint, es lohnt sich, das Europa beherrschende Bündnissystem zum Gegenstand einer Studie zu machen, es lohnt sich um so mehr, seitdem der Begründer des Dreibundes nicht mehr an dem gewohnten Ruder steht und mit sicherer Hand den Gang des Schiffes bestimmt.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite



I.

Ein geheimnisvoller Vertrag.

In der Hauptstadt des Deutschen Reiches waren im Monat Juni 1878 die ersten Minister und Diplomaten aller europäischen Großstaaten vereinigt, um das Werk des Friedens zu vollenden und zu besiegeln, welches durch die vertraulichen Verhandlungen der letzten Monate allseitig vorbereitet worden war. Schon das Zustandekommen dieser Vereinigung erschien als eine Bürgschaft für das endliche Gelingen, — die berühmtesten und gelehrtesten Staatsmänner Europas wollten eben für den glücklichen Abschluß des Werkes, auf welches die sehnlichen Wünsche der Völker gerichtet waren, das Vollgewicht ihrer persönlichen Autorität mit einsetzen und dem in Aussicht stehenden Friedenspakt die Weihe ihrer Namen geben.

Je mehr diese hoffnungsvolle Bedeutung des beginnenden Kongresses allseitig anerkannt wurde, desto freudiger und wärmer begrüßte die Bevölkerung die Versammlung selbst und ihre Mitglieder und würdigte vollkommen die Ehre, welche der deutschen Hauptstadt durch eine so erhabene Vereinigung zu teil wurde.

Gern hätte gewiß Kaiser Wilhelm I., welcher die Vollendung des Friedenswerkes aufrichtig herbeigesehnt und eifrig gefördert hatte, den europäischen Friedensboten den Willkommen des deutschen Volkes persönlich entgegengebracht, statt seiner mußte der Kronprinz auch diese kaiserliche Ehrenpflicht erfüllen.

Zu besonderer Genugthuung durfte es dem deutschen Volke gereichen, daß durch den Berliner Kongreß die ernste und besonnene Friedenspolitik, welche die deutsche Regierung seit Beginn der orientalischen Verwickelung befolgt hatte, nunmehr ihre höchste Bestätigung und Erfüllung finden sollte. In der Thatsache, daß der Kongreß sich

in Berlin versammelte, durfte man ein Anerkenntnis dafür finden, daß die deutsche Politik die Aufgabe friedlicher Vermittelung, welche sie sich in der großen Frage gestellt hatte, seither in Wahrheit redlich zu lösen bemüht war. Wenn man jetzt nach den Schwierigkeiten, welche in den letzten Wochen zwischen den nächstbeteiligten Großmächten zu lösen waren, die Ausführungen des Reichskanzlers in der Rede des 19. Februar über die vermittelnde Aufgabe der deutschen Politik sich wieder vergegenwärtigte, so mußte man ohne weiteres erkennen, wie zutreffend derselbe die Gesamtheit der Verhältnisse und Beziehungen unter den Mächten beurteilte, wie wohlbegründet trotz der vielseitigen Schwierigkeiten sein Vertrauen auf die schließliche Mäßigung aller beteiligten Mächte war, und wie richtig er die Stellung Deutschlands behufs Mitwirkung zu einem versöhnlichen Einverständnisse auffaßte und bezeichnete.

Er verwahrte die deutsche Politik entschieden gegen die ihr von gewisser Seite zugemutete Rolle eines Schiedsrichters unter den Mächten und nahm vielmehr nur die bescheidenere Rolle eines ehrlichen Vermittlers in Aussicht.

In diesem Sinne zu wirken, hatte die Zwischenzeit reichen Anlaß geboten. Daß es nicht erfolglos geschehen, dafür zeugte eben der Zusammentritt des Kongresses.

Den größten Anteil an dem Erreichten hatte freilich die Mäßigung der unmittelbar beteiligten Mächte gehabt und darauf vor allem beruhte auch die Bürgschaft für die volle Ausgleichung der mancherlei noch vorhandenen Bedenken und Gegensätze, welche auf dem Kongreß zum Ausdruck und zur Erledigung kommen sollten.

Wenn nicht alle Anzeichen und Aussichten trogen, so konnte der Berliner Kongreß nach den Erregungen und Erschütterungen des russisch-türkischen Krieges und nach den die Ruhe Europas bedrohenden Zerwürfnissen, welche sich daran knüpften, ein endliches friedliches Einverständnis der europäischen Mächte über die Frage herbeiführen, welche früher stets als der Ausgangspunkt eines unvermeidlichen allgemeinen Kriegsbrands erschien. Wir werden sehen, wie weit die Wirklichkeit dieser Erwartung entsprochen hat.

Es ist auffallend, daß über den Ursprung des Kongreßgedankens von 1878 noch heute gestritten wird. Fürst Bismarck bemerkte darüber in seiner Rede vom 6. Februar 1888: „Wir hatten

damals sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebensowenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal, weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses notwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich dennoch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und von Österreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zustande."

Ähnlich hatte sich in einem Streite mit russischen Blättern die Berliner offiziöse Presse im Jahre zuvor schon geäußert, um von Deutschland die Schuld der Veranlassung eines Kongresses abzuwälzen, durch den sich Rußland benachteiligt fand. Gleichwohl — trotz Bismarcks Autorität — hatte man Unrecht, Rußland selber die Initiative zuzuschreiben. Die Sache lag vielmehr folgendermaßen: Am 5. März des Jahres 1878 lud Graf Andrassy die europäischen Mächte zu einer Konferenz in Wien, um die Übereinstimmung Europas bezüglich jener Veränderungen herbeizuführen, welche durch die Friedensbedingungen zwischen Rußland und der Türkei (San Stefano) in Bezug auf die Verträge von 1856 und 1876 notwendig sein könnten. Schon am darauffolgenden Tage erklärten sich die Mächte zur Beschickung einer solchen Konferenz bereit, wollten jedoch die Frage, ob dieselbe in Wien stattfinden sollte, einstweilen offen lassen. Am 7. März änderte Graf Andrassy die Aufforderung zu einem Kongresse der leitenden Minister in Berlin um. Rußland hätte irgend eine kleinere Stadt gewünscht, allein Graf Andrassy beharrte darauf, daß der Kongreß in Berlin zusammentreten solle. „Die österreichisch-ungarische Regierung ist

der Ansicht," hieß es in der diesbezüglichen Zirkularnote, „daß ein Kongreß die meiste Aussicht haben würde, zu praktischen Resultaten zu gelangen, wenn er in Berlin stattfindet; das Berliner Kabinett hat sich bereit erklärt, die Einladungen dazu ergehen zu lassen, sobald wir (Österreich-Ungarn) in der Lage sind, es der Zustimmung der übrigen Kabinette zu versichern." England erklärte schon zwei Tage später, kein Bedenken gegen einen Kongreß zu haben, wenn sämtliche, im Vertrage zu St. Stefano zwischen Rußland und der Türkei behandelte Fragen den Gegenstand der Erörterung bilden würden, dagegen meldete Lord Loftus unter dem 12. März an Lord Derby: Fürst Gortschakow habe erklärt, daß der Vertrag von St. Stefano nach der Ratifikation zwischen Rußland und der Türkei bindend sei und jede etwa von den Mächten vorzunehmende Veränderung der Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei bilden müsse, auch könne Rußland nur die Diskussion über diejenigen Artikel annehmen, welche europäische Interessen berühren. Endlich siegte jedoch die englische Auffassung und unter dem 3. Juni erging bereits von seiten der deutschen Reichsregierung die Einladung zum Kongresse an sämtliche Mächte, in welcher ausdrücklich gesagt wird: „In Übereinstimmung mit der vom östereichisch-ungarischen Kabinett ergriffenen Initiative beehrt sich die Regierung Sr. Majestät des deutschen Kaisers, den Signaturmächten der Verträge von 1856 und 1876 vorzuschlagen, sich zu einem Kongresse in Berlin vereinigen zu wollen, um auf demselben die Bestimmungen des zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrages von St. Stefano zu erörtern;" und weiter unten heißt es, daß „die freie Erörterung des gesamten Inhalts des Vertrages von St. Stefano" die Aufgabe des Kongresses zu bilden habe. Aus alledem geht wohl klar hervor, daß die Initiative zur Einberufung des Kongresses von Österreich-Ungarn ausging, während Rußland sich nur mit Widerstreben diesem Vorschlage fügte.

Wie es nun auch mit der Priorität des Kongreßgedankens zwischen Österreich und Rußland sich verhalten mag, so bleibt die Thatsache bestehen, daß die Berufung des Kongresses ein deutsches Bedürfnis nicht war und die Anregung dazu auch nicht von Deutschland ausgegangen ist. Das unbeteiligte Berliner Kabinett hat damals lediglich den näher beteiligten Mächten seine guten Dienste

im Interesse des Friedens zur Verfügung gestellt und den Kongreß berufen, nachdem die Bereitwilligkeit zur Annahme der Einladung von seiten Rußlands, Österreichs und Englands festgestellt war.

„Der Friede von San Stefano," sagte Bismarck später einmal, „war meiner Überzeugung nach nicht viel bedenklicher für die antirussischen Mächte und nicht sehr viel nützlicher für Rußland, als nachher der Kongreßvertrag gewesen ist. Der Friede von San Stefano hat sich ja, kann man sagen, nachher von selber eingefunden, indem das kleine, ich glaube 800 000 Seelen umfassende Ostrumelien eigenmächtig die Wiederherstellung der — nicht ganz — der alten San-Stefano-Grenze auf sich nahm und sich Bulgarien anfügte. Es war also der Schaden, den der Kongreß in den Abmachungen von San Stefano angerichtet hat, nicht so sehr schlimm." Diese Erklärung zeigte zwar von weitem Entgegenkommen gegen Rußland, man darf aber wohl anderer Meinung sein. Der Vertrag von San Stefano schuf ein russisches Groß-Bulgarien, der Berliner Vertrag verkleinerte es und entzog es der russischen Alleinherrschaft, gab der Pforte den Balkan zurück und schob zwischen Rußland und Byzanz die habsburgische Monarchie. Bismarck wollte eben nur ausdrücken, wie wenig Deutschland empressiert war, den Vertrag von San Stefano zu revidieren. Bei derselben Gelegenheit (Februar 1886) sagte er, er lasse es dahingestellt, ob diese Abmachungen von San Stefano gerade ein „Meisterwerk der Diplomatie" seien. Diese Bemerkung blieb in Rußland nicht unbeachtet. Sie gab dort Anlaß, zu fragen, wo etwa die Stelle zu suchen sei, auf die sich die Kritik des Reichskanzlers vorzugsweise beziehen könnte. Zur großen Überraschung für manche Kreise hat sich ergeben, daß die russischen Unterhändler, von denen Graf Ignatiew die erste Rolle spielte, im Frieden von San Stefano nicht die geringste Vorsorge für den Fall getroffen hatten, daß die inneren Vorgänge in Bulgarien die Neuordnung umwerfen würden. Die Einführung des neuen Regiments in der Bulgarei und die Überweisung seiner Ausübung wurden durch den Vertrag von San Stefano für zwei Jahre einem kaiserlichen russischen Kommissar übertragen, die Besetzung Bulgariens durch eine russische Armee aber auf eine Frist von „annähernd zwei Jahren" beschränkt, nach deren Beendigung der Abzug zu erfolgen hätte. Der heute in Bulgarien vorliegende Fall einer von Rußland

und den Mächten nicht bestätigten Fürstenwahl nach Abgang des ersten Fürsten ist in dem Vertrag von San Stefano absolut nicht erwähnt, ist vollständig ausgefallen. Man kann sich nicht verhehlen, daß es die Schuld der russischen Diplomatie ist, nicht die des Berliner Kongresses, welche den heutigen diplomatischen Zustand, den Vorgängen in Bulgarien gegenüber, verschuldet hat. Man bringt damit in Gegensatz, wie Österreich-Ungarn seine Stellung in Bosnien-Herzegowina durch Feststellung eines unbedingten Besetzungsrechts zu sichern wußte, und zieht daraus Schlüsse, welche sich sehr heftig gegen den Grafen Ignatiew und die russischen Unterhändler in Berlin wenden. Die Kritik, welche Fürst Bismarck an der russischen Diplomatie geübt hat, muß daher als eine berechtigte zugegeben werden; es ist das kein angenehmes Eingeständnis, aber den Vorwürfen, welche gegen den Berliner Vertrag erhoben werden, kann nicht schlagender erwidert werden, als durch Hinweis auf den in der schwebenden Frage noch viel lahmeren Frieden von San Stefano, der doch zweifellos einzig auf russisches Konto geht.

Was die Revision des Vertrages von San Stefano durch den Berliner Kongreß in dem Punkt der Okkupation von Bosnien, der „Einschiebung der habsburgischen Monarchie zwischen Rußland und Byzanz" betrifft, so hat es lange gedauert, nämlich bis zum April 1887, ehe wir von den Verhandlungen Österreichs und Rußlands ohne Wissen und Mitwirken Deutschlands im Jahre 1876 etwas Näheres erfahren haben, obwohl die panslawistisch-russische und auch die offiziöse russische Presse seit 1878 schon wiederholt Deutschlands Staatsmann der Perfidie gegen Rußland und insbesondere der Übervorteilung desselben auf dem Berliner Kongresse beschuldigt hatte. Auf diesen Kongreß soll nämlich Fürst Bismarck im Interesse der österreichischen Orientpolitik das „harmlose, vertrauensvolle Rußland" gelockt haben, um es dort, unterstützt von Österreich und England, aller Früchte seiner opfervollen Siege über die Türkei zu berauben. Eine Irreführung der öffentlichen Meinung Europas war keineswegs ausgeschlossen, denn zur öffentlichen Kenntnis war nur der Berliner Kongreß selbst und sein Verlauf gekommen. Man wußte, daß Fürst Bismarck als Vermittler zwischen den Mächten gewirkt hatte, und daß die Protokolle des Kongresses u. a. auch diejenigen Bestimmungen enthalten, auf Grund deren Österreich-Ungarn in

Bosnien und der Herzegowina einrückte, während Rußland eine provisorische Ausnahmestellung in Bulgarien eingeräumt wurde. Selbstverständlich erschien unter solchen Umständen auch die Ausdehnung der österreichischen Machtsphäre auf zwei große türkische Provinzen lediglich als ein Ergebnis des Kongresses und Rußland konnte insofern allerdings dupiert erscheinen, als auf der Balkanhalbinsel das sichtbare Ergebnis seiner Siege über die Türkei ein dauernder Gebietszuwachs an Österreich-Ungarn war, während ihm selbst in Bulgarien nur auf Zeit eine maßgebende Stellung eingeräumt war. Die russische Regierung konnte sich unter solchen Umständen als das Opfer perfider Freunde hinstellen, auch wenn unter Hinweis auf Bosnien einerseits, auf Bulgarien andererseits schon damals von einer Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären zwischen Österreich und Rußland schon viel gesprochen wurde.

Warum nun ließ man sowohl in Wien als in Berlin den systematischen und immer wieder auftauchenden Verdächtigungen so lange Zeit freien Spielraum, wenn man das Material in Händen hatte, sie mit einem Schlage in ihrer ganzen Nichtigkeit hinzustellen? Daß man nämlich auch deutscherseits schon 1878, jedenfalls anläßlich des Wiener Kongresses, Kenntnis von dem zwischen Rußland und Österreich-Ungarn im Jahre 1877 abgeschlossenen Vertrage erhalten hatte, möchte man aus dem Satze der Enthüllung der „Nordd. Allg. Ztg." vom April 1887 schließen, welche konstatierte, daß derselbe sich 1878 nicht mehr habe rückgängig machen lassen, und daß Fürst Gortschakow dies auch gar nicht versucht habe. Bisher beschränkte sich trotzdem die deutsche Abwehr der russisch-panslawistischen und russisch-offiziösen Verleumdungen und Geschichtsfälschungen nur wesentlich darauf, zu versichern, und an einzelnen Thatsachen darzuthun, daß die deutsche Vermittelung zwischen Rußland und Österreich im Orient eine durchaus unparteiische war. Erst vor vier Jahren wurde in Berlin zur Abwehr ganz gleichartiger Verleumdungen mit einem Male schweres Geschütz aufgefahren und nicht nur jener Vertrag zwischen Rußland und Österreich skizziert, sondern außerdem noch konstatiert, daß, weit entfernt, Rußland auf den Berliner Kongreß gelockt zu haben, die deutsche Regierung zur Veranstaltung desselben lediglich durch das Verlangen Rußlands bewogen worden sei.

Aus früherer Zeit gab es nur sehr vereinzelte Hindeutungen

auf österreichisch-russische Verhandlungen vor dem Ausbruche des Krieges von 1877—1878. In der im österreichischen Rotbuche enthaltenen Zirkulardepesche vom 3. April 1876 teilt Graf Andrassy mit: „Der General (Graf Sumarokow-Elstow) überbrachte ein autographisches Schreiben des Kaisers Alexander, zugleich hatte derselbe eine Mitteilung der russischen Regierung zu überbringen, welche auch den anderen Kabinetten zugegangen ist. Sie enthält den Vorschlag einer Besetzung Bulgariens durch russische und Bosniens durch österreichische Truppen." Im Jahre 1878 teilte dann der rumänische Minister Cogalniceano der Kammer in Bukarest mit, auf seiner Rundreise nach den europäischen Höfen bei Ausbruch des orientalischen Krieges sei ihm vertraulich mitgeteilt worden, Österreich habe mit Rußland bei der Kaiserbegegnung in Reichstadt sowohl die Rückgabe Bessarabiens an Rußland wie die Okkupation Bosniens durch Österreich ausgemacht. Man habe ihm aber unverbrüchliches Stillschweigen auferlegt, namentlich nach London hin, damit Beust nicht Disraeli auf die richtige Spur bringe.

Von russischer Seite wurde gegen Deutschland in der Preßfehde von 1887 der Vorwurf erhoben, daß die Mißerfolge, welche die erstere Macht auf dem Berliner Kongresse zu erleiden hatte, ihren eigentlichen Grund in der damaligen unfreundlichen Haltung Deutschlands gegen Rußland hatte, während Österreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, ohne Schwertstreich die — wenn auch einstweilen nur thatsächliche — Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina als Errungenschaft von diesem Kongresse heimbrachte. Dagegen bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.", der Berliner Kongreß sei „nur auf Rußlands Verlangen berufen worden und Deutschland habe auf demselben jeden Wunsch, den Rußland geäußert hat, befürwortet und durchgesetzt"; bezüglich Bosniens und der Herzegowina — so behauptete das Kanzlerblatt — hätten zuerst im Jahre 1876 zu Reichstadt bestimmte Verabredungen stattgefunden, und dann sei im Jahre 1877 ein förmlicher Vertrag zwischen Rußland und Österreich-Ungarn abgeschlossen worden, welcher sich hinterher im Jahre 1878 in Berlin „nicht mehr rückgängig machen ließ"; wenn also Österreich-Ungarn, wie ein russisches offiziöses Blatt sagte, der Bevölkerung von Bosnien mit der Herzegowina „statt des türkischen Joches sein eigenes aufgebürdet" habe, so sei ihm hierfür nicht im Jahre 1878

in Berlin, sondern in den Jahren 1876 und 1877 in Wien und Budapest die nötige Unterstützung und zwar gerade von russischer Seite — namentlich durch Vermittelung der Herren Ignatiew und Obrutschew — zugesichert worden; es hätten sich also Österreich-Ungarn und Rußland, lang ehe an eine Berufung des Kongresses gedacht worden, über die Besetzung Bosniens und der Herzegowina geeinigt und der Preis, den Österreich bezahlte, habe darin bestanden, daß es der darauf folgenden militärischen Aktion Rußlands im Balkan stillschweigend zusah . . . . .

„Die Beziehungen der beiden Kabinette von Wien und Petersburg waren 1876 und 1877 vertrauensvolle und intime und weit entfernt von Übelwollen," sagte die Nordd. A. Z.

Ferner: „Fürst Gortschakow hat beim Beginn der Verhandlungen mit Österreich die Bedingung gestellt, daß dieselben vor Deutschland geheim zu halten seien, vielleicht aus dem Grunde, weil er voraussah, daß diese und andere vertrauliche Verhandlungen, welche er gleichzeitig mit Deutschland führte, miteinander nicht so verträglich wären, daß nicht die einen durch die andern hätten Schaden leiden können." Und weiter: „Die Verabredungen, welche Rußland durch den Vertrag vom Januar 1877 über Bosnien und die Herzegowina mit Österreich bindend getroffen hatte, ließen sich im Jahre 1878 in Berlin nicht mehr rückgängig machen und ist dies von russischer Seite auch gar nicht versucht worden."

Bismarck selber nahm sodann in seiner Februarrede von 1888 die Gelegenheit wahr, zu erklären: „Die ersten Jahre nach dem französischen Kriege vergingen noch im besten Einverständnis (mit Rußland); im Jahre 1875 trat zuerst eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow, zu Tage, sich mehr um Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte. Demnächst und gleichzeitig hatten wir immer

noch die Aufgabe vor uns, den Frieden zwischen den drei Kaisern festzuhalten, die Beziehungen fortzusetzen, die zuerst eingeleitet waren durch den Besuch der Kaiser von Rußland und von Österreich 1872 hier in Berlin und durch die darauf folgenden Gegenbesuche. Es war uns das auch gelungen. Erst 1876, vor dem türkischen Kriege, traten uns gewisse Nötigungen zu einer Option zwischen Rußland und Österreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden. Ich halte nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen; sie werden mit der Zeit auch einmal bekannt werden. Es hatte unsere Ablehnung die Folge, daß Rußland sich direkt nach Wien wandte, und daß ein Abkommen — ich glaube, es war im Januar 1877 — zwischen Österreich und Rußland geschlossen wurde, welches die Eventualitäten einer orientalischen Krise betraf, und welches Österreich für den Fall einer solchen die Besetzung von Bosnien u. s. w. zusicherte".

In Wien und Budapest wird noch heute die Existenz eines Separatvertrages, wie er in diesen Worten angedeutet ist, schlechtweg geleugnet. Die Behauptungen, die man 1887 in Berlin feierlich aufstellte, wurden damals in Pest als der Wahrheit widersprechend bezeichnet. Schon der Umstand, daß die Initiative zur Einberufung des Kongresses von Österreich ausgegangen sei, sagte man, während Rußland widerstrebt habe, berechtige zu der Frage: ob dieser ganze Vorgang möglich gewesen wäre, wenn zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bereits lange vor dem Kongresse bindende Abmachungen getroffen waren und Österreich-Ungarn sich in denselben die einzige Errungenschaft, die es vom Berliner Kongresse heimbrachte, nämlich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina bereits im voraus gesichert hätte. Würde in einem solchen Falle Österreich-Ungarn nicht weit eher bemüht gewesen sein, jene moralische Schlappe, welche Rußland unzweifelbar schon durch den Zusammentritt des Kongresses an und für sich erlitt, von diesem abzuwenden, nachdem es ja auf dem Kongresse nicht mehr erreichen konnte, als was ihm ohnehin bereits zugesichert war? Man erbrachte aber von Pest her noch andere ganz „direkte" Beweise dafür, daß dasjenige, was über Separatabmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland über Bosnien und die Herzegowina in der zweiten Hälfte 1876 (Reichstädter Zusammenkunft) und im Januar 1877 gesagt wurde, der Wahrheit durchaus nicht entspreche.

In dem auf Graf Andrassy zurückzuführenden diplomatischen Aktenstück heißt es wörtlich: „Die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser-König von Österreich-Ungarn und dem Kaiser von Rußland in Reichstadt fand am 8. Juli 1876 statt. Am darauf folgenden Tage telegraphierte Graf Andrassy nach Paris, London und Rom an die dortigen Botschafter Österreich-Ungarns: „Teilen Sie als Ergebnis der Reichstädter Begegnung vertraulich mit, daß wir mit Beseitigung aller neueren Vorschläge übereingekommen sind, an der Nichtintervention unter den gegenwärtigen Verhältnissen festzuhalten. Erst wenn die Umstände es erfordern und ein konkreter Fall vorliegen wird, soll ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Mächten eingeleitet werden". Hierauf erwiderte am folgenden Tage (10. Juli) der damalige Londoner Botschafter Graf Beust: „Telegramm Ew. Exzellenz erhalten. Lord Derby empfing die Mitteilung mit großer Befriedigung und sagte: Jetzt erst kann ich erklären, daß kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier so sehr beunruhigte" und am nämlichen Tage telegraphierte Lord Derby an den englischen Botschafter in Wien: „Der österreichische Botschafter teilte mir heute den Inhalt eines Telegrammes mit, das er von seiner Regierung über die Zusammenkunft in Reichstadt erhalten habe. Das Ergebnis der Besprechung wird als zufriedenstellend bezeichnet. Die beiden Kaiser waren darüber einig, unter den jetzigen Umständen eine Politik der Nichtintervention zu verfolgen. Wenn weitere Ereignisse es nötig machen sollten oder wenn irgend ein bestimmter thatsächlicher Wendepunkt eintrete, sollten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer allgemeinen Verständigung unter den Mächten zu gelangen". In der That waren, so weit wir unterrichtet sind, die Bemühungen Österreich-Ungarns bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft in erster Linie dahin gerichtet, Rußland wenn möglich vom Kriege abzuhalten, obwohl Graf Andrassy schon dort die Impression gewonnen haben dürfte, daß er diesen Zweck nicht erreichen werde und der Krieg auf russischer Seite eine ausgemachte Sache sei. Der damalige Leiter unserer auswärtigen Politik hatte unter solchen Umständen zwischen zwei Wegen zu wählen. Entweder er mußte sich entschließen, seinem Monarchen anzuraten, jedes kriegerische Beginnen Rußlands gegen die Türkei mit bewaffneter Hand zu verhindern. Die Folgen eines solchen

Entschlusses lassen sich an den Fingern abzählen; Rußland würde dann nicht den Krieg gegen die Türkei, wohl aber sofort gegen Österreich-Ungarn gemacht haben; es hätte sich, um den Schein zu wahren, mit gewissen Reformversprechungen der Türkei begnügt und sich dann mit aller Wucht auf unsere Monarchie geworfen, welche in einem solchen Falle — wer sich die damalige Situation vergegenwärtigt, für den wird diese Behauptung keines weiteren Beweises bedürfen — vollständig isoliert gewesen wäre. Die Türkei hätte für uns keinen Finger gerührt, nachdem sie sich zuvor mit Rußland separiert verständigt gehabt hätte; England hätte mit seinem Fernrohr wohlgefällig dem kriegerischen Schauspiel zugesehen, da ja bei einem Kriege zwischen uns und Rußland die englischen Interessen direkt nicht in Frage gekommen, indirekt aber durch uns und auf unsere Kosten verteidigt worden wären. Das Bündnis zwischen uns und Deutschland existierte damals noch nicht, wohl aber die turmhohe Freundschaft zwischen diesem und Rußland, und wer die damaligen Reden des Fürsten Bismarck liest, der wird zu der Überzeugung gelangen, daß von dieser Seite für uns im allergünstigsten Falle Neutralität, und vielleicht nicht einmal eine wohlwollende Neutralität zu erwarten gewesen wäre. Obendrein wäre es Rußland gar nicht schwer gefallen, in den Augen der Balkanvölker die Sache so darzustellen, als hätten wir es in dem Kriege gegen die Türkei bloß deshalb verhindern wollen, weil wir eine Emanzipation dieser christlichen Völker von der türkischen Herrschaft nicht wünschen, und die Sympathien derselben hätten sich dann ebenso sehr Rußland zugewendet, als wir von ihnen zum Gegenstande des Hasses geworden wären. Unter solchen Umständen einen Angriff Rußlands auf die Türkei unsererseits von vornherein und in allen Fällen gewaltsam verhindern zu wollen, wäre von einem österreichisch-ungarischen Staatsmann eine Gewissenlosigkeit, ja geradezu ein Verbrechen gewesen, für welches er die seidene Schnur verdient hätte. Es blieb also dem Grafen Andrassy nur der andere Weg offen, nämlich für den Fall, daß Rußland zum Kriege gegen die Türkei schreiten sollte, seinerseits an der Nichtintervention festzuhalten, gleichzeitig aber auch im voraus genau jene Grenzlinie zu bezeichnen, welche von russischer Seite nicht überschritten werden dürfe, solle nicht Österreich-Ungarn seine eigenen Interessen als gefährdet und sich

zu einem unmittelbaren Eingreifen genötigt sehen. Es war übrigens nicht nur eine Pflicht der Loyalität gegenüber Rußland, mit welchem wir ja durchaus gute Beziehungen unterhielten, sondern auch eine Pflicht gegen unsere Monarchie, diese letztere nach Kräften vor der Möglichkeit eines Konfliktes dadurch zu bewahren, daß rechtzeitig diejenigen Punkte bezeichnet wurden, welche von uns als casus belli betrachtet werden mußten. Das ist denn auch von seiten des Grafen Andrassy geschehen und wurde von ihm, so viel wir uns erinnern, der Hauptsache nach auch gar nicht als Geheimnis behandelt. Vielleicht nicht mit allen jenen Details, welche in seinen diplomatischen Noten enthalten sein mochten, aber in den Hauptzügen deutlich erkennbar, hat er dasjenige, was er als die Interessensphäre Österreich-Ungarns betrachtete, auch vor den Delegationen zu wiederholten Malen gekennzeichnet; so namentlich bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Sechzig-Millionen-Kredit am 9. April 1878; Graf Andrassy schloß damals seine Rede mit folgenden Worten: „Die Delegation wird gewiß die Überzeugung teilen, daß in dem Augenblick, wo sich eine Umgestaltung aller Verhältnisse an unserer immediaten Grenze vollziehen soll, Österreich-Ungarn unmöglich weniger in der Lage sein kann, als das geringste der beteiligten Länder, sich vor Überraschung durch faits accomplis zu schützen. Auch heute ist es keine Mobilisierung, die wir beanspruchen; es ist bloß die Möglichkeit, im Falle der Not unverweilt das Geeignete vorzukehren; es ist dies keine Feindseligkeit gegen irgend eine Macht, ebenso wenig aber eine leere Demonstration; es ist eine durch die Vorsicht gebotene Maßregel, die Vorbereitung, um unter den jetzigen Verhältnissen das Selbstbestimmungsrecht der Monarchie gegenüber allen Eventualitäten aufrecht zu erhalten". Kann nun, so fragen wir, ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen annehmen, daß Graf Andrassy, dem selbst seine Gegner Zeit seines Lebens das Zeugnis eines ehrlichen Mannes nicht versagen konnten, eine solche Sprache geführt haben würde, wenn er bereits die Abmachung mit Rußland, gegen welches allein diese „durch die Vorsicht gebotene Maßregel" gerichtet sein konnte, in der Tasche gehabt hätte?

Daß sich unter jenen Punkten, welche von seiten unserer Monarchie im voraus als casus belli bezeichnet wurden, auch eine fremde Okkupation Bosniens und der Herzegowina befand, kann,

auch wenn man nicht in die Geheimnisse der damaligen Verhandlungen eingeweiht ist, für keinen denkenden Politiker einem Zweifel unterliegen und wir würden es nur als Beweis einer richtigen staatsmännischen Erkenntnis betrachten, wenn Graf Andrassy schon zu allem Anbeginn rundweg erklärt hätte, daß wir zwar die Türken aus Bosnien und der Herzegowina nicht verdrängen wollen, so lange sie im stande sind in diesen unseren Nachbarländern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, daß wir aber, falls die Türken dieser Aufgabe nicht gewachsen wären und daher in der Lage dieser beiden Länder notgedrungen irgend eine Änderung eintreten müßte, die Okkupation derselben durch irgend eine andere Macht, sei es eine große oder eine kleine, absolut nicht dulden, sondern sofort selbst einschreiten würden, um in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen, so weit dies eben möglich, geordnete Zustände herzustellen. Die Klausel, daß dieser Schritt nur dann stattfinden solle, wenn wir dazu im Interesse unserer eigenen Sicherheit, durch die Ohnmacht der Türkei, genötigt werden sollten, beweist wohl zur Genüge, daß nicht der Ländererwerb unser Ziel war und daß die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina somit für uns keinen von langer Hand angestrebten Gewinn repräsentierte, für welchen wir, sei es an Rußland, sei es an irgend jemand anderen zu irgend einer Gegenleistung verpflichtet gewesen wären. Die Gestattung der Okkupation dieser Länder war also nicht und konnte nach alledem auch nicht der „Preis" sein, welchen uns Rußland für unsere Neutralität im russisch-türkischen Kriege bezahlte; denn erstens hatte diese Neutralität, wie wir schon oben auseinander gesetzt, ganz andere, aus unserer eigenen Situation geschöpfte Gründe und konnten wir für dieselbe somit auch von niemand einen Preis beanspruchen; zweitens waren dieser Neutralität ganz bestimmt von uns im voraus genau bezeichnete Grenzen gesteckt und Rußland wäre wohl nicht so thöricht gewesen, uns im voraus einen Preis zuzugestehen für einen Dienst, welchen wir ihm jeden Augenblick versagen konnten; drittens ist uns das Mandat für die Okkupation und Administration Bosniens und der Herzegowina nicht von Rußland, sondern gegen dessen Willen vom Berliner Kongresse erteilt worden. Und daß selbst in diesem Punkte Deutschland den Wünschen Rußlands näher stand als jenen Österreich-Ungarns, daß es daher von der russischen Presse höchst

ungerecht ist, wenn sie der deutschen Politik heute das Gegenteil zum Vorwurf macht, dafür spricht eine charakteristische Thatsache, zu deren Kenntnis wir durch eine Mitteilung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen, Baron Haymerle (bekanntlich einer der Vertreter Österreichs-Ungarns am Berliner Kongresse) gelangt sind. Noch in jener Nacht, welche dem für die Verhandlung der bosnischen Angelegenheit bestimmten Sitzungstage voranging, schickte Fürst Bismarck — es war bereits spät nach Mitternacht — seinen Sohn Herbert zum Grafen Andrassy, mit der Bitte, derselbe möge sichs doch noch einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, die Forderung Österreich-Ungarns bezüglich Bosniens und der Herzegowina fallen zu lassen. Welche Antwort Graf Andrassy auf diese Zumutung erteilte, das läßt sich aus dem Berichte über die am nächsten Tage abgehaltene Sitzung des Kongresses beiläufig erraten.

Und noch eine Frage: wenn bei Gelegenheit der Reichstädter Zusammenkunft, also anfangs Juli 1876 die oft erwähnte Abmachung stattgefunden hätte, wie erklärt sich dann die im September desselben Jahres, also drei Monate später, erfolgte Mission Sumarokows, welche in dem russischen Vorschlage gipfelte: Österreich-Ungarn solle Bosnien und die Herzegowina, Rußland dagegen Bulgarien besetzen, ein Vorschlag, der von unserem Auswärtigen Amte rundweg abgelehnt wurde, indem derselbe einerseits neuerdings jene Voraussetzung hervorhob, unter welcher allein für uns ein Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina zur Notwendigkeit würde, anderseits aber auch die Gründe anführte, welche uns eine dauernde Okkupation Bulgariens durch Rußland in keinem Falle und um keinen Preis als statthaft erscheinen ließen. Und wenn dieser oder ein ähnlicher Vorschlag, sei es gelegenheitlich der Mission Sumarokow, sei es etwas später von seiten Österreich-Ungarns zur Annahme gelangt wäre, ist es denkbar, daß Rußland dann den Berliner Vertrag acceptiert hätte, welcher Österreich-Ungarn die erst zu bewerkstelligende Okkupation und Administration Bosniens und der Herzegowina mit unbeschränkter Zeitdauer übertrug, während für das Aufhören der bereits bestehenden russischen Okkupation Bulgariens ein bestimmter, sehr knapp bemessener Termin fixiert wurde? Nur nebenbei sei hier noch bemerkt, da in den deutschen Blättern insbesondere von einer im Interesse jenes Separatvertrages stattgefundenen Mission

Ignatiews nach Wien und Obrutschews nach Budapest gesprochen wird, daß Graf Ignatiew erst kurze Zeit vor dem Berliner Kongresse nach Wien kam und früher, also in der zweiten Hälfte 1876 oder anfangs 1877 mit unserem Auswärtigen Amte in keinerlei Verkehr getreten war; mit General Obrutschew aber hat Graf Andrassy, soweit wir unterrichtet sind, überhaupt niemals verhandelt, weder in Wien noch in Budapest und es wäre wirklich interessant, zu erfahren, wie dieser russische Pilatus in das deutsche Credo hineingekommen ist".

Dann hieß es noch zum Schlusse, man wolle sich auf diese Richtigstellung der Thatsachen beschränken, man besorge nicht, daß irgend eine der gemachten Angaben von denjenigen, welche in die Vorgänge der damaligen Zeit eingeweiht sind, Lügen gestraft werden dürfte. Wenn einige dieser Angaben mit den Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" im Widerspruche ständen, so berechtige dies nicht im entferntesten zu der Annahme, als hätte das Organ des deutschen Reichskanzleramtes dabei anders, als im vollen guten Glauben gehandelt. Die Erklärung für dessen Irrtümer liege eben darin, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" selbst beifüge: die angeblichen Abmachungen, von denen sie spricht, seien „ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands" getroffen worden. „Es war eben damals — das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis existierte noch nicht — gar keine Veranlassung vorhanden, über dasjenige, was überhaupt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland geschah, dem Berliner Kabinett mehr mitzuteilen, als irgend einem anderen, und so dürften denn auch die Informationen des offiziösen deutschen Blattes über die Vorfälle jener Zeit nicht aus unmittelbarer und vielleicht auch nicht aus ganz lauterer Quelle geflossen sein. Heute liegen die Dinge allerdings anders; heute würde man sich über dasjenige, was zwischen Wien und Petersburg vorgeht, in Berlin nicht erst aus russischen Quellen Belehrung verschaffen müssen. Der Separatvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, welchen man ihm in die Schuhe schieben will, hat niemals existiert, dagegen existiert noch bis zur Stunde jenes vom Grafen Andrassy geschaffene intime Verhältnis zwischen unserer Monarchie und Deutschland, welches seinen Nachfolgern nebst mancherlei anderen Vorteilen auch noch den bietet, daß sie nicht der Gefahr

ausgesetzt sind, ihre Politik selbst in offiziösen Berliner Blättern in solcher Weise entstellt zu sehen, wie dies Graf Andrassy im gegenwärtigen Augenblicke über sich ergehen lassen muß."

Dieses Pester Aktenstück wurde durch die Erklärungen, die der Ministerpräsident Tisza auf die Interpellation Iranyis im ungarischen Abgeordnetenhause (21. Mai 1887) abgab und die bei aller Reserve darauf hinausliefen, daß am 15. Januar 1877 nur die Möglichkeit einer Okkupation Bosniens usw. ins Auge gefaßt worden sei, und erst der Kongreß 1878 Österreich das Mandat der Okkupation verliehen habe, in der Hauptsache bestätigt.

Ministerpräsident Tisza hob zunächst hervor, daß die österreichische Politik in der Zeit vor dem russisch-türkischen Kriege von dem Gesichtspunkte geleitet gewesen sei, das Los der Christen in der Türkei unter Aufrechterhaltung der Integrität des türkischen Reiches friedlich zu verbessern. Der Lauf der Ereignisse habe gezeigt, daß trotz des Eintretens Österreich-Ungarns für den Frieden und die Nichtintervention Rußland, die Befreiung der ihm stammverwandten christlichen Völkerschaften auf seine Fahne schreibend, auf dem Punkte stand, an die Türkei den Krieg zu erklären. Die österreichisch-ungarische Monarchie mußte dazu Stellung nehmen und entschied sich für Neutralität. Im Hinblick auf die gesamte europäische Lage, wie im Bewußtsein, daß es im wohlerwogenen eigenen Interesse weder richtig wäre, die befreundete Türkei zu bekriegen, noch die Macht Österreich-Ungarns als Feind der berechtigten Ansprüche der Christen auf dem Balkan in die Wagschale zu werfen, wurde die Neutralität der Monarchie beschlossen. Eine Pflicht des damaligen Ministers des Auswärtigen war es jedoch, zu bedenken, daß durch den Orientkrieg Gestaltungen entstehen könnten, die Österreich-Ungarn aus dem Gesichtspunkte seiner Lebensinteressen nicht dulden dürfte. Deshalb, um die Interessen der Monarchie vor allen Zufälligkeiten möglichst zu schützen, erfolgten die Verhandlungen mit Rußland, auf welche der Interpellant sich bezog. Von der Regierung wurde auch während derselben der Standpunkt festgehalten, daß sie bezüglich der Türkei die Beibehaltung des Besitz-Statusquo wünsche; weil sie jedoch der Monarchie auch Rußland gegenüber den Frieden sichern wollte, mußte sie, ohne je daran zu denken, Rußland im Orient freie Hand zu lassen, gleichzeitig zu möglichen Eventualitäten

von vornherein Stellung nehmen und einerseits die Fälle genau bezeichnen, welche sie zum Heraustreten aus der Neutralität zwingen würden, andererseits klar angeben, in welche eventuellen Besitzveränderungen die Monarchie nicht einwilligen könnte. Bei den Verhandlungen wurde offen ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn den Besitz Bosniens und der Herzegowina nicht anstrebe, vielmehr dort bei der Durchführung der angestrebten Reformen die türkische Macht aufrecht zu erhalten wünsche, vorausgesetzt, daß dieselbe imstande sei, dort bleibend die Ruhe und Ordnung zu sichern, daß aber, wenn dies unmöglich sei, Österreich-Ungarn dort keinen anderen dulden könne, sondern jene Provinz selbst okkupieren müßte. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Übereinkommen, in welchem Rußland dem Standpunkte Österreich-Ungarns zustimmte, und das nach dem Zustandekommen auch dem befreundeten Deutschland mitgeteilt wurde. Von einer Aufteilung des türkischen Reiches zwischen Österreich-Ungarn und Rußland war in dem Übereinkommen keine Rede; auch sei das Übereinkommen überhaupt nicht dazu bestimmt gewesen, die Basis für eine gemeinsam durchzuführende Aktion zu bilden, sondern habe nur die Sicherstellung der Interessen der Monarchie gegenüber gewissen möglicherweise wider den Willen Österreich-Ungarns eintretenden Eventualitäten bezweckt. Es kam der Friede von San Stefano. Derselbe habe nicht den Bedingungen des Übereinkommens entsprochen. Die österreichisch-ungarische Regierung habe gegen denselben energische Einsprache erhoben und unter solchen Verhältnissen sei der Berliner Kongreß zustande gekommen, welcher die Friedensbestimmungen wesentlich geändert und der Monarchie das Mandat zur Okkupation erteilt habe. Daher sei auch kein Widerspruch erhoben worden, als Österreich-Ungarn sich gelegentlich der Okkupation auf den Berliner Kongreß berufen habe; denn die Okkupation sei nicht infolge jenes Übereinkommens, sondern nur auf Grund des Mandates des Berliner Kongresses durchgeführt worden.

Diese Rede fand noch in Wien einen zustimmenden Kommentar. Man sagte dort: „Wie Herr von Tisza erklärt hat, ist eine Verständigung mit Rußland auf der Basis unserer damaligen Politik erfolgt. Wir haben bei den Verhandlungen mit Rußland durchaus nicht den Wunsch nach dem Besitz Bosniens und der Herzegowina

ausgesprochen. Wir haben noch damals die Möglichkeit erwogen, daß es der Türkei gelingen würde, ihre Autorität in diesen Provinzen zu erhalten und daselbst Ruhe und Ordnung zu sichern. Wir haben den Gedanken einer Okkupation nur als ein Auskunftsmittel für den Fall in Aussicht genommen, daß diese Annahme nicht zutreffen sollte. Was wir in Reichstadt feststellen wollten und festgestellt haben, ist nur, daß wir nicht dulden konnten, daß irgend ein anderer Faktor, eine andere politische Macht in jener Sphäre zur Herrschaft gelange, welche unsere Interessen so nahe berührt. Auf dieser Grundlage wurde auch das Übereinkommen mit Rußland erzielt, welches, alle Eventualitäten der herannahenden Orientkrisis erwägend, für dieselbe die Haltung unserer Monarchie unter Zustimmung des russischen Kaiserreichs festgestellt hat. Wir wollen nicht darüber streiten, ob in der That schon durch dieses Übereinkommen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina stipuliert worden ist. Nach den Aufschlüssen des ungarischen Ministerpräsidenten wurden sie jedoch für gewisse Fälle und zur Abwehr von Gestaltungen, welche unsere Machtstellung im Orient gefährden konnten, für möglich erklärt und eine solche Möglichkeit auch von Rußland für zulässig befunden."

Als Ergänzung zu den Erklärungen Tiszas wurde aus Pest noch mitgeteilt, daß Österreich-Ungarn seine Neutralität in dem russisch-türkischen Kriege an folgende Bedingungen geknüpft habe: 1. daß keiner christlichen Macht ein ausschließliches Protektorat über eine christliche Bevölkerung der Balkanhalbinsel eingeräumt werde; 2. daß die definitive Gestaltung der Kriegsresultate nicht ohne Einflußnahme der garantierenden Mächte erfolge oder die Konstituierung einer christlichen Bevölkerung der Balkanhalbinsel als Staatswesen nicht durch eine einzelne Macht oktroyiert werde; 3. daß als unbedingt ausgeschlossen zu betrachten seien: a) jede Gebietserwerbung für Rußland auf dem rechten Ufer der Donau; b) die Einverleibung Rumäniens in Rußland, oder die Abhängigmachung des Fürstentums von der russischen Herrschaft; c) jede Errichtung einer Sekundogenitur in den bezeichneten Ländern, und zwar einer russischen ebenso wie einer österreichisch-ungarischen; d) die Besitznahme Konstantinopels durch Rußland. Ferner wurde verlangt, daß kein großer slawischer Staat auf Kosten der nichtslawischen Völker der

Balkanhalbinsel etabliert werde. Das Maximum einer neuen Konstituierung sollte auf die Selbständigkeit der betreffenden Provinzen unter eingeborenen Oberhäuptern beschränkt werden. Rußland wurde weiter bekannt gegeben, daß Österreich-Ungarn eine dauernde russische Herrschaft weder über Bulgarien noch überhaupt auf dem rechten Ufer der Donau zugeben, und endlich, daß es einen Einmarsch russischer Truppen in Serbien, wenn derselbe auch nur eine vorübergehende militärische Maßregel sein solle, als vom Standpunkte der Interessen Österreich-Ungarns aus als unzulässig erachten würde.

Danach scheint die Berliner Lesart von dem Vertrage von Reichstadt auf schwachen Füßen zu stehen. Vielleicht verbreiten Bismarcks Memoiren darüber mehr Licht. Mit weiteren Aufschlüssen hat der ehemalige Reichskanzler wiederholt „gedroht".

Im Dezember 1888 brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Artikel eines Hamburger Blattes zum Abdruck, in welchem für den Fall, daß die russische Presse noch länger die Geduld Deutschlands auf die Probe stelle, damit gedroht wurde, daß diese endlich reißen und die geheimen Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland, welche die Grundlage der von Deutschland unterstützten Politik im Orient bildeten, der Öffentlichkeit übergeben werden würden. Dadurch sah sich die „Moskauer Zeitung", gegen welche diese Drohung hauptsächlich gerichtet war, zu der Bemerkung veranlaßt, „daß die deutsche Regierung keineswegs das Recht habe, irgend welche internationale Verträge, an denen sie nicht beteiligt war, zu veröffentlichen. Es wäre dies eine derartige Verletzung fremder Geheimnisse, wie sie sich noch nie irgend eine europäische Regierung gestattet habe, so daß selbst, wenn der rätselhafte österreichisch-russische Vertrag irgend etwas enthalten sollte, dessen Veröffentlichung der russischen Regierung unangenehm wäre, die russische Presse doch nicht zu befürchten brauchte, daß sie durch ihre Artikel zu einer derartigen Publizierung Anlaß geben könnte." Thatsächlich sind über die sogenannten Reichstädter Abmachungen sowohl im österreichischen Rotbuche und zwar in einer Zirkulardepesche Andrassys, sowie in der rumänischen und in der ungarischen Kammer im Jahre 1878 bisher so wenig weitgehende Angaben gemacht worden, daß über die Existenz solcher Abmachungen ein wohlbegründeter Zweifel besteht und erst eine nachträgliche Veröffentlichung in der Hauptsache

wirklich Neues zu Tage bringen würde. Über die „Verletzung fremder Geheimnisse“ ließe sich aber leicht hinwegkommen, wenn die Veröffentlichung, die natürlich nur im Einverständnis mit Österreich erfolgen würde, in Wien anstatt in Berlin stattfände.

Die Sicherheit, mit der Bismarck von dem Reichstädter Vertrage spricht, kann stutzig machen. Nach seinen Worten hatte die „Option“ zwischen Rußland und Österreich, vor die der deutsche Staatsmann im Jahre 1879 durch die Zumutungen und Drohungen Rußlands „von kompetentester Seite“ sich unausweichlich gestellt sah, und welche zum deutsch-österreichischen Bündnis führte, bereits ein Vorspiel im Jahre 1876 gehabt. Dieses Jahr bezeichnete der Reichskanzler in seiner Rede vom 6. Februar 1888 als den Wendepunkt der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Hier finden wir uns einer überraschenden Enthüllung gegenüber, wenigstens einer Klarlegung der Verhältnisse mittelst eines einzigen Pinselstrichs, die bisher uns immer unter einem günstigeren oder weniger ungünstigen Lichte erschienen. Das Jahr 1876 wurde bisher als die Blütezeit der Drei-Kaiser-Allianz von 1872 aufgefaßt, als eine Wiederaufklärung der Beziehungen, die im Frühjahr 1875 durch die bekannte Krieg-in-Sicht-Affaire zwischen Rußland und Deutschland sich getrübt hatten. Die Monarchen begegneten sich, die Diplomaten hielten Konferenzen ab, die Zeitungen feierten das friedliche Einvernehmen. Die größte Wichtigkeit der Drei-Kanzler-Konferenz in Berlin (im Juni 1876), verkündete Graf Andrassy, liege in der Einigkeit der drei Mächte, und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall verständigen zu wollen. Und von eben dieser Zeit sagte jetzt Fürst Bismarck: Da sei er bereits von Rußland gedrängt worden, die Wahl zwischen ihm (Rußland) und Österreich zu treffen, die er abgelehnt habe.

Die deutsche Politik im Jahre 1876 hat äußerlich wenig davon merken lassen. In Wien rechnete man damals wie vorher und nachher mit der turmhohen Freundschaft Preußens und Rußlands. Der Kriegslärm vom Jahre zuvor hatte nur noch ein kleines Nachspiel im Januar 1876. In einer Depesche des Prinzen Reuß, früheren Botschafters in Petersburg, an den Fürsten Bismarck vom 22. Januar 1876 wird mitgeteilt, daß Kaiser Alexander unserem Botschafter erklärt habe: Wenn er — der Kaiser — auch volles

Vertrauen zum deutschen Reichskanzler habe, so dürfe dieser es ihm doch nicht übel nehmen, wenn er ihm sagen müsse, daß nicht jedermann dieses Vertrauen teile, und das sei Schuld der deutschen Presse, namentlich derjenigen, welche man im Frühjahr zuvor für die Organe des Auswärtigen Amtes in Berlin gehalten hätte. In derselben Weise, wie diese Presse dazu beigetragen habe, durch Alarmartikel die Kriegsbefürchtungen zu nähren, habe sie durch nicht ganz geschickte Dementis erst recht den Glauben bestärkt, daß man wirklich den Krieg gewollt habe. Alle Welt habe sich vor Überraschungen gefürchtet. Der deutsche Botschafter erwiderte dem Zaren auf diese Anklage der deutschen Presse: daß man derselben nicht immer das Wort reden könne, daß Fürst Bismarck selbst sich bitter über deren Disziplinlosigkeit beklagt hätte, man dürfe aber doch wohl voraussetzen, daß der Kaiser Alexander sich nicht durch Preßartikel beeinflussen lassen würde, wo er doch mehr wie irgend jemand in der Lage sei, die innersten Gedanken und Ziele der deutschen Regierung zu kennen.

Das Schriftstück des Prinzen Reuß, das diese Mitteilung enthält — wie bemerkt vom 22. Januar 1876 — kam drei oder vier Tage später in die Hände des Fürsten Bismarck. Dieser war damals krank. Noch am 5. Februar kam der Kaiser in das Palais des Reichskanzlers, da dieser immer noch am Ausgehen verhindert war und nahm dort den Vortrag desselben entgegen. Wir haben einigen Grund zu glauben, daß bei dieser Gelegenheit auch die Depesche aus Petersburg zur Sprache kam und namentlich das Kapitel von der Presse behandelt wurde. Die vom Kaiser Alexander hingeworfenen Bemerkungen über die deutsche Presse müssen — wir werden unsere Kombination gleich begründen — den Fürsten Bismarck damals sehr lebhaft beschäftigt haben. Am 5. Februar noch krank, so daß der Kaiser zu ihm in die Wohnung kam, war er am 9. schon im Reichstag, um einen langen Vortrag über die offiziöse Presse zu halten. Bei welcher Gelegenheit? Auf der Tagesordnung stand die Novelle zum Strafgesetzbuch. Fürst Bismarck sprach von Mißbräuchen und Gefahren in dem Wesen der Tagespresse und deckte insbesondere gewisse Irrtümer in betreff der Beziehungen des Auswärtigen Amtes zur Presse auf. Erst nachdem uns die Depesche des Prinzen Reuß vom 22. Januar 1876 bekannt geworden ist,

erkennen wir den Zusammenhang der Rede des Fürsten Bismarck vom 9. Februar desselben Jahres mit den vom Kaiser Alexander II. gegenüber dem deutschen Botschafter gemachten Bemerkungen über die deutsche Presse. Es ist, wie wenn der Reichskanzler das Schriftstück aus Petersburg neben sich liegen hatte, als er sich im Reichstage in folgender Weise ausließ: „Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack viel zu sehr mit ausländischen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an der Börse, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungsartikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten wohl schwerlich je ein Krieg entstanden und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen großen Anteil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiß nicht von der Presse gemacht, sondern nur von der Kaiserlichen Kamarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. Auf Zeitungsartikel hin führt kein Mensch Krieg. Für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr sind die Artikel einiger durchaus nicht offiziöser Blätter verantwortlich — ich meine die „Post", um sie beim Namen zu nennen, für die ich niemals meines Wissens habe schreiben lassen, am allerwenigsten den, der „Krieg in Sicht" überschrieben war — aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird, denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder in absoluten Staaten durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung verdächtig, der zuerst Feuer! schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge; damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müßte er doch die Zustimmung seines Souveräns zu gewinnen suchen."

Die Adresse dieser Worte war Alexander II. oder seine Umgebung, die den Zaren über die deutsche Presse nicht richtig informiert

hatte. An dieselbe Adresse waren die Worte gerichtet: „Ich ergreife diese Gelegenheit, um auf das bestimmteste zu erklären, daß es kein offiziöses Blatt des Auswärtigen Amtes giebt, auch keine offiziöse Mitteilungen an irgend ein Blatt ergehen. — Ich bin der Unbilden und der Mißbräuche, die seit Jahr und Tag damit getrieben worden sind, müde geworden. Es ist für mich, ich gebe es zu, sehr unbequem, daß ich nur im „Staats-Anzeiger", unter Umständen in einem anerkannt offiziösen und offiziös bleibenden Blatte, der „Provinzial-Korrespondenz", eine Meinung zur öffentlichen Kenntnis bringen kann, indessen bin ich da wenigstens sicher, daß keine anderen Kukukseier mir daneben gelegt werden und ich da nur für das verantwortlich gemacht werde, was entweder ich oder einer meiner Kollegen wirklich zu vertreten haben."

Unsere Vermutung ist, daß Fürst Bismarck die Januardepesche des Prinzen Reuß umgehend erwidert hat, um dem deutschen Botschafter alles das Material an die Hand zu geben, was dazu dienen konnte, in Petersburg über die Beziehungen des Auswärtigen Amtes zur Presse, speziell über die Tragweite des Krieg-in-Sicht-Artikels volle Aufklärung zu geben, und daß der deutsche Reichskanzler, noch voll von den in seiner Erwiderung niedergelegten Gedanken, diese in seiner Reichstagsrede noch weiter kommentiert hat. Durch diese Reichstagsrede erhalten die Leflôschen Enthüllungen, welche in der deutschen und ausländischen Presse so viel Lärm gemacht haben, ihre beste Widerlegung. Fürst Bismarck erklärte, es sei doch wohl absurd zu sagen: „Es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden. Damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsre Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgnis vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein „casus belli", was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte."

Da die Bemerkungen des Kaisers Alexander II. und des Fürsten Bismarck über die deutsche Presse sich an die Krise vom Frühjahr 1875 knüpfen, so wollen wir noch einen Passus aus der Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 9. Februar 1876 herausnehmen, der eine neue Beleuchtung der bekannten hinzufügt: „Es trat damals

zu der öffentlichen Leichtgläubigkeit, die ich tadle, der entgegenzu-wirken ich für unsere Aufgabe halte, es traten im vorigen Frühjahre noch Verhältnisse ein, die ich hier nicht näher auseinanderlegen will, der Umstand, daß einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, daß Saloneinwirkungen — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Überzeugungen aussprachen, die irrtümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das Deutsche Reich wohlwollend zu beurteilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte sie nennen. Es giebt ja hochgestellte Personen, die als politische Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein; Personen, die auch mit einem Anschein von Offiziösität und Glaubwürdigkeit korrespondieren, aber mit Unrecht".

Herr von Blowitz hat uns die hochgestellten Personen bezeichnen zu können geglaubt.

Im April desselben Jahres war ein Gerücht entstanden, Kaiser Alexander von Rußland wolle dem Throne entsagen. Da überkam einige deutsche Zeitungen eine heiße Angst, was denn nun aus Deutschland werden, in welchen Winkel sich das Deutsche Reich am besten verkriechen solle, wenn das Unglück etwa verhänge, daß der durchlauchtige Großfürst-Thronfolger die gegen Deutschland freund-lichen Gesinnungen seines Herrn Vaters nicht teile. Es war das in jenen Zeitungen nicht der erste Ausbruch dieser Art. Um sie zur Besinnung zu bringen, nahm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" das Wort und zwar in einem ganz ohne Zweifel von dem Reichs-kanzler eingegebenen Aufsatz, worin es hieß: „Wir haben die deutsche Presse davor zu warnen, daß sie die ehemals unterschätzte Freund-schaft Rußlands jetzt nicht überschätze. Eine Freundschaft ist nur dann eine echte und wahre, wenn sie auf gegenseitiger Achtung beruht. Die Achtung, welche besonders nach den Erfolgen des letzten Jahrzehnts der deutsche Name in Rußland erworben, kann aber leicht beeinträchtigt werden, wenn die deutsche Presse bei jedem vorhandenen oder nicht vorhandenen Anlaß die Freundschaft Rußlands als eine Lebensfrage für Deutschland behandelt. Das ist sie nicht ....

Sie gilt den Deutschen mit Recht für wertvoll. Aber gerade deshalb meinen wir, sollte es sorgfältig vermieden werden, im Auslande den Schein zu erwecken, als ob von dieser Freundschaft für Deutschland alles abhinge. Auch die russische Presse kann nur zu leicht dahin gelangen, die Beziehungen beider Reiche falsch zu beurteilen, wenn deutsche Blätter solche ängstliche Erörterungen aufstellen ... Die deutsche Presse möge in Zukunft dem Gebot der Selbstachtung folgen, welches in diesem Falle zur nationalen Pflicht wird, und die Freundschaft zu Rußland zwar so hoch wie möglich stellen, aber nicht vergessen, daß dieselbe auf dem wohlverstandenen gegenseitigen Interesse beider Mächte beruht".

Hier mußte also der Reichskanzler sich förmlich die Liebedienerei gegen Rußland verbitten. Jedermann, der den Ereignissen der letzten Jahre mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt war, wußte warum der Kanzler im Jahre 1876 die obige Ermahnung zur Selbstachtung schrieb. Wir erinnern daran, welche Rolle die russischen Staatsmänner bei dem Besuch in Berlin im Mai 1875 gespielt hatten. Sie waren hier aufgetreten und hatten von hier aus diplomatische Depeschen versendet, gerade als wenn sie in Berlin Frieden geboten hätten, in Berlin die Schiedsrichter zwischen Deutschland und Frankreich gewesen wären. Das war ein sehr großer Übermut von ihrer Seite, ein großer und völlig unbegründeter, den sie sich aber erlauben zu dürfen meinten, weil nach ihrer Auffassung Deutschland an die Allianz mit Rußland durchaus gebunden war und sich von Rußland alles, oder doch sehr viel gefallen lassen, ihm in allen oder doch in sehr vielen Stücken zu Diensten stehen mußte. Heute wird nun jeder unter uns begreifen, wie sehr jene deutschen Zeitungen durch ihre würdelose, unmännliche Haltung Deutschlands Ruf schädigten. Sie trugen, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ganz richtig sagte, nach ihren Kräften dazu bei, die Presse, das Volk und die Staatsmänner Rußlands übermütig, zur Überhebung geneigt zu machen. Diese Zeitungen ließen im Auslande und namentlich in Rußland das deutsche Volk furchtsam erscheinen, sie schienen es zu bestätigen, wenn Russen sich einbildeten und prahlten, ohne die Freundschaft Rußlands könne Deutschland nicht bestehen. Diese Zeitungen hatten gewiß nicht die Absicht, dem Fürsten Bismarck die Führung der deutschen Politik zu erschweren, ihn dem Hochmut von

Ausländern preis zu geben. Im Gegenteil, sie glaubten ihm ohne Zweifel zu dienen und seine Gesinnungen zu teilen, sie setzten bei ihm eine unbegrenzte Freundschaft für Rußland voraus und dünkten sich im Recht, wenn sie all ihr Sinnen und Trachten auf das Zarenreich stellten.

Im Oktober 1876 wurde der deutsche Reichskanzler von der „Times" als Schiedsrichter angerufen. Dieses Blatt wußte für England und den Kontinent keine andere Rettung, als daß Bismarck die Sache in die Hand nehme, Rußland Halt gebiete und ein deutsch-englisches Bündnis abschließe. „Bismarck braucht nur zu sagen, Deutschland werde Rußland nicht erlauben, sich an der Donau festzusetzen und der Zar wird Mittel finden, in den mächtigen Quellen seiner despotischen Macht, den gewaltigen Strom slawischer Begeisterung zu dämmen, der ihn und die ganze Welt mit in den Krieg reißt. Fürst Bismarck braucht nur zu sprechen und die russischen Umsturzgedanken, die Besetzung Bulgariens u. s. w. werden schwinden. Die beste Sicherheit für den Frieden ist in erster Reihe die feste Haltung einer großen Militärmacht wie Deutschland und nächstdem ein herzliches Einvernehmen zwischen diesem und England zum Zweck, die erforderlichen Veränderungen in der Türkei vorzunehmen". Von Deutschland aus erhielt die „Times" durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine scharfe Zurechtweisung. Sie wurde darin erinnert, daß an der Spree und an der Donau auch noch Leute wohnen, welche ihr Urteil, ob Rußland als Freund oder Feind zu betrachten sei, nicht von der täglich wechselnden Anschauung der „Times" abhängig machen und daß bereits ein Dreikaiserbündnis bestehe, welchem beizutreten England jeden Tag freistehe. „Fürst Bismarck pflegt bei seiner auswärtigen Politik mit den innersten Gefühlen des deutschen Volkes zu rechnen, das nach der Haltung, welche England und die Engländer im Jahre 1870 und später gegen Deutschland eingenommen, ein Bündnis mit England gegen Rußland nicht befürwortet. Im deutschen Volke leben nichts weniger als Empfindungen, welche die deutsche Politik ermutigen könnten, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und wenn die „Times" in der Türkei Änderungen für notwendig hält, so hat sie sich behufs deren Durchführung in Berlin sicherlich an eine unrichtige Adresse gewandt. Deutschland hat kein Interesse

daran, in der Orientfrage Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir haben im Jahre 1870 ungeachtet aller Erschwerungen das Geschäft allein gemacht und allerdings auch nachher die Rechnung allein geschrieben; England kann mithin in Deutschland keinen Geschäftsgenossen finden wollen, der das Gewinn- und Verlustkonto der englischen Orientpolitik zu teilen geneigt ist".

Im letzten Monat des Jahres 1876 nahm sodann der Reichskanzler wiederholt Gelegenheit, sich über die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage zu äußern. Bei den Tischgesprächen am 1. und 2. Dezember sagte er: „Die Aufgabe Deutschlands sei eine Friedensaufgabe; aber es könne anderen Nationen nicht einen akademischen Rat erteilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Die Folge davon würde sein, daß die russische Nation verstimmt würde und dies wäre schlimmer, als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Bedenklich würde es sein, wenn Österreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann wäre es Deutschlands Beruf, für den Bestand Österreichs und überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen".

Die Wärme, mit welcher von Österreich gesprochen war, während Rußland nur im Vorübergehen erwähnt wurde, schien manchen Politikern ein vollgültiger Beweis dafür, daß die Intimität mit Rußland vollständig in die Brüche gegangen sei. Die Interpellation des Abgeordneten Richter (Hagen) über die russische Zollpolitik gab dem Reichskanzler Gelegenheit, am 5. Dezember im Reichstag selbst aufs deutlichste und eingehendste über Deutschlands Stellung zu der orientalischen Krisis sich auszusprechen. Der Kern der Rede, in welcher das Interesse Deutschlands an der schwebenden Frage für so gering erklärt wurde, daß es nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre, war: „Mein Bestreben, und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe

verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegenteil, unsere allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem Einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden, und uns mit jeder unbilligen Zumutung verschont".

Am 19. Februar 1878, also gegen Ende des Krieges (der Friedensvertrag von San Stefano wurde am 3. März abgeschlossen) äußerte sich der Reichskanzler in der Rede, in der er sich als den ehrlichen Makler bezeichnete, über das Verhältnis zu Österreich dahin: „Ich kann dem Herrn Abgeordneten Windthorst versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Österreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Österreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält, im Interesse Österreichs offen zu stellen und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er mir die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt. Ein solches Verhältnis ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Österreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner (Windthorst) gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was

Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittelung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können".

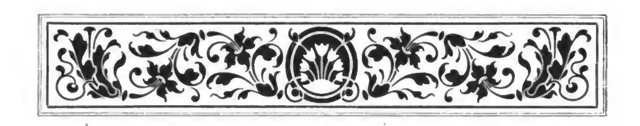
Eine „Option" zwischen Rußland und Österreich tritt in allen diesen Kundgebungen Bismarcks, d. h. in seinen Beteuerungen freundschaftlicher Empfindungen, die abwechselnd oder gleichzeitig an Österreich und Rußland gerichtet werden, nicht hervor. Thatsache ist, daß auf dem Berliner Kongreß noch das beste Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland herrschte, Gortschakow zwar dort innerlich den Abmachungen meist widerstrebte, der erste russische Delegierte aber namentlich den englischen Antrag, Österreich-Ungarn das Mandat zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina zu übertragen, auch mündlich unterstützte. Graf Schuwalow, der überhaupt den Berliner Kongreß zu stande brachte, indem er die wesentlichsten Punkte der Verhandlung mit dem englischen Kabinett vereinbarte und, entgegen den Plänen des Fürsten Gortschakow, den Zaren für dieses Programm zu gewinnen vermochte, war es auch, der in Berlin wieder im Gegensatze zu Gortschakow, der zu den Verhandlungen über Bulgarien gar nicht erschien, die Okkupation Bosniens durch Österreich befürwortete. Schuwalow war ein gesinnungsverwandter Freund des deutschen Kanzlers. Und wenige Monate nach dem Abschlusse des Berliner Vertrages wurde der von dem heutigen Selbstherrscher aller Reußen unterstützte Ansturm der Panslawisten gegen den Grafen Schuwalow so unwiderstehlich, daß Alexander II. seinen persönlichen Freund der öffentlichen Meinung opfern mußte.

Es mag gleich hier bemerkt werden, daß Graf Schuwalow nicht nur der „Vertrauensmann" des Kaisers Alexander war, sondern, wie aktenmäßig feststeht, der erste russische Bevollmächtigte auf dem Berliner Kongreß, während der damals schon altersschwache Fürst Gortschakow nur aus menschenfreundlicher Rücksicht des Kaisers auf den Wunsch eines bittenden Greises zur Teilnahme an den Sitzungen des Kongresses zugelassen worden war. Es ergiebt sich daraus, daß die „Zugeständnisse" — wenn von solchen überhaupt bei einem Abkommen die Rede sein kann, das Rußland große Vorteile an Ländereien, Einfluß und Geld einräumte — nur vom Kaiser Alexander selbst gemacht werden konnten, der schon beim Abschluß

des Traktats von Stefano mit sich selbst ganz klar darüber sein mußte, daß von der Aufrechterhaltung aller Stipulationen dieses Vertrages ohne einen schweren europäischen Krieg nicht die Rede sein konnte. Im Zusammenhang damit steht die große Befriedigung, welche Kaiser Alexander dem Grafen Schuwalow über die geschickte Ausführung der ihm anvertrauten schwierigen Mission zu erkennen gab, bei welcher er für Rußland, dank der rückhaltlosen deutschen Unterstützung, auf dem Kongreß mehr erreichte, als der Kaiser Alexander II. erwartet hatte.

Fürst Gortschakow nahm auf dem Berliner Kongreß nur nach außen hin eine Stellung ein, die seine maßlose Eitelkeit einigermaßen befriedigte. In der That war er dort ohne jede Bedeutung und die ganze Leitung der russischen Geschäfte lag in den Händen Schuwalows, der Vertrauensperson des Kaisers. Dies konnte auch dem Fürsten Gortschakow nicht verborgen bleiben, und sein Neid und seine Eifersucht waren es, die zuerst jene Verdächtigungen gegen Schuwalow ausstreuten, welche die letzten Jahre des verdienstvollen russischen Staatsmannes getrübt, aber ihn, zur Ehre seines Andenkens, glücklicherweise nicht überlebt haben.





II.

Der Berliner Friedenskongreß.

Der russisch-türkische Friedensvertrag, der am 3. März 1878 in San Stefano geschlossen wurde, ließ von der europäischen Türkei nicht viel übrig. Er schuf Bulgarien, das sich über Makedonien und Rumelien bis unter die Mauern von Konstantinopel erstreckte, vom Schwarzen bis zum Adriatischen Meere. Auch Serbien und Montenegro wurden mit bedeutenden Gebietserweiterungen bedacht, und ersteres überdies, wie auch Rumänien, für unabhängig erklärt. Was der Türkei in Europa verblieb, war also nur Rumelien mit Konstantinopel und Adrianopel, dann, völlig davon getrennt, die Halbinsel von Saloniki, Thessalien, Epirus und Albanien, endlich durch einen schmalen Streifen mit Albanien verbunden, die Herzegowina und Bosnien. Die Kriegsentschädigung sollte sich auf 1400 Millionen Rubel belaufen, an Zahlungsstatt aber für den Betrag von 1100 Millionen die Dobrudscha, sowie in Kleinasien Ardagan, Kars, Batum, Bajazet und alles Land bis Saganlug angenommen werden. Dieser Vertrag wurde erst am 17. März, wo er in Petersburg ratifiziert wurde, den Großmächten zur Kenntnis gebracht. Allein da die wesentlichsten Bestimmungen schon vorher bekannt geworden waren, hatten Österreich und England als die meistbeteiligten Großmächte dazu schon vorher Stellung genommen. Andrassy ließ sich von den Delegationen einen Kredit von 60 Millionen Gulden bewilligen und suchte zugleich die öffentliche Meinung für die Notwendigkeit zu gewinnen, Bulgarien zu verkleinern und der russischen Alleinherrschaft zu entziehen, der Pforte den Balkan zurückzugeben und zwischen Rußland und Byzanz die habsburgische Monarchie einzuschieben. England traf geräuschvoll Rüstungen, sandte das Kanal-

geschwader nach Malta, berief die Reserven ein und traf im stillen Vorbereitungen, um indische Truppen nach dem Mittelmeer zu schaffen. Lord Derby, der diese Maßnahmen nicht billigte, trat aus dem Ministerium und überließ Lord Salisbury das Auswärtige Amt.

Am 1. April erließ Lord Salisbury das vielbesprochene Rundschreiben, welches den Vertrag von San Stefano als für England unannehmbar und die Teilnahme Englands an einem Kongreß, der nicht volle Freiheit haben solle, den Vertrag zu revidieren, für unmöglich erklärte. „Durch die Artikel über die Errichtung des neuen Bulgariens," hieß es in dieser für die weiteren Verhandlungen entscheidenden Staatsschrift, „wird unter den Auspizien und der Aufsicht Rußlands ein starker Slawenstaat geschaffen werden, der wichtige Häfen an den Ufern des Schwarzen Meeres und des Archipelagus hat und jener Macht einen überwiegenden Einfluß auf politische und kommerzielle Beziehungen in jenen Meeren überträgt. Derselbe wird so eingerichtet sein, daß in der herrschenden slawischen Majorität eine bedeutende Bevölkerung untergeht, die nach Abstammung und Gefühl griechisch ist, und die beunruhigt vor der Aussicht steht, von einem Gemeinwesen verschlungen zu werden, das ihr nicht nur in der Nationalität, sondern auch in politischer Tendenz und religiösem Bekenntnis fremd ist. Die Bestimmungen, nach denen dieser neue Staat einem Herrscher unterworfen werden soll, den Rußland faktisch wählen wird, nach denen die Verwaltung durch einen russischen Kommissar eingerichtet und die erste Thätigkeit der neuen Institutionen unter Aufsicht eines russischen Heeres begonnen werden soll, lassen zur Genüge das politische System erkennen, dessen Teil der neue Staat in Zukunft bilden wird . . . . . Die territoriale Abtrennung der griechischen, albanischen und slawischen, noch unter der Herrschaft der Pforte verbleibenden Provinzen von Konstantinopel wird die Verwaltung derselben beständigen Schwierigkeiten und sogar Verlegenheiten aussetzen; sie wird nicht nur die Pforte der aus dem Besitze jener Provinzen etwa herzuleitenden Stärke berauben, sondern auch die Bevölkerung einer ernstlichen Gefahr der Anarchie aussetzen . . . . Die erzwungene Abtrennung Bessarabiens von Rumänien — die rumänische Regierung hatte bereits am 28. März gegen die bezügliche Bestimmung Protest eingelegt, — die Ausdehnung Bulgariens bis an die Ufer des Schwarzen Meeres, an

denen hauptsächlich Mohamedaner und Griechen wohnen, die Erwerbung des wichtigen Hafens Batum werden den Willen der russischen Regierung über die ganze Nachbarschaft des Schwarzen Meeres zum herrschenden machen. Die Erwerbung der armenischen Festungen wird die Bevölkerung jener Provinz unter den unmittelbaren Einfluß der besitzenden Macht stellen; der ausgedehnte europäische Handel, der jetzt von Trapezunt nach Persien geht, wird infolge der Abtretung in Kurdistan nach Belieben der russischen Regierung durch die Prohibitivschranken ihres Handelssystems angehalten werden können . . . . . Die Gesamtwirkung der Bestimmungen ist die, daß sie die politische Unabhängigkeit der Regierung von Konstantinopel fast bis zu gänzlicher Unterwerfung herabdrücken. Die formale Jurisdiktion dieser Regierung erstreckt sich über geographische Punkte, welche unter allen Umständen für Großbritannien das höchste Interesse besitzen müssen. In der Macht der osmanischen Regierung steht es, die Meerengen, welche die natürlichen Völkerstraßen zwischen dem Ägeischen und Schwarzen Meere bilden, zu öffnen und zu schließen. Ihre Herrschaft wird am Haupte des Persischen Meerbusens, an den Küsten der Levante und in der unmittelbaren Nähe des Suezkanals anerkannt. England kann es nur mit äußerster Besorgnis erfüllen, wenn die Regierung, welcher diese Landeshoheit zusteht, durch die politischen Vorposten einer weit überlegenen Macht so eng eingeschränkt wird, daß ihr selbständiges Handeln, ja Bestehen, fast zur Unmöglichkeit wird. Diese Ergebnisse erwachsen nicht so sehr aus den Bestimmungen irgend eines einzelnen Artikels des Vertrages, als aus der Wirkung, welche die Urkunde als Ganzes hat."

So schroff ablehnend sich die englische Politik dem Vertrage in seiner Gesamtheit gegenüberstellte, so wenig machte sie ein Hehl daraus, daß „durch den unglücklichen Widerstand der osmanischen Politik selbst" sogar das Reformprogramm der Konstantinopeler Konferenz als unzureichend erwiesen sei. „Große Veränderungen mögen und werden ohne Zweifel in den Verträgen notwendig werden, durch welche das südöstliche Europa bisher beherrscht worden ist."

In einem vom 9. April datierten und bemerkenswerter Weise schon an demselben Tage in der Londoner „Times" veröffentlichten Rundschreiben widerlegte Fürst Gortschakow, Punkt für Punkt, die Einwendungen Salisburys mit den plausibelsten Gründen, die ihm

zu Gebote standen, aber mit einer Schärfe und Energie der Sprache, wie sie die russischen Diplomaten bisher nur der Türkei gegenüber für zulässig erachtet hatten. Fürst Gortschakow schmeichelte sich nicht mit der Hoffnung, seinen Gegner zu überreden. „Gegen das Mißtrauen giebt es kein Mittel.“ Aber er hütete sich wohl, den Faden der Unterhandlung abzubrechen. Der Herr Marquis, schreibt er, sagt uns, was die englische Regierung nicht will, aber er sagt uns nicht, was sie will. Wir würden es für ersprießlich halten, wenn Se. Lordschaft dies zur Klarstellung der Lage thun möchte.

Die überstürzte Veröffentlichung dieses Rundschreibens in dem Moment, wo das englische Parlament die Antwort auf die Botschaft der Königin wegen Einberufung der Reserven diskutierte, blieb ohne die erwartete Wirkung. Einstimmig nahm das Oberhaus die von Lord Beaconsfield beantragte Adresse, ebenso einstimmig das Unterhaus die von dem Schatzkanzler Sir Northcote formulierte Adresse an, nachdem ein Antrag der whiggistischen Heißsporne, die Einberufung der Reserven für ungerechtfertigt und für unklug zu erklären, mit 319 gegen 64 Stimmen verworfen worden war. Der Sieg der englischen Aktionspartei, deren Träger Lord Beaconsfield, war entschieden. „Ich bin mir bewußt und davon überzeugt,“ hatte Disraeli einige Tage vorher im Oberhause erklärt, „daß die Politik, deren Adoptierung wir Ihrer Majestät empfohlen haben, die Aufrechterhaltung ihres Reiches, die Freiheit Europas und die Größe und Sicherheit unseres Landes bezweckt.“

Die Frage zu stellen, ob Rußland allein den Kampf gegen England, Österreich-Ungarn und die mohamedanische Welt wagen könne, hieß sie verneinen. Schon Anfang Mai kam in St. Petersburg die Überzeugung zum Durchbruch: Qui trop embrasse, mal étreint. Fürst Gortschakow, der wenige Wochen später auf dem Berliner Kongreß eine schlagende Probe seines Talents ablegte, zur rechten Zeit krank zu werden, lag an der Gicht darnieder, und so gelang es dem russischen Botschafter in London, Grafen P. Schuwalow, die Ermächtigung des Kaisers zu Verhandlungen mit dem Marquis von Salisbury über die Abänderung des Vertrags von San Stefano zu erhalten.

Nach wiederholten Konferenzen mit dem englischen Minister des Auswärtigen verläßt Graf Schuwalow am 7. Mai London, nicht

um englische Vorschläge nach St. Petersburg zu bringen, sondern um nach Sondierung des Terrains in London, bei dem Kaiser Alexander seine Vorschläge über die der englischen Politik zu machenden Zugeständnisse zu befürworten. Schon am 22. Mai trifft Graf Schuwalow, der auf der Rückreise dem deutschen Reichskanzler in Friedrichsruh einen Besuch abgestattet hat, wieder in London ein und am 2. Juni ladet Fürst Bismarck die Unterzeichner der Verträge von 1856 und 1871 zu dem Kongreß nach Berlin, „um die Stipulationen des Vertrags von San Stefano zu diskutieren. Indem die deutsche Regierung diese Einladung an die .... Regierung richtet, nimmt dieselbe an, daß die .... Regierung, indem sie die Einladung annimmt, darein willigt, die freie Diskussion des gesamten Vertrages von San Stefano zuzulassen und daß dieselbe bereit ist, daran teilzunehmen, wenn alle eingeladenen Mächte teilnehmen."

Indem Rußland diese Einladung bedingungslos acceptierte, verzichtete es auf den Vorbehalt, gewisse Stipulationen des Vertrags der Prüfung durch den Kongreß zu entziehen. So trat denn am 13. Juni der Kongreß in Berlin zusammen. Anwesend waren die Kanzler und Premiers Bismarck, Gortschakow, Andrassy und Beaconsfield; die Minister des Auswärtigen Bülow, Salisbury, Waddington und Corti; die Botschafter in Berlin Karolyi, Saint Vallier, Launay, Odo Russell, Oubril und Saadullah; der deutsche Botschafter in Paris, Hohenlohe, der russische in London, Schuwalow, der österreichische in Rom, Haymerle; endlich für Frankreich noch der Direktor im Auswärtigen Amte, Desprez, und für die Türkei — doch erst von der zweiten Sitzung an — der Muschir Mehemed Ali und der Bautenminister Karatheodory. Die erste Versammlung eröffnete Andrassy mit dem allseitig gebilligten Vorschlage, Bismarck den Vorsitz zu übertragen und mit lebhaften Wünschen für die baldige Genesung des deutschen Kaisers, den das zweite frevelhafte Attentat kaum vierzehn Tage vorher auf das Krankenlager geworfen hatte.

Die Verhandlungen der ersten Sitzungen bezogen sich besonders auf Bulgarien, dem Rußland noch einmal ausgedehntere Grenzen zu verschaffen bemüht war. Nachdem in der Sitzung vom 26. Juni endlich die bulgarischen Fragen erledigt waren, wandte man sich am

28. Juni dem Schicksale Bosniens zu. Graf Andrassy verlas nachstehende Mitteilung: „Alle Regierungen erkennen einstimmig an, daß Österreich-Ungarn in seiner Eigenschaft als angrenzende Macht mehr als jede andere Macht an dem Regeln der Verhältnisse in Bosnien und in der Herzegowina beteiligt sei. Die Kriegführenden haben auf diesen Standpunkt Rücksicht genommen, indem sie durch den Artikel 14 des Präliminarfriedensvertrages die endgültige Lösung dieser Frage der Verständigung mit Österreich-Ungarn vorbehalten. Indem die Bevollmächtigten Sr. K. und K. Majestät die, den besonderen österreichisch-ungarischen Interessen entspringenden Einwendungen gegen den oben erwähnten Artikel präzisieren, halten sie es für ihre Pflicht hervorzuheben, daß die bosnisch-herzegowinische Frage wohl unmittelbar Österreich-Ungarn angeht, daß sie aber darum doch auch eine hervorragend europäische Frage bleibt. Man könnte niemals außer acht lassen, daß die Bewegung, welche zum orientalischen Kriege geführt hat, in Bosnien und in der Herzegowina ausgebrochen ist. Das Unheil und die Gefahren, welche daraus für Europa entstanden, sind bekannt; Österreich-Ungarn ist davon in erster Linie betroffen worden. Die erhebliche Anzahl der längs unserer Grenze aufgestellten Truppen hat nicht genügt, um den Marsch der Insurgenten und die gegenseitigen Übertretungen zu verhindern. Die bei Beginn der Unruhen in Bosnien konzentrierten türkischen Streitkräfte waren trotz ihrer Stärke nicht in der Lage, dem Aufstande und den unablässigen Auswanderungen ein Ziel zu setzen. Mehr als 200 000 Männer haben auf diese Weise ihren Herd verlassen. Seit drei Jahren hat die K. K. Regierung die Kosten für deren Unterhalt tragen müssen und zehn Millionen Gulden sind hierfür bereits ausgegeben worden. Die Auswanderer trauen dem Lose nicht, das ihrer wartet, wenn sie wieder heimkehren und weigern sich, in ihr Vaterland zurückzukehren. So sind uns denn täglich neue und schwere Opfer auferlegt und nichts läßt darauf schließen, daß dieselben bald ein Ende nehmen werden. Unsere Grenzbevölkerung erleidet unberechenbaren Schaden durch diese unausgesetzte, sich in die Länge ziehende Einwanderung. Angesichts dieser Lage der Dinge, welche die K. und K. Regierung unmöglich verhüten konnte, kann dieselbe kein anderes Ziel verfolgen, als den jetzigen Zustand ein für allemal durch eine Lösung beseitigt zu sehen, welche Bürgschaften

der Dauerhaftigkeit bietet. Der Artikel 14 des Präliminarvertrages von San Stefano schlägt als eine solche Lösung die Errichtung einer Autonomie vor, wie sie den ottomanischen Bevollmächtigten in der ersten Sitzung der Konferenz zu Konstantinopel mitgeteilt worden ist. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs war bereit, in jede Lösung zu willigen, welche Aussicht auf eine rasche und definitive Pazifikation der hier in Rede stehenden Provinzen gäbe. In anbetracht der nationalen, religiösen und geographischen Verhältnisse, welche sich in diesen Provinzen infolge der aus dem Kriege hervorgegangenen Gebietsveränderungen noch verwickelter gestaltet haben, erachten wir gleichwohl die angegebene Lösung für gänzlich undurchführbar. Unüberwindliche Hindernisse stellen sich dem Prinzip wie der Ausführung entgegen. Die Bevölkerung dieser Länder besteht aus Muselmanen, Orthodoxen und Katholiken, welche alle gleich fanatisch sind in dem Antagonismus, der sie von einander trennt und die nicht etwa in verschiedenen Distrikten, sondern durcheinander gewürfelt in denselben Bezirken, in denselben Städten und Dörfern leben. Der hohen Pforte würde die Aufgabe zufallen, alle diese einander gegenüberstehenden Elemente in der Form eines und desselben autonomen Regierungssystems zu vereinigen. Sie müßte alle in Österreich-Ungarn und in Montenegro zerstreuten Flüchtlinge wieder in die Heimat befördern und für deren Unterhalt sorgen, müßte ihnen Saatkorn und Materialien für den Wiederaufbau ihrer Häuser geben, um nur die Wiederaufnahme friedlicher Arbeiten zu ermöglichen. Sie müßte ferner die Regelung der Agrarfrage in Angriff nehmen, welche Frage ja die Hauptquelle der periodischen Erschütterungen ist, von denen diese Gegenden heimgesucht werden, und dieses Problem ist voller Hindernisse inmitten einer durch Religionshaß und durch sozialen Groll zerfleischten Bevölkerung, dieses Problem, welches nur von einer starken und unparteiischen Regierung in einem Lande gelöst werden kann, wo das ganze Grundeigentum sich in den Händen der Muselmanen befindet, während die christlichen Arbeiter oder Pächter die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Und in demselben Augenblicke, wo die hohe Pforte berufen würde, Opfer zu bringen, welche ihre Mittel übersteigen, bestimmt der Artikel 14, daß sie die Rückstände nicht eintreiben darf, während zweier Jahre auch noch auf die laufenden Einkünfte aus diesen Provinzen zu verzichten hat.

Es soll gewiß der Türkei kein Vorwurf gemacht, noch ihr guter Wille in Zweifel gezogen werden, wenn man die Überzeugung ausspricht, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen sein wird. Es wäre ihr dies schon unter normalen Verhältnissen unmöglich; die Aufgabe ist aber nach Beendigung eines Krieges ganz und gar undurchführbar, zumal angesichts des wachsenden Antagonismus, der heute noch mehr als beim Beginn der Unruhen zu Tage tritt, seitdem die von Muselmanen bewohnten Distrikte unter serbische oder montenegrinische Herrschaft schon gestellt sind oder gestellt werden sollen. Die Besorgnis ist nur zu sehr begründet, daß unter solchen Verhältnissen die Autonomie, weit entfernt, die Pazifikation jener Gebiete herbeizuführen, dieselben vielmehr zu einem bleibenden Herde von Ruhestörungen machen werde. Aus der vorstehenden, in großen Umrissen gegebenen Schilderung der Lage geht hervor, daß auf Grundlage des Artikels 14 eine dauerhafte Regelung der Frage nimmermehr erzielt werden kann. Jeder nutzlose Versuch, eine autonome Organisation in diesen Provinzen einzuführen, würde aber die Bewegung aufs neue anstacheln und wir würden auf diese Weise schon nach kurzer Zeit aufs neue den unerträglichen Schädigungen ausgesetzt sein, welche uns durch die Erschütterungen in den genannten Provinzen schon bereitet worden sind und noch bereitet werden. Außerdem muß die österreichisch-ungarische Regierung auch die geographische Lage in Betracht ziehen, welche infolge der mit den neuen Abgrenzungen nach Montenegro und Serbien hin im Zusammenhange stehenden Gebietsveränderungen für Bosnien und die Herzegowina geschehen wird. Das Vorschieben der Grenzen dieser Fürstentümer würde in jenen Gegenden die Verbindungen mit dem übrigen Orient in ein, den Handelsinteressen der Monarchie nachteiliges Verhältnis bringen. Aus diesen Gründen halten es die Bevollmächtigten Sr. K. und K. apostolischen Majestät für ihre Pflicht, die ernste Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Gefahren zu lenken, welche jede der Bürgschaft für Dauerhaftigkeit entbehrende Lösung der Frage im Gefolge haben könnte. Österreich-Ungarn sieht sich als Grenzmacht in erster Linie zu der offenen und freien Erklärung gedrungen, daß seine vitalsten Interessen ihm vorschreiben, nur einer solchen Lösung der bosnisch-herzegowinischen Frage seine Zustimmung zu geben, welche geeignet ist, die dauernde Pazifikation

der genannten Provinzen herbeizuführen und die Wiederkehr von Ereignissen zu verhüten, die den europäischen Frieden so schwer bedroht und Österreich-Ungarn nicht allein große Opfer und drückende materielle Verluste auferlegt, sondern es gleichzeitig auch in eine unerträgliche Lage gebracht haben, in deren Verlängerung es nicht willigen kann".

Lord Salisbury verlas hierauf folgenden Vorschlag: „Das soziale Verhältnis und die geographische Lage Bosniens und der Herzegowina sind für den Kongreß in gleich hohem Grade beachtenswert. Es sind dies die einzigen Provinzen der Türkei, in welchen die Grundeigentümer fast ohne Ausnahme einen andern religiösen Glauben haben, als die Bauern. Der aus diesem Antagonismus entsprungene Aufstand hat zu dem jetzigen Kriege Anlaß gegeben, welcher die Türkei so sehr verheert hat, und die Gereiztheit, welche die beiden Klassen der Bevölkerung von einander trennt, besteht heute noch mit derselben Lebhaftigkeit, wie vor drei Jahren. Diese Gereiztheit ist durch die Leidenschaftlichkeiten des Bürgerkrieges auf die Spitze getrieben und der Widerstand gegen die Regierung wird durch die neuen Erfolge der beiden benachbarten Fürstentümer angestachelt. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Pforte im stande sein wird, heute gegen Agitationen anzukämpfen, welche sie nicht zu verhindern, noch zu unterdrücken vermochte, noch ehe die traurigen Ereignisse der letzten beiden Jahre hereingebrochen waren. Hierzu bedarf es einer Regierung, welcher nicht nur die notwendigen Mittel zur Herstellung einer guten Verwaltung zu Gebote stehen, sondern die auch über genügend starke Streitkräfte verfügt, um jede Art von Ruhestörung unterdrücken zu können. Wenn es den Mächten nicht gelingt, in diesen Gegenden schon heute für die Errichtung einer ständigen und starken Verwaltung Fürsorge zu treffen, so trifft sie die Verantwortlichkeit für die unvermeidliche Erneuerung jener Leiden, welche die lebhaften Sympathien Europas erwecken und die zu so schweren Ereignissen Anlaß gegeben haben. Auch die geographische Lage dieser Provinzen ist von hoher politischer Bedeutung. In dem Falle, daß ein beträchtlicher Teil derselben in die Hände eines der benachbarten Fürstentümer fiele, würde sich eine Kette von slawischen Staaten bilden, welche sich mitten durch die Balkanhalbinsel hinzöge und deren Streitkräfte die Bevölkerungen einer anderen Rasse, welche die südlichen Gebiete innehaben, bedrohen würden. Ein solcher

Zustand wäre für die Unabhängigkeit der Pforte zweifellos viel gefährlicher wie jede andere Kombination. Gleichwohl würde sich höchst wahrscheinlich ein solches Resultat ergeben, wofern die Pforte mit der Verteidigung dieser beiden entfernt liegenden Provinzen betraut bleibt. Es ständen große Gefahren für die Provinzen, wie für die Pforte zu befürchten, wenn letztere dieselben noch ferner besetzt hielte und verwaltete. Anderseits erhöhte Bosnien und die Herzegowina weder den Reichtum der Pforte, noch tragen sie zu deren Stärkung in auch nur geringem Grade bei. Auf der Konferenz in Konstantinopel ist festgestellt worden, daß ihre Einnahmen die Ausgaben, welche für sie gemacht werden, nicht decken. Die Ausgabe, welche ihre Verteidigung erheischt, wäre enorm, und sie hat keinen strategischen Wert für die Pforte. Und so würde die Pforte einen Beweis höchster Weisheit geben, wenn sie es ablehnte, noch länger sich einer Aufgabe zu unterziehen, die ihre Kräfte übersteigt, und wenn sie diese Aufgabe einer Macht anvertraute, welche fähig ist, dieselbe zu erfüllen, so würde sie von dem türkischen Reiche schwere Gefahren abwenden. Aus diesen Gründen schlägt die Regierung der Königin den versammelten Mächten vor, der Kongreß wolle beschließen, daß die Provinzen Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden".

Fürst Bismarck erklärte im Namen Deutschlands, daß er dem eben verlesenen Vorschlage des Marquis von Salisbury zustimme und er erläuterte sein Votum durch folgende Erwägungen: „Europa wünscht einen dauerhaften Zustand der Dinge zu schaffen und das Schicksal der Bevölkerungen im Orient in wirksamer Weise zu sichern. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die Vertreter der zum Kongresse versammelten Mächte ein ganz besonderes Interesse daran, sich mit den Provinzen Bosnien und Herzegowina zu beschäftigen. Es ist notorisch, daß die periodischen Erschütterungen, welche den Orient durchwühlt haben und namentlich die letzte Bewegung, welche Europa in Brand zu stecken drohte, ihren Ursprung in diesen Provinzen gehabt haben. Es ist also nicht ausschließlich ein österreichisch-ungarisches Interesse, sondern eine allgemeine Pflicht, wirksame Mittel ausfindig zu machen, um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse vorzubeugen. Deutschland ist durch kein direktes Interesse an die orientalischen Angelegenheiten gebunden; es teilt gleichwohl

den Wunsch, einem Zustande ein Ziel zu setzen, der, wenn er sich verlängerte, den Keim zu neuen Unordnungen enthalten würde, welche Zwietracht zwischen den europäischen Kabinetten in ihrem Gefolge haben könnten. Es wäre gefährlich, sich der Täuschung hinzugeben, als genüge zur Besserung dieser Lage die Einführung von Reformen in Bosnien und der Herzegowina auf der Grundlage der gegenwärtigen Einrichtungen. Nur ein mächtiger Staat, welcher in der Nähe des Herdes der Unruhen genügende Streitkräfte zur Verfügung hätte, wird dort die Ordnung wieder herstellen, wird das Schicksal und die Zukunft dieser Bevölkerungen sichern können. Von diesen Erwägungen ausgehend, trete ich im Namen Deutschlands dem Vorschlage des Herrn Bevollmächtigten Großbritanniens bei und empfehle lebhaft denselben der hohen Versammlung zur Annahme." —

Der erste Bevollmächtigte Italiens richtet an den österreichisch-ungarischen Vertreter die Frage, ob derselbe über den von Deutschland unterstützten englischen Vorschlag einige Erläuterungen vom Standpunkte des allgemeinen europäischen Interesses aus zu geben in der Lage ist. Der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte bezieht sich in seiner Antwort auf seine obigen Ausführungen und hegt die Überzeugung, das italienische Kabinett werde gleich den anderen europäischen Kabinetten den europäischen Standpunkt, auf welchen Österreich-Ungarn sich hierbei gestellt, zu würdigen wissen. — Der erste ottomanische Bevollmächtigte bedauert, auf Grund der ihm von seiner Regierung erteilten Instruktionen eine von den bisher abgegebenen Erklärungen abweichende in betreff der Besetzung Bosniens und der Herzegowina zum Ausdruck bringen zu müssen. Die Verwirklichung des Okkupationsvorschlages sei durchaus nicht dringend, diese Maßregel sei auch durchaus nicht geboten. Der Pforte liege ob, die Ordnung und Ruhe in diesen Provinzen wieder herzustellen, die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückzuführen, und sie habe die notwendigen Mittel vollständig zur Verfügung, um jene auch von ihr angestrebten Ziele sofort zu erreichen. Sie werde zu dem Ende Kommissarien hinsenden, um eine Gendarmerie zu organisieren und werde auch alle anderen notwendigen Maßregeln ergreifen. Der Bevollmächtigte widerlegt der Reihe nach alle von Österreich-Ungarn und von Großbritannien geltend gemachten Er-

wägungen und glaubt versichern zu können, daß die Türkei alles viel leichter erreichen werde, als eine fremde Besetzung der Provinzen, welch letztere größere Unzuträglichkeiten im Gefolge haben werde als die sind, welche man jetzt beseitigen will. — Der erste Bevollmächtigte Frankreichs will kurz die Gründe angeben für seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Marquis von Salisbury. Die französische Regierung hat an der bosnischen Frage kein unmittelbares Interesse, aber sie hat ein Interesse daran, daß der Kongreß ein nützliches und dauerhaftes Werk vollbringe. Auf diesen Standpunkt stellt sie sich auch bezüglich jeder anderen Angelegenheit, welche sie nicht direkt berührt. Se. Excellenz erachtet die vom englischen Kabinette bezeichnete Kombination als die einzige, welche den durch politischen, religiösen und sozialen Haß so tief zerfleischten Bevölkerungen Bosniens und der Herzegowina eine friedliche Existenz sichern kann; er meint, eine benachbarte Macht, welche stark genug ist, um unparteiisch sein zu können, werde allein in der Lage sein, in diesen Provinzen den Frieden wiederherzustellen; mit einem Worte, die französische Regierung hält die Intervention Österreich-Ungarns für eine Maßregel europäischer Polizei. — Lord Beaconsfield hebt erneut die Wichtigkeit der Frage hervor und weist nochmals darauf hin, daß die Aufgabe des Kongresses sei, den Frieden in Europa wenn möglich zu sichern. Er erkennt an, daß, wenn auch nach allseitiger Ansicht eine der Hauptgrundlagen dieses Friedens die Unabhängigkeit des Sultans als europäischer Souverän ist, man doch nicht verhehlen kann, daß die in den genannten Gebieten ausgebrochenen Unruhen der Ursprung aller beklagenswerten Ereignisse der letzten Jahre gewesen sind. Se. Exzellenz hat die Überzeugung, daß die ottomanische Regierung, nachdem der Sultan außer stande gewesen ist, schon vor dem Kriege und als er noch über erhebliche Mittel verfügte, die Ordnung in Bosnien und der Herzegowina aufrecht zu erhalten und so den allgemeinen Frieden zu wahren, jetzt nach einem übrigens so ehrenvoll bestandenen Kampfe noch weniger in der Lage sein wird, dem europäischen Frieden diejenigen Bürgschaften zu geben, welche derselbe zu verlangen berechtigt ist. Die Mächte müssen also diejenigen Mittel ausfindig machen, welche am wirksamsten solche Bürgschaften schaffen und sie hoffen, ein solches Mittel in der Aktion eines großen, mächtigen, von konservativen

Ansichten durchdrungenen Grenzstaates zu finden, der niemals darnach getrachtet hat, die Interessen irgend jemandes auf der ganzen Welt zu schädigen. Heißt das ein materielles Opfer von der Türkei verlangen? Der edle Lord erachtet im Gegenteil, daß diese Provinzen der Pforte niemals eingebracht haben, was sie kosteten. Ist es anderseits nicht von hoher Wichtigkeit, daß die Großmächte, welche sich abmühen, allen Rassen gerecht zu werden, das Übergewicht einer einzigen Rasse in diesen Gebieten verhindern? Wenn der Kongreß die Provinzen, um welche es sich handelt, in dem Zustande läßt, in welchem sie sich gegenwärtig befinden, so würde man das Übergewicht der slawischen Rasse, welche wenig geneigt ist, anderen Rassen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wieder auftauchen sehen. Es ist leicht ersichtlich, daß der Vorschlag des Lord Salisbury nicht in englischem Interesse, sondern im Hinblick auf den Frieden von ganz Europa gemacht worden ist. Keine Nation ist besser im stande als Österreich-Ungarn, in diesem Augenblicke durch die Besetzung der genannten Provinzen die hohe Pflicht zu erfüllen, die Ordnung aufrecht zu halten und zu sichern, die Wohlfahrt wieder zu wecken und endgültig die ottomanische Pforte zu stärken, indem sie deren Gewicht in den europäischen Angelegenheiten vermehrt. — Der Fürst Gortschakow äußert sich dahin, Rußland sei bei dieser Frage unbeteiligt; die vom Grafen Andrassy entwickelten Gesichtspunkte, der von Deuschland, Frankreich und Italien unterstützte Vorschlag des Lord Salisbury und die so klaren Erläuterungen des Lord Beaconsfield bezeugten ihm aber die Wirksamkeit der für das friedliche Ziel, welches der Kongreß anstrebe, vorbereiteten Resolution. In Wirklichkeit handle es sich darum, die christlichen Bevölkerungen vor hundertjährigen Mißbräuchen zu schützen; der englische Antrag falle mit den allgemeinen Gesichtspunkten Rußlands zusammen und er gebe demselben seine vollständige Billigung. Was die Bemerkung Karatheodory Paschas angeht, welcher den letzten Aufstand fremden Einflüssen zuschreibt, so kann Seine Durchlaucht derselben nicht beipflichten; die Unruhen sind durch den Zustand der Dinge in den Provinzen Bosnien und Herzegowina veranlaßt worden, und nur durch radikale Abänderungen kann man deren Wiederkehr verhindern. — Der erste türkische Bevollmächtigte erinnert in seiner Antwort auf diese Äußerung daran, er habe keineswegs die Absicht gehabt,

den Ursprung des bosnischen Aufstandes zu prüfen, sondern er habe nur feststellen wollen, daß, wenn die Ordnung nicht schon früher wieder hergestellt worden ist, hieran einzig und allein die Ereignisse, welche sich seit einem Jahre zugetragen haben, schuld waren. Die ottomanische Regierung übernimmt heute dem Kongresse gegenüber die Verpflichtung, die Provinz binnen kurzer Frist zu pazifizieren. Sie giebt die Mittel an, welche sie zur Erreichung dieses Zieles in Vollzug zu setzen gedenkt und welche geeignet scheinen, jede Besorgnis zu beschwichtigen. Sie kennt besser als jeder andere die Lage der Dinge in diesen Provinzen; es ist also klar, daß wenn sie einmal eine solche Verpflichtung übernimmt, sie auch die Überzeugung hat, dieselbe erfüllen zu können.

Der Graf Andrassy wünscht einige Einwendungen gegen das von Karatheodory Pascha verlesene Schriftstück machen zu dürfen. Der erste ottomanische Bevollmächtigte hat gesagt, die vorgeschlagene Maßregel sei nutzlos, weil die Pforte bereit ist, die bezeichneten Übel zu beseitigen und weil sie namentlich im stande ist, für die Heimkehr der Flüchtlinge, deren Anzahl mindestens 200000 Seelen beträgt, zu sorgen. Der Graf Andrassy bemerkt hierzu, daß seit drei Jahren die hohe Pforte um das Ergreifen von Maßregeln angegangen worden ist, daß dieselben bald versprochen, bald ausweichend beantwortet, definitiv aber niemals ergriffen worden sind. Bezüglich der Bemerkung Karatheodorys, daß die Türkei diese Provinzen intakt bewahrt hat, glaubt der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte, Karatheodory werde einräumen wollen, daß dieses Resultat zum großen Teile der Aufstellung österreichisch-ungarischer Truppen an der Grenze während der letzten drei Jahre zuzuschreiben ist. Der Graf Andrassy fügt hinzu, daß Österreich-Ungarn, welches unausgesetzt für die Wahrung des Prinzips der Stabilität, von dem seine Politik geleitet wird, besorgt ist, die Zukunft nicht mehr von den Täuschungen abhängig sein lassen kann, denen sich die Pforte hingeben mag, mit denen aber die Ereignisse der letzten Jahre in zu schroffem Widerspruche stehen. Se. Exzellenz erklärt also: „Der Vorschlag der Herrn Bevollmächtigten Großbritanniens und Deutschlands erscheint als das geeignetste Mittel, um eine rasche, vollständige und dauerhafte Pazifikation Bosniens und der Herzegowina herbeizuführen; derselbe entspricht am besten den gemeinsamen, den

Mächten vorschwebenden Zielen, nämlich eine dauerhafte Lage der Dinge zu schaffen. Die Bevollmächtigten Österreich-Ungarns haben demgemäß die Ehre, diesem Vorschlage zuzustimmen und zu erklären, daß die österreichisch-ungarische Regierung bereit ist, die Besetzung und Verwaltung dieser Provinzen auf sich zu nehmen. Was das Gebiet des Sandjak von Novibazar angeht, welches sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung über Mitrowitza hinaus erstreckt und zu dem früheren Vilajet Bosnien gehört, also nicht direkt an die österreichisch-ungarische Grenze stößt, so erklären die Bevollmächtigten Sr. K. und K. Majestät, daß Österreich-Ungarn sich mit der Verwaltung dieses Sandjaks nicht zu befassen wünscht, daß dort füglich die ottomanische Verwaltung fortbestehen kann. Behufs Sicherung der Aufrechterhaltung der neuen politischen Lage, der Freiheit und Sicherheit der Verkehrswege muß sich Österreich-Ungarn nichtsdestoweniger das Besetzungsrecht und das Recht über Heeres- wie Handelsstraßen in der ganzen Ausdehnung des Sandjaks vorbehalten. — Fürst Bismarck bemerkt, daß er, obschon die Meinung der verschiedenen Mitglieder des Kongresses in den von denselben gehaltenen Reden zum Ausdruck gelangt ist, nichtsdestoweniger glaube, eine förmliche Abstimmung der Vertreter der Mächte verlangen zu sollen. — Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien und Italien stimmen für den englischen Vorschlag; Rußland nimmt denselben ebenfalls an mit der Bemerkung, daß sein Votum sich ausschließlich auf den Wortlaut des Antrages des Lord Salisbury bezieht. Die ottomanischen Bevollmächtigten verweigern die Zustimmung und erklären, sie seien durch die Instruktionen ihrer Regierung gebunden. Der Vorsitzende nimmt im Namen der Majorität des Kongresses und vor allem im Namen der neutralen Mächte das Wort. Er hält es für seine Pflicht, die Bevollmächtigten der Türkei daran zu erinnern, daß der Kongreß zusammen getreten ist, nicht um der Türkei die geographischen Positionen, welche sie zu behalten wünscht, zuzusichern, sondern um den Frieden Europas für jetzt und für die Zukunft zu wahren. Se. Durchlaucht macht die ottomanischen Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß sie sich ohne das Dazwischentreten des Kongresses dem Gesamtinhalte des Vertrages von San Stefano gegenüber befinden würden und daß dieses Dazwischentreten ihnen eine viel

größere und fruchtbarere Provinz als Bosnien ist, wiedergiebt, nämlich das Gebiet, welches sich vom Ägeischen Meere bis zum Balkan erstreckt. Die Beschlüsse der hohen Versammlung bilden ein Ganzes und es ist nicht angänglich, davon den Nutzen herauszugreifen, das Nachteilige aber von der Hand zu weisen. Die Pforte hat also kein Interesse daran, die Arbeiten des Kongresses zum Scheitern zu bringen, indem sie ihre Zustimmung ablehnt und die Mächte in die Lage bringt, über ihre eigenen Interessen und ohne Mitwirkung der Pforte zu beschließen. Se. Durchlaucht stellt fest, daß die sechs Großmächte sich bezüglich Bosniens und der Herzegowina im Einvernehmen befinden und er beharrt bei der Hoffnung, daß das Werk, aus welchem die Türkei große Vorteile zu ziehen berufen ist, nicht durch den Widerstand der Türkei unterbrochen werden wird. Se. Durchlaucht bleibt von der Überzeugung durchdrungen, daß die ottomanische Regierung ihren Bevollmächtigten sehr bald neue Instruktionen zugehen lassen werde und schließt mit dem Bemerken, daß zur Entgegennahme derselben das Protokoll offen bleibt. — Graf Schuwalow wünscht, zu einem Punkte in der Rede des österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten eine Bemerkung zu machen. Der Graf Andrassy hat gesagt, die österreichisch-ungarischen Interessen erheischen nicht die Besetzung und Verwaltung des gewöhnlich „die Enklave" genannten Gebietes, er hat aber gleichwohl die Heerstraßen und einige strategische Punkte verlangt. Die russischen Bevollmächtigten, welche dem Vorschlage des Marquis von Salisbury zugestimmt haben, befinden sich hier einem neuen Gedanken gegenüber, der ihnen noch nicht ganz klar ist und dessen Entwickelung die Grenzen und die, Montenegro wie Serbien, zugedachten Gebietserweiterungen in Mitleidenschaft ziehen könnte. Se. Exzellenz wünscht demgemäß diesen letzten Teil der Rede des Grafen Andrassy ad referendum zu nehmen, bis eine Auseinandersetzung hierüber mit dem österreichisch-ungarischen ersten Bevollmächtigten stattgefunden haben wird. Der Vorsitzende erklärt, daß auch für die späteren Bemerkungen, welche die russischen Bevollmächtigten noch etwa machen wollten, das Protokoll ebenfalls offen bleiben wird. — Der Kongreß geht zum nächsten Punkte der Tagesordnung, auf Serbien, über. — In der zehnten Sitzung, am 1. Juli, nahm dann vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Graf Schuwalow das Wort, um

die Erklärung abzugeben, daß nunmehr und nach erfolgter Verständigung mit dem Grafen Andrassy der russische Bevollmächtigte seinen Einspruch gegen die österreichisch-ungarische Forderung bezüglich des Garnison- rc. Rechtes in der Enklave fallen läßt und dem Antrage des Grafen Andrassy zustimmt. — In der zwölften Sitzung, am 4. Juli, verlas der türkische Bevollmächtigte seinerseits infolge der neuesten ihm zugegangenen Instruktionen, für welche ihm in der achten Sitzung das Protokoll offen geblieben war, eine Erklärung, welche dahin geht, daß die kaiserlich ottomanische Regierung die vom Kongresse bezüglich der Pazifikation Bosniens und der Herzegowina für geeignet erachteten Mittel und Wege in ernsteste Erwägung gezogen habe, daß sie in die Meinung des Kongresses ihr vollstes Vertrauen setzt und sich vorbehält, sich direkt und vorweg hierüber mit dem Wiener Kabinett zu verständigen. Hierauf verkündete der Vorsitzende, daß das in der achten Sitzung bezüglich Bosniens und der Herzegowina im Schoße des Kongresses erzielte Einvernehmen nunmehr vollständig und endgültig sei.

Wie man sieht, findet sich in diesen nach den amtlichen Protokollen wiedergegebenen Verhandlungen keine Äußerung des Fürsten Gortschakow, in welcher der Vertreter Rußlands dem Widerspruche dieser Macht gegen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich Ausdruck giebt.

Dieser Dissensus allein würde hingereicht haben, das Zustandekommen eines Beschlusses der Mächte zu hindern, da ein solcher der Einstimmigkeit derselben bedurfte. Einen solchen Widerspruch, wenn man wollte, anzubringen, gab die Äußerung des ersten ottomanischen Bevollmächtigten eine ungesuchte Gelegenheit, indem derselbe eine abweichende Stellung kundgab. Es wäre nur erforderlich gewesen, diesen türkischen Widerspruch durch die Stimme Rußlands zu verstärken und er wäre nicht zu beseitigen gewesen. Aber weit entfernt, einen solchen einzulegen, äußerte Fürst Gortschakow, Rußland sei bei dieser Frage unbeteiligt. Wir finden wenigstens in den Kongreßakten keine Spur von einem Versuch des Fürsten Gortschakow, die englisch-österreichischen Anträge zu bekämpfen. Noch weniger natürlich einen Versuch anderer Mächte, namentlich Deutschlands, das Einverständnis des Fürsten Gortschakow zu gewinnen. Die Zustimmung des russischen Kanzlers ist eine vollständige, freiwillige und ohne Zaudern

gegebene, auch würde sie nach der Berliner Auffassung nicht erklärlich sein, wenn Fürst Gortschakow nicht schon vor dem Kongreß ältere Vereinbarungen geschlossen hätte, die ihn in die Unmöglichkeit versetzten, gegen die österreichisch-englischen Anträge auf Besetzung Bosniens und die Herzegowina Einwendungen zu machen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so würde Fürst Gortschakow doch wenigstens versucht haben, im Hinblick auf die sonstige Unterstützung Rußlands durch Deutschland während des Kongresses andere Stimmen für den Widerspruch gegen den österreichisch-englischen Antrag zu gewinnen. Seine Zustimmung ist der Beweis, daß die russische Politik entweder kein Bedürfnis zu Einwendungen empfand, oder sich die Möglichkeit dazu schon vorher abgeschnitten hatte. Nach Pester und Wiener Quellen lag nicht der letztere Fall vor, sondern der erstere, d. h. die russischen Diplomaten empfanden nicht das Bedürfnis des Widerspruchs, dennoch hat man nachträglich aus dieser Sache etwas andres gemacht, als ob die russische Politik auf dem Berliner Kongreß vergewaltigt und durch Pression und Überredung gegen ihren Willen zur Zustimmung der Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gebracht worden wäre.

Wie wir aus obigem ersehen, nahm Gortschakow an den Verhandlungen über Bosnien sogar einen sehr lebhaften Anteil. Man muß das hervorheben gegenüber seinem Verhalten in der bulgarischen Frage. Er blieb von den wichtigsten Sitzungen des Kongresses weg, unter dem Vorwande einer Magenverstimmung, zeigte sich aber während dessen auffälliger Weise an den Fenstern der russischen Botschaft. Darauf folgte die komödienhafte Szene, daß er bei seinem Wiedererscheinen im Kongresse — am 26. Juni, wo die Diskussion der bulgarischen Frage zu Ende kam — in feierlicher Weise gegen das protestierte, was während seiner Abwesenheit beschlossen war, wodurch er am meisten seine eigenen Kollegen angriff und bloßstellte.

Wir heben nun aus den Enthüllungen des Herrn Tatischtschew eine Depesche hervor, welche darthut, daß vor dem Zusammentritt des Berliner Kongresses andere russische Staatsmänner den Fehler, welchen Gortschakow vom russischen Standpunkte aus begangen hat, indem er Bosnien 2c. preisgab, wohl erkannt und sich warnend geäußert hatten. Der Verfasser der fraglichen Depesche ist kein Anderer als der damalige Staatssekretär Herr von Giers, der

Vertreter des erkrankten Fürsten Gortschakow. Gerichtet war sie von ihm an den russischen Botschafter in Wien und lautete: „Der Besitz dieses Territoriums würde Österreich-Ungarn eine zu schwer wiegende militärische und politische Stellung sichern. Es würde einerseits über Serbien und anderseits über Montenegro solchen Einfluß erlangen, daß diese Fürstentümer schließlich zu einfachen Enklaven Österreichs herabsinken würden. Die österreichische Regierung würde in ihnen jede Entwickelung nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die ganze Zukunft hemmen. Und doch ist die Zukunft dieser Fürstentümer die Zukunft aller slawischen Stämme. Die Macht der Umstände kann uns zwingen, ihre völlige Befreiung noch auf eine Zeit hin zu vertagen, wir haben aber nicht das Recht, ihre Existenz für die Zukunft zu kompromittieren".

Daß mit dieser Depesche die eigentliche und ursprüngliche Auffassung des Fürsten Gortschakow identisch war, unterliegt keinem Zweifel. Auch muß er wohl seinen Widerspruch noch während des Kongresses unter vier Augen geltend gemacht haben, da Bismarck noch in der Nacht vor der ersten, der bulgarischen Frage gewidmeten Sitzung seinen Sohn, den Grafen Herbert Bismarck, zum Grafen Andrassy schickte, um diesen wegen Bosniens womöglich andern Sinnes zu machen (vgl. S. 15).

Am 8. Juli stellte sodann Fürst Gortschakow den folgenden Antrag: „In dem Augenblicke, wo die unter den Auspizien Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland in Berlin vereinigte hohe Versammlung das von ihr begonnene Pazifikationswerk zu vollenden im Begriff steht, glauben die russischen Bevollmächtigten den vorherrschenden Gefühlen zu entsprechen, wenn sie dem Wunsche Ausdruck geben, daß dieses im Geiste der Versöhnlichkeit vollbrachte Werk Europa einen festen und dauerhaften Frieden sichern möge. Rußland ist hierbei in hervorragender Weise beteiligt. Rußland hat während des Krieges große Opfer gebracht; seine Opfer, um die Wiederherstellung des Friedens zu ermöglichen und die europäische Entente aufrecht zu erhalten, waren ebenfalls beträchtlich. Rußland ist zu der Erwartung berechtigt, daß diese Opfer zum mindesten nicht nutzlos gewesen sind und daß das Werk, zu welchem jetzt der Grund gelegt worden ist, wegen mangelnder Durchführung nicht fruchtlos bleiben wird, wie dies bei den bisherigen Versuchen, den Orient zu pazifizieren, der Fall ge-

wesen ist; Rußland könnte die Aussicht auf Wiederkehr peinlicher Krisen, ähnlich denjenigen, welchen der Berliner Kongreß ein Ziel zu setzen berufen worden ist, nicht ruhig hinnehmen. Die Bevollmächtigten Rußlands hegen die Überzeugung, daß die hohe Versammlung von demselben Gedanken getragen, daß sie ebenfalls nicht gewillt ist, einen gebrechlichen, den Frieden des Orients und Europas gefährdenden Bau aufzurichten. In dieser Überzeugung haben die russischen Bevollmächtigten den Befehl erhalten, an den Kongreß vor dessen Beendigung der Beratungen die Frage zu richten, welche Grundlagen, welche Mittel und Wege er einzuschlagen gedenke, um die Durchführung seiner hohen Beschlüsse zu sichern".

Diese Mitteilung wurde auf die Tagesordnung für die nächste (die 16.) Sitzung gestellt und in Beratung gezogen. Der türkische Bevollmächtigte vermochte die Tragweite der Anfrage Rußlands nicht zu ermessen; ein Teil der Beschlüsse des Vertrages sei sofort auszuführen, der andere sei Spezialkommissionen mit bestimmt umgrenzten Befugnissen übergeben, es seien also bereits alle erforderlichen Bürgschaften gegeben. Überdies sichere die Unterzeichnung eines Vertrages in heiligster und bindendster Form die Ausführung der in demselben enthaltenen Bestimmungen. — Fürst Gortschakow war durch diese Bemerkungen unangenehm berührt und hielt an der Notwendigkeit fest, die Ausführung des Vertrages einer strengen Überwachung Europas zu unterstellen. Er sei auf Wunsch des Vorsitzenden, des Fürsten Bismarck, bereit, den russischen Vorschlag dahin zu formulieren, daß die an dem Kongresse beteiligten Mächte eine Kollektivgarantie für die Ausführung der gefaßten Beschlüsse übernehmen. — Fürst Bismarck sprach sich als Bevollmächtigter Deutschlands etwa wie folgt aus: Es liegt auf der Hand, daß die Mächte, nachdem sie sich über Fragen verständigt haben, welche Europa bereits seit einem Jahrhundert beschäftigen und Europas ernste Aufmerksamkeit namentlich seit zwanzig Jahren fesseln, nicht gewillt sein können, etwas Unwirksames zu schaffen, daß vielmehr alle die Durchführung der Bestimmungen zu überwachen und zu kontrollieren haben, welche Bestimmungen ein Ganzes bilden, und nicht zu einem Teile angenommen werden können, während der andere verworfen wird. Dagegen ist es nicht angezeigt, daß jeder Staat für sich gezwungen sein soll, die Ausführung der Beschlüsse mit bewaffneter Hand durchzusetzen und

daß eine solidarische, eine Kollektivgarantie bestehe. Man wird kaum eine Formel finden können, welche Europa gegen die Wiederkehr der jüngsten Konflikte in absoluter Weise sicher stellt und die Mächte würden möglicherweise in schwere Zwistigkeiten unter einander geraten, wenn sie sich solidarisch verpflichteten, nötigenfalls Gewalt anzuwenden. Der Kongreß kann nur ein Menschenwerk vollbringen, welches, wie jedes andere, dem Wechsel der Ereignisse unterworfen ist. Seiner Ansicht nach wird Fürst Gortschakow einer Redaktion zustimmen, in welcher gesagt ist, daß die in dem jetzigen Vertrage übernommenen Verpflichtungen ein Ganzes bilden, dessen Durchführung die Mächte durch ihre Vertreter in Konstantinopel überwachen lassen werden mit dem Vorbehalt, weiteres zu veranlassen, wenn diese Durchführung sich als mangelhaft und hinziehend erweisen sollte. Fürst Bismarck nimmt an, daß es dem Fürsten Gortschakow lediglich um den Schutz der Christen und um die in dieser Beziehung getroffenen Bestimmungen zu thun ist. Es sei aber nicht anzunehmen, daß Beschlüsse, welche ganz Europa gefaßt habe, unausgeführt blieben. Man müsse eine solche Vertragsverletzung abwarten und dann könnten sich die Mächte eintretenden Falles in späteren diplomatischen Konferenzen ins Einvernehmen setzen. Bestehe aber Rußland darauf, daß in den Vertrag ein Artikel aufgenommen werde, durch welchen sich die Mächte das Recht wahren, die Ausführung der gefaßten Beschlüsse durch ihre Agenten kontrollieren zu lassen, so habe er, Fürst Bismarck, dagegen nichts einzuwenden. — Die russischen Bevollmächtigten konstatierten, daß Fürst Bismarck ihren Grundgedanken richtig erfaßt habe, und nach kurzen Bemerkungen des türkischen Bevollmächtigten wurde die Beratung bis nach Eingang des russischen Antrags vertagt.

Dieser Antrag wurde in der 17. Sitzung vom Fürsten Gortschakow in folgender Form eingebracht: „Nachdem Europa in feierlichster und bindendster Weise seine Zustimmung zu dem Berliner Vertrage gegeben hat, betrachten die hohen kontrahierenden Mächte die Totalität der in diesem Vertrage enthaltenen Artikel als ein Ganzes, dessen Inkraftsetzen zu kontrollieren und zu überwachen sie sich verpflichten, indem sie auf einer vollständigen, ihren Absichten entsprechenden Durchführung bestehen. Sie behalten sich nötigenfalls eine Verständigung über die geeigneten Mittel vor, um ein Ergebnis sicher zu stellen, welches weder im allgemeinen Interesse Europas,

noch in demjenigen der Würde der Großmächte geschädigt werden darf". — Der Vorsitzende, Fürst Bismarck, schlug vor, diesen Antrag in zwei Teile zu zerlegen und über beide Teile getrennt abstimmen zu lassen. Auf eine Anfrage Lord Salisburys erklärt der Präsident, daß hierbei von dem bewaffneten Einschreiten einer fremden Macht im Falle der Nichtausführung des Vertrages keineswegs die Rede sei, daß es sich dann vielmehr eintretenden Falls nur um eine diplomatische Aktion handeln könne. — Nach längerer Beratung sprach Lord Salisbury sein Bedauern aus, wenn ein solcher Artikel in dem Vertrage Aufnahme finden sollte, und verlangte die Vertagung der Beratung, um den russischen Antrag genauer prüfen zu können. Die Vertagung wurde beschlossen und als die Beratung in der 18. Sitzung am 11. Juli wieder aufgenommen wurde, schlug der österreichische Bevollmächtigte nachstehende abgekürzte Redaktion des russischen Antrags vor: „Die hohen Vertragsmächte betrachten die Totalität der in dem gegenwärtigen Vertrage enthaltenen Artikel als ein Ganzes von Bestimmungen, deren Inkraftsetzen zu kontrollieren und zu überwachen, sie sich verbindlich machen".

Lord Salisbury konnte sich noch immer nicht den Zweck des russischen Antrages erklären und führte aus, daß es keine „feierlichere" und „bindendere" Sanktion gebe, als die Unterschrift seiner Regierung und daß er vorziehe, eine Verpflichtung abzulehnen, die er einerseits für unnütz halte, weil seine Regierung offenbar die Ausführung des Vertrages wolle, die aber anderseits auch eine zu wenig definierte Tragweite habe.

Der erste türkische Bevollmächtigte, Karatheodory Pascha erklärte wiederholt: Die Pforte betrachte ganz sicher die Unterzeichnuug des Vertrages als bindend und hält sich für positiv verpflichtet, die von ihr unterschriebenen Bestimmungen ebenso genau auszuführen, wie dies die anderen kontrahierenden Mächte zu thun verpflichtet sind. Die Redaktion des russischen Antrages lege aber allen kontrahierenden Teilen die gegenseitige Pflicht einer Kontrolle der Ausführung des Vertrages auf: die Pforte würde sich demgemäß in die Lage versetzt sehen, sich selbst einer Kontrolle unterziehen zu müssen und ihrerseits die anderen in gleichem Maße verpflichteten Mächte zu kontrollieren. Diese Aufgabe ist sehr schwierig. Die Pforte ist bereit, den Vertrag, soweit er die Türkei angeht, auszuführen; sie

weist aber jede Kontrolle zurück, als eine neue und für eine Regierung, welche dieselbe weder übernehmen, noch von derselben Nutzen ziehen will, zu schwere Verbindlichkeit. — Im ferneren Verlaufe der Debatte über den russischen Antrag, welcher übrigens auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers Alexander eingebracht worden war und welchem Deutschland zustimmte, hielten die Bevollmächtigten Frankreichs und Italiens für genügend, von den, seitens der Türkei abgegebenen Erklärungen einfach Akt zu nehmen, ohne noch eine unnütze, ja selbst gefährliche Sanktion besonders auszusprechen und eine Generalkontrolle einzusetzen. Fürst Gortschakow betonte, daß diese Sanktion sich keineswegs gegen die Pforte allein richte, sondern ebenso alle anderen Vertragsmächte, also auch Rußland umfasse. Schließlich stellte der Vorsitzende fest, daß weder der russische Antrag noch das österreichische Amendement von dem Kongresse genehmigt worden seien, das Resultat der Diskussion also dahin zusammengefaßt werden könne, das Thatsächliche, das heißt den russischen Antrag, die Antwort der Pforte und den Beschluß des Kongresses, „von den Erklärungen des ottomanischen Bevollmächtigten Akt zu nehmen,“ in dem Protokolle anzuführen. Damit wurde der Gegenstand verlassen und in dem Artikel 62 des Berliner Vertrages findet sich nur der Satz: „Nachdem die hohe Pforte ihren Willen zu erkennen gegeben hat, das Prinzip der Religionsfreiheit aufrecht zu erhalten und demselben den weitesten Umfang zu geben, nehmen die kontrahierenden Teile von dieser aus freien Stücken abgegebenen Erklärung Akt“. Die Lage der Christen im Orient war also gesichert, der Wunsch des Kaisers von Rußland erfüllt und die Unterschrift als genügende Bürgschaft für die Heilighaltung der Totalität der Vertragsbestimmungen ausgesprochen.

Was war aus dem Vertrage von San Stefano geworden? Das neue bulgarische Fürstentum von der Donau bis zum Ägeischen Meer war in drei, freilich ungleiche Teile geteilt. Der größere Teil, aber noch nicht die Hälfte des Ganzen, das Gebiet zwischen der Donau von Silistria bis zur Mündung des Timok und dem Balkan wurde als autonomes, aber tributäres Fürstentum konstituiert; die Küstenstriche am Ägeischen Meer nebst dem ganzen westlichen vorwiegend von Bulgaren bewohnten Teile Rumeliens, den sogar die Konferenz von Konstantinopel der unmittelbaren Herrschaft der

Türkei entziehen wollte, wurde der Türkei zurückgegeben; der östliche Teil, der Schauplatz der Metzeleien des Jahres 1876 mit der Hauptstadt Philippopel und dem Hafenplatz Burgas wurde unter dem Namen „Ostrumelien" eine türkische Provinz unter der unmittelbaren politischen und militärischen Autorität Sr. kaiserlichen Majestät des Sultans, jedoch mit administrativer Autonomie unter einem christlichen General-Gouverneur, den die Pforte mit Zustimmung der Mächte auf die Dauer von fünf Jahren ernennt. Die Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros, der Bundesgenossen des Zaren, hatte die Türkei schon in jenem Vertrage anerkennen und wenigstens den beiden letzteren erhebliche Gebietserweiterungen zugestehen müssen. Montenegro mußte fast die Hälfte des Zuwachses wieder einbüßen, nur Serbien bedachte der Kongreß noch etwas besser als der Vertrag von San Stefano. Triumphierend schickte Lord Salisbury am 10. Juli eine von dem englischen Militärbevollmächtigten, General Sir Lintorn Simmons, gezeichnete Karte der europäischen Türkei nach London mit der kurzen Notiz: Bulgarien umfaßt 17 300 (engl.) Quadrat-Meilen. Das Gebiet, welches der Friede von San Stefano der Türkei abnahm, und der Kongreß ihr zurückgab, umfaßt 30 700 Quadrat-Meilen. Dabei wurde verschwiegen, daß die Provinzen Bosnien und die Herzegowina an Österreich kamen und Griechenland allerlei Versprechen erhielt, so daß die Türkei im Kongreß mehr verlor als gewann. Der öffentlichen Meinung aber stand noch eine neue Überraschung bevor. In dem Augenblick, wo der Kongreß in die Beratung der asiatischen Grenzfragen eintreten sollte, am 7. Juli, brachte zuerst der Londoner „Daily Telegraph" die Nachricht von einem englisch-türkischen Defensivvertrag, der schon am 4. Juni, also unmittelbar nach der Verständigung mit Rußland über die Abänderung des Vertrags von San Stefano in Konstantinopel unterzeichnet worden war. „In dem Falle, daß Batum, Ardaghan, Kars, oder irgend einer dieser Plätze von Rußland behalten werden, und wenn zu irgend einer Zeit von Rußland irgend ein Versuch gemacht werden sollte, sich irgend eines andern Teils von Gebieten des Sultans in Asien, wie sie in dem definitiven Friedensvertrag fixiert sind, zu bemächtigen, verpflichtet sich England, sich mit dem Sultan zur Verteidigung der in Frage stehenden Territorien mittelst Waffengewalt zu vereinigen. Dagegen verspricht

der Sultan, die notwendigen (später von den beiden Mächten festzustellenden) Reformen in Bezug auf die gute Verwaltung und auf den Schutz der christlichen und anderen Unterthanen der Pforte in den fraglichen Territorien einzuführen; und um England in die Lage zu versetzen, die notwendigen Mittel zur Invollzugsetzung seiner Verpflichtung zu sichern, willigt der Sultan außerdem ein, die Insel Cypern zu bestimmen, um von England besetzt und verwaltet zu werden." Dieser englisch-türkische Vertrag war offenbar die Ergänzung der am 30. Mai erfolgten Verständigung mit Rußland. Die Depesche, in welcher der Marquis von Salisbury den englischen Botschafter in Konstantinopel mit dem Abschluß des Allianzvertrages beauftragt, trägt das Datum des 30. Mai. Nicht nur Rußland, auch die Bevölkerungen der asiatischen Türkei sollten wissen, daß England entschlossen sei, weitere Übergriffe Rußlands nicht zu dulden.

Ein Kongreß der europäischen Mächte ging zu Ende, aus welchem England, Rußland, Österreich greifbare Gewinne davontrugen, Deutschland Ansehen, Griechenland ein Versprechen, Frankreich das Lob der Bedächtigkeit. In der politischen Welt werden bloß sittliche Vorzüge von manchen aber so wenig für voll gerechnet, daß man sich damals den Spaß erlauben zu dürfen glaubte, der Berliner Friedensvertrag sei von mehreren Adlerfedern und auch von zwei Gänsefedern, in Frankreichs und Italiens Hand, unterzeichnet worden. Den Berliner Friedenskongreß hatte Italien ohne jeglichen Gewinn verlassen, nicht einmal einen moralischen, und namentlich ohne mit irgend einem anderen Staate eine Interessengemeinschaft gefunden zu haben. Auf Ländererwerb konnte es allerdings keine Rechnung machen, wie das seine Volksführer wollten, denen es unbegreiflich vorkam, daß auf dem Kongreß, wo so viele Provinzen und kleinere Gebiete verteilt worden waren, für Italien gar nichts abgefallen war. War doch dieses Königreich seit 1866 und 1870 gewöhnt, durch die Siege anderer Nationen für sich Provinzen einzuheimsen. Aber dieses Mal büßte es noch Besessenes ein. Das Gleichgewicht der Mächte im Mittelmeer ging verloren, dessen Aufrechthaltung zu gunsten Italiens die Aufgabe des letzteren gewesen wäre. Es hat schließlich die nordafrikanische Küste bis an die egyptische Grenze preisgegeben, indem es in Egypten selber seine Stellung geräumt, Egypten den Engländern, Tunis den Franzosen überließ.

Die Erwerbung der Insel Cypern durch die Engländer hatte alsbald einen Stachel in die Seele der Franzosen eingesenkt. So nahe an Syrien, fast im Angesichte von Beirut, wo Frankreich sich in der That mancher Werke und Verdienste rühmen darf, setzte sich England fest: wie sollte das nicht stutzig machen? Wie billig, stimmten in die Anerkennung der französischen Enthaltsamkeit am herzlichsten die Engländer ein und erklärten die Haltung ihrer Nachbarn für vollkommen richtig und weise. Sie begriffen mindestens eben so gut wie irgend wer an der Seine, daß Frankreich sich dermalen auf andere Geschäfte nirgends einlassen könne, es habe seine Kräfte für Deutschland aufzusparen. Mit dem wärmsten Mitgefühl empfanden da viele Briten den Verlust von Elsaß-Lothringen, sich auf die Erwägung stützend, daß ihr Land es aushalten könne und nicht dabei umkomme, wenn Frankreich und Deutschland ab und zu einen Strauß mit einander ausfechten, Englands Mitgefühl bleibt jedesmal dem Unterliegenden gesichert. Doch trug Frankreich auch einen realen Gewinn vom Berliner Kongreß heim. Es erlangte daselbst Tunis. Darauf wurde gelegentlich im Oktober 1889, an dem Tage der französischen Stichwahlen, hingewiesen, wo der „Pensiero" von Nizza folgende Behauptungen aufstellte: 1. Auf dem Berliner Kongreß hätte Fürst Bismarck Italien das Anerbieten gemacht, Tunesien für sich zu nehmen, Cairoli es aber abgelehnt, ja noch mehr, die französische Regierung davon benachrichtigt und dafür die wärmsten Dankesbezeugungen geerntet. 2. Aus Ärger hierüber hätte Fürst Bismarck hierauf dasselbe Geschenk Frankreich angeboten und Herr Ferry als Ministerpräsident es bereitwilligst angenommen. Als Cairoli den französischen Ministerpräsidenten darüber zur Rede stellte, antwortete dieser, er wüßte von allem nichts; — er schwur, „bei allen Heiligen," Frankreich denke nicht daran, Tunesien zu besetzen — acht Tage später waren die Franzosen in Tunis. 3. Cairoli, der seine Eigenliebe und sein Portefeuille hätte retten können, indem er das italienische Parlament von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis setzte, wollte nicht durch ein unvorsichtiges Wort den Krieg zwischen den zwei Völkern entzünden. Er schwieg daher, und weihte erst wenige Monate vor seinem Tode den Chefredakteur des „Pensiero" in die Wahrheit ein. Dieser fügte hinzu, der

italienische Staatsmann hätte niemals von solchen Dingen reden können, ohne in einen „heiligen Zorn“ zu geraten und sich darum auch geweigert, Herrn Ferry zu empfangen, als dieser im Frühjahr 1885 einige Zeit in Rom zubrachte.

„An diesem Berichte,“ schrieb darauf Jules Ferry, „ist alles falsch und kindisch. Acht Jahre sind über die tunesischen Händel hingegangen, Herr Cairoli ist tot, und nun ruft man das Zeugnis eines berühmten Toten an, der sein Leben lang geschwiegen hatte. Welcher verständige Mensch wird aber glauben wollen, Cairoli hätte geschwiegen, wenn er wirklich etwas zu sagen gehabt hätte? Zugegeben, daß er im Mai 1881 aus Patriotismus stumm geblieben wäre, wer hätte ihn verhindert, 1882 zu reden? Ich war damals nicht mehr Ministerpräsident, und Herr Cairoli hatte keinen Grund, mich zu schonen. Im Jahre 1883 trete ich die Leitung der Geschäfte von neuem an, Cairoli schweigt beharrlich. Ich ziehe mich 1885 zurück, Cairoli schweigt noch vier Jahre lang. Um diese düstere Geschichte dem Publikum enthüllen zu können, muß er tot, und muß die Wahlperiode eröffnet sein. Warum das? Weil sich unter den Kandidaten in den Seealpen Freunde von mir befinden. Indem man mich zu treffen sucht, wird auf sie gezielt; das Komplott liegt auf der Hand. Und das Separatistenblatt fragt feierlich, ob ich die Worte Cairolis zu bestreiten wage. Ganz gewiß, denn ich stelle alles in Abrede. Ich stelle in Abrede, daß Deutschland auf dem Berliner Kongresse Italien Tunesien anbot. Es ist dies eine Legende, welche in der italienischen Presse gang und gäbe ist, für die aber niemals der geringste Beweis geliefert wurde. Ich stelle in Abrede, daß das französische Ministerium des Äußern irgend welche Mitteilung von Cairoli erhalten hat. Man hat uns nicht ins Vertrauen gezogen und wir hatten nicht zu danken. Ich stelle des entschiedensten in Abrede, daß der deutsche Reichskanzler auf die Weigerung Italiens hin Tunesien Frankreich anbot. Der Berliner Kongreß hatte sich auf keine Weise mit der tunesischen Frage zu beschäftigen und die Regentschaft war nicht herrenloses Gut. Wiederum eine falsche Legende, welche nach dem Geschmack phantasievoller Diplomaten sein mag, über die aber die ernsten Leute, welche mit den europäischen Persönlichkeiten und Dingen vertraut sind, die Achseln zucken. Vor allem aber stelle ich die Verpflichtungen

und Versprechungen in Abrede, deren Geheimnis Cairoli mit ins Grab genommen hatte. Geschriebene Verpflichtungen? Man hätte sie ans Licht gezerrt. Mündliche Versprechungen? Wer hätte die entgegengenommen? Doch nicht Herr Cairoli, mit dem ich niemals zusammentraf. Ich hatte ihn im Frühjahr 1885 in Rom zu sehen gewünscht, aber er war damals in Sizilien, wo der Jahrestag des Zugs der Tausend gefeiert wurde, mit den Herren Crispi und Nicotera, und ich mußte Rom verlassen, ehe die Begegnung, welche ein gemeinschaftlicher Freund veranstaltet hatte, zu stande kam. Die Weigerung, mich zu empfangen, ist eine Erfindung, wie alles übrige. Endlich stelle ich in Abrede, daß meiner Aussage diejenige Cairolis gegenübersteht, denn nicht Cairoli ist es, der da spricht, sondern der „Pensiero".

Dessenungeachtet habe ich das elende Geschwätz dementieren wollen, um den wahrheitsliebenden Italienern zu zeigen, welcher Waffen sich die Franzosenfeinde bedienen, um den Haß zwischen Frankreich und Italien zu schüren. Ich habe nichts von dem, was ich im April und Mai 1881 that, abzuleugnen oder zu bereuen. Ich habe auch nicht die Anmaßung, in dieser heikeln Frage das beständige Interesse Frankreichs mit den Absichten Italiens in Einklang zu bringen. Hierüber hegen unsere Nachbarn Vorurteile und Illusionen, welche nur die Zeit berichtigen kann. Aber das will ich zur Ehre meines Landes laut verkünden, daß, wenn Frankreich in einem gegebenen Augenblicke in Tunesien Pläne ausführte, die seiner nationalen Überlieferung gemäß und für seine Sicherheit notwendig waren, dies nicht auf Kosten seiner Loyalität geschah. Alles wurde am hellen Tage vollbracht und das Ereignis konnte nur die überraschen, die sich überrascht stellen wollten.

Die Einsetzung des französischen Protektorats in Tunesien war von der englischen Diplomatie erwartet, skontiert und angenommen von dem Tage an, da die britische Regierung sich von der Pforte die Verwaltung und den Besitz der Insel Cypern abtreten ließ. Die italienische Diplomatie ihrerseits war darauf vorbereitet, wie der Umstand beweist, daß im Jahre 1880 der General Cialdini, von Crispi geschickt, unseren damaligen Ministerpräsidenten und Minister des Äußern, Freycinet, von dem Rechte Italiens auf eine abfällige Entscheidung unterhielt. Ich will über diese unge-



nügend bekannte Angelegenheit, welche von den Leidenschaften im In- und Auslande entstellt wurde, nichts mehr sagen. Auch ich weiß aus Patriotismus zu schweigen, und habe es zu verschiedenen Malen bewiesen; allein ich war es mir selbst schuldig, gegen die gehässige Rolle zu protestieren, welche posthume Verleumdungen mir zuschrieben, und ich war es auch meinen italienischen Freunden, den Staatsmännern und Diplomaten, schuldig, mit denen ich zur Zufriedenheit beider Länder und mit einem guten Willen, dem unsere Nachbarn Gerechtigkeit widerfahren ließen, die politischen Folgen des Vertrages vom Bardo regelte. Endlich war ich es allen denen schuldig — und sie sind sogar in Italien zahlreich — welche immer noch glauben, Italien und Frankreich hätten in der Welt Besseres zu thun, als einander durch Neid und Haß zu quälen."

Das „Journal des Debats" veröffentlichte sodann einen langen Artikel über diese Polemik des Herrn Jules Ferry mit der italienischen Presse bezüglich der tunesischen Angelegenheit, welcher ersichtlich den bisherigen Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amte und spätern Deputierten Charmes zum Verfasser hatte. Einiges aus diesem Artikel dürfte an dieser Stelle interessieren. „Wir unserseits wissen nicht, ob Fürst Bismarck früher Italien angeraten hat, sich in Tunis festzusetzen, aber alles, was wir seit fünfzehn Jahren von der allgemeinen Politik kennen, läßt uns das Gegenteil annehmen .... Überdies lesen wir in der „Opinion" verschiedene Auszüge von Depeschen des italienischen Botschafters in Berlin, Grafen von Launay, an seine Regierung aus den Monaten April und Mai 1881, aus denen mit Gewißheit hervorgeht, daß der Botschafter Italiens in Berlin nicht die geringste Kenntnis von angeblichen deutschen Einflüsterungen hatte. Er schreibt nämlich an den Minister: „Wie ich schon wiederholt gesagt habe, besteht das Programm des Kaiserlichen Kabinetts gegenüber Frankreich darin, dasselbe in seiner auswärtigen Politik zu unterstützen, solange nicht die Interessen Deutschlands dabei direkt ins Spiel kommen." Und er schließt folgendermaßen: „Das Berliner Kabinett wird entweder vermeiden, sich auszusprechen, oder, wenn es geschieht, wird es in dem seiner Haltung entsprechenden Sinne, d. h. eher günstig für Frankreich sein." Würde der Graf de Launay in solchen Ausdrücken Informationen wiederholen, die er, wie er sagt, schon so

oft gegeben habe, wenn wirklich das Berliner Kabinett die italienische Regierung zur Okkupation von Tunis aufgemuntert hatte? Wie dem auch sein möge, jedenfalls hat der Fürst Bismarck niemals derartige Ratschläge der französischen Regierung gegeben. Man hat häufig behauptet, er habe nur die Besetzung von Tunis angeraten, um uns mit Italien zu verfeinden. Es existiert kein diplomatisches Dokument, welches diese Angabe bestätigte. Wir bemerken in den Depeschen des Herrn de Launay ein Wort, welches sehr richtig die Haltung der deutschen Regierung bezeichnet. Dieselbe war eine „passive", Herr von Bismarck hat nichts gethan, um uns in Tunis einzuführen (introduire), er hat aber auch nichts gethan, um uns davon abzuhalten. Sein Verfahren uns gegenüber ist korrekt gewesen. Er hat ohne Bedauern gesehen, daß Frankreich seinen Einfluß in Regionen entwickelte, wo deutsche Interessen dadurch nicht berührt werden konnten. Es scheint sogar, daß er es mit einer gewissen Genugthuung gesehen hat. Nichts mehr und nichts weniger."

Der Verfasser des Artikels führte dann weiter aus, daß die tunesische Frage, wenigstens die letzte historische Phase derselben, 1878 in Berlin der Gegenstand von Unterhaltungen zwischen Herrn Waddington einerseits und Lord Salisbury und Lord Beaconsfield anderseits gewesen ist. „England hatte sich ganz unerwartet Cyperns bemächtigt, wir waren berechtigt, darüber eine gewisse Erregung zu empfinden, welche Herr Waddington in energischer Weise gegenüber dem englischen Bevollmächtigten zur Sprache brachte. Das Gleichgewicht im mittelländischen Meere schien zu unserem Nachteile verrückt. Darauf erklärte der Marquis von Salisbury, seine Regierung sei der Ansicht, daß der Besitz der algerischen Küste, gestützt auf eine bedeutende militärische Macht, zur Folge haben müsse, daß in dem Augenblicke, wo es Frankreich zeitgemäß erscheinen würde, dasselbe berechtigt sei, einen entscheidenden Druck auf seine Nachbarin, die tunesische Regentschaft, auszuüben. Es ist das ein Resultat, welches wir als unvermeidlich erkannt und ohne Widerwillen acceptiert haben. Drei Jahre hindurch hat die Regierung der Republik, wenn man uns diesen Ausdruck gestatten will, diese Einwilligung Englands in der Tasche behalten. Sie wußte, daß sie auf die passive und eher wohlwollende Haltung Deutschlands rechnen



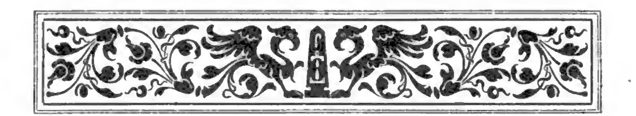
konnte. Und doch hat sie drei Jahre hindurch gewartet .... Daß sie zu dieser Zeit erklärt hat, keine unmittelbaren Absichten auf Tunis zu hegen, und daß ihre Politik nur in der Aufrechterhaltung des status quo besteht, sollte uns gar nicht wundern, denn sie hat thatsächlich demgemäß gehandelt." Diese lange Abstention habe aber Italien bewogen, mit seinen Absichten auf Tunis hervorzutreten und Frankreich habe sich schließlich gezwungen gesehen, zur Okkupation zu schreiten, um Italien zuvorzukommen. Mehrere Minister hätten damals dem italienischen Botschafter in Paris in denselben Ausdrücken wiederholt, daß Frankreich an dem tunesischen status quo nichts zu ändern wünsche, daß es eine Annexion nicht beabsichtige, aber es könne nicht dulden, daß Italien in Tunis einen gleichen oder gar einen größeren Einfluß als Frankreich erringe. Und da Italien dieser berechtigten Erklärung nicht Rechnung getragen habe, sei Frankreich genötigt gewesen, sich der Position zu versichern.

Das ist nach dem „Journal des Debats" die wahre Geschichte des französischen Protektorats in Tunis. Diese Darstellung konnte die italienischen Journale schwerlich davon überzeugen, daß Frankreich durch die Besetzung von Tunis keine italienischen Interessen verletzt habe, was übrigens der Verfasser des Artikels auch wohl nicht beabsichtigte.

Die Besetzung der Regentschaft Tunis durch die französischen Truppen war das Nachspiel zu der Besetzung der Insel Cypern durch die Engländer. Die zum Berliner Kongreß delegierten Bevollmächtigten Frankreichs und Italiens trugen ihre Verstimmung darüber, daß England eine neue Mittelmeerstation erworben habe, offen zur Schau, und die Presse dieser zwei Länder erging sich in heftigen Ausfällen über dieses heimliche Zugreifen des englischen Kabinetts unmittelbar vor Eröffnung des Kongresses. Um die Eifersucht Frankreichs zu beschwichtigen, lenkte das englische Kabinett die Aufmerksamkeit Frankreichs auf das von diesem längst begehrte Tunis, das freilich auch an Italien einen zärtlichen Freund hatte. In einem Gespräch mit Waddington erklärte der englische Kongreßbevollmächtigte, Marquis von Salisbury: „Thun Sie mit Tunis, was Ihnen gut dünkt! England wird keine Opposition machen und Ihre Entschlüsse achten." Ebenderselbe schrieb in einer Depesche vom 7. August 1878 an den englischen Gesandten in Paris, Lord

Lyons: „England habe in Tunis keine besonderen Interessen, wodurch es irgendwie veranlaßt sein dürfte, den legitimen wachsenden Einfluß Frankreichs daselbst mit Mißtrauen zu betrachten, selbst der Sturz der Regierung des Bei würde die Haltung Englands keineswegs verändern.“ Fürst Bismarck, von diesen Plänen unterrichtet, hatte keinen Grund, ihnen ein Hindernis in den Weg zu legen, denn eine französische Aktion in Afrika lenkte von den Vogesen ab und entzweite Frankreich mit Italien. So kehrte nach dem Schluß des Kongresses Waddington nach Paris zurück, Tunis in der Tasche.





III.

Der deutsch-österreichische Bund.

Wenige Tage nach dem Schluß des Kongresses hielt der Vorsitzende des Moskauer Slawenkomitees — eine Gesellschaft, die sich beim Ausbruch des Krieges zu Sammlungen für die Armee gebildet hatte und der damals offizielle Beziehungen zu den einzelnen Truppenführern gestattet wurden — der alte Aksakow eine Rede, in der er ausrief: „Der Kongreß sei eine freche Beschimpfung dessen, was Rußand gewollt habe; man habe Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Der Kongreß sei eine kolossale Absurdität, ein verblüffendes Unding, eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Betrügen und Irreführen des eigenen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung von dessen eigenen Vertretern, eine Ohrfeige für Rußland. Rußlands Diplomatie sei gefährlicher als der Nihilismus" (der seit dem Attentat der Wjera-Sassulitsch auf General Trepow am 5. März in Rußland Orgien feierte). Gortschakow selbst nannte den Vertrag das dunkelste Blatt in seiner dienstlichen Laufbahn. Und die „Nowoje Wremja" schrieb: „Unser damaliger Botschafter in London, Graf Schuwalow, war die Seele jener Unentschlossenheit, jener leeren Angst, die sich mit dem Namen Vorsicht aufputzte." Eine Offenbachiade, Komödie, Bouffonnerie nannte Fürst Dondukow-Korssakow den Vertrag. Graf Peter Schuwalow war als Urheber ein Dorn im Auge der nunmehr ganz vorzugsweise deutschfeindlichen Slawophilen-Partei. Er wurde abberufen, und — unter dem heutigen Zaren konnte er niemals wieder auf Verwendung im Dienste rechnen. Aus der Verstimmung in Rußland entwickelte sich ein offener Groll, als sich die Reichsregierung mit dem Wiener Kabinett zu gemein-

samen Maßregeln verband, um die vom Osten uns bedrohende Pestgefahr abzuhalten. Ja, als Fürst Bismarck auf Antrag des Reichsgesundheitsamts eine Art von Grenzsperre gegen Rußland verfügte, und damit zugleich, wie nicht geleugnet werden kann, dem russischen Exporthandel schwere Hemmnisse schuf, die freilich nur als das Echo jenes Prohibitiv-Systems gelten konnten, welches Rußland seit so langer Zeit uns gegenüber streng festgehalten, — da war kaum ein Schmähwort zu übeltönend, als daß es nicht von den russischen Zeitungen gegen Deutschland, seinen Staatsleiter und seine Politik geschleudert worden wäre.

Wir waren nach den Äußerungen der russischen Presse, die sich ja in Moskau und St. Petersburg einer Art von Preßfreiheit zu erfreuen hat, die undankbarste, zugleich aber auch verabscheuenswerteste Nation von der Welt. Von Anklagen und Beschuldigungen stieg man zu Verwünschungen, von Verwünschungen zu Drohungen auf, und wäre es bloß auf die Appetite derjenigen angekommen, welche in Petersburg und Moskau Politik in den Zeitungen zu machen pflegen, so hätte man uns dort schon längst mit Haut und Haar verspeist; freilich auf die Gefahr hin, sich an dem etwas unverdaulichen Bissen gründlich den Magen zu verderben....

Den letzten Grund ihres Unmuts spricht die deutsch-feindliche Presse in Rußland niemals offen aus. Deutschland hätte im Jahre 1878 die Knochen des pommerschen Musketiers für die Gortschakow-Ignatiewsche Politik einsetzen sollen, es hätte am Rhein, an der Donau und an der Nordsee Konstantinopel für die Russen erobern sollen, das diesen selbst unerreichbar war, als es bereits unter ihren eigenen Kanonen lag. Das friedliche deutsche Volk wurde nicht aufgeboten, um die damalige russische Orientpolitik gegen die zu jener Zeit in der Luft liegende Koalition von England, Österreich und Frankreich herauszuhauen — das ist die unverzeihliche Sünde der deutschen Politik. Da die russische Presse dieses letzte Wort nie ausspricht, so kommt die Diskussion mit ihr überhaupt zu keinem Abschluß. Möchte doch die russische Presse einmal klipp und klar die Frage beantworten, ob Deutschland verpflichtet war, einen Weltkrieg zu führen, damit Rußland Konstantinopel besitze? Wenn das der Preis der Freundschaft mit Rußland sein sollte, so wird man dem deutschen Volke jetzt, wie damals, gestatten müssen, diesen Preis zu teuer zu finden.

Man sieht, wie scharf Fürst Bismarck die Lage beurteilte, als er in seiner Abschiedsrede an den Kongreß das Werk desselben im voraus gegen die Angriffe des „Parteigeistes" in Schutz nahm. Es giebt kaum ein historisches Ereignis, um das sich die böswillige Entstellung der Thatsachen, die tendenziöse Verdrehung, ein plumpes Lügengewebe so dicht und so hartnäckig gelagert hat, als um den Berliner Kongreß von 1878. Sämtliche Beschlüsse dieses Kongresses waren nichts als die Ratifikation eines geheimen Abkommens zwischen dem Grafen Schuwalow und Marquis von Salisbury, also zwischen Rußland und England. Von ihnen gingen, wie das Zustandekommen des Kongresses selber, so auch die Abmachungen selber aus. Und doch brach schon unmittelbar nach dem Schlusse des Kongresses ein Sturm in Rußland los — gegen Deutschland. Die „Times" blies in diesen Sturm noch hinein, indem sie 1879 schrieb: „Der Vertrag ist in gewissen Beziehungen, wie Bismarck einmal sagte, sein eigener Vertrag und der Kanzler hat ein natürliches Interesse daran bewahrt, die volle Ausführung desselben zu sichern. Es ist beachtenswert, daß, so eng auch seit einem halben Jahrhundert die Beziehungen zwischen Rußland und Preußen gewesen sind, doch, so oft während dieser Verhandlungen ein bestimmter Gegensatz zwischen den Ansprüchen der westlichen Mächte und Rußland im Orient hervorgetreten ist, Deutschland unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck schließlich den Ausschlag zu gunsten des Westens gegeben hat."

Das war gewissen russischen Kreisen aus der Seele geschrieben. Sie, denen daran liegen mußte, die Fehler und Mißgriffe der russischen Politik damit zu verdecken, daß sie die Schuld auf Fremde schoben, erhielten nun noch Sukkurs aus England, den sie triumphierend sich zu nutze machten, während doch der Satz der „Times" mit den Thatsachen und Protokollen der Kongreßverhandlungen in vollem Widerspruch stand. Die Fragen, in welchen zwischen Rußland und dem Westen überhaupt auf dem Kongresse Streit war und ein Ausschlag gegeben werden konnte, betrafen Batum, die Dobrudscha, die Kriegskosten, Sofia und überhaupt die bulgarische Grenze. In allen diesen Punkten hat Deutschland nicht, wie die „Times" sagt, die Schale zu gunsten des Westens, sondern zu gunsten Rußlands geneigt, und es ist überhaupt auf dem Kongreß von Rußland kein Antrag gestellt worden, den Deutschland nicht

unterstützt hätte. Russischer als Rußland zu sein, war allerdings nicht die Aufgabe der deutschen Politik, und was Rußland nicht den Mut hatte zu fordern, darauf mußte es natürlich verzichten. Die oben erwähnten Forderungen hat ihm Deutschland und nur Deutschland durchgesetzt. Daß die deutsche Regierung dabei auf Dankbarkeit und Anerkennung von russischer Seite gerechnet hätte, glauben wir kaum, wäre es doch der Fall, so hätte sich in diesem Punkte allerdings die deutsche Politik geirrt. Man kennt das Wort Bismarcks: „Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß; ja ich kann fast sagen, der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter, Grafen Schuwalow, vertreten war, kaum annehmen. Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwierigsten, kritischen Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist."

Wenn bei den russischen Preßstimmen des Jahres 1879 die letzte Vergangenheit zum Ausgangspunkt genommen wurde, so war es dennoch selbstverständlich, daß mehr um die Zukunft, als um die Vergangenheit gerechtet wurde. Rußland, so wurde uns versichert, sei gezwungen, eine neue politische Taktik einzuschlagen, die Enttäuschungen, die es erlitten hätte, wären allzuschwer, als daß es auf dem bisherigen Wege verharren könnte. Die Enttäuschung, über die sich eine autorisierte Stimme des russischen Auswärtigen Amtes ver-

nehmen ließ, beruhte namentlich darin, daß es Rußland durch Deutschland nicht ermöglicht worden sei, den Frieden von San Stefano aufrecht zu erhalten. Andere russische Blätter sprachen sich mit noch größerer Offenheit über die Ziele aus, welche Rußland verfolgen müßte und für deren Erreichung es seine Bundesgenossen zu werben hätte. Die alte und ewig junge Frage von Konstantinopel wurde von einem Teil der russischen Presse mit einem Eifer diskutiert, als existiere der Berliner Vertrag schon nicht mehr. Und in der That ließ die Verstimmung, welche sich eben gegen Deutschland kehrte, keinen anderen Schlüssel zu, als die Klage darüber, daß es Rußland nicht behilflich war, die Etappen nach Konstantinopel weiter, als geschehen, vorzuschieben, oder ihm gar den Besitz dieses historischen Augenpunktes russischen Ehrgeizes und populärer Phantasie zu verschaffen.

„Man wird, so wurde damals von Berlin aus erwidert, so lange ein russisches Volk existiert, auch den Gedanken an die Eroberung von Konstantinopel ihm nicht aus dem Gemüt reißen können. Etwas anderes ist aber die Aufrechthaltung der Legende von der nationalen Bestimmung Rußlands, das Kreuz wiederum auf der Hagia Sophia aufzupflanzen, etwas anderes die Aufnahme dieses Gedankens in die Tagespolitik; ein noch weit mehr vorgeschrittenes Stadium phantastischer Politik ist aber, diesen Zukunftstraum zum Schlüsselpunkt des Verhältnisses von Rußland mit seinen alten Alliierten und mit Europa gemacht zu sehen. Wir halten das natürlich für ein ganz aussichtsloses Vorgehen, aber gerade das Wirre und Gereizte einer solchen Haltung hat etwas Unheimliches. Denn man geht nie weiter, als wenn man nicht weiß, wohin man geht. Rußland hat eben noch die Probe gemacht, wie weit es im stande war, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Wenn wir die Thatsachen recht würdigen, so verdankt Rußland der Liederlichkeit türkischer Führung die Möglichkeit des Donauüberganges, es verdankt dem Eingreifen der rumänischen Truppen die Endigung der höchst gefährlichen Position vor Plewna; wem es Rußland verdankt, daß seinem jenseits der Donau engagierten Heere nicht ein Riegel vorgeschoben wurde, darüber wird man in Petersburg doch wohl keinen Zweifel hegen. Durch die Gunst solcher begleitenden Umstände gelangte Rußland bis vor Konstantinopel, dort begegnete

es England und vor ihm wich es zurück. Ohne die Haltung, welche Deutschland eingenommen hatte, wäre die russische Armee gewiß nicht auch nur so weit gelangt. Wie soll nun die Politik beschaffen sein, welche das Organ des russischen Auswärtigen Ministeriums der Welt ankündigt, wenn diese Politik auf die Freundschaft Deutschlands von vornherein verzichtet und sich noch höhere Ziele steckt, als seitdem? Aus wessen Händen erwartet die Politik, welche vor einiger Zeit den Namen Ignatiew trug, das Geschenk Konstantinopels? Wir glauben, vergebens würden sich die russischen Organe, welche, autorisiert oder nicht, die Frage von Konstantinopel aufwerfen, nach Mächten des Mittelmeeres umsehen, die einer solchen Änderung der Karte von Europa und Asien zustimmen möchten. Diese Politiker an der Newa mögen die Rechnung der Allianzen aufmachen, wie sie wollen: es wird sich immer ein Rest finden, der zu ihren ungunsten nicht aufgeht. Die unermeßliche Unpopularität, welcher der Gedanke der Herrschaft Rußlands am Bosporus begegnete, hat die moralische Unmöglichkeit einer solchen Lösung der türkischen Frage ebenso sehr erwiesen, als die Schicksale der russischen Armee im letzten Feldzug die physische Unmöglichkeit dieser Lösung darthaten. Deutschland hat als Kongreßmacht eben nur dieses Resultat gezogen, und wenn es das Rechenexempel anders hätte zum Abschluß bringen wollen, so würde der Widerspruch Europas ihm bald das Konzept korrigiert haben. Was bezwecken also die russischen Staatsmänner und Journalisten, von denen jene lärmenden und deutschfeindlichen Manifestationen ausgehen? Was erwarten sie von der Darlegung einer so übergreifenden und beunruhigenden Politik? Es scheint uns unmöglich, daß das Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen Rußlands dadurch erhöht wird, aber ebensowenig wahrscheinlich, daß das Ansehen Rußlands wächst durch die Schautragung des Mißverhältnisses zwischen den Aktionsmitteln und den mittelbar in das Auge gefaßten Zielen. Welchen Eindruck soll dieses Auftreten in Konstantinopel hervorrufen, unmittelbar beinahe nach dem mit der Türkei geschlossenen Frieden? Welchen in London, Wien und Rom? Wir lassen selbst Paris bei dieser Frage offen, so wenig die besonnene Politik eines Waddington und das Interesse Frankreichs als Mittelmeerstaat darauf hinweisen, daß man Rußland eine herrschende Position in der Levante zudenkt. Rußland sammelt sich, es schmollt

nicht, sagte Fürst Gortschakow nach dem Pariser Frieden. Wir sind in Verlegenheit, wie wir das taxieren sollen, was eben in jenen russischen Stimmen zu Tage tritt — es ist für Sammeln zu wenig, für Schmollen zu viel."

Während dieser deutsch-russischen Preßfehde gab es in Deutschland eine lebhafte Bewegung in den leitenden politischen Kreisen. Am 22. Juni jenes Jahres (1879) war Kaiser Wilhelm nach einer längeren Audienz des Reichskanzlers nach Ems gefahren. Kaum war er dort angelangt, als am 25. Juni die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz" mitteilte, der Kaiser werde demnächst die Freude haben, den Kaiser von Rußland in Ems zu empfangen. Am 27. Juni erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" jene Nachricht als „jeder Begründung entbehrend" und behielt damit recht. Am 9. August fand die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Kaiser Franz Josef in Gastein statt. Am 12. August reiste der Kaiser von Gastein ab; am 17. August siedelte Fürst Bismarck seinerseits von Kissingen nach Gastein über. Um diese Zeit empfing er dem Gerüchte nach den italienischen Ministerpräsidenten Cairoli. Unmittelbar nach der Kaiser-Zusammenkunft in Gastein brach die russisch-deutsche Preßfehde mit Hochdruck aus. Am 15. August war der Kaiser in Babelsberg zurück, den 26. August erschien Graf Andrassy bei Fürst Bismarck in Gastein, am 29. August traf Kaiser Alexander in Warschau ein, Feldmarschall von Manteuffel begrüßte ihn dort im Namen des Kaisers. Dann folgte die überraschende Reise Kaiser Wilhelms nach Alexandrowo zur Zusammenkunft mit dem Zaren am 3. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gab über das Verhältnis des Reichskanzlers zur Mission Manteuffels eine vielbesprochene Erklärung ab. Am 8. September vollzog sich der Einmarsch der Österreicher in Novibazar, am 11. September forderte Fürst Gortschakow jenen französischen Interviewer auf, seinen Landsleuten zuzurufen: sie sollten sich stark machen. Den 21. September traf Fürst Bismarck in Wien ein, am 25. war er in Berlin zurück, am 9. Oktober reiste er von Berlin ab nach Varzin. Am 22. Oktober war seinerseits dann der Kaiser von Baden-Baden, wohin Graf Stolberg mit einer hochpolitischen Mission gegangen war, nach Berlin zurückgekehrt. Am 16. November trafen der russische Thronfolger in Berlin, der König von Italien in Pegli und am 28. das dänische

Königspaar dort ein. Am 30. desselben Monats empfing der Kaiser den Fürsten Gortschakow bei dessen Durchreise nach Berlin. Wir fügen noch den Fall des Ministeriums Waddington um die Jahreswende und die Einbringung der deutschen Heeresvorlage hinzu. Am 28. Januar 1880 fand seit dem 22. Juni, an welchem Tage der Kaiser nach Ems abreiste, die erste Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck statt. Dieser Zusammenkunft ging, nachdem Fürst Bismarck am 26. in Berlin eingetroffen war, am nächsten Tage ein mehrstündiger Besuch voraus, mit welchem der Kronprinz den Reichskanzler beehrte. Am 28. — nach dem Empfange des Reichskanzlers beim Kaiser — wurde Fürst Bismarck vom Kronprinzen empfangen.

Eine Welt von Thatsachen fällt so zwischen die zwei Besprechungen des Kaisers mit seinem leitenden Minister am 22. Juni 1879 und am 28. Januar 1880, von den tiefgreifenden Änderungen in der inneren Politik zu schweigen. In der Zwischenzeit schwebte das Gerücht eines Demissionsgesuches des Reichskanzlers in der Luft; man versuchte, es bald an dieser, bald an jener Stelle einzuschieben. Zweifellos ist es, daß die von dem Reichskanzler vertretene auswärtige Politik die Situation vollständig beherrschte. Der Weg, der zu diesem Ziele führte, war aber ebenso zweifellos nicht ohne starke Friktionen gewesen.

Was war geschehen? Die bloßen Ausbrüche des Hasses der Panslawisten gegen Deutschland in der Presse würden allein weder den Fürsten Bismarck seine Kur haben abbrechen lassen, um nach Wien zu eilen, noch den Kaiser Wilhelm vermocht haben, den Kaiser Alexander II. in Alexandrowo aufzusuchen, um die „Mißverständnisse" zu beseitigen. Was Fürst Bismarck am 5. Dezember 1876 im Reichstage gesagt hatte: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre im stande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen der preußischen und russischen Regierung einen Riß zu machen," und was er auf dem Berliner Kongreß dem Fürsten Gortschakow gesagt hatte: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Österreich zu wählen," das ging jetzt in Erfüllung, nicht wegen der giftspritzenden Druckerschwärze, noch wegen der privaten causerie Gortschakows mit einem französischen Redakteur nach dem Diner in Baden-Baden, sondern weil — um eine

Formel zu gebrauchen, die Fürst Bismarck später einmal gebraucht hat — das russische Kabinett selbst sich die Haltung seiner Presse angeeignet und — wie Fürst Bismarck erst 1888 am 6. Februar uns geoffenbart hat — in den Zumutungen an Deutschland sich bis zu Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite verstiegen hatte, die dasselbe vor die Wahl zwischen Rußland und Österreich stellten. Daß mit der knappen Andeutung des Reichskanzlers über diesen Punkt ein ganz neues Licht auf die Situation des Sommers von 1879 geworfen wird, mag man den Worten eines namhaften Historikers entnehmen, der über dieselbe Situation schreibt: „Das Bündnis von 1879 wurde nicht geschlossen, weil damals etwa ein Krieg gedroht hätte. Ein Krieg war für Rußland aus so schweren und vielen Gründen unmöglich, daß Gortschakowsche Unterhaltungen mit Franzosen nur federleicht dagegen wogen. Es hatte vor kurzem erst ein Krieg sehr unbefriedigend geendet; derselbe hatte viel Geld gekostet, der Ertrag war hinter den Wünschen zurückgeblieben, die Streitmacht war sehr angegriffen aus dem Feldzug hervorgegangen, auf die Verwaltung war Tadel von allen Seiten gefallen, das alles zusammen glich schon einem vom Staat erlittenen Bankerott, worauf nun vollends die gefährlichsten Erhebungen der Nihilisten folgten; gewiß, das war kein Augenblick für Rußland, um sich flugs in einen neuen und zehnmal schwierigeren Krieg zu stürzen. In unserm Jahrhundert pflegt ein jeder große Krieg so aufreibend zu sein, daß eine Wiederholung gleich am nächsten Tage nicht verführerisch winkt und auch der Mutwilligste sich gedämpft fühlt". So der Historiker. Rußland begleitete aber im Gegenteil die Truppenansammlungen an der Grenze damals mit ausdrücklichen Kriegsdrohungen — das ist die überraschende Enthüllung aus der Rede vom 6. Februar, die alle bisherigen Darstellungen der Sache umstößt. „Ein zweiter Graf Brandenburg," soll Fürst Bismarck gesagt haben, als er im Oktober 1879, gleich nach dem Vertrage mit Österreich, die Nachricht von dem Tode seines ihm nahe stehenden Amtsgenossen, des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Bülow, erhielt. Zur Erklärung dieses Ausspruches erzählt man, daß Herr von Bülow die Dinge, wenn es irgend anging, gern leicht nahm und auch längere Zeit die Spannung, worin wir seit 1875 mit Rußland lebten und die sich namentlich in einem wachsenden

Antagonismus zwischen den beiden Reichskanzlern zeigte, für nicht gefährlich hielt. Sein Befinden war schon unbefriedigend, als er eines Tages im Begriffe, nach Potsdam zu reisen, Depeschen erhielt, die er unterwegs las. Sie gaben ihm Auskunft über Schritte der russischen Politik, so ernst und so bedrohlich für Deutschland, daß er darüber erschrak und aufgeregt und krank in Potsdam ankam. Er nahm einen längeren Urlaub, aber ehe er nach dem Süden reisen konnte, erlag er seinem Leiden. Es ist bekannt, daß die Rücksichtslosigkeiten des Kaisers Nikolaus von Rußland gegen Preußen es waren, die unserm einstigen Ministerpräsidenten, dem Grafen Brandenburg, das Herz brachen. Es würde also jene Äußerung sagen wollen, daß ein rücksichtsloses Vorgehen Rußlands den vielbedauerten Tod des Herrn von Bülow verursacht habe. Sicherlich gehörte dazu mehr als das Wutgeheul der russischen Presse, als Säbelgerassel an der Grenze und als die damals zirkulierenden Gerüchte über russische Anzettelungen in Paris. Sicherlich mußten es die schwerwiegendsten Gründe sein, die den Fürsten Bismarck in Gastein nach seinem eigenen Zeugnisse in hohem Grade aufregten und ihn bewogen, im September in Wien jene Abmachungen zu treffen, an deren Genehmigung durch den Kaiser er sein Reichskanzleramt setzte. Es muß ihm sehr schwer gefallen sein, das nahe und innige Verhältnis zu Rußland aufzugeben, das bis dahin die Grundlage seiner auswärtigen Politik gebildet hatte. Aber aus jetzt erst bekannt gewordenen Gründen lag für den großen deutschen Staatsmann eine zwingende Notwendigkeit der Wahl zwischen Rußland und Österreich vor. Er hatte das Bündnis mit Österreich stets im Auge behalten, selbst damals, als die Donner von Königgrätz kaum verhallt waren und es galt, Frieden mit Österreich zu schließen. Er vermied alles, was Österreich verletzen konnte, und that alles, was er vermochte, um das spätere Bündnis mit Österreich vorzubereiten. In Wien verkannte man die Lage nicht. War es doch im Grunde um Österreichs willen, daß Deutschland sich den Haß Rußlands zugezogen hatte. Den österreichischen Staatsmännern mußte es also klar sein, daß zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche die nächste Gemeinschaft der Interessen besteht, und selbst Erzherzog Albrecht, den man als das Haupt jener Partei betrachtete, welche den Gedanken an Rache für Sadowa noch immer

im stillen nährte, hatte dem deutschen Reichskanzler aus freien Stücken seine Übereinstimmung mit dem neuen Bündnis versichert, das in Deutschland wie in Österreich mit größter Freude und wie die Erfüllung eines lang gehegten Herzenswunsches aufgenommen wurde.

In der Februarrede des Kanzlers von 1888 ist die Mitteilung gemacht worden, daß dem Deutschen Reiche im Jahre 1879 von Rußland zugemutet wurde, einen starken Druck auf Österreich auszuüben. „Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten". Denn einmal war das Recht auf Österreichs Seite, und sodann hätte die Entfremdung von dem befreundeten Staate Deutschland notwendig „in Abhängigkeit von Rußland gebracht". Der Kanzler fügte dann hinzu, daß auf dem Kongresse selbst „ein vollständiges Indienststellen der deutschen Politik in die russische uns nicht davor schützte, in Streit mit Rußland zu geraten". „Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite. Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages".

Es hat nicht fehlen können, daß diese Andeutungen vielfach Aufsehen erregten und eine Nachforschung bezüglich der näheren Umstände, aus denen die Kriegsdrohungen hervorgingen, veranlaßten. Von einer Seite wurde mitgeteilt, die Stelle der Kanzlerrede beziehe sich augenscheinlich auf ein von Alexander II. an den deutschen Kaiser gerichtetes Schreiben, in welchem solche Drohungen ausgesprochen wurden. Deutschland habe einen scharfen Protest gegen die von dem Kriegsminister Miljutin an die westliche Grenze geschickten Massen russischer Kavallerie erhoben, welche die Aufgabe hatte, die deutsche Mobilisierung so lange zu stören, bis die russischen Streitkräfte angesammelt wären. General Schweinitz habe in Petersburg sehr deutlich das Mißfallen der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht, was wiederum zu dem zornigen persönlichen Schreiben des Zaren an den Kaiser Wilhelm Anlaß gegeben habe. Das Resultat sei gewesen: die versöhnende Begegnung beider Kaiser zu Alexandrowo.

Bei dieser Darstellung war der Zusammenhang mit der orientalischen Frage nicht hervorgehoben, während doch die Notwendigkeit, zwischen Rußland und Österreich zu „optieren," ganz und gar durch die

orientalischen Wirren geboten war. Der Kanzler sprach ausdrücklich von den Instruktionen an die Bevollmächtigten im Süden. Man muß sich erinnern, daß nach dem Berliner Vertrage Österreich das Recht und den europäischen Auftrag erhielt, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen, daß dagegen gleichzeitig Rußland die Verpflichtung auszuführen hatte, Ostrumelien und Bulgarien von seinen Truppen zu räumen. Diese Bestimmungen hatten in Rußland einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, welcher sich vorzugsweise gegen den deutschen Kanzler und gegen den russischen Botschafter Grafen Peter Schuwalow richtete. Unmittelbar nach dem Abschluß des Vertrages begannen in Rußland die allgemeinen Bestrebungen, die Ausführung des Vertrages zu vereiteln. Man wiegte sich namentlich in der Hoffnung, der Berliner Vertrag würde in Bezug auf Bosnien auf dem Papiere stehen bleiben, man sah in der Okkupation desselben eine Kränkung für das Zarenreich, die unmöglich vom Papier in die Wirklichkeit übergehen könne. Aber der Berliner Vertrag gelangte strikte zur Ausführung; es kam auch die vorbehaltene Übereinkunft zwischen Österreich und der Pforte über Novi-Bazar zum Abschluß. In Rußland brauste ein heftiger Zorn darüber auf, der nicht bloß Österreich, sondern auch Deutschland galt. Es trat jetzt der Moment ein, von dem Fürst Bismarck sagt: „Die Angriffe auf meine Person steigerten sich zu scharfen Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich ausüben sollten in Sachen, wo die österreichischen Rechte nicht zu bezweifeln waren“.

In der bekannt gewordenen Unterredung Bismarcks mit einem russischen Publizisten im Juli 1890 wurde auch ein Dokument erwähnt, „das er, (der Fürst), in Händen hatte, und an dessen Existenz er sonst nicht geglaubt hätte“. Das Dokument war von solcher Wichtigkeit, daß Fürst Bismarck sich sofort zu seinem „Freunde dem Grafen Andrassy“ begab, und daß dieser, wie sein erhabener Monarch Franz Joseph, sofort in die dargebotene Hand einschlugen.

Nachdem Bismarck und Andrassy sich in Gastein und Wien vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokoll zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Eine Abschrift ging erst später nach Petersburg. Das gesamte preußische Staatsministerium

wurde vom Fürsten Bismarck von der Notwendigkeit jenes hochwichtig politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Kabinett des Kaisers. Daß Kaiser Wilhelm die Aufrechthaltung der alten Beziehungen zu Rußland lebhaft wünschte und mit seines Kanzlers Politik, die sich auf ein Defensivbündnis mit Österreich richtete, zunächst übereinstimmte, trat sofort hervor. Denn kaum hatte Fürst Bismarck am 28. August 1879 in Gastein in der erwähnten Zusammenkunft mit Andrassy eine vorläufige Verständigung über das Bündnis getroffen, so erhielt Generalfeldmarschall Manteuffel den Auftrag, zum Zaren nach Warschau zu reisen und eine Begegnung der beiden Monarchen vorzuschlagen. Telegraphisch wurden am 1. September die nötigen Verabredungen getroffen, und schon am 3. fand die Zusammenkunft auf russischem Boden in Alexandrowo statt, die ihre versöhnende Wirkung nicht verfehlte. Graf Stolberg erhielt gleichwohl nach Überwindung mancher Schwierigkeit am 15. Oktober 1879 die Unterschrift des Monarchen, der einerseits den Rücktritt des Fürsten dadurch verhindern wollte, anderseits wohl auch anerkannte, daß sein Wunsch, einen Krieg mit Rußland zu vermeiden, auf diesem Wege nicht vereitelt werden könne.

Während Bismarck seit dem 9. Oktober in Varzin verweilte, wurde der diplomatische Ausschuß nach Berlin berufen, welcher nach Artikel 8 der Reichsverfassung aus den Bundesratsbevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg, und zwei vom Bundesrat jährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten besteht und unter dem Vorsitz Bayerns seine Beratungen vollzieht. Dieser Ausschuß hielt am 16. Oktober seine erste Sitzung und erhielt durch den Grafen Stolberg die erwünschte Auskunft über die europäische Lage und über die neuesten Abmachungen.

Im Februar 1891 brachte der russische Exdiplomat, der schon bei einer anderen Gelegenheit erwähnte Herr Tatischtschew, in der Zeitschrift „Rußkie Westnik“ einen Artikel über die Entstehung des Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Österreich. Er befand sich zur Zeit des Abschlusses als Legationsrat bei der russischen Botschaft in Wien und macht aus jener Zeit die folgenden Mitteilungen: „Uns sind die Umstände erinnerlich, unter denen dieser Vertrag

abgeschlossen wurde. Der Verfasser dieser Zeilen befand sich im Herbst 1879 in Wien und hörte von der bevorstehenden Ankunft des Fürsten Bismarck aus dem Munde des Grafen Andrassy. Er eilte sofort nach Baden-Baden, wo sich damals der Fürst Gortschakow aufhielt und machte ihm Mitteilung von dem sich vorbereitenden Ereignisse d. h. von dem Abschlusse eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen zwei Mächten, welche für Bundesgenossen Rußlands galten. Fürst Gortschakow verhielt sich dieser Mitteilung gegenüber sehr skeptisch, indem er auch nur den Gedanken an eine ähnliche Verletzung der Bundesverpflichtungen des Berliner und Wiener Hofes gegen das Kaiserliche Kabinett nicht aufkommen lassen wollte. In diesem Irrtum erhielt ihn die eben stattgehabte Begegnung Kaiser Wilhelms I. mit dem Kaiser Alexander II. in Alexandrowo, wobei beide Herrscher das Ehrenwort gewechselt haben, niemals und unter keiner Form es zu einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland kommen zu lassen. Auf dieser Begegnung wurden vermittelst persönlicher Aussprache des greisen Oheims mit seinem Kaiserlichen Neffen alle Gründe zum Zwiespalt oder zum Streite beseitigt. Die Herzlichkeit der Gefühle, von denen die beiden Monarchen beseelt waren, diente zur zuverlässigsten und sichersten Bürgschaft für die Unverletzlichkeit der an Rußland angrenzenden Reiche, des Friedens Europas, der Ruhe des Weltalls.

„Diesen Augenblick wählte der ehemalige deutsche Reichskanzler, um seinen längst gehegten Plan zu verwirklichen: ein Bündnis zwischen den Monarchien der Habsburger und der Hohenzollern herzustellen. Ohne um die Erlaubnis seines Herrschers zu fragen, selbst ohne dessen Wissen kam er nach Wien und nahm im Kampf die von ihm schon längst umzingelte Position, übrigens nicht ohne Beteiligung jenes Mannes, dessen Pflicht es hauptsächlich war, diese Position zu schützen: des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen.

„Soviel uns bekannt, sagte Fürst Bismarck in Wien ungefähr folgendes: „Deutschland bedarf eines Bündnisses. Es hat die Wahl zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Der deutsche Reichskanzler schlägt der ersteren unter diesen beiden Mächten ein Bündnis gegen die zweite vor. Deutschland wird Österreich-Ungarn vor der Gefahr schützen, welche ihm seitens Rußlands droht. Wenn jedoch der Wiener Hof diesen Vorschlag ablehnt, so wird sich Fürst Bismarck

von Wien direkt nach Petersburg begeben und dort einen Bündnisvertrag mit Rußland unterzeichnen, dessen Folge das Verschwinden der Monarchie der Habsburger von der Karte Europas sein werde".

„In Wien ging man nicht gleich darauf ein. Die Verhandlungen währten drei Tage. Man wollte sich überzeugen, ob die Gefahr wirklich vorhanden sei, welche in den Drohungen des eisernen Kanzlers verborgen war: Ist es wahr, daß Rußland bereit sei, sich mit Deutschland zu verbünden, um Österreich-Ungarn zu vernichten? Um diesen verhängnisvollen Zweifel aufzuklären, wollten sich Kaiser Franz Joseph, dessen Vertraute und ihm Nahestehenden an eine Person wenden, von welcher ein Wort genügt hätte, um das bedrohliche Gespenst zu verscheuchen. Dieses eine Wort wurde nicht gesprochen und es erwies sich selbst als unmöglich, sich an diese Person zu wenden: der russische Botschafter in Wien war abwesend. (Diese Worte sind bei Tatischtschew unterstrichen). Er war mit Urlaub in Rußland und niemand fiel es ein, ihn aufzufordern, sich auf seinen Posten zu begeben in einem Augenblick, wo die Schicksale Rußlands zum offenen und wesentlichen Schaden Europas entschieden wurden. Fürst Bismarck triumphierte. Durch den Bündnisvertrag vom Jahre 1879 wurde die alte Monarchie der Habsburger an den Siegeswagen der Hohenzollern gekettet."

Die Spitze dieser „Enthüllung" richtete sich ebensosehr gegen die Bismarcksche, wie gegen die Gortschakowsche Politik. Dem Fürsten Bismarck wurde der Vorwurf gemacht, daß er bei dem Abschlusse mit Österreich-Ungarn über die Intentionen seines kaiserlichen Herrn und speziell über die den Frieden zunächst sicherstellende Monarchen-Entrevue von Alexandrowo zwischen Wilhelm I. und Alexander II. hinweggegangen sei, während Fürst Gortschakow die Beschuldigung hinnehmen mußte, sich während seines damaligen Aufenthaltes in Süddeutschland um die schwer bedrohten Interessen Rußlands wenig gekümmert und nicht einmal den russischen Botschafter, der mit einem Worte das angebliche Bismarcksche Intrigenspiel hätte stören können, nach Wien zurück beordert zu haben. Auf diese Auslassungen des Herrn Tatischtschew erwiderte nun eine „von hervorragender diplomatischer Seite" herrührende Wiener Mitteilung der über die Anschauungen der maßgebenden russischen Kreise wohl gut unterrichteten „Allgemeinen Reichs-Korrespondenz",

der wir folgendes entnehmen: „Herr Tatischtschew hält sich in den Hauptmomenten seiner Darstellung ziemlich an die Thatsachen, nur in den Nebenumständen, welche zur Illustration gewisser Stimmungen und Unterströmungen dienen, erlaubt er sich einige mehr oder minder romanhafte Zusätze. Es giebt außer dem genannten russischen Diplomaten, dessen wohlgemeinte Absichten wir gerade bei dieser Gelegenheit nicht anzweifeln wollen, noch andere Persönlichkeiten in Wien und Berlin, welche Zeugen jenes geschichtlichen Momentes waren, in welchem Fürst Bismarck nach der österreichischen Hauptstadt kam, um das Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte zum Abschluß zu bringen. Man darf das historische Zeugnis dieser Persönlichkeiten dafür anrufen, daß der deutsche Kanzler damals dem Grafen Andrassy und auch noch höher stehenden Personen nicht so sehr von der Möglichkeit eines russischen Angriffs auf Österreich, als vielmehr von der Gefahr eines Doppelangriffs von seiten Rußlands und Frankreichs auf Deutschland sprach. Allerdings nicht für den Moment, denn darin hat Herr Tatischtschew vollkommen recht, daß die Kaiserbegegnung in Alexandrowo jede unmittelbare Besorgnis beseitigt hatte, wohl aber für eine spätere Zukunft. Es kommt nun bei alledem weniger in Betracht, was Herr Tatischtschew, der damals den russischen Botschafter in Wien vertrat, von der Ankunft des Fürsten Bismarck fürchtete, als vielmehr, in welchem Lichte dieses Ereignis seinem vorgesetzten Kabinette erschien. Herr Tatischtschew freilich schien zu besorgen, daß das neue deutsch-österreichische Bündnis eine aggressive Spitze gegen Rußland habe. Aber sein Chef, Fürst Gortschakow, der damals in Baden-Baden weilte, faßte die Situation viel richtiger und ruhiger auf, und Herr Tatischtschew selbst muß konstatieren, daß Fürst Gortschakow sich seinen Mitteilungen gegenüber sehr skeptisch verhielt. . . . Er teilte nicht die Angst des Herrn Tatischtschew, und die Folge hat gelehrt, daß die Auffassung des russischen Staatskanzlers die richtige war. Mit der Voraussetzung aber, daß die austro-deutsche Allianz eine feindselige Spitze gegen Rußland kehrte, fällt auch die Folgerung, daß eine Verstärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn nur möglich wäre, wenn sich letzteres von Deutschland lossagte. Dies zur Klarstellung der Hauptsache, die Herr Tatischtschew im Auge hat. Auf die Richtigstellung ander-

weitiger Behauptungen von untergeordneter Bedeutung können wir füglich verzichten. Herr Tatischtschew selbst ist ein zu erfahrener Diplomat, um nicht zu fühlen, wie unwahrscheinlich der Satz klingt, daß Fürst Bismarck ohne Erlaubnis und selbst ohne Wissen seines kaiserlichen Herrn nach Wien gegangen sei, oder gar, daß der österreichische Hof durch die Abwesenheit des russischen Botschafters verhindert war, sich über die Gesinnungen Rußlands rechtzeitig zu informieren. Das sind Dinge, die nicht für die große politische Welt geschrieben wurden."

Ist diese Auffassung überall richtig, so würde allerdings die Sache sich so vollständig umkehren, wie wir es bei den angeblichen Reichstädter Abmachungen wegen Bosnien vom Juli 1876 gesehen haben, wo die Berliner und Wiener Lesart sich in vollem Widerspruch befinden. Hat Bismarck im September 1879 in Wien weniger von einem russischen Angriffe auf Österreich, als von der Gefahr eines Doppelangriffes von seiten Rußlands und Frankreichs auf Deutschland gesprochen, dann gewinnt die Genesis des Bündnisses einen ganz andern Anstrich, als sie bisher offiziös und offiziell in Berlin immer dargestellt ist. Bismarck wäre in diesem Falle als Hilfesuchender nach Gastein und Wien gekommen. Vorläufig halten wir uns an das, was Bismarck uns im Februar 1888 mit den Worten gesagt hat, in denen er zuerst seine Enttäuschung schilderte, als nach dem Kongresse von 1878 eine Art von Preßkampagne in Petersburg gegen ihn persönlich anfing, und dann von den Forderungen eines Druckes sprach, den Deutschland auf Österreich ausüben sollte in Sachen, wo dieses in seinem Recht war. „Ich konnte die Hand dazu nicht bieten, denn wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, um nicht isoliert zu sein, in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir es sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich oder sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unsrer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schütze, gegen unsern Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten."

Die Beziehungen des damaligen Frankreichs zu Deutschland haben keine Rolle in Wien gespielt, wenn auch Bismarck Vorsichtsmaßregeln für die Zukunft traf. Das Bündnis Rußlands mit der Republik war durch die Weigerung Grevys und Waddingtons vereitelt, welche von ihrem abschlägigen Bescheide auf die Anträge der russischen Agenten der deutschen Diplomatie Kenntnis gaben.

Was Herrn Tatischtschew betrifft, so stellt er die Aktion Bismarcks im Herbste 1879 so dar, als ob derselbe die Zusammenkunft von Alexandrowo durch seine eigene Reise nach Wien hätte wett machen wollen. Als die beiden Kaiser sich in Alexandrowo begegneten, hatten Bismarck und Andrassy den am 18. August in Gastein niedergeschriebenen Vertragsentwurf schon in der Tasche. Zwei Aktionen gingen damals neben einander her. Die Kriegsdrohungen Rußlands bestimmten den Kaiser Wilhelm, den Generalfeldmarschall Manteuffel nach Warschau zum Kaiser Alexander zu schicken und eine Begegnung der beiden Monarchen zu bewirken, während jene Drohungen den Reichskanzler nach Gastein zum Grafen Andrassy trieben. Hätte aber Herr Tatischtschew mit dem, was er über die Thätigkeit des Fürsten Bismarck in Wien unmittelbar nach der Entrevue von Alexandrowo mitteilt, in der That recht, so würde er damit nur den Beweis geliefert haben, daß der damalige deutsche Reichskanzler weitsichtig genug war, um auch mit der Zeit zu rechnen, in der die Leitung der russischen Politik nicht mehr von dem Willen des Kaisers Alexander II. abhängen und die friedliche Versicherung dieses Preußen und dem Deutschen Reiche wohlgesinnten, von aufrichtiger persönlicher Verehrung für seinen erlauchten Oheim geleiteten Monarchen nicht mehr ausschlaggebend sein würde.

Schon seit mehreren Jahren macht Herr Tatischtschew, welcher, wie es scheint, Zugang zu geheimen russischen Archiven hat, durch seine Enthüllungen über politische Vorgänge aus neuerer Zeit von sich reden; namentlich die im Sommer 1887 von ihm unter Beihilfe des ehemaligen russischen Botschafters am Berliner Hofe, Herrn von Saburow, veranlaßte Veröffentlichung von amtlichen Schriftstücken über die bulgarischen Angelegenheiten erregte peinliches Aufsehen und führte zu heftigen Zerwürfnissen innerhalb der leitenden russischen Kreise. In letzter Zeit hat sich Herr Tatischtschew namentlich Archivforschungen

über die russisch-preußischen Beziehungen gewidmet und in russischen Zeitschriften Aufsätze hierüber veröffentlicht. Wie oberflächlich indessen diese „Forschungen" seitens des genannten Herrn betrieben werden, ergiebt sich u. a. aus nachstehendem Urteil, das Herr Tatischtschew in einem im August 1889 in der Monatsschrift „Rußki Westnik" erschienenen Aufsatze fällte. Er meint, „daß im Laufe dreier Jahrhunderte Preußen in seinen Beziehungen zu Rußland sich ausschließlich von eigennütziger Berechnung leiten ließ, daß es sich bald Rußland anschloß, bald sich wieder gegen Rußland wandte, niemals aber daran denkend, Dienst mit Gegendienst zu vergelten. Das Wachstum Rußlands unterstützte es nur in jenen seltenen Fällen, wenn damit eigenes Wachstum verbunden war, es niemals unterlassend, sich auf russische Kosten zu bereichern, indem es sich den allgemein-europäischen Vereinigungen gegen Rußland anschloß. So war es 1790, 1812, 1854". Den russischen Diplomaten kränkt es bitterlich, daß man sich im russischen Ministerium des Auswärtigen zu dieser Erkenntnis nicht aufzuschwingen vermochte, weil dort eine „fremde", nicht russische Diplomatie herrsche. Zum Beleg dafür, wie es in Wahrheit um die Beziehungen Preußens und des neuen Deutschen Reichs zu Rußland beschaffen war, führt der Verfasser angebliche Mitteilungen des Fürsten Bismarck an den französischen Botschafter in Berlin, den Grafen St. Vallier, an. Danach soll Fürst Bismarck am 14. (2.) November 1879, wenige Wochen nach der Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages dem obengenannten Botschafter erzählt haben: „Vor sechs Wochen dachte Rußland nur an Feuer und Schwert; die Aufnahme, welche dessen Anerbietungen bei Frankreich gefunden, zwang es zum Nachdenken: mein Vertrag mit Österreich brachte es vollends zur Besinnung. Wir hatten in Wien beschlossen, dem Petersburger Kabinett unsre Vereinbarungen mitzuteilen. Der Kaiser, mein Herr, meinte, daß diese Mitteilung als Herausforderung erachtet werden würde; mehrere Tage verweigerte er seine Einwilligung. Ich mußte zu dem äußersten Mittel greifen und bat um meine Entlassung. Der Kaiser nahm sie nicht an und antwortete mit dem Vorschlage seiner eigenen Thronentsagung. Meinerseits wies ich dies zurück, und es schloß damit, daß wir uns einigten. Die von mir gewünschte Mitteilung erfolgte: eine Woche darauf wurde man in Petersburg, wie ich

dem Kaiser vorausgesagt hatte, gefügiger, und jetzt hat man den Preßfeldzug gänzlich eingestellt und den Zeitungen jeglichen gegen uns und Österreich gerichteten Angriff verboten. Der kampflustige Bär hat gegenüber den bereitstehenden einmütigen Wachthunden seine Krallen eingezogen."

Diese Erzählung sollte dazu dienen, die Wichtigkeit der großen Frage eines russisch-französischen Bündnisses würdig zu beleuchten, wie der Exdiplomat mit jenem Berichte über die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses den Zweck verfolgte, nachzuweisen, Österreich-Ungarn müsse sich vor allem von Deutschland lossagen, um ein offener Freund Rußlands zu werden.

Von Feindschaft wider Frankreich war in den Gasteiner und Wiener Unterredungen so wenig die Rede, daß Fürst Bismarck in der österreichischen Hauptstadt auch den französischen Botschafter am österreichischen Hofe, Teisserenc de Bort, aufsuchte und ihn versicherte, das Einverständnis und die Intimität Deutschlands und Österreichs dürften Frankreich in keiner Weise beunruhigen und könnten in nichts die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich berühren oder schwächen. Bismarck sagte sodann wörtlich: Je ne me sers jamais de la parole pour déguiser ma pensée. Mr. Waddington en a eu la preuve à Berlin et mon désir d'entretenir des relations cordiales avec la France est sincère. Anderseits weiß man, daß Depeschen des Wiener Botschafters an Waddington von dem letzteren sofort dem Präsidenten der Republik telegraphisch mitgeteilt wurden, und daß deren Inhalt in offiziellen Kreisen die lebhafteste Befriedigung hervorrief. Mit dem oben genannten französischen Botschafter in Berlin, Graf St. Vallier, verhandelte Bismarck weiter. Er wollte die drei Reiche Mitteleuropas, Deutschland, Österreich und Frankreich, zu einem Bunde gegen Rußland und England vereinigen. „Seit zwei Jahrhunderten, sagte er, befeinden sich diese Reiche in geheimer oder offenkundiger Fehde. Während sie in Vorbereitungen zum Kriege oder im blutigen Ringen begriffen waren, fanden England und Rußland Zeit und Gelegenheit, ihre kolossale Macht aufzurichten. Mit einem bedeutend geringeren Aufwand von Kraft, als die Kriege zwischen Frankreich, Deutschland und Österreich um einen Fetzen Landes geführt wurden, haben England und Rußland die Weltherrschaft erobert und es zuwege

gebracht, daß Frankreich, Österreich und Deutschland, welche die höchste kompakteste Summe von Bildung, Kultur und Stärke auf der Erde repräsentieren, von den Meeren, von dem Reichtum der Tropen und überhaupt von jeder größeren Entwickelung ihrer Machtverhältnisse ausgeschlossen sind." Indem der Reichskanzler die daraus entsprungenen Verhältnisse ausführlich darlegte, erklärte er gerade gegenwärtig den Moment für die Mächte Mitteleuropas gekommen, entweder mit freiem Blick in die Geschicke der Erde einzugreifen oder, von blinder Eifersucht beseelt, ihre Stagnierung und ihr Herabsinken zu Lokalgrößen vervollständigen zu lassen. Denn die Gefahr drohe jetzt von zwei Seiten. Franzosen und Deutsche stehen sich mit Haß, als wenn die Lehren der Geschichte gar nicht vorhanden wären, wieder gegenüber und treffen Vorbereitungen zu neuerlichen Kriegen. Die Franzosen suchen Allianzen ohne jedwede Rücksicht auf höhere Interessen. Dieser Krieg würde so wenig der letzte sein, wie alle vorhergehenden. Wenn es den Franzosen gelänge, Deutschland niederzuwerfen, würden die Deutschen wieder zu neuem Kriege rüsten, und das Vordringen des republikanischen Frankreichs wie die Furchtbarkeit, welche es dann besäße, würde wahrscheinlich auch wieder eine europäische Koalition heraufbeschwören. Doch keiner von allen Fällen kann eintreten, ohne daß die Weltmächte, England und Rußland, sei es durch ihre Mitwirkung oder Neutralität einen weiteren verhängnisvollen Vorsprung gewinnen. Denn zum Unglück würde dieser Krieg in die Epoche des Zusammenbruchs der Türkei fallen, in den Einsturz eines Reiches, welches die Brücke nach Asien und Afrika offen hielt und überhaupt als Eckstein der Erde dastand. Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit fänden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen, — denn auf den Antagonismus der beiden Weltmächte Hoffnungen zu stützen, wäre wohl Wahnsinn — dann hätten die Siege oder Niederlagen der mitteleuropäischen Mächte allerdings den traurigsten Ausgang genommen und ihr Schicksal wäre besiegelt. Österreich wäre zunächst brachgelegt und Frankreich und Deutschland könnten dann ihr mehrhundertjähriges Duell bis auf den letzten Mann auskämpfen. Für die Kulturfragen oder die Machtverhältnisse der Erde würde dieser Kampf von keiner Bedeutung mehr sein.

Auf diese Vorschläge erfolgte von seiten Frankreichs weder eine

Ablehnung noch eine Zustimmung. Frankreich, hieß es, müsse erst seine Kraft sammeln, bevor es seine Rolle in der auswärtigen Politik aufnehmen könne. Bald darauf hielt Gambetta die bekannte Rede in Cherbourg, welche in Berlin als die erste positivere Antwort auf die Verhandlungen Bismarcks mit dem Grafen St. Vallier angesehen wurde. Man wandte sich hierauf an Italien.

Die erste authentische Andeutung des Inhalts der Wiener Abmachungen im Oktober 1879 gab Herr von Puttkamer, damals Kultusminister. Er brachte in der rheinischen Stadt Essen bei einem Festmahl einen Toast auf den Kaiser mit den Worten aus: „Sie haben vielleicht gestern die „Kölnische Zeitung" gelesen und erfahren, wie unser Kaiser es über sich gebracht hat, seine Herzenswünsche dem Wohle seines Volkes zum Opfer zu bringen. Er hat es gethan im Bewußtsein seiner Pflicht, er hat ein Bündnis geschlossen, welches hoffentlich lange Jahre überdauern und Europa den Frieden erhalten wird. Lassen Sie uns deshalb einstimmen in den Ruf: „Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!"" Diese Rede erregte in allen Regierungskreisen und auch beim Reichskanzler Unwillen; man fand nicht nur eine Taktlosigkeit in derselben, sondern auch eine Überschreitung der Befugnisse des Ministers, weil beschlossen worden war, über die Vorgänge, welche sich an die Wiener Abmachungen schlossen, das strengste Geheimnis zu bewahren. Fürst Bismarck telegraphierte deshalb sofort nach Bekanntwerden der Essener Rede an Graf Stolberg; infolge davon trat ein Ministerrat zusammen, um zu beraten, was zu thun sei. Als Ergebnis der Beratung erschienen dann, mit Wissen und Zustimmung Puttkamers, die Dementierungen in der „Post", der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" u. a. Herr von Puttkamer selbst war, wie man sagt, zu der Überzeugung gekommen, daß er mehr gesagt, als im Interesse des Auswärtigen Amtes liege. Das große Aufsehen aber, welches sein Auftreten beim Reichskanzler und den anderen Ministern gefunden, veranlaßte Herrn von Puttkamer, seine Entlassung beim Kaiser einzureichen und sich zur Verfügung zu stellen. Der Kaiser aber nahm sie nicht an, weil man von dem Gesichtspunkte ausging, daß der gegenwärtige Moment, wo eben die Kammern zusammentraten, nicht die rechte Zeit sei, um einen Ministerwechsel eintreten zu lassen. Doch galt die Stellung des Ministers in Regierungskreisen für ganz unhaltbar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte damals ihr Dementi in folgender Form: „Wenn nach der „Essener Zeitung" der Herr Kultusminister den Trinkspruch mit einer Bezugnahme auf die tags zuvor von der „Kölnischen Zeitung" gebrachten Mitteilungen über das Ergebnis der Wiener Besprechungen geschlossen zu haben scheint, so dürfen wir an die Warnung erinnern, welche wir vor einigen Tagen auszusprechen uns verpflichtet gehalten haben. Über die Verhandlungen in Wien können nur sehr wenige Personen zuverlässig unterrichtet sein; und nach den durch die Reichsverfassung geordneten Kompetenzverhältnissen würde es ein Fehlschluß sein, anzunehmen, daß der preußische Herr Kultusminister über einen Akt der Politik des Reiches genau informiert sei und unter den sich widersprechenden Zeitungsnachrichten gerade die Angaben der „Kölnischen Zeitung" als authentisch habe bezeichnen können."

Herr von Puttkamer hatte übrigens in Essen nichts gesagt, was sich nicht als historisch genau später bestätigt hätte. Man liest heute nicht ohne Lächeln, in welcher Weise die liberale Partei den Vorgang ausnutzte, um dem verhaßtesten aller Minister daraus einen Strick zu drehen. Es wurde von dieser Seite bemerkt: „Man muß diese Sätze Wort für Wort und aufmerksam lesen, um ihre Bedeutung zu fassen. Wie viel auch bereits in der Presse über den Aufenthalt des Fürsten Bismarck in Wien zu lesen gewesen war, man darf nicht vergessen, daß über den Inhalt und das Ergebnis jener Unterredungen bis heute nicht von unserer Regierung öffentlich gesprochen worden ist, und daß auch die ihr nahe stehende Presse weiter nichts offenbart hat, als daß Deutschland und Österreich zusammen der Erhaltung des Friedens zu dienen und ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Bande enger zu knüpfen bestrebt sein wollen. Das ist das Ganze, was die deutsche und was die Wiener Regierung zu äußern oder äußern zu lassen für gut befunden haben, und damit vergleiche man nun die Eröffnungen des Herrn von Puttkamer.

„Er hat zu melden, daß Kaiser Wilhelm für seine Pflicht gehalten, zur Erhaltung des Friedens ein Bündnis abzuschließen. Ein zur Begegnung von Kriegsgefahr abgeschlossenes Bündnis richtet jedesmal seine Spitze scharf gegen eine bestimmte Seite, und wo ist diese hier zu suchen? Sie kann nicht in Frankreich liegen, da

uns Herr von Puttkamer weiter mitteilt, daß es der Kaiser nur schwer über sich gewonnen habe, seine Herzenswünsche dem Wohle Deutschlands zum Opfer zu bringen; steht es doch außer Zweifel, daß es dem Kaiser durchaus keine Selbstüberwindung kostete, um einer Friedensstörung von Westen her vorzubeugen, 1872 mit den Herrschern von Österreich und von Rußland gute Worte auszutauschen. Wenn jetzt nun sein Kultusminister verkündet, daß er neulich in Wien mit schwerem Herzen den bezeichneten Schritt gethan, so kann das nach Lage der Verhältnisse nur auf Rußland gezielt sein; und wir stehen somit vor der unzweideutigen Angabe des Herrn von Puttkamer: Kaiser Wilhelm hat der Notwendigkeit gehorcht, in Wien ein Bündnis gegen Rußland abzuschließen.

„Es ist vielleicht bloß eine gute Laune des Zufalls, daß es gerade eine ultramontane Zeitung ist, welche den Bericht über die Tischrede zu Essen in die Welt geschickt hat. Es läßt sich denken, daß es unter den Tischgästen an ultramontanen Ohren auch nicht gefehlt haben wird; und mit welcher Begeisterung mögen die Besitzer solcher Ohren ihr grünes Weinglas erhoben und mit Seiner Exzellenz gejubelt haben: der Kaiser hat ein Bündnis gegen Rußland geschlossen, laßt uns „deshalb" einstimmen in den Ruf: der Kaiser lebe hoch! Es soll damit nicht gesagt sein, daß auch jemand, der gewöhnlich nur mit seinen eigenen Neigungen beschäftigt ist, diesen Gedankengang einiger Tischgäste bemerkt haben müsse. Süße Neigung denkt in Tönen, denn Gedanken stehn zu fern.

„Und noch eine Seite der Sache sei uns gestattet herauszuheben. Welchen Eindruck mußte es in Wien machen, wenn ein preußischer Minister es anscheinend so auffällig und geflissentlich betont, welches Opfer Kaiser Wilhelm gebracht habe, indem er in eine Allianz mit Österreich einwilligt! Wenn der Herr Kultusminister im stande gewesen wäre, die Tragweite seiner Worte zu ermessen, so hätte er sicher lieber seinen ganzen Toast hinuntergeschluckt, so sauer es ihm gefallen, statt den Gegnern des Verhältnisses zu Deutschland in Wien eine solche Waffe an die Hand zu geben, und das leicht erregbare Temperament mächtiger Persönlichkeiten in Wien auf eine so unglaubliche Probe zu stellen. Man erwiderte Herrn von Puttkamer von Wien aus, daß Fürst Bismarck es sei, der nach Wien gekommen sei, und was sollen wir darauf antworten?

„Herr von Puttkamer hat sich kein Verdienst um Deutschland damit erworben, daß er unsre Beziehungen zu dem russischen Nachbar als sehr verschlechtert erscheinen läßt, ohne daß er es näher begründet und begrenzt und ohne daß er im stande dazu ist. Er erregt damit an manchen Orten Vermutungen und Deutungen zu unserem Nachteil. Es ist schwierig, dergleichen Mißgriffe wieder gut zu machen, da, was man auch zur Beschönigung vorbringe, immer etwas hängen bleibt, das sich nicht austilgen läßt. Es fragt sich aber nichtsdestoweniger, ob es nicht jetzt die Sache unsrer Staatsleitung ist, sich auf die entschiedenste Weise von Herrn von Puttkamer loszusagen.“

So weit die liberale Ausbeutung der Puttkamerschen Indiskretion. Jedenfalls war der Kultusminister sehr gut informiert, er hatte die Situation treffend gezeichnet, gewiß hatte Kaiser Wilhelm ein Opfer gebracht, gewiß waren die Beziehungen zu Rußland verschlechtert und ist die Kriegsgefahr seitdem näher gebracht, und ist das Kriegsgewölk seitdem am europäischen Himmel bis heute stehen geblieben. Fürst Bismarck hat in seiner Februarrede von 1888 selber in Bezug auf das Bündnis mit Österreich gesagt: „Ich glaube, Sie werden die Politik Sr. Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird“. Alexander II. zwar blieb seinem Versprechen von Alexandrowo und der alten Anhänglichkeit an seinen Onkel in Berlin treu. Der Großfürst-Thronfolger, der als Seele der deutsch-feindlichen Partei galt, weigerte sich ursprünglich, seine Rückreise von Cannes über Berlin zu nehmen. Indessen, nachdem Alexander II. von Livadia zwei höhere Offiziere nach Cannes gesandt hatte, mußte sich der heutige Zar bequemen, dem deutschen Kaiserhause einen Besuch abzustatten. Selbst Gortschakow kam nach Berlin und am 8. Dezember brachte bereits der Zar zu Petersburg einen Toast aus auf den ältesten Sankt-Georgsritter Kaiser Wilhelm, seinen „unwandelbaren Freund“. Was aber mehr wert war als alle Besuche und Reden — die Truppenvermehrungen an der Grenze wurden auf Befehl des Zaren rückgängig gemacht. Zwischen der russischen Regierung, d. h. dem Kaiser und dem russischen Volke zu unterscheiden, das ist uns insbesondere seit dem deutsch-österreichischen Bündnis zum Bewußtsein gebracht. Deutschland fuhr fort, die Freund-

schaft des Kaisers Alexander II. zu genießen, um die des russischen Volkes bis auf den letzten Rest einzubüßen. Alle unsre Bemühungen, dem Bündnis mit Österreich als einem bloßen Defensivvertrag den Stachel gegen Rußland abzubrechen, haben sich als eitel bewiesen. In der weiten Kluft, die Österreich und Rußland im Orient trennt, haben wir die Partei des ersteren ergriffen. Herr von Puttkamer zeichnete die große Wendung der Dinge, die im Oktober 1879 eintrat, mit wenigen, aber sicheren Zügen, ohne ins undiplomatische zu verfallen. Erst seine Kritiker zogen die Konsequenzen mit plumper Deutlichkeit.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß in Wien der Vertrag keineswegs ohne Anfechtung blieb. Einflußreiche Personen in der Hofburg schwärmten ganz und gar nicht für das Bündnis mit Deutschland, sondern lebten noch dem Gedächtnis jener Dienste Rußlands, welches einst das aufrührerische Ungarn zu den Füßen Seiner apostolischen Majestät legte. Von Zeit zu Zeit macht sich noch heute eine russische Unterströmung bemerkbar, welche ihren Ursprung fast in unmittelbarer Nähe des Thrones hat. In Wiener Hofkreisen fand stets der Gedanke einer Teilung der Türkei zwischen Rußland und Österreich sehr warme Fürsprache, in denselben Kreisen, wo auch die Freundschaft Deutschlands für Italien schon verletzte. Nach dem Berliner Kongreß trug sich ein seltsamer Zwischenfall zu. Der Kronprinz Rudolf von Österreich war in Berlin zum Besuch und traf hier den englischen Staatsmann Lord Houghton. Während der Kronprinz noch daselbst weilte, erzählte Lord Houghton einem seiner Bekannten, der österreichische Thronfolger habe ihm gesagt, sein kaiserlicher Vater hätte nichts mehr gegen die Besetzung Konstantinopels durch Rußland, wenn die Habsburger Standarte in Salonichi entfaltet würde. Der Hörer glaubte annehmen zu dürfen, der Lord sei über diese Mitteilung aufgeregt und wünsche ihre Veröffentlichung. Dieselbe erfolgte und — die amtliche „Wiener Zeitung“ erklärte die Mitteilung alsbald für unrichtig, worauf Lord Houghton an die „Times“ schrieb und die Angabe bestätigte. Sie wird also füglich richtig gewesen sein. Der Weg nach Salonichi ist lange Zeit in Österreich das Ideal jener Kreise gewesen, welche dem Bündnis mit Deutschland widerstrebten und hat auch noch bei den jüngsten Verhandlungen über das Wehrgesetz in Wien tschechische

Fürsprecher gefunden. Auch Herr Rieger hat von den warmen Liebeswerbungen Rußlands gesprochen. In § 11 des sogenannten Testamentes Peters des Großen wird wörtlich empfohlen, „das Haus Österreich dafür zu interessieren, die Türkei aus Europa zu jagen und seine Eifersucht zu neutralisieren, indem man entweder ihm einen Krieg mit anderen Staaten Europas erregt, oder indem man ihm einen Teil des Eroberten giebt und es ihm nachher wieder abnimmt." Das ist, ob das Testament echt oder falsch sei, jedenfalls der Grundgedanke aller russischen Vorschläge zur Teilung.

Es wird gesagt, daß Fürst Bismarck, eben wegen der Abneigung gewisser Kreise gegen das Bündnis dem Grafen Andrassy den gewiß ganz ungewöhnlichen Vorschlag machte, das Bündnis in die Gesetzgebung eintragen zu lassen, mithin die Änderung desselben von der Zustimmung aller gesetzgebenden Körper abhängig zu machen. Dieser Gedanke an eine Eintragung des Bündnisses in die Gesetzgebung, also an eine staatsrechtliche Sicherung desselben, ist schon seit dem Jahre 1879 immer von neuem Thema der öffentlichen Diskussion, auch in den Volksvertretungen beider verbündeten Mächte, gewesen, ohne daß er der Verwirklichung einen Schritt näher geführt worden wäre. Wir wollen hier den Verlauf der bisherigen Diskussion geschichtlich objektiv berichten, um zu dem Verständnis der Sache, um die es sich handelt, einiges beizutragen. Schon kurze Zeit nach dem Abschluß des Vertrages vom 7. Oktober 1879 meldeten zuerst Berliner Korrespondenzen, daß Fürst Bismarck den Wunsch gehegt habe, das Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn zu einem öffentlichen und verfassungsmäßigen zu gestalten und hierbei die Mitwirkung der Parlamente in Anspruch zu nehmen, Graf Andrassy aber sich diesem Wunsche gegenüber fortlaufend ablehnend verhalten und die Geheimhaltung und den Ausschluß der Volksvertretungen durchgesetzt habe. Die österreichischen Blätter erklärten damals diese Darlegung für grundlos. „Graf Andrassy hat," so schrieb ein Wiener Korrespondent des „Pester Lloyd" im Anfange des Jahres 1880, „niemals nötig gehabt, gegen die Öffentlichkeit und verfassungsmäßige Gestaltung der deutsch-österreichischen Entente sich aufzulehnen, weil solch eine Proposition niemals an ihn herangetreten, auch nicht einmal in der Form einer Anregung oder eines Wunsches. Diejenigen, welche den Inhalt des deutsch-österreichisch-ungarischen Einvernehmens näher zu kennen vor-

geben, versichern überdies, daß es bei der Natur und dem Charakter desselben ganz und gar ungeeignet sei, das Substrat für eine verfassungsmäßige Behandlung abzugeben. Die Erwägung ist einfach folgende: Wenn die Entente den beiden Mächten Verpflichtungen auferlegte, die die Staaten vermöge ihrer Verfassungen nicht ohne Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren auf sich nehmen könnten, dann hätte unter allen Umständen die Genehmigung der legislativen Körperschaften eingeholt werden müssen; daß dies nicht geschehen, kann als Beweis dafür genommen werden, daß das im Oktober vorigen Jahres hergestellte Einvernehmen solche Verpflichtungen nicht enthält."

Bei dieser Auffassung und Darlegung der Sache hatte es lange sein Bewenden, bis im November 1884 die Magyaren im Delegationsausschusse wieder einmal in den Grafen Kalnoky drangen, um über den Vertrag von 1879 näheres zu erfahren, und sie erreichten wenigstens soviel, daß der ehemalige Minister des Auswärtigen, Graf Andrassy, einige Enthüllungen zum besten gab. Sie veranlaßten durch den Hinweis auf die in einem der Buschschen Bücher enthaltene Mitteilung, daß im Jahre 1879 seitens des deutschen Reichskanzlers der Vorschlag gemacht worden sei, das Bündnis den Legislativen vorzulegen und „inartikulieren" zu lassen, daß also nach Deutschlands Meinung der Ausschluß der Öffentlichkeit nicht notwendig sei, den Grafen Andrassy dazu, seinerseits das Wort zu einer Aufklärung dieses Punktes zu ergreifen. Graf Andrassy sagte: „Ein formuliertes amtliches Verlangen von Kabinett zu Kabinett ist in dieser Richtung nicht erfolgt. Es ist alles in allem so viel geschehen, daß im Laufe der Verhandlungen seitens des Fürsten Bismarck auch diese Frage zum Gegenstande eines Ideenaustausches gemacht wurde." Er erklärte ferner, daß er schon damals der Ansicht Ausdruck verlieh, die er heute noch vertrete, daß die Inartikulierung nicht zweckmäßig gewesen wäre. Er wiederholte: „Ein formeller Antrag ist nicht erfolgt, noch weniger eine Aktion von Kabinett zu Kabinett, sondern diese Idee ist im Laufe der Verhandlungen aufgetaucht und dann im gegenseitigen Einverständnis fallen gelassen worden, um nicht wieder aufs Tapet zu kommen."

Aus den Mitteilungen des Grafen Andrassy ging deutlich her-

vor, daß die Ablehnung des Wunsches des Reichskanzlers, das völkerrechtliche Bündnis zu einem staatsrechtlichen zu machen, auf Betreiben der slawischen Majorität des österreichischen Reichsrates erfolgt ist. Graf Andrassy wollte auch später nicht, daß der Vertrag zu einem Gegenstande eines hitzigen parlamentarischen Streites zwischen den Parteien werde. Daß die Abneigung der Slawen gegen die staatsrechtliche Allianz zwischen Österreich und Deutschland auch jetzt noch unvermindert fortbesteht, ist aus den tschechischen Preßstimmen, welche ja immer die am meisten chauvinistische Sprache reden, zu entnehmen. Sie erklären sich gegen eine „Beschränkung der Unabhängigkeit" der österreichisch-ungarischen Monarchie; im österreichischen Reichsrate, sagen sie, würde sich nie eine Zweidrittelmajorität für eine parlamentarische Ratifikation des Vertrages finden, die Durchführung dieser Idee könnte nur mittels eines Staatsstreiches erfolgen.

Fürst Bismarck hat im März 1885 im Reichstage diese Angelegenheit gelegentlich berührt. Er erklärte offen, daß er heute noch wie seiner Zeit an der Idee festhalte, in der Form einer Zollunion oder in irgend welcher andern Form einen politisch-pragmatischen Vertrag herbeizuführen, um eine Lücke im bestehenden deutsch-österreichischen Bündnis auszufüllen. Die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung eines solchen staatsrechtlich gesicherten Vertrages verhehlte Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit nicht; sie lägen, agte er, nicht auf deutscher, sondern auf österreichischer Seite.

Der erst am 4. Februar 1888 veröffentlichte deutsch-österreichische Vertrag lautet:

In Erwägung, daß Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen; in Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche im stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; in Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben

Ihre Majestäten der Kaiser von Deutschland und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen. Zu diesem Zweck haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: Se. Majestät der Deutsche Kaiser Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Generallieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß, Se. Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rat, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Äußern, Feldmarschallieutenant Julius Grafen Andrassy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka u. s. w., u. s. w., welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt: Artikel I. Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Artikel II. Würde einer der Hohen kontrahierenden Teile von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andre Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen Seinen Hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen Mitkontrahenten zu beobachten. Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die in Artikel I. dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß. Artikel III. Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden. Beide Hohe Kontrahenten geben Sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem

Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß, — sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden Hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müssen. Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

Prinz Heinrich VII., Reuß.
Andrassy.

In Pest war die Behauptung aufgetaucht, daß der Bündnisvertrag zwischen Österreich und Deutschland ursprünglich anders gelautet habe. Graf Andrassy widersprach dem und äußerte bei der Gelegenheit: „Der Bündnisvertrag wurde von zwei Männern entworfen, die einander nicht überlisten wollten, und von zwei Staaten geschlossen, deren Interessen ihrer Natur nach vollkommen solidarisch sind; daher die große Klarheit seiner Bestimmungen, die jedem verständlich sind." Auffallend ist, daß der Vertrag nach dem mitgeteilten Wortlaut keinen Endtermin enthält. Es war früher häufig von einer Prolongation des Vertrages die Rede. Der „Pester Nemzet", ein regelmäßig durch die ungarische Regierung gut unterrichtetes Blatt, brachte im August 1883 an auffallender Stelle, angeblich auf Grund verläßlichster Information, die Mitteilung, das zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehende Bündnis sei bereits Ende des Vorjahres auf weitere sechs Jahre verlängert worden. Der „Pester Lloyd" wies gleichzeitig darauf hin, daß das im Jahre 1879 auf fünf Jahre abgeschlossene Bündnis über das Jahr 1884 hinaus seine formelle und moralische Kraft ungeschwächt bewahren werde und daß es spezieller Verhandlungen zu diesem Zwecke nicht erst bedürfe, weil die Frage der Verlängerung des Bündnisses längst durch die österreichisch-ungarische und die deutsche auswärtige Regierung gelöst sei. Die Mitteilung des „Nemzet", daß die Erneuerung des Bündnisses zur Jahreswende stattgefunden hätte, brachte man in Verbindung mit der Reise des Herrn von Giers nach Varzin und

Wien, mit der offiziösen Preßkampagne der vorausgegangenen Herbstmonate und der Reise des Grafen Herbert Bismarck nach Wien. „Die politische Schiebung, welche im vorigen Herbst sich ankündigte, ist so zum Abschluß gekommen", wurde in Berlin bemerkt. „Die Stellung, welche der europäische Friedensbund im Augenblick einnimmt, ist eine außerordentlich starke und niemand wird so leicht an derselben rühren wollen. Aus der Polemik, welche im Herbst vorigen Jahres geführt worden ist, darf man schließen, daß der Vertrag zwischen Deutschland und Österreich nicht nur verlängert, sondern auch in seiner Tragweite verstärkt worden ist." Eine Bestätigung dieser Auffassung fand man im Oktober 1883 in der kategorischen Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministers, daß Österreich-Ungarn einem Angriff Rußlands gegenüber nicht allein stehen werde. Man sagte: „Diese Erklärung weist darauf hin, daß der casus foederis zwischen Deutschland und Österreich seit den ersten Mitteilungen über die Natur des Bündnisses wesentlich erweitert ist und nunmehr jeder Angriff gegen einen der Bundesgenossen die Macht des gesamten Bundes aufruft." Daß am 15. Oktober 1884 die erste Erneuerung des Vertrages stattfand, ist die allgemeine Annahme. Nun enthält der im Februar 1888 bekannt gewordene Vertrag gar keinen Endtermin. Das Gerede von Erneuerungen und dergleichen würde sich demnach als hinfällig erweisen, wenn man nicht annehmen will, daß ursprünglich ein solcher Termin dem Vertrage beigefügt gewesen, aber bei einer der Erneuerungen weggefallen ist. Es ist anderseits kaum anzunehmen, daß der Text des vom 7. Oktober 1879 datierten Vertrages in einer anderen Form jetzt publiziert sein sollte, als in der er ursprünglich geschlossen worden ist.

Zwei Grundgedanken sind es, auf welchen das Gebäude des Dreibundes ruht: Erhaltung und Verteidigung des Frankfurter Friedens, Erhaltung und Verteidigung des Berliner Friedensvertrags. Bezüglich des ersteren ist Deutschland, bezüglich des letzteren Österreich-Ungarn der in vorderster Reihe stehende Interessent. Der Hauptzweck des Berliner Friedens aber ist die Beseitigung oder wenigstens Zurückdrängung der orientalischen Gefahr, indem er der Türkei das ihr in Europa verbliebene beschränkte Gebiet garantiert und ihren inneren Zersetzungsprozeß durch die Empfehlung von Reformen aufzuheben oder zum mindesten aufzuhalten versucht.

Nach dem Vertrage vom 7. Oktober 1879 ist nur dann der Bündnisfall gegeben, wenn einer der verbündeten Staaten angegriffen wird. Für den Fall, daß einer dieser Staaten selbst zum Schwerte griffe, wären die Verbündeten nicht zur militärischen Unterstützung verbunden. Auch in der Thronrede vom 24. November 1887 heißt es: „Das Deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, die durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten. ... Aber in der Abwehr solcher (willkürlicher Angiffe) und in der Verteidigung unsrer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können." Aber niemand kann sich der Erkenntnis entziehen, daß der Begriff des Angriffes und der Verteidigung sehr verschiedener Deutung fähig ist.

Fürst Bismarck hat in seiner Rede vom 6. Februar 1888, also zwei Tage nach der Publikation des Vertrages, diesen weiter dahin definiert: „Ich halte es nicht für möglich, diesen Vertrag nicht geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf österreichischer Seite, wie auf der unsrigen. Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes an dem Wortlaut irgend eines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr, — und muß das vor ihrem Volke und vor dem vertragschließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an dem Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrages, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — nicht nur der Vertrag, den wir mit Österreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen, namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben, — sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Österreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Österreich in Frieden und haben mit Österreich das gleiche Bestreben,

Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem einen so teuer ist wie dem andern, gemeinsam zu schützen, die innere Entwickelung, der sie sich widmen wollen, vor Angriffen geschützt zu sehen. Dieses Bestreben, und dabei auch das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält und daß durch die Verträge keiner von dem andern abhängiger wird, als seine eigenen Interessen es vertragen, — das alles macht diese Verträge fest, haltbar und dauerhaft". Und ferner: „Mit unsern Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unsrer eigenen Zukunft. Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Sr. Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird".

Andrassy trat nach der Unterzeichnung des Vertrages von seinem Posten zurück. Nach Pester Quellen aus späterer Zeit glaubte Andrassy, daß die mit Rußland zu besorgenden Verwickelungen ohne ihn einen glatteren Verlauf nehmen würden. Wir wollen hier noch Notiz von einer Unterhaltung nehmen, die Andrassy schon im August einem Interviewer gewährte, und die folgendermaßen von dem letzteren wiedergegeben wurde. Graf Andrassy eröffnete das Gespräch damit, daß er sein Verhältnis zur Presse berührte. „Ich bin — sagte er — immer der Überzeugung gewesen, daß eine gute Politik nachträglich Anerkennung finden muß, auch wenn sie von der Presse noch so lebhaft angegriffen wird und daß eine schlechte Politik den Mißerfolg in sich trägt, auch wenn sie von der Presse noch so laut gelobt wird; ja, die Vorzüge einer guten Politik treten um so leuchtender hervor, wenn sie eine Zeit lang Gegenstand des Tadels gewesen und eine schlechte Politik rächt sich nur um so empfindlicher an ihrem Vertreter, wenn ihr anfangs der öffentliche Beifall zu teil geworden. Allein ich bin in dem Festhalten an dieser Überzeugung, wie ich einsehe, zu weit gegangen. Es gab Momente, wo ein inniger Kontakt meinerseits mit der Presse, mit deren Haltung ich damals nicht immer ganz einverstanden war, nützlich gewesen wäre". „Man sollte in Österreich-Ungarn eigentlich zwei Minister des Auswärtigen haben: einen für die Aktion und einen andern für die Presse" — bemerkte scherzhaft Graf Andrassy.

Auf meine Bemerkung, daß es in Österreich-Ungarn bei der Verschiedenheit der Nationalitäten schwieriger sei, einer bestimmten Idee Geltung zu verschaffen als anderwärts, bemerkte Graf Andrassy: „Ich behaupte, daß es in Österreich-Ungarn überhaupt unmöglich ist, für eine bestimmte Richtung sofort die allgemeine Anerkennung zu erlangen. Die einen sagen grau, die andern weiß, die dritten schwarz; daraus folgt, daß ein Minister in Österreich-Ungarn nur seinen Überzeugungen und nur seinem Pflichtgefühle folgen darf. Ich habe kein Recht, mich in die innern Angelegenheiten zu mischen und ich kann nur von der Leitung der auswärtigen Politik sprechen; aber wenn man mich fragt, so verlange ich von jedem Minister in Österreich und Ungarn, daß er seine eigenen Überzeugungen habe, daß er nicht von den auf ihn eindringenden Einflüssen sich beherrschen lasse. Ein Minister taugt nur so lange, als er entschlossen ist, und die Nerven dazu hat, unbeirrt von der öffentlichen Meinung das durchzuführen, was er nach seinem Gewissen für richtig hält. Infolge der verschiedenen Strömungen hat daher ein Minister in Österreich-Ungarn größere Freiheit, als anderwärts: nur muß er Geduld haben, seine Rechtfertigung vom Erfolge zu erwarten, welcher oft nicht unmittelbar allen deutlich gemacht werden kann".

In natürlicher Ideenverbindung lenkte sich das Gespräch auf den Rücktritt des Ministers. „Ich ziehe mich ins Privatleben zurück; beiläufig bemerkt, beanspruche ich weder einen Botschafterposten, noch eine Pension, mein Rücktritt verursacht somit dem Staat keine Kosten. Sie sind gekommen — fuhr Graf Andrassy fort — um die Ursachen meines Rücktrittes zu erfahren, und ich muß mich wundern, daß die Presse in dieser Beziehung nicht das einfache und richtige zu treffen vermochte: Ich bin zwölf Jahre im Amte, und wenn ich die ungarische Ausgleichsarbeit mitrechne, stehe ich dreizehn Jahre im öffentlichen Dienste; da hat man doch das Recht, sich verändert zu fühlen und sich nach Ruhe zu sehnen. Als ich, fuhr der Minister fort, beim ungarischen Ausgleiche mitwirkte, da sagte man von mir, daß ich Ungarn verkauft habe; heute wird niemand mehr diese Behauptung auszusprechen wagen. Die Probe auf die Addition ist die Subtraktion — eine solche Probe giebt es auch in der Staatskunst, man mache jetzt nur die Subtraktion auf den ungarischen Ausgleich, man versuche nur den Ausgleich umzu-

stürzen und es wird sich kein Mensch in Ungarn damit einverstanden erklären. Als ich nach Wien kam, sprach man von „Husarenstücklein," die ich ausführen werde; der Staat ist jedoch von allen Experimenten verschont geblieben. Österreich-Ungarn wurde so konstitutionell regiert, wie wenig andere europäische Staaten und wird es noch heute. Man hat meine Orientpolitik angegriffen, obgleich ich gar nicht anders handeln konnte, wenn Österreich-Ungarn nicht abdizieren sollte. Nach einigen Jahren, hoffe ich, wird man auch mit meiner Orientpolitik zufrieden sein".

Graf Andrassy wendete sich dann den Vermutungen zu, durch welche man seinen Rücktritt zu erklären suchte. „Man hat die Meinung ausgesprochen — sagte der Minister — daß ich mich zurückziehe, um den parlamentarischen Kämpfen auszuweichen; dieser Grund ist nicht stichhaltig, hat auch gar keinen Anhaltspunkt in den thatsächlichen Verhältnissen. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß die Delegationen mir jetzt weniger Schwierigkeiten bereiten würden, als im vorigen Jahre; der Sturm ist vorüber. Auch würde ich mich nicht zurückziehen, wenn noch schwere Aufgaben zu bewältigen wären. Im vorigen Jahre nach dem Kongresse und nach der Durchführung der Okkupation war ich entschlossen, auf mein Amt zu verzichten. Als es sich jedoch zeigte, daß harte parlamentarische Kämpfe bevorstehen, entschloß ich mich, auf dem Posten zu bleiben. Auch in der Konvention wegen Novi-Bazar hat man den Grund meines Rücktrittes gesucht. Die öffentliche Meinung wird sich bald überzeugen, wie sehr sie in der Beurteilung dieser Konvention sich geirrt und ich glaube, in der Delegation werden vierundzwanzig Stunden genügen, um den Beweis herzustellen, wie sehr die Schreier gegen dieselbe im Unrechte waren".

Der Minister fuhr dann in gehobenem Tone fort: „Am meisten hat es mich verdrossen, daß man sagte, ich sei bei Sr. Majestät in Ungnade gefallen. Mein ganzes Billigkeitsgefühl empört sich dagegen, daß man Sr. Majestät solches andichtet. Se. Majestät ist treu zu mir gestanden und hat mich mit seinem Wohlwollen unterstützt zu einer Zeit, wo alle gegen mich waren; und jetzt will man glauben machen, daß Se. Majestät der Laune zugänglich sei und mich beseitigen wolle. Ich gehe gegen die Überzeugung Sr. Majestät, der meinen Rücktritt nicht für nützlich hält und nur deshalb darein gewilligt hat, weil er die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen will, daß mein

längeres Verbleiben im Amte von physisch nachteiligen Folgen für meine Gesundheit werde. Es war die größte Gnade, die mir erwiesen worden ist und ich werde nie aufhören, Sr. Majestät dankbar dafür zu sein.' Ich brauche Luft und Freiheit. Ich gehe, um als freier Mann zu leben, um von meiner Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, und dazu habe ich das Recht. Es kann nicht schaden, wenn man erfährt, daß es kein Vergnügen ist, in Österreich-Ungarn Minister zu sein. Ich muß Ihnen da ein Geständnis machen, welches Sie mir vielleicht nicht glauben werden, das aber dennoch der vollen Wahrheit entspricht: ich bin frei von jeder Ambition, ich habe nur aus Pflichtgefühl die Geschäfte des Staates übernommen und ich besitze keinen Ehrgeiz, der auf dem Ministerposten seine Befriedigung gesucht hätte. Es geht mir, wie jenem Geistlichen, der, als er die Hostie nehmen wollte, einen „Whiststone" (Whistmarke) verschluckte und dann sagte: „Ich habe vom Leibe Christi nur die Knochen bekommen". Ich habe auch vom Staatsdienste nur die Knochen bekommen. Die Macht hat keine Reize für mich, ein mit Bittenden angefülltes Vorzimmer macht mir kein Vergnügen, sondern das größte Unbehagen. Ich habe stets nur die Unbequemlichkeiten der Macht und die Opfer gefühlt, welche sie in Anspruch nimmt. In dieser Beziehung glich ich immer einem Seemann, der die Seekrankheit nicht verliert".

Das Gespräch lenkte sich auf die Orientfrage. „Man hat gesagt — bemerkte der Minister im wesentlichen — daß ich gegen meine Überzeugung, bloß um der Hofpartei zu dienen, die Okkupation Bosniens inszeniert habe; das ist vollständig falsch. Ich habe viele Freunde bei Hofe, habe aber während meiner Regierung eine intrigierende Hofpartei nie zu Gesicht bekommen, war niemals gezwungen, mit einer solchen in Verkehr zu treten. Ich kenne nur Se. Majestät und der Monarch folgt glücklicherweise seinen eigenen Überzeugungen. Es ist ganz richtig, daß Se. Majestät die Okkupation Bosniens wünschte; allein diese Okkupation war auch mein Wille und ich hätte meinen Abschied genommen, wenn ich meine Politik nicht durchzusetzen vermocht hätte. Man hat mir die Opfer zum Vorwurf gemacht, die der Kampf in Bosnien gekostet hat, allein ich habe mich wahrhaft geschämt, wie der Lärm entstand wegen Ereignissen, auf die jeder Staat vorbereitet sein muß. Hat denn Frankreich Algier genommen,

ohne daß es Blut gekostet hätte? Hat Rußland ohne Opfer den Kaukasus erobert? Überall, wo die Zivilisation vordringt, kommt es zu solchen Kämpfen. Ich wiederhole, wenn wir Bosnien nicht okkupiert hätten, so hätten wir im Orient abdiziert; man wird den Wert des Berliner Vertrages erst kennen lernen. Wenn ich meine Politik im Orient noch einmal durchführen sollte, so müßte ich von A bis Z genau so handeln, wie ich gehandelt habe. Der positive, sichere Erfolg ist mir lieber, als der Ruhm von zehn Schlachten".

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen des Grafen über das Wohlwollen Österreichs gegenüber der Türkei, über die Notwendigkeit des Bestandes derselben, und nach der Bemerkung, daß die Grenze der österreichischen Aktion mit der Besetzung von Novi-Bazar gezogen sei, erbat der Berichterstatter sich die Erlaubnis, die Frage der Nachfolgerschaft berühren zu dürfen. Graf Andrassy sagte: „Ich glaube, daß meinem Nachfolger die Amtsführung nicht allzuschwer fallen wird — es werden so viele froh sein, mich los geworden zu sein. Im Grunde genommen bin ich dafür, daß jeder Wechsel im Auswärtigen Amte vermieden werde; es werden durch solche Wechsel eben eine Menge von Beziehungen abgerissen, die dem Staate von Nutzen sind. Ich bin auch stolz darauf, den Grundsatz fixiert zu haben, daß die Leitung des Auswärtigen Amtes den Bestimmungen der beiden Parlamente entrückt bleibe. Graf Karolyi, der zu meinem Nachfolger vorgeschlagen war, hat abgelehnt, weil er nicht die gehörige parlamentarische Schulung zu besitzen glaubt. Ich werde, soweit dies in meinen Kräften steht, bemüht sein, durch meine Vorschläge die Wahl Sr. Majestät auf den zuverlässigsten und fähigsten Mann zu lenken. Es nimmt mich jedoch Wunder, daß meine Gegner nicht sofort mit Akklamation einen Nachfolger zu nennen wußten".

Es wurden noch verschiedene Punkte der innern Politik berührt. Graf Andrassy eiferte gegen den herrschenden Pessimismus. „Der Dualismus — sagte er — ist nicht von einem Juristen und nicht von einem Exzellenzherrn gemacht worden; der Dualismus ist ein Produkt der geschichtlichen Entwickelung, Gott hat uns mit Professoren überflutet, und die wissen alles aufs beste einzurichten. Sie hätten auch den Mechanismus des Himmels ganz anders hergestellt; da hätten sie keine elliptischen Bahnen und keine Bewegung um zwei

Zentren geduldet, wie das bei einigen Nebenplaneten der Fall ist; schließlich wären uns die Himmelskörper auf den Kopf gefallen. Endlich muß es auch in Österreich dahin kommen, daß eine Partei sich bildet, welche den Mut hat, sich als Regierungspartei zu bekennen. Entweder muß man selber die Regierung übernehmen, oder man muß die bestehende Regierung unterstützen. Wenn man aber selber die Verantwortlichkeit für die Führung der Staatsgeschäfte ablehnt, und dennoch der Regierung, für die man keinen Ersatz weiß, Verlegenheiten bereitet, dann wird die Verfassung von unten gefährdet".

Die Unterredung neigte sich ihrem Ende entgegen. „Ich trete, sagte der Minister, ins Privatleben zurück, um ein Beispiel zu geben, und das ist auch von Nutzen, wie man eine Regierung unterstützen muß. Ich bin jetzt noch im Amte, aber ich werde außerhalb des Amtes nicht, wie andere Minister, mich an die Spitze der Opposition stellen". „Mein Nachfolger, schloß der Minister lächelnd, müßte sehr große Fehler machen und große Ungeschicklichkeiten begehen, wenn er von mir Opposition erfahren sollte". Damit schloß die Unterredung.

Das, was Graf Andrassy als Minister des Äußern für sein Vaterland, ja auch für den europäischen Frieden geleistet hat, begründet seinen Anspruch auf geschichtlichen Nachruhm. Sein unvergängliches Verdienst ist und bleibt es, daß er die wahren Grundlagen des Bestandes und des Blühens der beiden mitteleuropäischen Großmächte mit klarem Blicke und vollem Verständnisse erfaßte, zu einer Zeit, wo ein Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Österreich in unserm jetzt befreundeten Nachbarstaate noch zahlreiche, offene und versteckte Gegner hatte und wo eine sehr bedeutende geistige Unabhängigkeit dazu gehörte, sich den Äußerungen einer verbitterten Gefühlspolitik energisch und mit Erfolg entgegenzustellen.

Äußerst charakteristisch für die Unfähigkeit des österreichischen Liberalismus auch auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen der Monarchie ist das Verhältnis, in welches Graf Andrassy während der Zeit seiner Thätigkeit als Minister des Äußern zur liberalen Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses kam. Bekanntlich war Andrassy als Vollblutliberaler in das Palais am Wiener Ballplatze eingezogen und nicht zum mindesten seinem Eingreifen gegen das Ministerium Hohenwart verdankte die liberale Partei in Österreich,

daß sie wieder zur Herrschaft gelangte. Seine freundschaftlichen und immer enger sich gestaltenden Beziehungen zu Deutschland hätten ein neues Band sein können, das ihn mit der sich „deutsch" nennenden liberalen Partei hätten verbinden sollen. Aber das gerade Gegenteil zeigte sich, erst kaum merklich, dann immer deutlicher in Erscheinung tretend. Und gerade Graf Andrassy, der von der deutsch-liberalen Presse einst so viel gefeierte, liberale Ministerpräsident eines „fortschrittlichen" Ungarns, mußte seine eigene Kraft einsetzen, um in Österreich die liberale Partei zu stürzen, weil seine politische Einsicht, seine dynastische und staatliche Loyalität ihm die Beseitigung einer Partei als unerläßlich erscheinen ließen, die aus kleinlichstem Parteigeist und unbezähmbarer Lust an oppositioneller Nörgelei dem Staate die notwendigsten Mittel verweigern wollte, um seine Großmachtstellung zu behaupten.

Die Haltung der damals regierenden liberalen Partei gegenüber dem Grafen Andrassy zur Zeit des russisch-türkischen Krieges und schon vorher, dann während des Berliner Kongresses und zur Zeit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina war der Stein des Anstoßes, über den das liberale Ministerium Lasser-Auersperg stürzte und der dem Kabinett Taaffe den Weg ebnete. Als Graf Andrassy am 7. Oktober 1879 den Bündnisvertrag mit Deutschland unterschrieb und damit seinen Namen mit unvergänglichen Lettern in die Weltgeschichte eintrug, war er Gegenstand der heftigsten Angriffe der deutschliberalen Partei, der in ihrer Kurzsichtigkeit die ungeschmälerte Erhaltung der Türkei als der Inbegriff aller diplomatischen Weisheit erschien und die aus kleinlichem Parteigeiste und übel verstandenem Hasse gegen die österreichischen Slawen alles andere, was in Europa vorging, völlig gleichgültig ließ. Und nichts beleuchtet besser die politische Einsicht und Konsequenz dieser Leute, als die Lobeshymnen, die sie nach der Verlautbarung des österreichisch-deutschen Bündnisses am 3. Februar 1888 auf den damals in tiefster Zurückgezogenheit, vom öffentlichen Leben abgewandten Grafen Andrassy erhoben, denselben Mann, den sie zur Zeit, als er diese historische That vollbrachte, mit Steinen beworfen hatten.

Der Nachfolger Andrassys, Baron Haymerle, hatte die österreichisch-ungarische Monarchie als Botschafter bei verschiedenen Staaten vertreten und dabei seine hohe diplomatische Befähigung in glänzender

Weise gezeigt. In weiteren Kreisen wurde er indessen erst bekannt, seitdem er als Nachfolger Andrassys in das Amt eines Ministers des Auswärtigen trat und damit eine hochwichtige Aufgabe übernahm.

Bekanntlich hatte Graf Andrassy sein Augenmerk vorzugsweise darauf gerichtet, ein gutes Verhältnis mit dem deutschen Nachbarreiche anzubahnen. Er hatte zugleich auch die Hand zur Herstellung des Dreikaiserbündnisses geboten und sich willig gezeigt, auf die Politik des deutschen Reichskanzlers einzugehen. Als sich nun seit dem Berliner Kongreß eine große Verstimmung Rußlands gegen Deutschland zeigte und die deutschfeindlichen Elemente in Rußland das Übergewicht gewannen, Fürst Bismarck im September 1879 nach Wien sich begab, um ein engeres Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu schließen, hatte sich Graf Andrassy schon entschlossen, sein Amt niederzulegen und war Herr Haymerle zu seinem Nachfolger bestimmt. Derselbe nahm an jenen bedeutungsvollen Konferenzen in Wien Anteil, durch welche ein festeres Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossen wurde. Fürst Bismarck überzeugte sich davon, daß Baron Haymerle nicht bloß ein hohes Verständnis für diese Bündnispolitik habe, sondern auch entschlossen sei, dieselbe zum Leitstern seiner Wirksamkeit zu machen. Und Baron Haymerle wurde diesen Tendenzen niemals untreu, im Gegenteil war es gerade ihm zu verdanken, daß trotz der sehr wenig erfreulichen inneren Politik, welche das Ministerium Taaffe ins Leben rief, das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich ein unerschüttertes, freundschaftliches und inniges blieb. Der Tod des österreichischen Staatsmannes riß eine tiefe Lücke in die internationale Politik. Gerade jetzt, wo die nationalen Kämpfe in Österreich einen so akuten Charakter angenommen hatten, wo ein entschieden deutschfeindliches Ministerium am Ruder war, lag die Gefahr nahe, daß eine Persönlichkeit der Nachfolger Haymerles werden könnte, welche mit geringerem Eifer das deutsch-österreichische Bündnis pflegen und einer entgegengesetzten Strömung zugänglich sein könnte. Insofern hatte also das so bald erfolgende Ableben des österreichischen Ministers eine hohe politische Bedeutung.

Auch in Beziehung auf die orientalische Frage hatte Haymerle eine besonnene konservative Politik eingeschlagen. Der natürliche Einfluß Österreich-Ungarns auf die Balkanhalbinsel und die Wirkung

der Machtsphäre daselbst war gerade durch sein Verhalten entschieden im Aufschwunge begriffen. Er wies jede Politik der Abenteuer weit von sich ab, wie es sich erst vor kurzem wieder bei den englischen Lockungen gezeigt hatte. Auch in der Behandlung dieser Frage ging Haymerle stets Hand in Hand mit dem deutschen Reichskanzler und dieser Politik der Besonnenheit und Mäßigung war es zuzuschreiben, daß alle jene Fragen, welche zeitweise die öffentliche Meinung in Europa beunruhigten, so friedlich applaniert wurden.

Dahin gehörte die bulgarische, die ostrumelische Frage, ferner die Abtretung türkischen Gebietes an Montenegro und an Griechenland. Baron Haymerle hatte an der friedlichen Lösung dieser Fragen ein hervorragendes Verdienst und damit auch um die Erhaltung des europäischen Friedens überhaupt. Er hatte bei jeder Gelegenheit die Interessen seines Vaterlandes mit Energie vertreten und dadurch das Ansehen Österreich-Ungarns gehoben und seinen Einfluß gestärkt.

Haymerle war der Schwiegersohn des Frankfurter Senators Bernus, eines der entschiedensten Preußenfeinde und eines der Führer der großdeutschen Partei im Jahre 1866. Als in diesem Jahre die preußischen Truppen die Stadt Frankfurt besetzten und provisorisch den Senat der freien Stadt suspendierten, zwang Senator von Bernus durch sein Verhalten die preußischen Militärbehörden, ihn zur Sicherung der Ruhe zu verhaften. Der frühere Senator blieb nach seiner Freilassung einer der entschiedensten Gegner der preußischen Politik. Das allen Besuchern Heidelbergs wohlbekannte Nauenheimer Stift war aus der Erbschaft des Rates Schlosser (selbstverständlich nicht des Historikers) an Herrn von Bernus übergegangen und derselbe hatte dort seinen Wohnsitz aufgeschlagen. Herr von Bernus stand mit Herrn von Varnbüler zusammen längere Zeit an der Spitze des großdeutschen und antipreußischen „Reformvereins“. Diese verwandtschaftlichen Beziehungen des Barons von Haymerle hatten auf dessen politische Gesinnungen keinerlei Einfluß, was um so leichter zu glauben ist, als der Frankfurter Lokalpatriotismus, welcher der Haltung des Herrn von Bernus zu Grunde lag, für einen großstaatlichen Diplomaten sehr weit abliegend sein mußte.





IV.

Der Hinzutritt Italiens.

„Gott sei Dank! Ein Krieg zwischen uns ist eine Unmöglichkeit!“ — Das waren die ersten Worte, welche Kaiser Alexander nach der Abreise des Kaisers Wilhelm von Alexandrowo einem hochverdienten russischen General gegenüber äußerte. Dieses „Gott sei Dank“ aus dem Munde des kaiserlichen Neffen wird wohl auch aus dem Herzen des deutschen Kaisers gesprochen worden sein.

In Berlin wie in Petersburg hörte man Stimmen, die hieran Mahnungen an die deutsche, wie an die russische Presse knüpften. Aus der russischen Hauptstadt kam nach der deutschen eine Klage über die Zeitungen beider Länder, welche fortführen, wenn auch nicht offen zum Kriege zu schüren, so doch eine augenblicklich herrschende politische, vielleicht nur kommerzielle Mißstimmung zu vergrößern und eine künstliche Feindschaft zwischen zwei Reichen zu stiften, die in über hundertjährigem Frieden mit einander lebten (der Preußen aufgezwungene Krieg gegen Rußland im Jahre 1812 sei wohl nicht zu rechnen), deren beiderseitige Herrscher seit dieser Zeit zum Wohl ihrer Völker durch innige Verwandtschafts- und, was noch höher zählte, Freundschaftsbande mit einander verknüpft waren. „Mögen doch die Federn nicht verderben, was eine ernste Waffenbrüderschaft in schwerer Zeit errungen! Wer in Rußland lebt, wer die hiesigen Verhältnisse und Stimmungen, besonders die der Armee kennt, der wird und muß sich sagen, daß der ganze augenblickliche Antagonismus nur durch die Zeitungen entstanden ist und daher ist es auch an diesen, soweit sie sich als patriotische Blätter betrachten und das Wohl ihres Landes, nicht kleinliche Nebenrücksichten im Auge haben, denselben wieder verschwinden zu lassen, und

denjenigen wird die Ehre gebühren, welche mit „Nachgeben“, wenn man sich so ausdrücken darf, den Anfang machen. Vor allem dürfte aber den konservativen Blättern Preußens diese Rolle zufallen. Seit längerer Zeit jedoch haben auch diese Blätter ihre russenfreundliche Haltung nicht mehr bewahrt, und selbst in der „Kreuzzeitung“, dem Blatte, welches das gemeinschaftliche Erinnerungszeichen, das eiserne Kreuz, an ihrer Spitze trägt, liest man mehr oder minder scharfe Artikel gegen Rußland, wohlwollende sehr selten. Lasse man die panslawistischen Zeitungen Rußlands schreiben, was sie wollen, erwidere man ihnen nicht, dann wird auch ihnen bald der Stoff ausgehen. Man schreit nur in den Wald, wenn man ein Echo erwartet.“

Gegen diese Mahnung verwahrte sich in Berlin nicht bloß der antirussische Liberalismus, sondern vor allem die Kreuzzeitungs- und Militärpartei. Sie, die alte Russenfreundin, schickte nach Petersburg einen Abschiedsbrief, der von der hoffentlich überwundenen kritischen Situation sagte, so lange man in Deutschland das Ganze noch für einen bloßen Zeitungslärm halten konnte, hätte man sich nicht allzuviel darum bekümmert, erst als man die andauernden Ausfälle russischer Blätter als das Symptom einer tiefer gehenden und mächtigen Strömung ansehen mußte, nahm man die Sache ernst, und mit Recht, eben um des Friedens willen. „Was uns insbesondere angeht,“ bemerkte die „Kreuzzeitung“, „so haben wir schon, als die Tschernajews und Genossen bei dem Beginn der Orientkrisis in den Donauländern ihr Unwesen trieben, davor gewarnt, die Kämpfe mit der Türkei nicht mit panslawistischen Umtrieben zu verquicken, welche nur den Zielen der europäischen Revolutionspartei Vorschub leisten und eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die innere Entwickelung Rußlands üben würden. Die Ereignisse haben uns leider recht gegeben, wir brauchen nur das Wort „Nihilismus“ auszusprechen, um den Sinn unserer Warnungen von damals anzudeuten, die wir gerade um der deutschen Freundschaft mit Rußland willen aussprechen mußten. Nicht das Rußland, für dessen Bundesgenossenschaft gerade wir oft genug eingetreten sind, bekämpfen wir, wohl aber den Panslawismus, dessen Überwuchern wir als eine ernste Gefahr für Europa und insbesondere für Deutschland erachten und dessen entschiedene Gegner wir bleiben werden. Darf man annehmen, daß eine panslawistische Beeinflussung der russischen Politik nicht, oder nicht mehr

zu besorgen ist, so sind wir gewiß die ersten, die einen Streit aufgeben, an welchem wir wahrlich keine Freude haben. Die Erkenntnis, daß fortgesetzte Zeitungsfehden zwischen zwei Nachbarn vom Übel sind, muß doch aber auch in Rußland einigermaßen spürbar werden, wenn eine einseitige Enthaltsamkeit auf deutscher Seite nicht einer irrigen Deutung unterliegen und nicht am Ende die panslawistischen Schreier in ihren Hetzereien noch verstärken soll."

Wie sich die Zeiten ändern! Es gab eine Epoche, in der der preußische Patriotismus einer gewissen Richtung eigentlich gar keinen anderen Weg kannte, sich zu äußern, als in Beteuerungen gut russischer Gesinnungen. Nikolaus war der gepriesene Held der „Neuen Preußischen Zeitung", als Bekämpfer der Revolution. Jetzt bekämpfte die „Neue Preußische Zeitung" jedenfalls den Panslawismus mit mehr Recht, als Kaiser Nikolaus seiner Zeit die „Revolution" bekämpfte. Denn das, was der russische Selbstherrscher Revolution nannte, war das Streben der Völker nach Einfluß auf die eigene Regierung, der Panslawismus dagegen ist eine Organisation, die ihre Wirksamkeit direkt nach dem Auslande richtet und in der That, wie das von der „Neuen Preußischen Zeitung" hervorgehobene Beispiel Tschernajews zeigt, eine Nebenregierung darstellt, die einen offiziösen Krieg zu führen in der Lage war.

Dem panslawistischen Lärm vom Herbst 1879 gegenüber traf die russische Regierung eine Maßregel, welche die Diskussion der auswärtigen Politik auf einige engumgrenzte Verhältnisse einschränkte. Was den Eindruck dieser Maßregel nach außen betraf, so war man in Deutschland der Ansicht, daß die Regierungen und die öffentliche Meinung des Auslandes ihre Stellung zu Rußland nicht nach einzelnen leidenschaftlichen Ergüssen russischer Blätter nähmen, sondern nach der Haltung der Regierung und der dort maßgebenden Persönlichkeiten. Das Mißtrauen gegen Rußland hatten nicht die Äußerungen der russischen Blätter gesäet, ihr Stillschweigen allein konnte es daher auch nicht entfernen.

In den siebziger Jahren wurde von der deutschen Regierung bei vielen Gelegenheiten auf das nach dem französischen Kriege geschlossene Drei-Kaiser-Bündnis oder Verhältnis wie auf einen guten Anker hingewiesen. Die Rede zur Eröffnung des Reichstages am 12. Februar 1880 klang wesentlich anders. Die Regierung ver-

kündigte hier, daß sie dem Geiste und den Wünschen des deutschen Volkes entsprechend, auch ferner bestrebt sein werde, für die Erhaltung des Friedens nicht nur selbst einzutreten, sondern auch bestrebt sein, die Mitwirkung und die Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen und sicher zu stellen.

Es enthielten diese Worte, mit denen die Rede schloß, sehr deutlich ein neues Programm für Deutschlands auswärtige Politik. Die Aufmerksamkeit des Publikums verweilte zwar mehr bei den an derselben Stelle reichlichst gegebenen Versicherungen deutscher Friedensliebe, in mancher Zeitung fehlte nicht viel daran, daß dem deutschen Kaiser oder seinem Stellvertreter ein Loblied auf die Friedlichkeit der Weltlage in den Mund gelegt wurde, leider enthielt die Rede, genauer angesehen, eher das Gegenteil hiervon. Indem sie dem Reichstage zusicherte, daß die Regierung bestrebt sein werde, die Mitwirkung gleichgesinnter Mächte zu gewinnen, bestrebt sein, deren Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sicher zu stellen, machte sie in der That einen nicht zu verkennenden Unterschied zwischen gleichgesinnten Mächten und anderen. Wenn die gleiche Friedensliebe, welche uns beseelte, bei allen Mächten vorausgesetzt werden konnte, so war es nicht nötig, gleichgesinnte erst zu suchen, um ihre Mitwirkung in Anspruch zu nehmen. Für die Erhaltung eines auf keiner Seite bedrohten oder unsicheren Friedens würde man Bürgschaften nicht zu sammeln brauchen. Die deutsche Regierung machte sonach kein Hehl daraus, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen es für ihre Aufgabe ansah, sich um die Erhaltung des Friedens besonders zu bemühen.

Die Thronrede wies an einer vorangegangenen Stelle nicht undeutlich auf zwei Mächte hin. Wo sie, um die beantragte Erhöhung der deutschen Wehrfähigkeit zu rechtfertigen, von den umfassenden Erweiterungen sprach, welche die Heereseinrichtungen benachbarter Staaten seit dem Erlaß des deutschen Militärgesetzes von 1874 erhalten hätten, da konnten nur Frankreich und Rußland gemeint sein. In Frankreich hatte man ja fortwährend recht eigentlich gerüstet, es waren dort ohne Aufhören die Kampfesmittel vermehrt worden, als wenn man einen Waffengang für bevorstehend angesehen hätte, und von der russischen Regierung war es nicht weniger gewiß, daß sie seit dem Ende des türkischen Krieges sich darauf einrichtete,

größere Streitmassen mit größerer Schnelligkeit aufzubieten. So lange Kaiser Alexander II. lebte und regierte, durften wir vielleicht vertrauen, daß es stets sein Wunsch bleiben werde, Frieden mit Deutschland zu halten. Er hatte aber in seinem Lande sehr böse und zahlreiche Feinde, es konnten sein Wille und seine Gesinnungen unwirksam werden, die künftige, ja schon die nächste innere und äußere Politik seines Reiches war unberechenbar geworden. Man konnte eher eine Vermutung darüber wagen, wie es nach Jahr und Tag in Frankreich, als wie es in Rußland aussehen würde. Es war in dieser Ungewißheit am besten, sich ernstlich und gründlich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß mit dem russischen Volke, wie es vor unseren Augen mehr und mehr in den Gebrauch seiner Kräfte trat, eine wesentlich neue Kraft auf der Bühne Europas erschien. Man kannte bisher nur das russische Zarentum, jetzt lernte man das Volk kennen und das war wahrlich etwas Neues und nichts Kleines. Man konnte bereits auf Erschütterungen gefaßt sein, wenn dieser unbändige Volksgeist sich nach außen werfen würde, er betrachtete ja den Berliner Frieden und den dadurch geschaffenen Zustand in der Türkei als einen Schlag, den man versucht hatte, oder versuchen wollte, gegen die panslawistische Zukunft zu führen.

Im Jahre nach dem deutsch-österreichischen Bündnis nannte der Zar Alexander II. in einem Toaste am Geburtstage des Kaisers Wilhelm diesen „seinen unveränderlichen, seinen besten Freund,“ und drückte den Wunsch und die Hoffnung aus, „daß die guten Beziehungen, die seit mehr als hundert Jahren zwischen den beiden Ländern bestanden, sich erhalten und befestigen möchten.“ Wenn niemals der deutsche Kanzler nach Wien gegangen wäre, um mit den Lenkern Österreich-Ungarns zu beraten und Verabredungen zu beschließen, so hätte sich Kaiser Alexander auch nicht anders, nicht entschiedener im Sinne der Freundschaft mit Deutschland äußern können, als er es gethan.

Als ein grausames Geschick den Beherrscher Rußlands hinweggraffte, wurde die Situation von dem Gedanken beherrscht: wie wird der Thronfolger, der nicht gerade als deutschfreundlich, vielmehr als den panslawistischen Ideen zugänglich bekannt war, sich zu Deutschland stellen? Es schien, daß Rußland auch unter der neuen Regierung allmählich in die traditionellen Bahnen wieder einlenkte, daß

es Anlehnung an Deutschland, und gleichzeitig auch an Österreich suchte. Es erschien insbesondere als eine Besiegelung dieser Tendenz jener Besuch, den Alexander III. unter ganz außerordentlichen Verhältnissen dem deutschen Kaiser im September 1881 in Danzig abstattete. Schon die Anwesenheit des Fürsten Bismarck und die Gefolgschaft des Zaren bewiesen, daß es sich um mehr handelte, als um eine Erneuerung alter Familienfreundschaft. Kaiser Alexander, nach Petersburg zurückgekehrt, telegraphierte am 12. September an Kaiser Franz Joseph: „Das Telegramm, welches Du anläßlich meiner Ankunft sendetest, hat Mich lebhaft erfreut, und ich danke Dir dafür aus ganzem Herzen. Ich war sehr glücklich, Kaiser Wilhelm wieder zu sehen, den Blutsfreund, an welchen Uns die gemeinsamen Bande der intimsten Zuneigung binden."

Am 15. September telegraphierte Graf Kalnoky an Haymerle: „Herr von Giers, den ich soeben sah, ist über die gegenseitigen Eindrücke der Danziger Zusammenkunft sehr befriedigt. Kaiser Alexander ist mit den erhöhten Gefühlen der Beruhigung und innerer Zufriedenheit zurückgekehrt; namentlich hat die Weisheit und unerwartete Mäßigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Zaren, wie auf Giers einen guten Eindruck gemacht, und sie darüber beruhigt, daß er nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolge. Kaiser Wilhelm habe auch die so befriedigende Äußerung unsers allergnädigsten Herrn in Gastein an Kaiser Alexander mitgeteilt und hinzugefügt, daß er mit Freuden eine Bestätigung der ihm bekannten freundlichen Gefühle Sr. Kaiserlich-Königlichen Apostolischen Majestät gefunden habe. Nachdem faktisch Herr von Giers konstatierte, daß auf dem Felde der äußern Politik keine beängstigende Frage vorliege, habe sich das Gespräch hauptsächlich der Bekämpfung der sozialistischen Gefahr zugewendet und auch da habe Fürst Bismarck große Vorsicht und Mäßigung bei Anregung internationaler Maßregeln empfohlen. Herr von Giers sagt, daß die bedeutungsvollste Seite der Danziger Zusammenkunft darin liege, daß der Zar dadurch vor ganz Rußland seinen Willen, eine konservative und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutiger Weise kundgegeben habe."

Graf Kalnoky war damals österreichisch-ungarischer Gesandter in Petersburg und war bald darauf Nachfolger Haymerles.

Eine der ersten Regierungshandlungen Alexanders III. war die Berufung des Grafen Ignatjew zunächst in der vergleichsweise bescheidenen Stellung eines Ministers der Domänen. Der neue Herrscher Rußlands hatte nach Wien und Berlin die ausgiebigsten Versicherungen gelangen lassen, wie er beabsichtige, die Beziehungen, wie sie sich zwischen den drei Kaisermächten entwickelt hatten, nicht nur nicht fallen zu lassen, sie vielmehr noch zu verstärken. Eine Zeitlang war in der Regierungspresse nur die Rede von den ausgezeichneten Dispositionen, welche der neue Herrscher Rußlands zeige. Als die Ernennung Ignatjews erschien — es geschah dies gerade so im Überraschungsstil, wie im Juni 1882 seine Entlassung — waren indessen alle diejenigen über die herrschenden Tendenzen aufgeklärt, die sich nicht absichtlich blind machen wollten. Für diejenigen, die darauf beharrten, eine angenehme Täuschung einer unangenehmen Wahrheit vorzuziehen, wurde die Version verbreitet, Graf Ignatjew sei gleichsam in die Regierung verbannt worden, um ihn den diplomatischen Intrigen zu entziehen, um ihn in der Nähe besser überwachen zu können, und was dergleichen Fabeln mehr waren. Die Wahrheit sollte indessen bald an den Tag kommen.

Von seinem unglücklichen Vater hatte Alexander III. drei Minister überkommen, die, soviel dies in Rußland möglich war, eine Art von homogenem Kabinett bildeten. Es waren dies der General Loris-Melikow, Minister des Innern, Graf Dimitri Miljutin, der Kriegsminister, und der Finanzminister Abaza. Schon während der letzten Monate der Regierung Alexanders II. waren diese Männer unter sich über eine Reihe von Reformen übereingekommen, für welche die Billigung des Kaisers entweder bereits formell gegeben war, oder doch in sicherer Aussicht stand. Den Bezirken sollten weitreichende Selbstverwaltungsrechte gegeben und damit die Mittel gewonnen werden, der Regierung mehr Zusammenhang mit den Verwalteten und mehr Kontrolle über die Beamten zu verschaffen; denn darüber, daß das Hauptunglück Rußlands in der Korruption und Unzuverlässigkeit des Beamtenstandes von oben bis unten, von dem kommandierenden Großfürsten bis zum letzten Thürhüter bestand, war alle Welt einig, namentlich war der Kaiser von dieser Wahrheit tief durchdrungen. Die leitenden Minister schlugen dem neuen Herrscher vor, auf dem von seinem Vater in Aussicht genommenen Wege vorzugehen, Ankündigungen bedeutsamer Reformen wurden im Inlande und Auslande verbreitet. Loris Meli-

kow, Miljutin und Abaza scheinen nicht bemerkt zu haben, wie hohl der Boden unter ihnen war, bis er plötzlich und überraschend unter ihnen einbrach. Ein trefflicher Minierer war thätig gewesen — Graf Ignatjew.

Am 29. April 1881 erschien zur Überraschung aller Welt und zur schmerzlichen Enttäuschung der Elemente in Rußland, welche mit der Möglichkeit einer ruhigen Entwickelung gerechnet hatten, das famose Manifest des Zaren, in welchem in feierlicher und prunkhafter Weise erklärt wurde, der Zar habe beschlossen, seinen Völkern den Segen des autokratischen Regimentes zu bewahren. In einer geheimen Versammlung, welche zu Gatschina gehalten worden war und an der, wie verlautete, der Großfürst Wladimir, der Generalprokurator Pobedonoszew und der Geheimrat Katkow, Redakteur der gefürchteten „Moskauer Zeitung" teilgenommen hatten, wurde das Manifest beraten. Als das Aktenstück publiziert war, blieb den Vertretern der Reformvorschläge nichts übrig, als ihren Abschied zu nehmen. Ein gemeinsamer Schritt in dieser Richtung lag zu weit ab von den Gewohnheiten der russischen Bureaukratie. Es war schon eine merkwürdige Neuerung, daß Minister sich nicht bloß als Diener des Zaren, sondern als Träger einer Politik mit persönlicher Verantwortung betrachteten; Loris Melikow, Miljutin und Abaza reichten einer nach dem andern ihr Abschiedsgesuch ein und verschwanden von der politischen Bühne, welche Graf Ignatjew mehr und mehr erfüllte.

Dem Ehrgeiz Ignatjews genügte die machtvolle und einflußreiche Stellung eines Ministers des Innern jedoch nicht; sein Streben ging darauf, als Nachfolger des etwas schwachen Fürsten Gortschakow die Kanzlerschaft und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten. Auf diesem Punkte begegnete er jedoch dem hartnäckigen Widerstreben seines Monarchen. Nicht nur wünschte Alexander III. die Verstimmung zu vermeiden, welche die Berufung eines so intriganten und verrufenen Diplomaten in das Ministerium des Auswärtigen bei den europäischen Höfen hervorrufen mußte, er war auch anscheinend durch die Herrscherregel geleitet, welche alle russischen Kaiser bis jetzt beobachtet hatten — keinen Minister allzu mächtig werden zu lassen und einem aufstrebenden Minister stets ein Gegengewicht zu geben, das geeignet war, ihn zurückzuhalten. Die einzelnen Vorgänge bei dem Sturze von Ignatjew sind noch keineswegs vollständig aufgeklärt. Als Thatsache darf

gelten, daß die Männer, mit welchen er zusammen das Manifest vom 29. April 1881 geschmiedet hatte, in die Reihen seiner Gegner getreten waren; indessen genügte das nicht, um ihn dem Zaren zu verleiden, für dessen persönliche Sicherheit er erfolgreich gesorgt hatte. Die Vermutung liegt vielmehr nahe, daß der übergreifende Ehrgeiz Ignatjews, das offenliegende Bestreben desselben, eine Partei zu organisieren, die ihm persönlich zu Diensten stand, das Mißtrauen des Zaren erregten und er einen Minister entfernte, der allzumächtig zu werden drohte und der für seine Stellung noch andere Stützen suchte und schon gewonnen hatte als die Gunst seines Herrn.

General Skobelew hatte der Welt und namentlich Deutschland keine Geheimnisse enthüllt, als er seinem tiefen Groll gegen Deutschland und alles, was Deutsch heißt, in demonstrativer Weise freien Lauf ließ. Auch hatte Alexander III. in diesen Anschauungen an sich sicher nichts gefunden, was er bei einem russischen General tadelnswert erachtet. Aber in dem Auftreten des Generals lag ein Zug von Insubordination, der den auf seine Macht so eifersüchtigen Kaiser tief verletzen mußte: den populären Feldherrn zu treffen unterließ zwar Alexander III., aber den intriganten Staatsmann, der sich des polternden Säbelraßlers bedient hatte, um seine persönlichen Zwecke zu fördern, den traf der Zorn des Kaisers. Skobelews Auftreten war darauf berechnet, einen nationalen Sturm zu erregen, der Alexander III. gezwungen hätte, den ausgesprochensten Vertreter des Panslawismus und Deutschenhasses mit der äußeren Politik zu betrauen. Die Berechnung Ignatjews scheiterte indessen — eine Anzahl mutvoller Journalisten, welche in Petersburg selbst die Koalition Ignatjew-Skobelew zu bekämpfen wagte, hat dabei mitgewirkt; von da an datierte nach aller Wahrscheinlichkeit der Beschluß des Zaren, Ignatjew zu entfernen.

Als Ignatjew gewahr wurde, daß seine Stellung ernstlich bedroht war, scheint er den Kopf vollständig verloren zu haben. Er verstärkte den Chor seiner Lobhudler aus Posaunen in der Presse, seine Offiziösen feierten ihn als den Zukunftsmann Rußlands, seine Beziehungen zu den malkontenten Elementen verengten sich; er, der als Vertreter des Absolutismus in die Regierung gekommen war, ließ verbreiten, daß die liberalen Reformen nur von ihm zu erwarten seien und in der That überraschte er seine Kollegen durch ein Programm, das

weitgehende Zugeständnisse in der Richtung enthielt, welche die von ihm gestürzten Minister vertreten hatten. Alles das konnte indessen seinen Sturz nicht aufhalten, beschleunigte ihn wahrscheinlich nur; Ignatjew ging mit der Draperie eines „liberalen“ Ministers von der Bühne ab. Am Geiste, in welchem das Gesamtgefüge des russischen Regierungswesens bis jetzt gearbeitet hatte, wurde allerdings nichts geändert. Jedenfalls durfte niemand behaupten, daß die politische Tugend sich zu Tische setzen würde, wenn Ignatjew ging. Aber, daß ein so eifriger und gewissenloser Feind des europäischen Friedens aus einer leitenden Stellung zurücktrat, durfte für Rußland und ganz Europa immerhin als ein Gewinn gelten.

Daß Ignatjew nicht mehr den Einfluß hatte, dessen er sich noch im vorigen Jahre rühmen konnte, sah man schon im April 1882, als es sich um die wichtige Besetzung des Postens eines Ministers des Auswärtigen handelte. Fürst Gortschakow, welcher dieses Amt seit dem Jahre 1856 bekleidet hatte, in den letzten Jahren aber die Geschäfte nicht mehr führte und meist im Ausland lebte, bat als ein Greis von 84 Jahren den Kaiser um Enthebung von diesem Posten. Durch das Reskript vom 9. April erfüllte der Kaiser seine Bitte. Fürst Alexander Michailowitsch hatte seit dem Jahre 1827 nach einander in London, Florenz und Wien die Elemente des diplomatischen Dienstes kennen gelernt; als Mann von vielseitiger Bildung und Sproß eines der ältesten russischen Adelsgeschlechter, das seinen Ursprung auf Rurik zurückführt, war ihm eine glänzende Laufbahn sicher. 1841 als russischer Gesandter nach Stuttgart versetzt, gewann er sich sehr bald die schmeichelhafteste Anerkennung des Kaisers Nikolaus durch die geschickte Vermittelung der Vermählung des württembergischen Thronfolgers, des jetzigen Königs Karl und der Großfürstin Olga, der Lieblingstochter des Zaren. Auf Wunsch der Kaiserin blieb Gortschakow bis zum Jahre 1854 am württembergischen Hofe, um der jungen Thronfolgerin in den schwierigen Stuttgarter Verhältnissen mit seinem Rat beizustehen. Als jedoch im Verlaufe des Krimkrieges die Gefahr einer Allianz Österreichs mit den Westmächten drohte, berief Nikolaus den Fürsten nach Wien, wo es seiner Klugheit und seinem Takte gelang, die österreichischen Staatsmänner von einer direkten Teilnahme an dem Kriege gegen Rußland abzuhalten. 1856 kehrte er nach Petersburg zurück; seine Thätigkeit in der österreichischen

Hauptstadt und seine ausgesprochene Abneigung gegen den Kaiserstaat an der Donau hatten ihn den altrussischen Kreisen empfohlen und Alexander II. blieb keine Wahl, als es galt, für Nesselrode einen Nachfolger zu finden. Gortschakow wurde wirklicher geheimer Rat und Minister des Äußern. Sein Streben ging zunächst dahin, Rußlands durch den Krieg in ihren Grundfesten erschütterte Stellung zu konsolidieren, wobei er sich bemühte, nach außen hin eine durchaus versöhnliche Haltung zu beobachten. Berühmt ist sein damaliger Ausspruch: „**La Russie ne boude pas, elle se recueille**". Die Einigung Italiens, die Niederlagen Österreichs vermochten nicht den Fürsten Gortschakow in seiner Ruhe zu stören, diese Ereignisse gereichten ihm zu hoher Befriedigung, denn sie hatten Österreichs Schwäche und Ohnmacht aller Welt bloßgelegt. Die polnische Revolution stellte dagegen des russischen Ministers Wachsamkeit und Festigkeit auf die Probe; die französisch-englischen Interventionsgelüste wurden mit ruhiger Energie zurückgewiesen. Er konnte sich dabei auf das immer mächtiger anwachsende Nationalgefühl des russischen Volkes stützen, das jede Einmischung des Auslandes zu gunsten der Polen mit dem Ausbruch eines von der nationalen Begeisterung getragenen Krieges beantwortet haben würde. Im deutsch-österreichischen und deutsch-französischen Kriege bewahrte Gortschakow Preußen und Deutschland gegenüber die politische Freundschaft, deren Wert er 1863 erkannte, wo Preußen von allen Großmächten allein zu Rußland gehalten hatte. Den Dank dafür holte er sich auf der Londoner Konferenz, welche im März 1871 die Pontusfrage zu gunsten Rußlands entschied, das letztere von den Bedingungen des Friedens von 1856 befreite und das Schwarze Meer den russischen Schiffen wieder öffnete. Alexander II. hatte ihn im Laufe der Jahre zum Reichsvizekanzler, sodann zum Reichskanzler ernannt, jetzt verlieh er ihm und seinen Erben das Prädikat Durchlaucht.

Der Rücktritt Gortschakows war, da jedermann wußte, daß der Fürst keinen Einfluß mehr hatte, weit weniger interessant als die Lösung der Frage, wer dessen Nachfolger sein werde. Die Männer des Kriegs und des Friedens stritten und intrigierten schon seit Monaten in Gatschina. Das Schicksal Rußlands, die Ruhe des Weltteils hing von der Entscheidung des Kaisers ab. Dieser ernannte am 9. April einen Mann deutscher Abkunft,

den Geheimen Rat von Giers, welcher schon seit Jahren der Stellvertreter Gortschakows gewesen war, zum Minister des Auswärtigen. Diese Ernennung wurde überall als ein Sieg der Friedenspartei, als eine Niederlage Ignatjews aufgefaßt. Der 11. Juni brachte volle Klarheit in der Sache. Ignatjew wurde seines Postens als Minister des Innern enthoben und Graf Tolstoi, Präsident der Akademie, welcher früher das Unterrichtsministerium geleitet hatte, zu seinem Nachfolger ernannt. Die Entlassung Ignatjews wurde in Deutschland als diejenige Genugthuung angesehen, welche vom Kaiser Alexander für die Skobelewschen Brandreden erwartet werden konnte. Giers führt auch heute noch das Ruder des Auswärtigen. Daß der best- und meistverleumdete russische Staatsmann der Gegenwart sich in seiner Stellung zu behaupten gewußt hat, verdankt er mehreren Umständen, zunächst der Vorliebe des Kaisers für anständige, ordentliche und zuverlässige Leute.

Der „berühmte" Fürst Gortschakow hatte sich zu den Leuten dieses Schlages nur sehr bedingungsweise rechnen können. Persönlich geizig, war er gegen dem Staate aufgebürdete, beziehungsweise aufzubürdende Ausgaben durchaus gleichgültig. So lange Westmann gesund und leistungsfähig gewesen, hatte dieser für die bureaukratische und finanzielle Ordnung im Ressort des Auswärtigen gesorgt; nach dem Tode des fleißigen und genauen Mannes aber war eine Wirtschaft eingerissen, die auch nach landesüblich bescheidenem Maßstabe unerlaubt „genial" erschien. Herr von Giers hatte in dieser Rücksicht bereits als Ministergehilfe einigen Wandel geschaffen; weil außerdem sein ruhiges, ernsthaftes und bescheidenes Wesen dem Monarchen persönlich behagte, hatte er zunächst provisorisch, dann definitiv das Portefeuille des Kanzlers übernommen. Schweigsam, vorsichtig, Liederlichkeiten, Intrigen und Großsprechereien der vornehmen Welt abgeneigt und ausschließlich mit seiner Amtspflicht beschäftigt, besaß er außerdem zwei Vorzüge, die bei dem Kaiser entscheidend ins Gewicht fielen: genaue Kenntnis der gegebenen politischen Verhältnisse und der Geschäftsbehandlung und die Fähigkeit, seine Meinung niemals vorschnell und an der unrechten Stelle zur Geltung zu bringen. Von Fall zu Fall weiß und sagt der Minister genau, wie die Dinge liegen und was rücksichtlich derselben zunächst zu thun sei — Bekenntnisse zu bestimmten Systemen, Prinzipien und Auseinandersetzungen

allgemeiner Art vermeidet er dagegen aufs äußerste. Indem Giers dem Kaiser niemals vorgreift, sich stets auf praktische Fragen des Augenblickes und deren Lösung beschränkt, bietet er dem Monarchen die Möglichkeit, sich selbst als den wahren und eigentlichen Leiter der russischen Politik zu fühlen. Wie Herr von Giers über die „slawische" oder über die „orientalische Frage" eigentlich denkt und ob er die mitteleuropäischen Reiche oder ob er Frankreich in sein Herz geschlossen, hat der von Natur zurückhaltende, allem Konjektural-geschwätz abgeneigte Mann niemand gesagt. Er hat auch niemals verlauten lassen, ob er den Friedenszustand dauernd oder vorläufig anstrebt, und wie er über Rußlands und Europas Zukunft denkt. Herr von Giers sagt überhaupt nur, was heute zu thun sei, und auch das sagt er nur, wenn der Augenblick zum Handeln eingetreten ist. Daß er stets auf der Seite der Besonnenheit, des Friedens und der Vernunft zu finden ist und daß man ihn als Gegner der panslawistischen Weltstürmer und französierenden Deutschenfeinde ansieht, hat seine guten Gründe; bezügliche Aussprüche und Bekenntnisse wird man dagegen nicht anzuführen vermögen. Äußert Herr von Giers sich überhaupt einmal über diese Fragen, so geschieht das in der Form trockener Gegenfragen. Mit der denkbar größten Ruhe und Aufmerksamkeit erkundigt er sich bei den Weisen thatenlustiger und „wahrhaft nationaler" Politik nach den Chancen, welche der Augenblick für Erreichung der angestrebten nationalen Ziele biete, nach den augenblicklich für große Unternehmungen zur Verfügung stehenden Geldmitteln, nach der voraussichtlichen Wirkung einer Friedensstörung auf die Wirtschaftsverhältnisse und das Budget des laufenden Jahres, nach den Namen derjenigen Pariser Staatsmänner, mit welchen Bündnisse gegen die beiden mitteleuropäischen Militär-Monarchien abgeschlossen werden sollten und mit denen sicherer gerechnet werden könnte, als mit Bismarck und Kalnoky. „Geniale Politiker", denen es auf eine Handvoll Noten nicht ankommt, halten dergleiche Erwägungen für kleinlich oder beschränkt und klagen dann wohl achselzuckend, daß der kühle Finnländer kein Verständnis für „die breite russische Natur" habe; genügende Antworten bleiben sie dem trockenen Fragesteller indessen schuldig.

Der Kaiser hat die Empfindung, daß Herr von Giers ein treuer, geschickter, dienstbereiter und niemals übergreifender Beamter

ist, und das hat bisher schwerer gewogen, als die Summe all der Anklagen und Verdächtigungen, welche gegen die angeblich „unslawische" Politik seines Ministers des Auswärtigen erhoben worden sind. Wohlbekannt mit den ihn umgebenden Schwierigkeiten, beobachtet dieser Minister eine Vorsicht, welche seinen Verleumdern das Handwerk außerordentlich erschwert.

Trümpfe von der Art derjenigen auszuspielen, die der verstorbene Graf P. A. Schuwalow nur allzu leicht bei der Hand hatte, oder der öffentlichen Meinung direkt entgegenzutreten, hütet der Minister, der weder Russe, noch russischer Bojar ist, sich weislich. An Rücksichten auf das nationale Ehrgefühl und die momentane Stimmung hat er es niemals fehlen lassen, aber auch niemals zu viel gethan. Er giebt sich als diplomatischer Geschäftsmann, der die laufenden Angelegenheiten nach des Kaisers höchsteigenen Intentionen ausführt. Daß er in Wahrheit mehr ist, sagt Herr von Giers niemals und läßt er nicht einmal durchblicken. Öffentliche Auszeichnungen, Würden und Gnadenbeweise hat er wahrscheinlich ebenso gern wie andere. Er weiß sich indessen zu bescheiden, wenn dieselben ausbleiben; er kennt die Rücksichten, die der Kaiser zu nehmen hat und die mit seinen (des Ministers) Interessen vielfach zusammenfallen und wird seinem Gebieter niemals durch Ansprüche und Wünsche unbequem. Weil der Besitz des ihm gebührenden Einflusses dem nüchternen Manne wichtiger gilt, als der Schein desselben, läßt er es über sich ergehen, wenn ihm Dinge aufgebürdet werden, die er widerraten hat, und wenn Erfolge, die sein Verdienst sind, einem andern auf die Rechnung geschrieben werden. Er zeigt sich auch in dieser Hinsicht als avis rarissima unter den modernen russischen Staatsmännern.*

Gegen Ende des Jahres 1882 sprach man in Berlin von einer „russischen Intrige" und zwar im Zusammenhange mit einem Besuche, den Herr von Giers in Varzin machte. Es war das eine sehr unruhige, spannungsvolle Zeit, wo wieder, wie in den Jahren 1875 und 1879, die Frage „Krieg in Sicht" aller Gemüter aufregte. Die „Kölnische Zeitung" und die „Neue Preußische" brachten alarmierende Artikel, die sich durch ihre Überschriften charakterisierten: „Die drohenden Wolken," „Kriegerische Aussichten," „Russische

* Vergleiche „Neue Freie Presse" September 1889.

Rüstungen". Die Börse notierte Kriegskurse bis dicht an das heilige Weihnachtsfest heran. Die „Kölnische Zeitung" machte den preußischen Kriegsminister auf die Verantwortlichkeit aufmerksam, welche ihm die militärischen Vorgänge an der russischen Grenze auferlegten, eine Warnung, die den Minister wohl nicht unvorbereitet traf. Österreich wurde von Berlin aus gemahnt, die Situation auf die militärischen Mittel zu prüfen, mit denen es einem Ansturm des Panslawismus aus eigenen Kräften widerstehen könnte. In Wien herrschte weniger Schwarzseherei; die dortigen Offiziösen hatten nach einem verlegenen Stillschweigen den Auftrag bekommen, gegen „falsche Alarmierungen" zu warnen und entledigten sich dieses Mandats mit einem ungewöhnlichen Aufwand von Optimismus. Obwohl aber auch der Minister Tisza im ungarischen Unterhause die beunruhigenden Nachrichten teils für vollständig unbegründet, teils für übertrieben bezeichnete, brachte der „Pester Lloyd" einen erregten Artikel, in dessen Eingang es hieß: „Haben die Sturmsignale, welche seit acht Tagen rasch auf einander aus deutschen Blättern aufsprühen, die leitenden Männer unserer Monarchie wach und thatbereit auf ihren Plätzen gefunden, oder mußten sie erst aus behaglichem Halbschlummer aufgerüttelt werden? Kannten sie die Gefahr und glauben sie an die Nähe derselben, oder schauen sie mit traumhaftem Blick weltverloren in die unheimliche Szenerie hinein? Wie eigentümlich sticht die kaltblütige Ruhe der Wiener offiziellen Welt von der nervösen Aufregung ab, die aus dem Deutschen Reich zu uns herüber vibriert! Hat Deutschland von der russischen Kriegsbereitschaft Schlimmeres zu besorgen, als wir, oder ist unsere Haltung nur deshalb voll Zuversicht, weil Deutschland für uns — fürchtet? Wenn das entscheidungsschwere Problem einer Auseinandersetzung mit dem Panrussicismus seinen akademischen Charakter abstreift und mit der vollen Wucht der Aktualität nah und näher an uns herantritt, so kann es in Österreich-Ungarn niemand unvorbereitet finden, der nicht absichtlich die Augen verschlossen hat vor den Erscheinungen der letzten Jahre". Derselbe Artikel ging davon aus, daß der Krieg zwischen diesen beiden Mächten „latent" seit dem Augenblicke war, wo Rußland in Österreich einen politischen Rivalen am Balkan erblickte und fuhr dann fort: „Der Panslawismus erblickt in unserer Monarchie den entschiedensten Feind, denn er weiß, daß wir eine Weiterentwickelung der Dinge in den bisherigen Bahnen

unter keinen Umständen dulden können". „Es kann, sagte das Blatt, keine Frage mehr sein, ob Rußland Krieg will. Fraglich ist nur, ob es ihn jetzt und unter allen Umständen haben will". Der Artikel schloß: „Wir denken nicht gering von der Tragweite eines Konfliktes und gar so unbändig kriegslustig ist uns führwahr nicht zu Mute, allein ist uns denn überhaupt noch für lange freie Wahl gegeben, ob Krieg oder Frieden und zwar ein Krieg, auf den der Friede folgt, weil er unbedingt folgen muß, oder ein vergifteter Friede, der alle Symptome eines kriegerischen Zustandes zeigt und auf welchen dann erst recht der Krieg folgt? Darüber müssen wir schlüssig werden".

Dieser Kriegsunruhe waren von russischer Seite Kundgebungen vorausgegangen und dauerten noch mitten in die Krise hinein, die man äußerlich für die friedfertigsten der Welt ansehen mußte. Am 14. November traf der russische Minister des Auswärtigen, von Giers, beim Fürsten Bismarck in Varzin ein, am 20. in Berlin, wo er von dem Kaiser empfangen wurde. Von da reiste er nach Rom und im Januar des folgenden Jahres über Wien nach Petersburg zurück. Großfürst Wladimir und Gemahlin kamen gegen Ende des Monats November nach Berlin, nachdem sie vorher Wien besucht hatten. Der Empfang, den der Großfürst durch seinen kaiserlichen Bruder bei seiner Rückkehr nach Rußland fand, trug in der Art, wie er in die Öffentlichkeit gebracht wurde, einen entschieden demonstrativen Anstrich. Wenn Großfürst Wladimir, wie in gut unterrichteten Kreisen angenommen wurde, mit einer politischen Mission während seines mehr als halbjährigen Aufenthaltes im Auslande betraut war, so schienen die offiziellen Depeschen über seine Aufnahme in Petersburg denen, mit welchen er verhandelt hatte, zu verkünden, wie wohl der Zar mit seinem Abgesandten und dessen Erfolgen zufrieden war. Das Georgsordensfest wurde am 8. Dezember in herkömmlicher Weise im Petersburger Winterpalast begangen. Bei dem Galadiner brachte der Kaiser einen Trinkspruch auf das Wohl des ältesten Ordensritters, Kaiser Wilhelm, aus, wie er früher, am 18. August, dem Geburtstag des österreichischen Kaisers, einen Toast auf Franz Joseph ausgebracht hatte. In der Mitte des Monats Dezember sprach sich sodann die Katkowsche „Moskauer Zeitung" für die „Aufrechterhaltung des geschichtlich entstandenen Freundschaftsverhältnisses" zwischen Rußland und Deutschland aus.

„Der Umstand, welcher die Reise des Staatssekretärs Giers hervorgerufen, ist zwar kein freudiger (er reiste zu einer erkrankten Tochter), dafür hat er sich aber in politischer Beziehung als ein günstiger erwiesen, da eben dank derselben eine persönliche, durch nichts ersetzbare Explikation der beiden leitenden Staatsmänner Deutschlands und Rußlands zu stande kam. Eine solche, außer den offiziellen Formen liegende, intime persönliche Explikation war zwischen Rußland und Deutschland gerade gegenwärtig erforderlich, beim Beginn der neuen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands nach den langjährigen wunderlichen Mißverständnissen, die sich ohne Ende vermehrten und zwischen Mächten bestanden, die mit einander eng verknüpft sind, gleichzeitig aber wie zwei erzürnte Verliebte in einem Lustspiel, jede Erklärung vermeidend, einander den Rücken kehrten.

„Um übrigens gerecht zu sein, dürfen wir nicht den deutschen Reichskanzler der gewesenen Mißverständnisse beschuldigen. Nicht er ist es gewesen, welcher den Rücken kehrte und Explikationen aus dem Wege ging. Moskau ist durch eine Pfennigkerze in Brand gesteckt worden, pflegt man zu sagen. Die Geschichte wird es vielleicht in der Folge nachweisen, daß auf dem Berliner Kongresse und bei andern diplomatischen Aktionen, welche unserem Kriege vorangingen und denselben begleiteten, der Schatten des franko-polnischen Publizisten, Herrn Klatschko, welcher das bekannte Pamphlet, „les deux chanceliers“ verfaßt hat, zugegen war. Seit jener Zeit schien sich Rußland gleichsam die Aufgabe gestellt zu haben, darzuthun, daß einer von den beiden Kanzlern, trotz der geschickt berechneten Ironie des oben gedachten Publizisten, sich nicht nur nicht dem anderen untergeordnet, sondern es vielmehr versteht, in allen ihm zuwider zu handeln, wenn es auch zum eigenen Schaden ist. Rußland hat, wenn auch mit Aufopferung seiner Interessen, ein glänzendes Dementi dem obigen Publizisten geben müssen, welches dieser auch nur gewünscht hatte. Vor dem großen Kriege, welchen wir unternahmen, wollten wir uns mit dem einzigen Bundesgenossen, welchen wir in Europa hatten, nicht verständigen; wir ließen ihn in Unkenntnis hinsichtlich unserer Pläne, wenn wir nur überhaupt welche gehabt haben, während wir im wesentlichen selbst im Finstern blieben und unsere Angelegenheiten der Willkür des Zufalls überließen. Nachdem wir kurz vordem Deutschland wesentliche Dienste geleistet,

kehrten wir ihm den Rücken gerade in einer Zeit, wo eine Vereinbarung mit ihm jedenfalls nützlich gewesen wäre. Wir thaten alles dem andern Kanzler zum Ärger, legten ihm Hindernisse in den Weg, um uns selbst nur zu schaden.

„Wie dem aber auch sei, es war notwendig, die internationalen Beziehungen Rußlands von jeglichen Beimischungen zu säubern, die weder mit den Interessen, noch mit der Würde Rußlands etwas gemein haben. Es war erforderlich, dieselben zum klaren, genauen und nüchternen Ausdruck zu bringen. Es wird erlaubt sein, zu hoffen, daß die Zusammenkunft des neuen russischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten mit dem deutschen Reichskanzler den Boden säubern wird zum gegenseitigen, von beiden Seiten so wünschenswerten Verständnisse.

„Um die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, welche sich historisch gestaltet haben, aufrecht zu erhalten, bedarf es weder Anstrengungen, Bemühungen, noch irgend welcher Konventionen auf fünf Jahre; es ist nur ein gesunder Geist und Patriotismus bei den leitenden Personen erforderlich. Weder ein Zeitungsgeschwätz zur Täuschung des Publikums, noch die Machinationen übelgesinnter Parteien werden dem Bande schaden, welches zwei Mächte verknüpft, deren wirkliche Interessen überall an einander grenzen, ohne sich irgendwo zu kreuzen.

„Unser Minister befindet sich jetzt in Rom, wo er, wie verlautet, bis zum Januar verweilen wird. Das ist auch noch ein Punkt, wo der zufällige Aufenthalt des russischen Ministers die Beilegung einer schwierigen Frage im wesentlichen fördern kann, welcher Frage infolge von Mißverständnissen und gegenseitigem Mißtrauen sich die bösen Parteien bemächtigt hatten. Wir glauben es nicht, ja, es ist auch nicht wünschenswert, daß jetzt schon mit einem Male irgend eine formelle Vereinbarung zwischen unserer Regierung und dem Vatikan bezüglich der Institution der römischen Kirche in Rußland zu stande kommen sollte. Doch darf man hoffen, daß auch hier durch ein ehrliches, Vertrauen einflößendes Wort der Boden vorbereitet werden wird, auf welchem ein für beide Teile guter modus vivendi wird erreicht werden können."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" reproduzierte diesen Artikel und bemerkte dazu, derselbe sei in den Berliner politischen

Kreisen mit um so größerer Befriedigung begrüßt worden, als man annehmen dürfe, daß er durchaus den Auffassungen an leitender Stelle in St. Petersburg entspreche. Die früheren Mißverständnisse, von denen das Moskauer Blatt sprach, wären durch unruhige Politiker und durch Organe der russischen Presse künstlich herbeigeführt und genährt worden. Für die verantwortlichen Leiter der Geschäfte der beiden Nachbarreiche wären Mißverständnisse nicht vorhanden, aber es wäre der russischen Publizistik unter Mitwirkung einzelner Personen in amtlicher Stellung gelungen, das Urteil ihrer Leser zu trüben und diese selbst einer künstlich geschaffenen Erregung zugänglich zu machen. Es sei deshalb erfreulich, daß ein so bedeutendes Organ, wie die „Moskauer Zeitung", es unternehme, die öffentliche Meinung in Rußland über die dermaligen Mißverhältnisse aufzuklären, und man sei in Berlin überzeugt, daß die historische Logik ihrer Darlegungen und ihre praktische Auffassung sich Bahn brechen und gute Früchte tragen würden. Die Reise des Herrn von Giers, welche der „Moskauer Zeitung" den Ausgangspunkt zu ihrem rückblickenden Aufsatze gebe, sei in Deutschland sofort bei ihrem Bekanntwerden mit Genugthuung begrüßt worden, und das herzliche Entgegenkommen, mit welchem der russische Minister bei uns am Hofe und im Lande empfangen worden sei, entspräche nicht nur den nahen persönlichen Beziehungen der Staatsmänner beider Reiche, sondern wäre auch der natürliche Ausdruck der Beziehungen beider Kabinette. Wenn die „Moskauer Zeitung" hoffe, „daß die Zusammenkunft des Herrn von Giers und des Fürsten Bismarck den Boden säubern würde zum gegenseitigen Verständnisse," so möchte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" an Stelle dieser Hoffnung aussprechen, daß es dessen für die beiden Minister gar nicht bedurfte; wohl aber könne die „Moskauer Zeitung" sich das Verdienst vindizieren, daß sie mit praktischem Blick daran gegangen sei, den Boden der Thatsachen von den Irrtümern zu säubern, welche eine gewissenlose Geschichtsfälschung so weit darauf gehäuft hätte, daß es ihr gelungen war, den klaren Blick der öffentlichen Meinung in Rußland zu trüben.

Man war in Berlin erstaunt, solche Sprache von dieser Stelle zu vernehmen, nachdem die „Kölnische" und die „Neue Preußische Zeitung" so heftige Artikel gegen Rußland kurz zuvor gebracht hatten.

Man meinte, daß dieser Artikel, vor vierzehn Tagen geschrieben, den ganzen Preßfeldzug unmöglich gemacht hätte, wahrscheinlich aber vor vierzehn Tagen nicht wäre geschrieben worden. In den wenigen Tagen seit der letzten Beschäftigung des Regierungsorgans mit Rußland sei der Ton diesem gegenüber ein ungemein freundlicher geworden, man müsse annehmen, daß diese Veränderung auf Erfahrungen beruhe, die nicht weit zurücklägen. Als im Anfange des Monats Dezember offiziöse Enthüllungen über das drei Jahre zuvor abgeschlossene deutsch-österreichische Bündnis von den Zeitungen gebracht wurden, hieß es, diese Publikationen sind gegen eine dritte Macht gerichtet, man faßte sie als Wasserstrahlen auf den kriegerischen Eifer Rußlands und auf gewisse politische Pläne des Herrn von Giers auf. Dabei kamen dann wieder Reibereien zwischen den Offiziösen Berlins und Pests zum Vorschein. Die „Grenzboten" brachten gleich nach dem Besuche des Herrn von Giers die Meldung, daß die Abmachungen von 1879 ein regelmäßiges Vertragsdokument darstellten. Während man in Pest entgegensetzte, daß es sich lediglich um zwar bestätigte, aber nichtsdestoweniger formlose allgemeine Absprachen gehandelt habe, besprach der hochoffiziöse Korrespondent der „Wiener Politischen Korrespondenz" die von dem „Grenzboten" gebrachte Äußerung über die Natur des deutsch-österreichischen Bündnisses wie folgt: „Da diese Äußerung in keinem der Regierung nahestehenden Organe dementiert worden ist, nimmt man an, daß der Verfasser des Grenzbotenartikels zu einer solchen Äußerung autorisiert war. Die allgemeine Meinung ging ja längst dahin, daß das zwischen Deutschland und Österreich bestehende Bündnis auch formell besiegelt sei, aber konstatiert war diese Annahme bisher nicht, und selbst nicht durch amtliches Schweigen der beteiligten Regierungen zugelassen. Das amtliche Schweigen gegenüber einer so positiv auftretenden Behauptung, wie jene des Grenzbotenartikels, scheint besagen zu müssen, daß der Annahme eines formellen Bündnisses nicht mehr widersprochen, sondern daß diese Annahme amtlich zugelassen werden soll. So unscheinbar der Vorgang sich darstellen mag, die Wichtigkeit kann nicht in Abrede gestellt werden. Man fragt, wie immer in solchen Fällen, warum gerade der gegenwärtige Augenblick gewählt worden, um mit einer solchen Offenbarung hervorzutreten. Es bietet sich keine andere Deutung dar, als die, daß

die öffentliche Meinung Europas gerade jetzt wissen sollte, das Freundschaftsverhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland reiche bis zu einem Grade der Interessengemeinschaft, und sei in einer Weise formell verbürgt, daß keine dritte Macht zu einer der verbundenen Mächte ein Verhältnis gewinnen kann, welches an Intimität und Festigkeit dem Verhältnisse der verbundenen Mächte gleichkäme."

In Berlin fand man das Schwergewicht dieser offiziösen Korrespondenz in dem Schlußsatze, wonach die öffentliche Meinung in Europa jetzt gerade darüber aufgeklärt werden sollte, wie das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich jedes ähnliche Verhältnis eines dritten Staates zu einer dieser Mächte ausschließe. Da diese offiziöse Erklärung im Zusammenhang mit der Reise des Herrn von Giers erschien, so handle es sich nur um die Frage, ob zwischen Rußland und einem der Bündnisstaaten ein Verhältnis engster Intimität eingegangen werden könne. Dieser eine Bündnisstaat könnte vorliegend nur Deutschland sein, da Herr von Giers zunächst einzig in Varzin und Berlin war. Da es für notwendig erachtet wurde, eine Antwort zu veröffentlichen, so mußte die Frage bereits gestellt sein und der Schluß aus der offiziösen Mitteilung war nicht zu umgehen, daß die Reise des Herrn von Giers eine intime Annäherung an Deutschland im Auge hatte, oder daß diese Reise wenigstens den Eindruck in der öffentlichen Meinung Europas hervorrufen mußte, als ob eine solche Annäherung im Werke sei. Die Zeit lag noch wenig zurück, wo die offiziöse Polemik mit Rußland auf einen sehr scharfen Ton gestimmt war; es blieb daher jedenfalls bemerkenswert, daß die offiziöse Auslassung jetzt den Grad der den Bündnisstaaten zugelassenen Intimität feststellte. Petersburger offiziöse Stimmen sprachen gleichzeitig von einer angebahnten Entente zwischen Rußland und den beiden deutschen Großmächten. Wohin die Bestrebungen der russischen Diplomatie im Augenblicke gingen, lag, wenn man das ungewöhnlich lange Verweilen des Großfürsten Wladimir am deutschen Kaiserhofe dazu nahm, klar genug.

Es folgte dann auf deutscher Seite die Enthüllung, daß der deutsch-österreichische Vertrag nur fünf Jahre laufe, vom 15. Oktober 1879 bis zum 15. Oktober 1884. Da fragte wieder alle Welt: was soll die Meldung, daß das Bündnis nur noch ein und drei-

viertel Jahr zu leben hat? Sie konnte nach Belieben in diesem und in jenem Sinne gedeutet und verstanden werden. Daß die Preßstimmen des Auswärtigen Amtes für das Bündnis eintreten wollten, ließ sich ebenso wohl herauslesen, wie daß sie es mit Zweideutigkeiten erschütterten. Wenn sie die Neuigkeit wie beiläufig hinwarfen, daß es auf fünf Jahre geschlossen wurde, so wußte man nicht, ob damit das Bestehen des Vertrages außer Zweifel gestellt, oder ob sein bevorstehendes Erlöschen angezeigt werden sollte. Welcher Seite war eigentlich die Neigung in diesen Reden zugewandt, der österreichischen oder der russischen? Die Leser fanden darin für jegliche Vermutung einen Anhalt, das Entgegengesetzte hatte sich in wenigen Tagen zusammengedrängt.

Pester Korrespondenten brachten heraus, bei dem Vertrage sei nicht eigentlich an Kriegsfälle gedacht, Ungarn werde nämlich stets nur zu einem Kriege seine Zustimmung erteilen, zu einem Kriege gegen Rußland, und sich für Neutralität entscheiden bei einer französischen Kriegserklärung an Deutschland; im Falle aber, daß Frankreich und Rußland zusammen Deutschland angriffen, würden sie unter allen Umständen die habsburgische Monarchie kampfbereit gegen Rußland finden und keine Regierung in der Monarchie würde denkbar sein, die nicht eine solche Gelegenheit benutzen möchte, um Rußland auf lange Zeit zurückzudrängen. In Deutschland fand man, daß ein Vertrag dieser Art zu wenig mehr verpflichte, als was etwa ein Reich dem andern freiwillig gewähren wolle.

Die äußeren Anzeichen einer umfangreichen diplomatischen Bewegung in jenen Tagen ließen sich keinen Augenblick verkennen. Wie verlautete, fand zwischen Berlin und Wien ein Depeschenwechsel statt, wie er lebhafter kaum in den bewegtesten Zeiten erfolgte. Am 16. Dezember kam plötzlich die Nachricht aus Wien: „Das Ereignis des Tages ist die Ankunft des Legationsrates Grafen Bismarck dahier. Derselbe traf gestern hier ein und stattete heute dem Grafen Kalnoky einen längeren Besuch ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Graf Bismarck Aufklärungen überbracht hat, welche den Gang der deutschen Politik gegenüber den mannigfachen diplomatischen und publizistischen Vorgängen der letzten Zeit klar stellen sollen. Die hiesige offiziöse Presse war diesen Vorgängen gegenüber in einer offenbaren Ratlosigkeit, keinesfalls wußte sie den Strich zu finden,

unter welchem die deutsche offiziöse Publizistik segelte. Man darf daraus schließen, daß die höchsten Stellen selbst desorientiert waren."

Zu derselben Zeit fand die deutsche offiziöse Presse sich veranlaßt, zu konstatieren, daß der Slawismus in Österreich dem Bündnis mit Deutschland eine zuverlässige Stütze nicht biete, eine Regierung, wie die österreichische, welche thatsächlich von Polen und Tschechen geleitet und durch slawophile Gunst gehalten werde, erschiene dadurch in einen eigentümlichen Lichte.

Die Panslawisten in Österreich, so sagte man in Berlin, arbeiten für die österreichisch-russische Privatfreundschaft, die als Frucht die Zerstückelung der Türkei und deren Teilung zwischen den beiden Reichen, als Folge davon einen festen Bund der beiden dann ausgesprochen slawischen Reiche unter Führung des weißen Zaren tragen würde, einen Bund, der sehr bald seine Spitze gegen das Teutonentum kehren müßte. Die zweite Sorte der Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses innerhalb der habsburgischen Monarchie seien die in französisch-freiheitlichen Ideen groß gewordenen Kosmopoliten, die zu Hause Magyaren und draußen Freunde aller Welt seien. Sie seien nicht ernsthaft zu nehmen, aber vollauf Beachtung dagegen erforderten unausgesetzt die Bemühungen gewisser slawischer Einflüsterungen, die das österreichisch-deutsche Bündnis am liebsten wieder in den Nebel des Drei-Kaiser-Verhältnisses verflüchtigen möchten, in dessen Halbdunkel der neue Versuch unternommen werden könnte, unter Festlegung Deutschlands in diesem Verhältnis zu zweien über den Balkan ins Land des Sultans einzubrechen und hier die einstweilen verbotene Frucht endlich zu pflücken. Dazu aber sich nicht mißbrauchen zu lassen, sei Deutschland unter allen Umständen entschlossen. Es habe eingesehen, daß jede Umgestaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses, die auf abermalige Schwächung und Benachteiligung der Türkei abzielt, ein Lebensinteresse Deutschlands berührt. Mit der Vernichtung der Türkei wäre Deutschland den Launen einer russisch-österreichischen Koalition, zu der sich stets bereitwillig Frankreich gesellen würde, preisgegeben und um seine Existenz auf Leben und Tod zu kämpfen gezwungen. „Wenn darum jetzt betont wird, daß das deutsch-österreichische Bündnis auf fünf Jahre abgeschlossen sei, so kann damit nur gesagt sein sollen, daß bis zum 15. Oktober 1884 russisch-österreichische Zettelungen die

Bedeutung des Bruches eines Vertrages hätten, daß aber, wenn die österreichische Politik Lust zeige, nach Ablauf des Bündnisses an seine Stelle das russisch-österreichische treten zu lassen, man sich überlegen möge, daß das Bündnis im Jahre 1884 auch für Deutschland ablaufe, und wenn es nicht mehr erneuert werden solle, dann hätte sich auch Deutschland zu überlegen, ob denn, wenn dritte Interessen geopfert werden müßten, Deutschland von der Beeinträchtigung dieser dritten Interessen nicht vielleicht weniger für sich zu besorgen hätte, als Österreich-Ungarn. Diese Erwägung wird auch den Leitern der österreichischen Politik anheim gegeben, die allerdings unter starken fortdauernden Einwirkungen russischer Kreise zu stehen und im Herzen Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses zu sein scheinen. Wenn der „Pester Lloyd" die Erwägungen anführt, die sich gegen den Abschluß des Bündnisses auf nur fünf Jahre geltend machen, so wird für die Beschränkung der Geltungsdauer geltend gemacht, daß Kaiser Wilhelm seinem Nachfolger in so wichtiger Sache die Hände nicht hätte binden wollen, da er bei Abschluß des Bündnisses nahezu 83 Jahre zählte."

Fürst Bismarck sah sich ein anderes Mal veranlaßt, die Mahnrufe an Österreich wegen Verstärkung seiner Wehrkräfte zu desavouieren. Er setzte dieselben auf Rechnung der Militärs. Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", den man wie eine Note ansehen konnte, sagte: „Wir haben uns nicht den Beruf und die technische Sachkunde zugetraut, mit einer eigenen Ansicht in die Erörterungen einzugreifen, welche über das militärische Gleichgewicht zu beiden Seiten der deutsch-russischen Grenze in Anknüpfung an den neulichen Artikel der „Kölnischen Zeitung" von mehreren Seiten gepflogen worden sind.

„Heute aber sehen wir aus Wiener Organen die Neigung, die von der „Kölnischen Zeitung" mit der technisch-militärischen Frage verknüpften politischen Erwägungen als eine Warnung des Reichskanzlers an irgend welche österreichisch-ungarische Adresse zu verwerten. Dem gegenüber halten wir uns zu der Erklärung verpflichtet, daß in unseren amtlichen Kreisen weder Vorkommnisse noch Ansichten bekannt sind, welche einer solchen Auffassung zur Seite ständen.

„In diesen Kreisen herrscht vollständiges Vertrauen nicht nur

zu der gegenwärtigen, sondern auch zu der zukünftigen österreichisch-ungarischen Politik und die sicheren, auf dem gegenseitigen Vertrauen beruhenden Beziehungen beider Reiche, welche unter der Geschäftsleitung des Grafen Andrassy entstanden, und von diesem vor, während und nach seiner Amtsführung in gleicher Weise gepflegt worden sind, stehen außerhalb des Bereichs der publizistischen Diskussion und der in derselben zu Tage tretenden Konjekturen.

„Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn sowohl, wie zu Rußland, sind durch die geschichtlichen und politischen Verhältnisse dieser drei großen Reiche und durch die Gesinnungen ihrer Monarchen bedingt, und von so schwerem Gewichte, daß sie durch gelegentliche Erörterungen in der Presse eines der Länder nicht verschoben werden können."

Den Kommentar zu diesen Mitteilungen konnte sich der Leser unschwer machen. Das erste Alinea besagte, daß die Frage des militärischen Gleichgewichts nicht von dem Auswärtigen Amt, sondern von militärischer Seite aufgeworfen sei. Das zweite Alinea enthielt eine Ablehnung der von der „Kölnischen Zeitung" zu dieser militärisch-technischen Frage gebrachten politischen Erwägungen (nämlich in betreff der von dem Slawismus in Österreich zu befürchtenden Gefahr für das deutsch-österreichische Bündnis). Das dritte Alinea, wohl das wichtigste, erklärte die Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns auf dem gegenseitigen Vertrauen beruhend, dessen Träger für Deutschland Graf Andrassy „vor, während und nach seiner Amtsführung ist". Von dem Wiener Bündnis, das bisher als die Grundlage der Beziehungen zwischen beiden Reichen galt, war nicht mehr die Rede und auch während Graf Kalnokys Amtsführung knüpfte sich das Vertrauen auf die österreichische Politik an den Grafen Andrassy. Das vierte Alinea stellte die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn und Rußland auf die gleiche Basis der geschichtlichen und politischen Verhältnisse dieser drei großen Reiche und die Gesinnungen ihrer Monarchen. Das besondere Verhältnis zu Österreich, welches in den „gelegentlichen Erörterungen der Presse" jetzt die Hauptrolle spielte, blieb auch hier gänzlich unerwähnt.

Daß zu jener Zeit eine große europäische Schiebung sich vollzog, war sofort bemerkbar. Worin sie bestand, trat nur in den äußersten

Umrissen hervor. Es handelte sich in jener Zeit um den Eintritt Italiens in den mitteleuropäischen Bund. Österreich war vor die Wahl gestellt, sich mit Rußland zu einer Teilung der Türkei zu verbinden, oder eine konservative Politik auf der Balkanhalbinsel zu verfolgen. In dem Augenblick, wo man sich in Wien entschloß, sich mit Italien über die Orientpolitik zu verständigen, war der Traum einer türkischen Teilung, ist er jemals thatsächlich geträumt worden, aufgegeben.

Der Gedanke an eine Teilung der Türkei, an eine Verständigung über die Formel „Salonichi gegen Konstantinopel" hat in Rußland zahlreiche Vertreter. Noch in neuerer Zeit diskutierte ein russischer Diplomat die Möglichkeit einer Verständigung mit Österreich dahin, daß man Österreich den Weg nach Salonichi frei lasse, während Rußland die Herrschaft über das Schwarze Meer bleiben müsse, da sonst ein Krieg auf Leben und Tod zwischen Österreich und Rußland unabwendbar sei. Das Recht und die Macht, das Schwarze Meer zu schließen, müsse in die Hände Rußlands übergehen. Es ist bemerkenswert, daß die russische Diplomatie, so schweigsam sie über Rechtsfragen ist, um so ausführlicher über Machtfragen zu reden weiß. Aber auch in Österreich und in Deutschland findet derselbe Gedanke nicht überall Abweisung. Ein Blatt, wie die „Schlesische" trat dafür noch nach jener Krise ein, die Österreich siegreich bestand. „Wie Österreich, sagte sie, Jahrhunderte hindurch der Schild und das Schwert des Abendlandes gegenüber dem Osmanentum war, wird es fürder in erster Linie berufen sein, nicht nur Mitteleuropa gegen den andrängenden Panslawismus zu schirmen, sondern auch als vermittelndes Glied zwischen der slawischen und germanischen Welt für den Frieden zu wirken." Eine Lebensbedingung für Österreich sei es aber, einen Hafen zu gewinnen, der ihm eine weitere Entwickelung seiner Handels- und Kriegsflotte ermögliche. „Es muß — kein anderer Weg zu diesem Ziele steht ihm offen — den Busen von Salonichi und den Weg zu demselben seinem Machtgebiet einverleiben. In welcher Form dies zu erwirken, ist eine cura posterior, mit der sich die aktuelle Politik noch nicht direkt zu befassen hat. Daß es aber geschehen muß, daß Österreich also Rußland nie und nimmer zum Herrn des westlichen Teiles der Balkanhalbinsel werden lassen kann, ist eine geschichtliche

Notwendigkeit, mit welcher die Staatskunst zu rechnen hat." Daß Rußland von der in der Geschichte waltenden höheren Macht eine große Mission vorgezeichnet sei, zeige schon der flüchtigste Blick auf die Karte von Asien. Kein anderer Staat wäre im stande gewesen, Ziele ins Auge zu fassen, wie sie Rußland hier verfolgt, keiner zu erreichen, was Rußland bis zur Stunde bereits erreicht hat. Die erobernd vordringende Macht erscheint hier unbedingt als ein Werkzeug in der Hand der Vorsehung, deren Ratschlusse es nie und nimmer entsprechen konnte, daß die unermeßlichen, von der Welt abgeschiedenen Länder Innerasiens auf immerdar eine menschenleere, von der Kultur unberührte, jedem Verkehr entzogene Wüste bleiben. Was Rußland aber bereits geleistet — wir erinnern nur an die transkaspische Eisenbahn — fordert die Bewunderung der Welt heraus. Das Zarenreich wirkt in jenen Steppenländern für die Menschheit Größeres, als England mit all' seinen überseeischen Erwerbungen je gethan hat. Um aber in Asien seinen Beruf erfüllen zu können, muß es in Europa über reiche Hilfsquellen gebieten und in der Lage sein, dieselben auszunützen. Dadurch würde es dahin getrieben, in den Besitz von Konstantinopel zu gelangen und das Litorale des Schwarzen Meeres seinem Machtgebiete einzuverleiben. „Eine Begleichung der Interessen Österreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel", hieß es weiter, „kann nur durch eine Teilung der Türkei in zwei verschiedene Machtgebiete ermöglicht werden. Schon ist damit der Anfang gemacht. Österreich beherrscht thatsächlich Bosnien und übt einen mächtigen Einfluß auf Serbien; Rußland hat in Bulgarien und auch wohl in Ostrumelien seinen nächsten Zweck so gut wie erreicht. Einstweilen wird man sich in St. Petersburg mit der gewonnenen, bis an die Mauern von Konstantinopel hinanreichenden Etappe begnügen." Was Asien anbetrifft, so sei Rußlands naturgemäßes Ziel der Persische Meerbusen, das Gebiet des Euphrat und Tigris müsse sein eigen werden. Lege ihm England in seiner Eifersucht in dieser Richtung keine Hindernisse in den Weg, so habe es für Indien wenig zu fürchten. Denn alle ethnischen und historischen Verhältnisse verweisen das erobernde Rußland auf die semitischen Gebiete im asiatischen Westen und das kolonisierende England auf die arischen Gebiete ostwärts von Mesopotamien, dieser uralten Völkerwiege und Völkerscheide. In Rußland

fand diese Auffassung den lebhaftesten Beifall, aber auch Widerspruch, wenigstens wurde von einzelnen gesagt, eine solche Abgrenzung der russischen und österreichischen Machtsphären auf der Balkanhalbinsel werde Rußland von neuem Blut kosten, es würde mit der Türkei und mit England zu kämpfen haben, damit Österreich dann unentgeltlich seinen Teil erhielte, als „Kompensation für die russischen Siege", genau so, wie es nach den Siegen von 1877—1878 war. Sollte aber Rußland im Kriege unterliegen, so wäre Österreich auch dann im Vorteil, es würde ja allein im Orient dastehen, ohne Rivalen. „Möge Rußland Krieg führen, unterliegt es, so ist Österreich im Vorteil; siegt es, so ist es wiederum Österreich, das dabei gewinnt. Rußland kann sein Blut vergießen, das wird ihm gestattet; es kann seine Mittel erschöpfen, das wird ihm gewährt — damit es die Pläne seiner guten Bundesgenossen erfülle."

In Deutschland und Österreich ist man darüber einig, daß, da ein Vordringen nach Salonichi nur durch ein Bündnis zwischen Österreich und Rußland ermöglicht werden könnte, dieses für die habsburgische Monarchie den Todesstoß bedeuten würde. Wenn Österreich sich in Salonichi festsetzt, Rußland als Anteil an der Beute Konstantinopel nimmt, so würde jedenfalls Österreich, mag diese Teilung ohne Blutvergießen oder aber erst durch einen europäischen Krieg zu verwirklichen sein, nur zu bald sich damit das eigene Grab gegraben haben, weil es nicht im stande wäre, auf die Dauer dem gewaltigen Druck des Zarenreichs auf seine Grenzen zu widerstehen. Gegen solche Pläne, wie sie diplomatisch Ende 1882 auftauchten, und seitdem wenigstens in der Presse sich von Zeit zu Zeit erneuerten, zeigte man sich stets in Ungarn am empfindlichsten. Von dort aus vernahm man noch im Jahre 1887 Stimmen, welche die Besorgnis ausdrückten, daß in der Wiener Hofburg dem Anscheine nach abermals eine russenfreundliche Strömung Oberwasser gewonnen habe. Diese Strömung sei ein Feind Deutschlands, ein Feind Bismarcks, ein Feind des neuen Italiens. Sie befürworte eine Teilungspolitik mit Rußland und die Losreißung von der Tripelallianz. Der „Naplo" protestierte im Namen Ungarns manifestartig gegen das Vordrängen dieser Strömung und sagte: „Wir Ungarn wollen treue Verbündete von Deutschland sein und fordern solches auch von Österreich, da Deutschland uns nur dann treu sein kann, wenn auch wir verläßlich



sind; wir verurteilen jede Teilungspolitik mit Rußland und suchen einzig in der Tripelallianz den Schutz unserer Interessen. Anderseits befürworteten namentlich Tschechenblätter als bestes Mittel, aus den orientalischen Wirren herauszukommen, ein russisch-österreichisches Bündnis mit der Front gegen Deutschland. Sie forderten, gegen Rußland solle die Volksvertretung keinen Kreuzer bewilligen; Österreich gehöre an die Seite des Zarenreiches, um gemeinsam mit Frankreich Deutschland zu vernichten. Auf russischer Seite geht das Streben längst dahin, dem Grundsatze divide et impera gemäß Österreich und Deutschland zu trennen. Es war eine der letzten „Mahnungen", die Katkoff vor seinem Hinscheiden an Österreich richtete, sich nicht zum „Werkzeug fremder Politik" herzugeben, sich nicht in der Rolle des Schleppenträgers einer anderen Macht zu gefallen, welche es in jeder Hinsicht ausbeute. „Fürchtet es sich so sehr vor Deutschland, daß es gar nicht an seine Selbständigkeit denkt? Wäre die Lage Österreichs nicht günstiger, wenn es im stande sein würde, seine Aktionsfreiheit zurückzuerobern?" Es ist verkehrt, von Österreich zu glauben, es könne sich durch die Aussicht auf Salonichi ködern und wiederum zum Handlanger des Moskowitertums machen lassen. Allerdings hat es in der habsburgischen Monarchie an einflußreichen Kreisen nicht gefehlt, welche immer — und bis in die neueste Zeit hinein — für das Bündnis mit Rußland schwärmten, nicht sowohl wegen der Begehrlichkeit auf einen Teil des Orients, als vielmehr aus Haß gegen das Deutsche Reich.

Daß Deutschland in der Krise des Monats Dezember 1882 die Wahl seiner Allianzen hatte, wurde durch das Erscheinen des Herrn von Giers in Berlin und durch die plötzlich eintretende deutsch-freundliche Wendung der maßgebenden russischen Presse wahrscheinlich. Es ist heute schwerer als je, daran zu glauben, daß die Mission des Grafen Herbert Bismarck nach Wien mitten in einer kritischen Periode nicht ein besonderes Ereignis in der diplomatischen Kampagne markiert hätte. Den Verlauf der damaligen Krisis erkannte man aus dem Ergebnis, das uns Deutschland fester wie früher mit Österreich und im neuen Bunde mit Italien zeigte. Noch vor Jahresschluß wurde mit einem Schlage die bis dahin so lebhafte und bis zu Kriegsgerüchten sich versteigende offiziöse Preßkampagne auf der ganzen Linie eingestellt, die stockenden Verhandlungen waren damals offenbar in Fluß ge-

kommen. Die Erneuerung des deutsch-österreichischen Bündnisses und die gleichzeitige Verstärkung desselben durch den Hinzutritt Italiens war die Antwort auf den Besuch des russischen Ministers in Deutschland und Österreich. Nach diesem Besuche spreizte sich ein gewaltiger Optimismus in der Presse in Bezug auf die Beziehungen Deutschlands und Österreichs zu Rußland, und speziell auf das Resultat der Reise des Herrn von Giers. Es war dies ein unbegründeter Optimismus, soweit Rußland in Frage kam. Das deutsch-österreichische Bündnis hatte eine schwere Krise zu bestehen gehabt, und es war eine russische Intrige, die den Ausbruch verschuldete, während Fürst Bismarck seine Not hatte, die Krise siegreich zu Ende zu führen — gegen Rußland.

Englische Blätter wußten damals von einem Briefe zu erzählen, den Graf Bismarck dem Grafen Kalnoky überbrachte. Dieser Annahme trat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit den Worten entgegen: „Es ist erklärlich und verzeihlich, wenn die öffentlichen Blätter in Zeiten, wo die auswärtige Politik wegen allseitig friedlicher Beziehungen ihnen wenig Nahrung giebt, nach jedem an sich unbedeutenden Vorkommnis greifen, um Kombinationen und Vermutungen daran zu knüpfen. Es giebt aber eine Grenze, welche unseres Erachtens die Gewissenhaftigkeit gegen ihre Leser und gegen die auswärtige Politik des eigenen Landes sie abhalten sollte, zu überschreiten. Es ist das die Grenze, welche Vermutungen und Konjekturen von Erfindungen trennt. Eine Erfindung aber ist es, wenn öffentliche Blätter ohne jeden Anhalt und ohne jeden Zweifel erzählen, daß der Reichskanzler in jüngster Zeit durch seinen Sohn, den Grafen Herbert, einen Brief an Graf Kalnoky zu richten für notwendig befunden habe, dessen angeblichen Inhalt dieselben Zeitungen mit der größten Dreistigkeit charakterisieren. Wenn die auswärtigen Minister unter einander direkte Briefe zu wechseln haben, was sehr selten vorkommt, so sind die regelmäßigen Feldjägersendungen vollständig ausreichend, um dies in der sichersten Weise und so zu bewirken, daß keine Zeitung eine Berechtigung auch nur zu einer Vermutung über den Inhalt ethält. So wichtig auch letztere sein möchte, ist es doch nach unseren Traditionen dafür nicht erforderlich, andere Persönlichkeiten als unsere jederzeit vertrauenswürdigen Feldjäger deshalb auf Reisen zu schicken. Wir sind er-

mächtigt, alle Erzählungen über einen in den letzten Wochen stattgehabten Briefwechsel zwischen Fürst Bismarck und Graf Kalnoky für unwahr zu erklären, und wir können hinzufügen, daß in unserer auswärtigen Politik nichts vorliegt oder vorgelegen hat, was auf den Gedanken eines derartigen Briefwechsels hätte bringen können. Wenn aber ein Bedürfnis der Art eintritt, so wird man immer keinen Anlaß haben, einen diplomatischen Beamten als Kurier zu benutzen, respektive wichtige politische Geschäfte ohne Mitwirkung des akkreditierten Botschafters oder neben demselben zu betreiben. Die ganze Fabel rührt von Leuten her, die, wie der Berliner sagt, das Geschäft nicht kennen".

Mit dieser Mitteilung war noch nicht überall die Gewißheit hergestellt, daß Graf Herbert Bismarck dem Grafen Kalnoky ein Schreiben nicht zu übergeben hatte. Ob Graf Herbert Bismarck, der sich von seinem Aufenthalte, den er in Schlesien genommen hatte, in Begleitung des Herrn von Ohlen nach Wien begab, mündliche Aufträge hatte, darüber sprach sich die „Nordd. Allg. Ztg." nicht aus. Er war am 15. Dezember in Wien eingetroffen und hatte am 16. dem Grafen Kalnoky einen längeren Besuch abgestattet. Alle Welt war darüber einig, daß er Aufklärungen überbrachte, welche den Gang der deutschen Politik gegenüber den mannigfachen diplomatischen und publizistischen Vorgängen der letzten Zeit klar stellen sollten. Es waren übrigens 14 Tage nach der Reise des Grafen Bismarck verflossen, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" das erfreulichste Bild von der Situation lieferte und das, was so viel Unruhe bereitet und die Phantasie so lebhaft bewegt hatte, als ein „unbedeutendes Vorkommnis" charakterisierte. Bis zum 30. Dezember hatten sich allerdings die brausenden Wogen geglättet. Die Aktionen der Politik des leitenden Staatsmannes vollzogen sich erfahrungsmäßig zum öfteren so, daß plötzlich ein journalistischer Sturm aufwirbelte, der die Welt beschäftigte und aufregte, und wenn sich die aufgewirbelte Staubwolke verzogen hatte, lag eine veränderte politische Situation wie eine neue Landschaft den überraschten Blicken vor.

Durfte man der Einbildungskraft gewisser Kreise in Deutschland trauen, so bereitete sich damals ein Ansturm wider die von Deutschland und Italien repräsentierte neue Weltordnung vor. Unter den

vielen verschiedenen Kombinationen, wie sich die europäischen Mächte für den Fall, daß sie sich in zwei Lager teilen sollten, gruppieren könnten, war der Möglichkeit selten Erwähnung geschehen, daß Österreich mit Rußland und Frankreich auf einer Seite stehen würden, Deutschland mit Italien auf der andern Seite. „Die diese Koalition zusammenzubringen im Sinne haben, sagte man, denken nicht an das heutige Frankreich, sondern bereits an das restaurierte Frankreich Heinrichs V. und diese Restauration gerade ist für sie der Punkt, an dem sie beginnen wollen. Frankreich — das Volk und die Armee — soll Heinrich V. acceptieren, weil er es in den Kampf wider den Sieger von 1870 führen wird; diesmal aber in einen Kampf, in dem Frankreich zu siegen alle Aussicht hat, denn diesmal wird es zwei Verbündete besitzen: Österreich und Rußland. Österreich kann, den Anschauungen der Klerikalen und Konservativen entsprechend, nichts anderes wünschen, als daß es aus der Umarmung mit Deutschland loskomme; es muß übrigens auch wünschen, jenes andern unruhigen und lüsternen Nachbars los zu werden. Um diesen doppelten Preis kann es schon Konzessionen an Rußland im Orient machen, besonders wenn sich Österreich auch noch die Aussicht auf Erwerbung süddeutscher Gebiete eröffnet. Österreich soll den Klerikalen nach ein deutscher Staat bleiben und zwar speziell ein katholischer deutscher Staat; die Politik des Fürsten Bismarck will es aber zu einem slawischen Staate machen, drängt es südwärts an das Ägeische Meer und treibt es dadurch in eine Rivalität mit Rußland. Es soll nicht das evangelische Kaisertum über alle deutschen Gebiete herrschen, was unausbleiblich erfolgen würde, wenn Österreich seinen Schwerpunkt ganz nach dem Osten verlegt und dort mit Rußland zusammenstößt. So mischen sich in diesem Plane allerlei katholische, nationale und konservative Gesichtspunkte. Der russische Zar soll für denselben gewonnen werden, indem man ihm als Folge der „großen Restauration“ die Unterdrückung des revolutionären Geistes in Europa in Aussicht stellt, die Panslawisten will man wiederum durch die freie Bahn, die der Plan Rußland im Orient eröffnet, gewinnen. Der Vatikan nähert sich Rußland; in Österreich wird die Annäherung an Rußland ventiliert, vielleicht auch schon ein Versuch gemacht, um zu einem Separatabkommen mit Rußland zu gelangen; in Kreisen, die für das

Deutsche Reich wenig Sympathie haben, wird mit offener Schadenfreude konstatiert, daß der von Berlin inszenierte publizistische Sturm insofern abgeschlagen worden, als die in auswärtigen Dingen entscheidenden höchsten politischen Faktoren in Österreich durchaus keinen Anlaß genommen haben, über die Frage der Erneuerung des Bündnisses vom Herbst 1879 auch nur eine beiläufige Äußerung fallen zu lassen. Anderseits erklärt es sich auch, warum von deutscher Seite die Verwarnung an Österreich erfolgt ist, warum Fürst Bismarck dem Beitritt Rußlands zum deutsch-österreichischen Bunde widerstrebt, denn er ist ja interessiert, Österreich und Rußland auseinander zu halten, warum aber seine Organe in der Presse doch einen milden Ton gegen Rußland anschlagen, das sie gewinnen möchten, ehe es sich den anderen hingegeben. Das Spiel hat begonnen: Zug um Zug wird folgen. Fürst Bismarck, der Mann der neuen Ordnung, spielt es gegen einen namenlosen Gegner im Vatikan, in dessen Händen aber viele Fäden zusammenlaufen. An diesen Fäden werden die klerikalen und konservativen Parteien und Staatsmänner Europas mehr oder weniger unbewußt gelenkt. Voll der besten Hoffnungen ist man bezüglich Frankreichs, und hält den Sturz der Republik für nahe bevorstehend. Die Legitimisten sind äußerst geschäftig, um die Armee durch die Aussicht, die sie ihr auf einen Revanchekrieg eröffnen, zu gewinnen. In Frankreich soll der erste Akt spielen. In Berlin jedoch hat man bereits Anstalten getroffen, die Aufführung zu verbieten."

Das war ein phantasievoller Roman. In Berlin sprach man nüchterner nur von einer russischen Intrige. Schon zu verschiedenen Malen sei von St. Petersburg ein Kongreß angeregt worden, um die orientalische Frage aufs neue zu ordnen, aber diese Anregungen hatten weder bei Deutschland, noch bei Österreich ein Echo gefunden. Trotzdem habe die russische Diplomatie die Hoffnung nicht aufgegeben, das Werk, welches auf dem Berliner Kongreß nicht vollendet war, nämlich die weitere Zerstückelung der Türkei, zu vollenden. Daß Rußland allein nicht die Macht besaß, dieses Ziel zu erreichen, das durfte selbst in St. Petersburg kaum verborgen bleiben. Aber woher Bundesgenossen bekommen? England verspürte keine Neigung, die russischen Eroberungspläne zu begünstigen, Frankreich war nur bereit, wenn es sich um einen Revanchekrieg gegen Deutschland handelte, Italien

konnte nicht in Betracht gezogen werden, also blieben nur Deutschland und Österreich übrig. Es war daher ein geschickter Coup, als Herr von Giers in die Höhle des Löwen eintrat und nach Varzin eilte, um dort den Weg nach Konstantinopel zu ebnen. Wäre es nicht herrlich, wenn Deutschland anstatt Österreich Rußland als seinen Busenfreund in seine Arme schlösse, welchen immensen Vorschub konnte das für Deutschland haben? Rußland würde ja bereit sein, selbst in einem Kriege gegen Frankreich Hilfe zu leisten, auch ebenfalls gegen Österreich, wenn Deutschland sich nach dieser Seite arrondieren wolle; ja da man Polen schon einmal Preußen angeboten hatte, warum sollte man sich nicht dieses unzuverlässigen Landes entledigen, wenn man dafür die Aussicht hatte, mit Hilfe Deutschlands den östlichen Teil der Balkanhalbinsel und Armenien zu gewinnen? Aber alle diese schönen Projekte wurden im Keime zerstört; noch ehe sie die Bildfläche erreichten, war Herrn von Giers die kalte Realpolitik des deutschen Reichskanzlers dazwischen gefahren. Fürst Bismarck hatte nur ein Bestreben, den Frieden in Europa zu erhalten. Er besaß nicht den Ehrgeiz einer Eroberungs- und Intrigenpolitik, er wollte weder auf Kosten Österreichs noch auf Kosten Rußlands Deutschland bereichern und hielt in Beziehung auf den Orient fest an den Verträgen des Berliner Friedens. Zu diesem Zwecke hatte er das Bündnis mit Österreich-Ungarn geschlossen und dasselbe trat wie ein rocher de bronze der russischen Intrigenpolitik entgegen. Hatte man nun russischerseits mit Deutschland kein Glück gehabt, so konnte vielleicht der Versuch mit Österreich einen besseren Erfolg haben. Obwohl es russischerseits abgeleugnet wurde, so war es doch eine Thatsache, daß Graf Kalnoky den russischen Verlockungen gegenüber sich nicht ganz verschloß. Graf Kalnoky war von jeher zugänglich für russische Pläne gewesen und ein eifriger Verfechter eines engen Zusammengehens von Österreich und Rußland. Österreich konnte ja auch auf diesem Wege vielleicht schnell nach Salonichi gelangen, während Rußland bis Konstantinopel vorrückte. Die Gefahren, die aus einer solchen Allianz hervorgehen würden, die Stärkung des slawischen Elementes schien Graf Kalnoky etwas zu unterschätzen. Gleichzeitig schien Rußland nach dem Vorbilde des Erlkönigs zu verfahren: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ Anders konnten wenigstens die gewaltigen Anhäufungen von russischen Truppen

an der preußischen und österreichischen Grenze, der eilige Bau von Festungen und strategischen Eisenbahnlinien und die Vorschiebung großer Kavalleriekorps unmittelbar an die Grenze nicht erklärt werden. Denn was von russischer Seite vorgeschützt wurde, war so äußerst nichtssagend, daß es als eine Widerlegung nicht angesehen werden konnte. In dieses Spiel der Intrigen fiel nun der Brief des deutschen Reichskanzlers an den Grafen Kalnoky, den Graf Herbert Bismarck in Wien überbrachte. Wenn der Inhalt desselben auch nicht bekannt werden durfte, daß derselbe jedoch ein hochwichtiges politisches Ereignis war, eine hervorragende Demonstration, darüber konnte man wohl nicht zweifeln. Man glaubte nicht irre zu gehen, wenn man in demselben einen Protest gegen die russischen Intrigen erblickte, und eine bündige Erklärung, daß Deutschland fest an der Bündnis- und Vertragspolitik hielte, um den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und jeden Versuch, die gegenwärtige Konstellation zu einer Störung derselben zu benutzen, zu hintertreiben; daß Österreich Deutschlands Mahnung und Beispiel folgen würde, daran hegte man in Berlin keinen Zweifel, aber es ist zuweilen notwendig, gegenseitige Liebesbeweise auszutauschen, um die Liebe zu erhalten.

Noch im August des Jahres 1883 wurde aus Berlin nach Wien geschrieben, die inneren Verhältnisse Österreichs seien für den deutschen Politiker, ohne daß er sich einmische, doppelt interessant, weil jetzt eine gewisse Verwandtschaft zwischen der inneren und äußeren Politik bemerkbar sei. Die Politik des Grafen Taaffe habe seit jeher einen slawenfreundlichen Charakter getragen, aber auch die auswärtige Politik schiene, seit Graf Kalnoky dieselbe leite, allmählich mehr in ein Fahrwasser zu lenken, dessen Lauf mehr nach der Newa als nach der Spree wies, um das österreichisch-russische Verhältnis inniger zu gestalten, was nur auf Kosten des deutsch-österreichischen Bündnisses geschehen könnte. Fürst Bismarck trachtete, führte der Korrespondent weiter aus, die österreichische Politik entweder noch rasch von diesem Wege abzubringen oder Ersatz in der Bundesgenossenschaft Rußlands zu finden. Dahin habe die Einladung Giers' nach Varzin gezielt, was das Wiener Kabinett trotz des Anscheins völliger Sorglosigkeit sehr überraschte. Auch veranlaßte Fürst Bismarck die bekannten sensationellen Enthüllungen über den Charakter und die Zeitdauer des deutsch-österreichischen Bündnisses, welche dem Grafen

Kalnoky ankündigen sollten, daß Deutschland in die Lage kommen könnte, nach Ablauf der Frist anstatt des deutsch-österreichischen ein Bündnis mit Rußland abzuschließen. Nun habe Graf Kalnoky die Bedenklichkeit seiner Politik erkannt, die Österreich des verläßlichsten Bundesgenossen beraubt hätte. Mit dieser Erkenntnis war die völlige Rückkehr der österreichischen Politik zu den Prinzipien Haymerles und Andrassys gegeben. Die Umkehr sei seitdem erfolgt; Graf Kalnoky benützte aber die Anwesenheit des deutschen Kaisers in Österreich als willkommenen Anlaß, um die vorstehenden Bedenken auch noch im mündlichen Verkehre mit dem deutschen Kaiser vollends zu zerstreuen. Daß dies gelungen, davon zeuge die ihm gewordene Verleihung des Schwarzen Adlerordens.

Diese Darstellung war mehr aus dem Schatze der Reminiszenzen des Winters 1882—1883 geschöpft, als aus der aktuellen Lage. Es war übrigens ja auch bekannt genug, daß der Kaiser während der kritischen Vorgänge jenes Winters einen beruhigenden Einfluß ausgeübt hatte, vor dem der offiziöse Lärm wie mit einem Schlage verstummte.

In den Gewohnheiten der europäischen Diplomatie scheint in den letzten Jahren eine eigentümliche Veränderung eingetreten zu sein. In früheren Zeiten hielt man die Veröffentlichung diplomatischer Noten für das erste und unentbehrliche Symptom eines kritischen Zustandes zwischen zwei Völkern. Der Krimkrieg, der italienische Krieg, der dänische Krieg wurden durch die Veröffentlichung von Schriftwechseln eingeleitet, die nachher im Sonderabdruck ganze Bände füllten; es regnete Depeschen und Ultimaten; der Ausdruck „Ultimatissimum" wurde, wenn wir nicht sehr irren, in jenen Tagen erfunden. Und nun gar der deutsche Krieg mit allen diplomatischen Plänkeleien, die ihm vorangingen! Wir erinnern uns, daß während des Frankfurter Fürstentages die preußische Regierung einmal drei verschiedene Depeschen durch drei verschiedene Zeitungen an einem einzigen Tage erscheinen ließ. Die Holzflößer des Schwarzwaldes und die Bernsteinfischer des Samlandes durften es den Herren von Bismarck, von Beust und von Rechberg Dank wissen, daß diese persönlich die Mühe übernahmen, sie in alle Geheimnisse der deutschen Verfassungsfrage einzuführen.

Auch bei anderen Veranlassungen, die einen friedlichen Aus-

gang nahmen, wurden Noten in großer Anzahl veröffentlicht; der Glaube jener Zeit ging keineswegs dahin, daß jede Veröffentlichung von diplomatischen Schriftwechseln zum Kriege führen müsse, aber davon hielt man sich fest überzeugt, daß ein Krieg nicht denkbar sei, wenn ihm nicht ein ausgiebiges diplomatisches Waffengerassel voranging.

Eigentümlich stachen hiergegen die Vorgänge bei dem deutsch-französischen Kriege ab. Die tiefste Sensation wurde wachgerufen, als im deutschen Reichstage Graf Bismarck mit der ihm eigenen epigrammatischen Schärfe erklärte, die Kriegserklärung sei das erste und einzige amtliche Schriftstück, welches ihm in der ganzen Angelegenheit zugegangen. Seit jener Zeit ist man mit der Veröffentlichung von Depeschen sparsamer gewesen. Die eigentümliche und sehr ernste Episode des Jahres 1875 ging ganz ohne solchen Zwischenfall ab. Durch eine Reihe von offiziösen Artikeln wurde ganz derselbe schwüle und bedrückende Eindruck hervorgerufen, der sonst durch die Veröffentlichung von Depeschenwechseln entsteht. Dann erfuhren wir eines Tages, die Gefahr sei vorüber. Daß eine Gefahr bestanden hatte, wurde von keiner Seite bezweifelt. Der eine hatte einen Brandgeruch wahrgenommen, der zweite den Rauch aufsteigen sehen, der dritte einen Feuerschein wahrgenommen, aber wo der eigentliche Sitz der Gefahr war, vermochte niemand zu sagen.

Mit dem drohenden Kriege von 1879, der zu dem deutsch-österreichischen Bündnis führte, mit den diplomatischen Verwickelungen der letzten Monate des Jahres 1882, nach denen wir mit der Meldung vom Hinzutritt Italiens überrascht wurden, verhielt es sich ebenso. Die Geburt des neuen Ereignisses vollzog sich beide Male unter publizistischem Donner und Blitz, ohne daß die Diplomatie ein Lebenszeichen von sich gab. Es ging, wie es nach der Definition des Kandidaten Jobs mit einer Predigt geht, es sind zwei Teile zu unterscheiden, den ersteren versteht man, den zweiten „niemand verstehen kann.“ Als im Anfange des Monats Februar 1888 wir durch die Bekanntmachung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages überrascht wurden, waren einige Zeitungen sofort geschäftig, uns für die nächsten Tage auch die Publikation des deutsch-italienischen Vertrages in Aussicht zu stellen. Die

Unruhe der Erwartung derselben belebte sogar die Phantasie bis zu dem Grade, einen erfundenen Text uns aufzutischen. Die fortdauernde Geheimhaltung dieses Dokumentes hatte schon früher einen Streit hervorgerufen, ob wirklich zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Italien anderseits ein in aller Form abgefaßter, schriftlicher Allianzvertrag bestehe. Als dieserhalb in der Sitzung der italienischen Kammer vom 13. März 1883 der damalige Minister Mancini interpelliert wurde, wies derselbe auf die von dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen vor der Delegation in Pest abgegebene Erklärung hin, daß die vollständige Einigkeit zwischen Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn allein einen friedlichen Zweck habe, und behauptete dann, daß ein Hauptpunkt des erwähnten Programms der sei, sich nicht nur jeder Feindseligkeit, sondern überhaupt jeder Handlung, welche Mißtrauen erregen könnte, zu enthalten.

An diese Rede anknüpfend, erörterte damals die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die politischen Verhältnisse der drei Reiche, um schließlich zu bemerken: „Für jeden, der sich die Konsequenzen klar bis zu Ende durchdenkt, ist die Schlußfolgerung natürlich, daß diese drei friedliebenden Mächte, Deutschland, Österreich und Italien, durch die Lage der Politik genötigt sein werden, für den Frieden einzutreten, wenn eine von ihnen durch andere Mächte mit einem Angriff bedroht würde .... Um diese Überzeugung bei den leitenden Staatsmännern der Mächte zu zeitigen, glauben wir nicht, daß es vertragsmäßiger Abreden bedarf, wir wissen nicht, ob dergleichen bestehen."

Dieser angeblichen Unwissenheit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" trat später die „Kölnische Zeitung" entgegen, welche das Bündnis mit Italien einen Verteidigungsbund nannte, nach dessen Bestimmungen bei einem französischen Angriff gegen Deutschland Italien thätig eingreifen, bei einem russischen Angriff gegen Deutschland aber neutral bleiben soll. Diese Tragweite des Bundes würde derjenigen des am 4. Februar 1888 bekannt gewordenen deutsch-österreichischen Vertrages entsprechen, nach welchem umgekehrt im Falle eines russischen Angriffs auf Deutschland oder Österreich für diese beiden letzten Mächte der *casus foederis* eintritt, während Frankreich gegenüber uns nur die wohlwollende Neutralität Öster-

reichs zugesichert ist. Über einen weiteren Unterschied zwischen unserem Vertrage mit Italien und demjenigen mit Österreich sind wir sodann auf einem Umwege und gleichsam beiläufig unterrichtet worden. Das Bündnis hat nach seiner Erneuerung im Jahre 1887 eine Geltungsdauer nur bis zum Jahre 1892.

Wir verdanken diese Mitteilung einem Artikel der Militär-Zeitschrift „Esercito Italiano", den im Jahre 1888 die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" abdruckte und damit billigte. In diesem Artikel hieß es: „Frankreich wird niemals, selbst nicht nach dem Jahre 1892, in der Lage sein, auf die Neutralität Italiens zu rechnen." Dieser Satz läßt gar keine andere Deutung zu, als daß Italien bis dahin zur Hilfeleistung in einem Defensivkriege Deutschlands vertragsmäßig verbunden ist, während es von jenem Zeitpunkte ab zwar die freie Entschließung wieder erhält, nach dem „Esercito" aber durch sein eigenes wohlverstandenes Interesse dazu geführt werden wird, bei dem Bündnis zu verbleiben, mag es nun formell erneuert werden, oder nicht.

Die Wiedergabe des italienischen Artikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gab ihm ersichtlich eine Bedeutung, die gewürdigt zu werden verdiente. Das deutsch-italienische Bündnis weicht schon durch die darin enthaltene Fristbestimmung erheblich vom deutsch-österreichischen Bündnisvertrage vom September 1879 ab, das an keine Zeitdauer gebunden ist. Im übrigen ist es eine Thatsache, die bisher kaum hervorgehoben worden ist, daß es einen österreichisch-italienischen Allianzvertrag nicht giebt. Das Bündnis dieser beiden Staaten existiert indessen, ob auch ungeschrieben, nicht minder sicher durch die gemeinsamen Bündnisbeziehungen zum Deutschen Reiche.

Im März 1891 brachte die „Vossische" die folgende Lesart von dem Inhalt des Vertrages: Wie sich das deutsch-österreichische Bündnis gegen einen Angriff Rußlands auf einen der vertragschließenden Staaten richtet, so wendet sich das deutsch-italienische Bündnis gegen den Angriff Frankreichs auf Italien. Doch verpflichtet nach den bisherigen Andeutungen der Vertrag zwischen Deutschland und Italien die beiden Vertragschließenden nicht einander „mit der ganzen Kriegsmacht" ihrer Reiche beizustehen; vielmehr soll Italien nur verpflichtet sein, falls Deutschland von Frankreich an-

gegriffen wird, eine Streitmacht von 300000 Mann an den Alpenpässen aufzustellen, während Deutschland im Falle eines Angriffes von französischer Seite auf Italien die Pflicht hat, eine Armee von gleicher Stärke an der französischen Grenze zusammenzuziehen. Das deutsch-italienische Bündnis bezieht sich nur auf den einzigen Fall eines von Frankreich ausgehenden Angriffs. Jeder von einer andern Macht ausgehende Angriff verpflichtet den Verbündeten nur zu wohlwollender Neutralität, ausgenommen den Fall, daß Frankreich sich anschickt, den gegnerischen Angriff durch seine Mitwirkung zu unterstützen, womit gleichfalls der Bündnisfall gegeben sein soll.

Das Verhältnis Deutschlands zu Italien war längere Zeit hindurch ein wenig definiertes; die allgemeine Sympathie, die man sich von beiden Seiten entgegenbrachte, hatte politisch nichts Greifbares. Es galt unter den italienischen Staatsmännern als eine besondere Weisheit, sich freie Hand vollständig zu wahren. Daneben wirkte die Anziehungskraft Frankreichs, die Abneigung gegen Österreich, und höchstens blieb ein platonischer Zug der Sympathie für Deutschland bei den Politikern bestehen. Auch als im Jahre 1876 nach langjähriger Herrschaft der Rechten das Ruder auf die Deutschland freundlichere Linke überging, änderte sich faktisch wenig. Noch 1880, zwei Jahre nach dem Tode Viktor Emanuels, wurde von Berlin aus bemerkt: „Es sind genau vier Jahre, daß in Italien Ministerien der Linken regieren, abwechselnd Depretis oder Cairoli geheißen, wie sich die Könige von Dänemark immer Friedrich oder Christian nennen; doch im Augenblicke regieren Cairolis und Depretis zusammen. Der Marchese Visconti-Venosta, der während der langen Herrschaft der Rechten der geschätzteste Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewesen war, eröffnete eine dreistündige Rede, für die er von den Zeitungen seiner Partei in den Himmel erhoben ward, weil er darin alle Sünden der Gegenwart vollständig berichtete. Wir wollen nun sogleich hinzufügen, daß Herr Crispi, der zwar zur Linken gehört, der sich aber mit einigen Freunden von den Ministern abgesondert hält, seiner Zeit bemerkte, es würde die auswärtige Politik auch nicht anders verlaufen sein, wenn in den letzten vier Jahren die Rechte noch am Ruder gewesen wäre; es seien durchaus ihre Wege von den Nachfolgern fortgesetzt worden. Darin stimmten alle Redner überein, daß die italienische Nation sich in einer unbefriedigenden Stimmung befinde."

Crispi, vom Herbst 1877 bis März 1878 Minister im Kabinett Depretis, war im September des erstgenannten Jahres in Berlin. Er selber hat später als Minister im März 1888 auf diese Reise hingewiesen. In einer Sitzung der Deputiertenkammer sprachen sich bei der Beratung des Budgets des Äußeren mehrere Redner für rasche Wiederaufnahme der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich und für eine bessere Gestaltung der Beziehungen zu diesem Lande aus. Der Ministerpräsident erklärte, er werde sich kurz fassen. Die hervorragendsten Punkte der Politik Italiens seien dessen Allianzen, sowie die Beziehungen des Landes zu Frankreich. Schon als Deputierter habe er darauf hingewiesen, daß Italien unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Europa keine andere Politik verfolgen könne und solle, als die Allianz mit den Zentralmächten und das Einvernehmen mit England zur See. Als er Minister geworden sei, habe er die im Jahre 1882 stipulierte und 1887 erneuerte Allianz acceptiert, weil sie seinen alten Überzeugungen entsprochen habe und weil Regierungen, die sich gegenseitig achteten, an einer Kontinuität gewisser internationaler Akte gelegen sein müsse. Er habe 1877 eine offiziöse Mission bei der deutschen Regierung übernommen, als Italien die Gewißheit erlangt habe, daß Frankreich die römische Frage wieder aufzuwerfen suche; als ehrlicher Mann sei er damals über Paris nach Berlin gegangen. Italien habe ein Interesse an Allianzen für den Kriegsfall, die Allianz mit Deutschland aber sei populär im Lande, wie dies die letzten Kundgebungen bezeugten. Wenn man sage, Italiens Allianzen bedeuten den Krieg, so sei dies eine absurde Hypothese, denn die Allianzen bezweckten den Frieden. Die Alliierten hätten keinen Grund zum Kriege, sondern im Gegenteil Grund, den Frieden zu wünschen.

Dies war eine sehr bestimmte Erklärung in Bezug auf die Allianzen, die aber zugleich Frankreich gegenüber von so freundschaftlicher Färbung als möglich war. „Unparteiisch will Italien sein, Frankreichs Interesse voll würdigen, ihm entgegenkommen und die Elemente der Zwietracht überall entfernen — aber es will auch unabhängig sein, die Aussöhnung nicht bloß auf seiner Seite betreiben, sondern sie auch von der Achtung auf der anderen Seite erwarten."

Es war begreiflich, daß, als der Präsident des italienischen Abgeordnetenhauses 1877 nach Berlin kam, er aufs herzlichste aufgenommen wurde. Ein glänzendes Festmahl versammelte am 23. September die Koryphäen des Reichstages und des Landtages, Gelehrte und Künstler um den berühmten Gast. Unter den Anwesenden bemerkte man außer Herrn von Bennigsen, welcher an der Seite des Gastes, und zwar zwischen diesem und dem italienischen Botschafter, Grafen de Launay, Platz genommen hatte, unter andern: Staatsminister a. D. von Bernuth, Unterstaatssekretär a. D. Schuhmann, Ministerialdirektor Greiff, Obertribunalsrat von Grävenitz, von Sybel, Professor Curtius, Professor Dr. Grimm, Adolf Menzel, Dr. Siemens, Spielhagen, Baurat Adler; von der nationalliberalen Partei außer den schon genannten noch Landes-Ökonomierat Thiel, außerdem waren noch Dr. Löwe und von der Fortschrittspartei Stadtgerichtsrat Eberty und Eugen Richter erschienen. Die Presse war durch die Chefredakteure der „Nationalzeitung“ und der „Post“ und durch Redakteure der „Kölnischen Zeitung“, vertreten. Außerdem waren anwesend die Bureaudirektoren des Reichstages und Abgeordnetenhauses. Den ersten Toast während der Mahlzeit brachte Herr von Bennigsen in deutscher Sprache auf Ihre Majestäten den Kaiser von Deutschland und den König Viktor Emanuel von Italien aus, den zweiten, nach einer Pause, auf Herrn Crispi. Herr von Bennigsen bediente sich dabei zuerst der deutschen Sprache, um sich in dieser die Erlaubnis zu erbitten, sich weiter in der allen Mitgliedern der Gesellschaft geläufigen französischen ausdrücken zu dürfen. Er hob in der Einleitung hervor, wie die Deutschen stets zu den Kunst- und Naturschätzen Italiens gezogen seien, während umgekehrt Italiener ungemein selten nach dem Norden kämen, dessen Klima bei ihnen noch schlimmer verschrieen sei, als es wirklich verdiene. Er erwähnte dann weiter kurz die politische Thätigkeit des Gastes während der stürmischen Phasen der neueren Geschichte Italiens, um daran das Hoch auf denselben zu knüpfen. Herr Crispi antwortete gleichfalls in französischer Sprache, wie er sich geistvoll ausdrückte, dans une langue qui n'est pas la mienne, ni la vôtre, indem er kurz die Kämpfe skizzierte, welche Italien habe durchmachen müssen, und besonders betonte, wie in beiden Ländern, in Italien wie in Deutschland, die Monarchie es gewesen, welche zur Einheit und zur ver-

fassungsmäßigen Freiheit geführt habe. Nach einer kurzen Pause nahm auch der Graf de Launay das Wort, um in fließendem Deutsch und in humoristischer Weise sich die Erlaubnis zu erbitten, französisch sprechen zu dürfen. Es war einmal, so hob der Herr Botschafter an, der dadurch seine Bekanntschaft mit den Grimmschen Märchen beredt an den Tag legte, ein Gesandter, der den Versuch machte, sich in der Sprache des Landes auszudrücken, aber er blieb „stecken"; bei einem anderen Versuche **vox faucibus haesit**. Die Ankündigung, französisch sprechen zu wollen, erregte bei den Italianissimi der Gesellschaft einige Entrüstung, da sie sich wohl wenigstens eine größere Rede in der Sprache Petrarcas versprochen hatten. Herr von Bennigsen, politisch wie immer, beschwichtigte indessen die Unruhigen, und Herr Graf de Launay führte nun einen interessanten Vergleich durch zwischen dem großen Staaatsmanne Italiens, dem Grafen Cavour, der die steuerlose Barke

nave senza nocchiere
in grande tempestà

mit kräftiger und kluger Hand gesteuert, und dem Fürsten Bismarck, welcher Deutschland auch zu dem ersehnten Ziele der nationalen Einheit gelenkt, um mit einem Toast auf den Kanzler zu schließen. Herr Schulze-Delitzsch, welcher daran einen, den letzten Toast des Gastmahls auf die Freundschaft Italiens und Deutschlands reihte, auf Grund der freundlichen Gefühle, welche ihm selbst als Haupt des deutschen Genossenschaftswesens von seiten der Pfleger verwandter Bestrebungen in Italien entgegengebracht worden waren, erging sich etwas dithyrambisch im Lobe jener Zeiten, wo Deutschland wie Italien zerrissen und politisch schwach, die glorreichsten Eroberungen auf geistigem Felde gemacht, welche angeblich ihre jetzige Größe herbeigeführt haben sollen: ein Gedankengang, der sicherlich schnurstracks demjenigen der Urheber dieses Festes widersprach. Die Gesellschaft blieb auch nach Beendigung des übrigens vortrefflichen Mahles noch längere Zeit unter lebhafter Unterhaltung in den komfortablen Räumen des Restaurants zusammen.

Die Reise des Herrn Crispi fand ein eigentümliches Nachspiel in der Presse, und wie es schien, teilweise auch in der diplomatischen Welt. Der römische Korrespondent eines Berliner Blattes schrieb, daß man in Italien sich bereits darauf vorbereitete, von einer

Questione Crispi, von einer „Crispifrage" reden zu hören. Den Marschall Mac Mahon sollte sogar das Auftreten Crispis in Paris und Berlin so sehr verdrossen haben, daß als Gegenstoß dieses Mac Mahonschen Verdrusses General Cialdini, der italienische Gesandte in Paris, sich auf den Weg nach Rom machte, um eine Desavouierung des unbequemen Parlamentspräsidenten zu erreichen. Diese Reise des Generals Cialdini vor einem Mac Mahonschen Stirnrunzeln erinnerte allerdings stark an die Traditionen, die der Chevalier Nigra in Paris pflegte, als er im Jahre 1866 die famose Depesche abließ, nach deren Inhalt der „Kaiser" die weitere Politik Italiens bestimmen werde. Auch war der Gegensatz einer solchen Reise nach der offenen und männlichen Sprache Crispis schon ohne weiteren Kommentar klar und zeigte uns die Gegensätze italienischen Staatslebens in vollem Lichte. Welcher von diesen beiden Vorgängen Italiens Ansehen mehrte oder minderte, das konnte man dem italienischen Nationalgefühl zur Entscheidung überlassen.

Die Stellung, welche die öffentliche Meinung und die Presse in Deutschland gegenüber dem Besuche des Herrn Crispi in Berlin nahm, durfte sich ruhig jeder Kritik ausgesetzt sehen. Zu Demonstrationen und Schaustellungen ist man bekanntlich in Berlin wenig geneigt. Auch war es beinahe scherzhaft zu lesen, wie sich die Aufmerksamkeiten, die Herrn Crispi erwiesen wurden, in der auswärtigen Presse zu einer Serie von Festlichkeiten erweiterten, die einzig und allein in der Phantasie der Erzähler wurzelte. Man las, daß Herr Crispi mit einer Einladung an den kronprinzlichen Hof beehrt wurde, dem wohl in Abwesenheit des kaiserlichen die Repräsentation oblag. Und weiter wurde dem Präsidenten des italienischen Parlaments von parlamentarischer Seite ein Bankett gegeben. Diese Festlichkeit, die so viel von sich sprechen gemacht hatte, war in der That eine sehr gelungene und zwar gerade wegen der großen Sympathie, der sie in weiten Kreisen Berlins in spontanster Weise begegnete. Ursprünglich auf eine durchaus private kleine Zusammenkunft abgesehen, zeigte sich eine solche Teilnahme, daß der kleine Saal bei weitem nicht im stande war, die Freunde der Sache zu fassen und die Stimmung, welche die Teilnehmer dem Zusammensein mit den Vertretern des offiziellen und parlamentarischen Italiens entgegenbrachten, gab dem Fest seinen eigen=

tümlichen und wahrhaft freundschaftlichen Charakter. Es zeigte sich in beinahe überraschender Weise, welcher Sympathie das nationale und liberale Italien bei uns begegnet. Daß die Persönlichkeit des Herrn Crispi Freunde besaß und Freunde erwarb, ist gewiß; daß der Präsident der italienischen Deputiertenkammer aber auch durchaus in seinem Rechte war, als er seine Nation als die in dem Fest begrüßte darstellte, ist ebenso sicher. Es lag jener Festversammlung wohl ebenso fern, eine besondere italienische Parteischattierung in Herrn Crispi zu feiern, als es den italienischen Deputierten in Rom fern lag, in Herrn von Bennigsen den Nationalliberalen auszuzeichnen. Und wenn auch politische Männer bei jenem Bankett zusammen waren, so wäre es wohl ebenso schwer gefallen, ihnen die sachlichen Unterschiede zwischen der Politik der Herrn Crispi, Melegari und Sella auseinanderzusetzen, als sie bereitwillig waren, ihren Sympathien für die italienische Nation einen vollen Ausdruck zu geben. Wie weit irgend eine Partei in Italien Ursache hatte, mit einem solchen Ergebnis unzufrieden zu sein, mußte man gleichfalls italienischer Einsicht zur Beurteilung überlassen. In dieser Beziehung wurde von Berlin aus geschrieben: „Wir haben weder Veranlassung noch Beruf, in die Gründe eindringen zu wollen, welche Herrn Crispi zuerst nach Paris, dann nach Berlin und Gastein und endlich nach London führten. Herr Crispi hat sich darüber öffentlich nicht ausgesprochen und was ihm von Interviewern abgepreßt wurde, hat selbstverständlich nur den Wert, den Erklärungen haben, die mehr darauf zielen, mit dem Abfragenden abzuteilen, als ihn zum Vertrauten zu machen. Herr Crispi hat den Wunsch, seine Kenntnis des Auslandes zu erweitern, als Grund seiner Reise angegeben und uns Deutschen erscheint ein solcher Wunsch außerordentlich natürlich. Wie sollte jemand, der in öffentlichen Angelegenheiten thätig ist, nicht die Gelegenheit aufsuchen, die Persönlichkeiten kennen zu lernen, welche die vorzüglichsten Träger der europäischen Politik sind. Ein wahrer Rattenkönig von Unterstellungen hat sich jedoch weiter an die „vermutlichen" Reisezwecke Crispis geheftet. Es giebt keine europäische Frage, die nicht einmal bei dieser Hypothesenjagd in Mitleidenschaft gezogen wurde. Bald war es die Papstwahl, bald ein Handelsvertrag, bald gar eine Allianz, dann wieder die orientalische Frage, die Herstellung eines europä-

ischen Einverständnisses zur Unterstützung Rußlands, welche die „Mission Crispi“ motivieren sollte. Wir können nicht absehen, daß Herrn Crispis Auftreten irgend wie eine dieser Unterstellungen berechtigte. Schließlich hat man ihm italienischerseits noch wegen seines Telegrammes an den Kaiser einen Etikettenstreit an den Hals geworfen; daß man von deutscher Seite etwas Ähnliches monierte, haben wir nicht gehört. Man sieht also, daß man auch im antivatikanischen Rom päpstlicher als der Papst sein kann.“ Ferner: „Um den ganz unmotivierten Lärm zu verstehen, welchen „die Reden Crispis“ — er hielt nur eine einzige — im Auslande gemacht haben, muß man sich immer zurückrufen, daß diese Reise gerade in den Augenblick fiel, wo Europa sich über die Folgen besann, welche der russische Mißerfolg in den internationalen Beziehungen mit sich bringen würde. Namentlich in Österreich hatte man sich sehr stark in das Gebiet politischer Phantasien dabei aufgeschwungen und von der so erreichten Höhe eigentümliche Entdeckungen gemacht. Ein leitendes ungarisches Blatt hatte alsbald herausgefunden, Deutschland wolle dem „abgethanen“ Rußland in Italien einen Substituten geben oder, wie sich das Blatt gewählt ausdrückte, „einen Feind Österreichs durch den andern ersetzen“. Die „Neue Freie Presse“ verfocht einen ähnlichen Gedanken in einer vorsichtigeren Fassung, die denn auch in die europäische Presse übernommen wurde. Der Inhalt aber war derselbe. Deutschland giebt Rußland auf und hält sich an Italien. Und das sollte Herr Crispi mit seinen Besuchen in Berlin und Gastein gethan haben! Die Verbreiter einer solchen Behauptung haben offenbar die ganze Höhe der Ironie derselben nicht im entferntesten geahnt! Es ist unnötig, über das Verhältnis Italiens zu Rußland sich des weiteren zu verbreiten, das bekanntlich ein sehr befreundetes ist. Die Politik Deutschlands aber war bis jetzt wenigstens keine, die nach dem letzten politischen Witterungsbericht, nach dem Ausgang des letzten Treffens sich richtete. Sie suchte unseres Wissens ihren Ruhm in der wohlüberlegten Reserve, wie in der unbedingten Zuverlässigkeit. Wir möchten annehmen, daß die Schlacht von Plewna nichts daran geändert hat“.

Die Behandlung, welche die Aufnahme des Herrn Crispi zu Berlin in der französischen Presse fand, richtete sich nach dem Wahlagitationsbedürfnis des betreffenden Organs. Die Republikaner

wiesen auf die Annäherung Deutschlands und Italiens, die sie in der Rede Crispis konstatierten, als auf eine Folge der Mac Mahonschen Vatikanspolitik hin; die Konservativen riefen Zeter über die italienischen Bundesgenossen der republikanischen Franzosen, die mit den Deutschen sich verbünden. Ernstlicher nahm, wie schon oben hervorgehoben, das französische Ministerium die Sache; es fand schon in der freundschaftlichen Begrüßung Gambettas durch den italienischen Präsidenten sich in seinen Gefühlen gekränkt. „Warum der Parlamentarier Crispi nicht den Parlamentarier Gambetta begrüßen sollte, wird Herr Cialdini jetzt in Rom auseinander gesetzt haben. Die Zustimmung der Welt zu dem Bann über den französischen Tribun wird er jedoch schwerlich erlangen", sagte man in Berlin.

Eine schwache Seite der italienischen Politik trat bei diesen Vergnügen jedoch mit unleugbarer Schärfe hervor. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Mächten verlangen, wenn sie dauernde und Vertrauen erweckend sein sollen, eine feste Grundlage. Auch ein parlamentarisch regierter Staat kann eine solche im vollsten Maße geben und keine Macht Europas, die mit einem englischen Toryministerium abgeschlossen hätte, würde fürchten, von einem darauffolgenden Whigministerium nun im Stiche gelassen zu werden. Die englische Staatsweisheit versteht es, die praktische auswärtige Politik außerhalb des Parteikampfes zu halten. In Italien sahen wir im Augenblick Erscheinungen, welche die Befürchtung sehr nahe legten, daß diese notwendige Ergänzung des Parlamentarismus noch keineswegs allseitig durchgedrungen war. „Soweit wir erkennen können, bemerkte ein Berliner Blatt, trifft in dieser Beziehung die Schuld vor allem die sogenannte Konsorteria, die ungeduldigen Politiker des gestürzten Ministeriums. Wenn Italien überhaupt noch Verbündete findet, so ist es gewiß nicht das Verdienst jener Politiker, die den Parteihader in alle Verhältnisse ihres Staates hineintragen. Übrigens hat, wie wohl erinnerlich, schon bei der Reise des Kaisers nach Mailand die dauernde Freundschaft beider Nationen bereits so die Kosten der Unterhaltung gedeckt, daß was in Berlin darüber in parlamentarisch-akademischer Weise jetzt verhandelt wurde, außer der Wiederholung bundesfreundlicher Gesinnung und der Knüpfung persönlicher Beziehungen nichts Neues zu sagen sich vorfand."

Crispi sah die auswärtige italienische Politik einem traurigen Schwanken, einer hilflosen Lahmheit anheimfallen, als er sich entschloß, im Jahre 1877 als Präsident der Deputiertenkammer, aber doch aus eigener Imitiative nach Berlin zu kommen, um dort Fühlung für den Aufbau einer mehr selbstbewußten und nationalen Politik zu nehmen. Schon damals fanden die Gesinnungen, mit denen Crispi hier erschienen war, eine freudige Aufnahme bei den Abgeordneten, in der Schriftsteller- und Gelehrtenwelt, die sich in einem Bankett um ihn sammelte, und nicht minder fand Crispi bei dem leitenden Staatsmanne einen sympathischen Empfang. Wer vermag zu sagen, ob, wenn Crispis Politik damals in Rom schon durchgedrungen, der Berliner Frieden der ungünstigste für Italien geworden wäre, den das Königreich je geschlossen hat, und ob es Frankreich gelungen wäre, mit der Besitzergreifung von Tunis von neuem Rom durch ein Karthago in Schach zu setzen. Daß Deutschland damals keine Ursache hatte, italienischer zu sein, als die schwachmütigen Staatsmänner, die die Geschicke Italiens lenkten, liegt auf der Hand. In jener Periode ist ja die Probe auf die Politik gemacht worden, welche von den radikalen Gegnern Crispis noch heute diesem gegenübergestellt wird. Eine Wiederaufnahme jener Politik der Schwäche und Halbheit dürfte zweifellos auch die Ausbreitung französischer Herrschaft auf italienischem Interessengebiet einen mächtigen Schritt weiter fördern und in dem neuen Toulon, das sich Sizilien gegenüber erheben möchte, den Dorn noch tiefer in die Spitze des italienischen Stiefels treiben.

Crispi ist ein viel zu realistischer Staatsmann, als daß der Vorwurf, den man ihm von Paris aus stets macht, er sei ein Feind Frankreichs, irgend Berechtigung hätte. Wahrscheinlich haßt er Frankreich an sich so wenig, als er Deutschland an sich geliebt hat. Von Gefühlen kann bei der Festlegung der Geschicke einer großen Nation nicht die Rede sein. Wohl aber darf man es als ein glückliches Ereignis preisen, daß die Bande, welche die Staatskunst zwischen Deutschland und Italien geschlossen hat, auf dem Gebiete rein menschlicher Verhältnisse ihre Besiegelung gefunden haben. Als im Jahre 1870 Crispi und seine politischen Gesinnungsgenossen für Deutschland Partei ergriffen, da waren sie fern davon, etwa den Franzosen ihre herzliche Teilnahme an deren traurigem Geschicke zu

versagen. Aber sie hatten nur die Wahl zwischen der Einmischung in den Krieg oder — Rom. Sie verlangten das letztere. Der deutsche Kulturkampf knüpfte dann das Band der italienischen Liberalen mit Deutschland enger. Das hinderte Herrn Crispi nicht, als er 1877 nach Berlin ging, zuvor in Paris Herrn Gambetta die Hand zu drücken, was ihm Mac Mahon so übel nahm, als die Begrüßung mit Herrn von Bennigsen in Berlin. Als dann die italienische Regierung nach langem Schwanken zwischen Frankreich und Deutschland sich seit 1881 für letzteres entschied, König Humbert nach Wien reiste und das Bündnis von 1882 vorbereitete, da that Herr Crispi als Deputierter, was seine Gesinnungsgenossen alle thaten, sie versicherten Frankreich der unwandelbarsten Sympathien. Das thaten sie in Palermo bei Gelegenheit des sechshundertjährigen Jubiläums der sizilianischen Vesper, das that Herr Crispi speziell bei Gelegenheit der Gotthardstunnelfeier und zwar in Luzern, in guter Tischlaune. Dort interviewte ihn ein Berichterstatter des gambettistischen „Voltaire“. Dieser mag in seinem Berichte über die Unterredung etwas stark aufgetragen haben, aber er hielt ihn doch gegen alle Desavouierung buchstäblich aufrecht. In diesem Bericht hieß es: „Herr Crispi empfing mich nach Beendigung des Banketts in dem kleinen Zimmer, das er im Hôtel bewohnte. Cavallini, der frühere Sekretär des Herrn Depretis, befand sich bei ihm, Crispi sprach mit großer Energie, klar und verständlich und bat mich, seine Erklärung (déclaration) im „Voltaire“ zu veröffentlichen.

„Sie wünschen mich wegen eines Artikels des Herrn Ollivier zu sehen“ — begann Herr Crispi. „Es freut mich sehr, daß mir auf diese Weise Gelegenheit geboten wird, zu dementieren, was der Minister Napoleons über mich berichtet hat. Er hat die Unterhaltung, die ich mit ihm gehabt habe, ganz falsch wiedergegeben. Er klagt mich im „Figaro“ an, der geborene Feind Frankreichs zu sein. Das ist eine alberne Lüge! Ich bin keineswegs der Feind Frankreichs; ja ich müßte geradezu unsinnig geworden sein, wenn ich eine antifranzösische Politik verfolgen wollte. Ein Krieg zwischen Italien und Frankreich wäre in meinen Augen ein Bürgerkrieg. Ich bin ein Freund aller Völker, in erster Linie bin ich Italiener, aber gerade als italienischer Patriot erkläre ich unumwunden, daß wir den Franzosen nicht zürnen dürfen. — Meine

Gegner sind es, die mich als einen Feind Frankreichs darstellen. Sie thun dies, weil sie auf diese Weise zu verhindern hoffen, daß ich mich je wieder an der Leitung der Regierungsgeschäfte beteilige. Meine Ansicht von dem augenblicklichen Verhältnis zwischen Italien und Frankreich ist einfach folgende: Die Italiener hassen die Franzosen durchaus nicht. Sie lieben sie vielleicht etwas weniger als früher. Das ist alles! Was übrigens diese Erkältung der früheren Beziehungen herbeigeführt hat, das ist die römische Politik und das sind die berühmten Wunder der Chassepots — Mentana! Aber dies wird entstellt und übertrieben und zwar von denjenigen, die Frankreich und Italien gegen einander aufhetzen wollen. Im Jahre 1870 hatte Italien keine 100 000 Mann zur Verfügung. Es konnte nicht daran denken, Frankreich zu Hilfe zu kommen. Ja, wenn wir damals eine Armee gehabt hätten! Man würde dann nicht in den groben Irrtum verfallen können, die Italiener für Freunde Deutschlands zu halten. — Unser König mag gewisse persönliche Sympathien haben, die ihn nach Deutschland hinziehen, aber diese Sympathien sind nicht stark genug, um ein Bündnis zwischen Italien und Deutschland herbeiführen zu können. (?) Was mich angeht, so stehen meine Sympathien auf seiten Frankreichs. Der elendeste Pariser Straßenjunge ist in meinen Augen eine angenehmere Persönlichkeit, als der größte deutsche Philosoph. (Je préfère le dernier gavache de Paris au premier philosophe allemand). Girardin wußte das sehr wohl. Oftmals habe ich es ihm gesagt. Ich schwöre Ihnen zu, daß ich den Ruf, ein Feind Frankreichs zu sein, keineswegs verdiene". Dies sind — so schließt der Berichterstatter des „Voltaire" — die Worte Crispis, die ich ohne Kommentar wiedergegeben habe."

Vom Grafen Andrassy wurde einmal, schon vor dem französischen Kriege, gesagt: „Derselbe neigt in seinen Sympathien nach außen mehr zu Frankreich als zu Preußen hin, was seine Begründung schon in der ganzen Persönlichkeit desselben findet. Dem leichtblütigen, geistreichen Mann muß notwendig das verwandte französische Wesen zusagen. Es wird ihn dies aber selbstverständlich niemals hindern, den ihm persönlich antipathischen Preußen die sympathischen Franzosen totschlagen zu helfen, wenn der Vorteil des Landes und politische Notwendigkeit es erheischen". Nun, aus demselben Grafen Andrassy ist bekanntlich der Begründer des deutsch-österreichischen Bündnisses

von 1879 geworden. Aus Crispi ist ähnlich ein Förderer des mitteleuropäischen Bündnisses geworden. In einer Beziehung ist Crispi immer derselbe Alte geblieben und sein romantisches Herz gehört Frankreich, dem „sympathischsten und unwiderstehlich anziehenden Ausdrucke der modernen Zivilisation". Aber mit welcher Wucht muß wohl die politische Notwendigkeit auf Italien gedrückt haben und noch drücken, wenn jener heißblütige Zug des Herzens nach dem verwandten Frankreich einen Crispi nicht hat hindern können, seinerseits, angesichts des Verhaltens Frankreichs, mit geschwellten Segeln in den Hafen des Dreibundes einzufahren.

König Humbert fand bei seiner Thronbesteigung ein isoliertes Italien vor, dem jeder Freund fehlte. Es glich dem festgefahrenen Schiffe; um es flott zu machen, war ein königlicher Wille am Steuerruder erforderlich. König Humbert hat zwar an der konstitutionellen Schablone nicht gerüttelt, aber doch in dem stärkerem Gefühl der Verantwortlichkeit, das den Regenten auszeichnet, die chauvinistischen Gelüste auf Triest und Welschtirol, das namentlich von den Nachfolgern Gambettas erstrebte Bündnis mit der italienischen revolutionär-republikanischen Partei, die französische Interessen-Politik in Nordafrika (Tunis), den Gegensatz überhaupt, in dem Italien zu Frankreich steht, die desto größere Interessengemeinschaft mit Deutschland und dessen Alliierten Österreich-Ungarn mit etwas anderen Augen angesehen als die Partei-Chefs, und es verstanden, die „Padroni" seines Vaters mit dem dynastischen Interesse zu erfüllen. Er hat im deutschen Norden angeklopft und mit mehr Erfolg, als sein Vater und Vorgänger, der sich eben dahin wandte, als die alten Monarchisten in Frankreich ihre Zeit für gekommen ansahen und der Einzug König Heinrichs V. jeden Tag zu gewärtigen war.

Der „Diritto", ein dem Ministerium Depretis-Crispi sehr nahe stehendes Organ, widmete im Januar 1878 im Hinblick auf die für Deutschland übelwollenden Vergleiche, welche ein Teil der französischen Presse zwischen dem Empfange des Kronprinzen des Deutschen Reiches und der Aufnahme des Marschalls Canrobert in Rom beim Regierungsantritt König Humberts von seiten der italienischen Bevölkerung gezogen hatte, dem Verhältnisse der drei Länder Italien, Deutschland und Frankreich zu einander eine eingehende Betrachtung. „Wenn", schrieb das offiziöse Organ, „ein Unterschied bezüglich des Marschalls

Canrobert bemerkt werden konnte, so darf man die einzige Ursache dieses Unterschiedes nicht in weniger freundschaftlichen Gesinnungen Italiens gegenüber Frankreich, sondern in dem Umstande suchen, daß der französische Vertreter, wie sehr er sich auch um Italien durch so große Leistungen verdient gemacht hat, in verhängnisvoller Weise mit jener konservativen Partei verknüpft ist, welche Frankreich dem gemeinsamen Feinde, — dem Vatikan überliefert wissen will". „Das Bündnis Italiens mit Deutschland", fuhr der Diritto fort, „ist eine Thatsache, nicht von heute, oder von gestern, sondern von mehreren Jahren: es wurde an dem Tage besiegelt, an welchem wir, dank der Loyalität der deutschen Regierung, Venedig und dann Rom frei sehen konnten. Keine Wolke verdunkelte jemals diese Freundschaft: kein Konflikt der Interessen oder Prinzipien vermochte sie jemals zu kompromittieren. Dieses Bündnis ist geschichtlich". Nachdem das Blatt demnächst dieses Sündenregister Frankreichs gegenüber Italien aufgeführt und den durch Deutschland geleisteten Diensten gegenüber gestellt hat, führte dasselbe aus, daß das am 13. Dezember 1877 in Frankreich eingeleitete, liberale System noch zu frischen Datums sei, um die italienische Nation „hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Freundschaft einer Nation beruhigen zu können, welche am 13. Dezember vorigen Jahres beinahe in die Hände derjenigen Partei gefallen wäre, welche Italien verwünscht und die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zum Programm genommen hat". Ebenso entwickelte der „Diritto", daß das deutsch-italienische Bündnis gerade die sicherste Garantie nicht bloß für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, sondern auch für die Entfaltung und Befestigung der liberalen Institutionen in Frankreich selbst sei, da der Feind, welcher die Freiheit Frankreichs bedrohe, derselbe sei, der sie auch in Italien und in Deutschland gefährde: nämlich die Partei „des Syllabus, die Partei des Vatikans, die Partei, welche den Streich vom 16. Mai 1877 inspirierte und welche stets alle freiheitvernichtenden Versuche inspirieren wird, die in jedem Lande der Welt zur Ausführung gelangen".

Das Blatt wies dann darauf hin, daß es gerade die deutsch-italienische Freundschaft gewesen sei, welcher die französischen Republikaner den günstigen Ausfall der letzten Wahlen verdankten, da durch jene Allianz die Bestrebungen der französischen Reaktion gelähmt worden

seien. Der Artikel schloß mit der Versicherung, daß, wenn Italien das Bündnis mit Deutschland wolle, es doch nicht die Absicht hege, auf die Allianz mit dem liberalen Frankreich Verzicht zu leisten.

Die feindliche Gesinnung Frankreichs gegen Italien, zumal das Verhalten desselben in Tunis, drängte Italien mehr und mehr auf die Seite Deutschlands. Im Sommer 1880 hatte Frankreich einen Streit mit dem Bei von Tunis. Unwillig genug hatte man in Italien wahrgenommen, wie das drohende Auftreten der Franzosen den schwachen Fürsten eingeschüchtert und seine Sympathien für Italien lahm gelegt hatte. Als nun aber vollends die Raubanfälle der Krumir Frankreich im März 1881 den Vorwand zum Einmarsch in Tunesien boten, brach der Sturm der nationalen Entrüstung gegen das Ministerium Cairoli los. Dasselbe trat seinen Platz wieder an das Ministerium Depretis ab, in welchem Mancini das Auswärtige leitete, eine rege Thätigkeit entwickelte, um die militärischen Kräfte des Landes zu steigern und eine entschiedene Schwenkung zum Anschluß an Deutschland machte. Ganz leicht war diese Annäherung nicht; denn in Wien hatte man Ursache genug, gegenüber dem Treiben der Irredenta auf der Hut zu sein und Fürst Bismarck hegte durchaus keine Sympathie für die soweit nach links gehenden italienischen Staatsmänner; überdies war seine Politik mehr und mehr auf eine Annäherung an den Vatikan gerichtet und dadurch Italien eher abgeneigt. Gleichwohl ergriff Mancini die Initiative, um durch einen Besuch seines Königs in Wien den Wunsch einer näheren Verständigung zum unzweideutigen Ausdruck zu bringen; die Aufnahme, welche König Humbert und seine Gemahlin vom 27. bis 30. Oktober 1881 bei dem Kaiser fanden, ließ denn auch an Herzlichkeit nichts zu wünschen. Allerdings hatten Depretis und Mancini, welche den Monarchen begleiteten, wohl weitergehende Ziele im Auge gehabt, als sie zu erreichen vermochten; wenigstens äußerten sich einige Tage nach der Abreise des italienischen Besuches österreichische Staatsmänner wie Kallay und Andrassy in den Delegationen so kühl über das Ereignis, daß ihr Bestreben, die Bedeutung desselben herabzudrücken, unverkennbar war. Dazu kam, daß des Königs Reise nicht, wie man erwartet hatte, auch nach Berlin gegangen war und daß wohl nicht ohne Grund angenommen wurde, man habe dort den Besuch nicht gewünscht; äußerte sich doch Bismarck einige Wochen später

(am 29. November 1881) im Reichstage wenig wohlwollend über die innere Entwickelung Italiens.

„In Italien, sagte Fürst Bismarck, ist der Schwerpunkt von Ministerium zu Ministerium immer mehr nach links geglitten, so daß es, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gehen kann." Minghetti, der ehemalige Minister der Rechten, vertrat die Äußerung des deutschen Kanzlers in der Deputiertenkammer. Mancini, Minister des Äußern, wollte dieselbe Äußerung nur als Warnung an Deutschland gerichtet ansehen. Zwei Tage darauf erklärte der auswärtige Minister in der Deputiertenkammer, er sei glücklich, der Kammer mitteilen zu können, daß er vor einigen Stunden ein Telegramm erhalten habe, in welchem Fürst Bismarck mit großer Kourtoisie ihm danken lasse für die vorgestern von ihm in der Kammer abgegebenen Erklärungen über die Äußerungen des deutschen Reichskanzlers im Reichstage. Die Auffassung dieser Äußerungen durch den Minister Italiens, habe Fürst Bismarck hinzugefügt, stehe vollständig im Einklang mit der Auffassung desjenigen, der sie gethan; man könne wohl nicht zweifeln, weder an den freundschaftlichen Gefühlen und Absichten des Fürsten Bismarck, Italien gegenüber, noch auch an der Aufrichtigkeit seiner Wünsche für die erlauchte, mit dem deutschen Kaiserhause so eng verbundene italienische Dynastie. Mancini schloß seine Erklärung mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die Italiener, nachdem jede unnütze Diskussion in der Kammer und im Lande aufgehört habe, sich allesamt vereinigen würden in den Gefühlen der Sympathie und der Freundschaft für Deutschland und in den Gefühlen ruhigen Vertrauens und der Achtung für die hohe Weisheit und die Seelengröße des erhabenen Staatsmannes, der an der Spitze der deutschen Reichsregierung stehe.





V.

Das Drei-Kaiser-Verhältnis.

Der Gang der Ereignisse brachte es mit sich, die Fragen genauer zu erörtern: wann ist für die verbündeten Mächte der Bündnisfall gegeben? Wie weit geht zwischen ihnen die Gemeinsamkeit der Interessen? Welchen Spielraum bleibt jeder einzelnen Macht für Anknüpfung von näheren Beziehungen zu den außerhalb des Bundes stehenden Mächten? Wir nehmen hier die Antworten vorweg, die von kompetenter Stelle anläßlich konkreter Fälle gegeben wurden.

Im Herbst 1886 führte Bismarck aus, daß das Bündnis mit Österreich nicht den Sinn habe, in jedem Falle die diplomatische und militärische Aktion beider Staaten zu vereinen. Große Staaten, so meinte der Kanzler damals, haben notwendig nicht nur gemeinsame, sondern auch gesonderte Interessen. Die letzteren müsse jeder Staat für sich wahrnehmen, und ihre Verletzung bilde keinen casus foederis. Dagegen werde das deutsche Interesse berührt, sobald Österreichs Großmachtstellung in Frage komme. Deutschland könne nicht zugeben, daß im Falle eines Krieges Österreich geschwächt oder vernichtet werde, und ebenso werde Österreich nicht Gewehr bei Fuß zusehen, wie Deutschland einem solchen Schicksale verfalle. Am 11. Januar 1887 sagte Bismarck im Reichstage in Bezug auf Deutschland und Österreich, daß beide Mächte gemeinsame und gesonderte Interessen haben. Die gesonderten Interessen müßten von jeder der einzelnen Mächte gesondert wahrgenommen werden. „Wir haben von Österreich niemals verlangt und haben auch keinen Anspruch darauf, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich mische. Soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie, mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige In-

teressen. Aber was Österreich in Konstantinopel für Interessen hat, das wird Österreich allein zu beurteilen haben. Wir haben dort keine. Ich wiederhole es."

Bismarck wiederholte am 6. Februar 1888: „Deutschland sei der orientalischen Krisis gegenüber vollkommen, und ohne irgend welcher Verpflichtung zu nahe zu treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mittelländischen Meere, in der Levante nächstbeteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen und wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Wir sind weder zu dem einen, noch zu dem andern in erster Linie in der orientalischen Frage berufen." Hierzu wurde in der Presse bemerkt: „Diese Darstellung entspricht sowohl den früheren Ausführungen des Fürsten Bismarck als auch dem Inhalt des Bündnisvertrages, sie erschöpft aber den Sachverhalt nicht. Allerdings ist für Deutschland der Kriegsfall nicht gegeben, wenn etwa Rußland in Bulgarien einrücken und Österreich darauf mit einer Kriegserklärung antworten sollte. In erster Linie würde dieser Vorgang nur Österreich=Ungarn, Italien und vermutlich Rumänien und Serbien, vielleicht auch England angehen. Deutschland ist nach dem Vertrage nur verpflichtet, gegen Österreich „mindestens" wohlwollende Neutralität zu beobachten. Aber da Deutschland eine Schwächung Österreichs nicht zulassen kann, so würde es im Falle einer österreichischen Niederlage vermutlich zur Einmischung genötigt sein. Insofern ist auch für Deutschland die orientalische Frage von Belang. Nun aber ergiebt der deutsch=österreichische Vertrag, daß von Anfang an Deutschland an dem Kriege beteiligt ist, wenn derselbe die Form eines Angriffs auf Österreich annimmt. Ganz mit Recht sagt man in Rußland, der Weg nach Konstantinopel führt über Wien. Jede Verwickelung im Orient zeigt die Unversöhnlichkeit der Interessen von Rußland und Österreich=Ungarn. Das Zarenreich kann nicht eher daran denken, seine Pläne durchzusetzen, bis es die habsburgische Monarchie überwunden hat. Die österreichische Regierung aber kann es einrichten, in einem solchen Kriege mit Rußland in die Rolle des Angegriffenen zu kommen. In diesem Falle hätte Deutschland sofort und ohne Bedingung mit seiner gesamten Kriegsmacht einzuschreiten. Fürst Bismarck hatte daher guten Grund zu sagen, der Vertrag habe die Kriegsmöglichkeiten für das Deutsche Reich erweitert „durch

Hinzufügung derjenigen, welche Österreich ohne sein Verschulden betreffen könnten." Unter diesen Umständen erscheint eine orientalische Krisis für Deutschland kaum minder bedeutsam, als für Österreich."

Man sieht, daß die Grenzen, bis wohin die Verpflichtung jeder einzelnen der verbündeten Mächte geht, nicht sehr scharf zu ziehen ist. Das Wesentliche ist „das Einstehen für den bestehenden Besitzstand in Europa gegen jeden, der diesen und den Frieden stört." (Crispi.) Es besteht zwischen den drei europäischen Zentralmächten ein Schutzbündnis, denn dieselben sind gewillt, einen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern; aber dieses Schutzbündnis ist auch ein Trutzbündnis, denn es verpflichtet seine drei Teilnehmer, einen Krieg gemeinsam abzuwehren, falls die Verhütung eines solchen nicht möglich sein sollte. Der Bund hat eine Spitze gegen drohende Friedensstörungen und repräsentiert die große Mehrheit der europäischen Bevölkerungen, gegenüber der Minorität, welche die Kalamität großer Kriege über Europa herbeizuführen sucht, gegenüber den beiden Mächten, welche die drei Zentralmächte nötigten, sich zu einem Bündnisse zusammenzuthun, denselben, die in Ost und West mit ihren ruhelosen Prätensionen unausgesetzt an den Grundpfeilern des Friedens rütteln. Rußland und Frankreich bilden diese Minderheit, gegen sie ist das Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zunächst nur als Damm, aber nötigenfalls auch als Mauerbrecher aufgerichtet. War denn der Zustand, in welchen Rußland durch seinen Verzicht auf die Freundschaft Deutschlands die Welt versetzte, auf die Dauer erträglich? Hatten nicht Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien in gleicher Weise Anlaß, jener sogenannten Politik der freien Hand gegenüber, welche man, um Frankreich zu ermutigen, in Petersburg proklamierte, auf der Hut zu sein und die Mittel zur Abwehr zu erwägen? An Frankreich hat Deutschland einen Feind, Italien keinen Freund, an Rußland hat Österreich-Ungarn einen Feind, Deutschland keinen Freund. Drohte man nun von Paris und Petersburg gar mit einer russisch-französischen Allianz, deren Tendenz nur gegen die drei Zentralmächte gerichtet sein könnte, so war es fast von selbst wie ein einfaches Regel-de-tri-Exempel gegeben, daß die Bedrohten dem russisch-französischen Zukunftsbündnisse zuvorkamen und unter einander sich zu einer Allianz zusammenthaten. Die Gefahr für den Frieden,

welche von Ost und West drohte und welche in sich wiederum für jede der drei Zentralmächte eine besondere Gefahr enthielt, hatte den Gegensatz der Einzelinteressen, der etwa zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestand, ausgelöscht.

Eine feindselige Spitze gegen die unfriedlichen Mächte hat der Bund deswegen nicht. Im Gegenteil, seine Tendenz richtet sich auf die Hineinziehung derselben in die Solidarität der Friedensinteressen. Die guten Beziehungen jeder einzelnen der verbündeten Mächte zu Frankreich oder Rußland, oder auch zu jeder andern Macht, sei es England, sei es Spanien u. s. w. gelten als ein Pfand mehr, das die Zwecke des Bundes sichert. Wenn man da und dort den Dreibund dadurch lockern zu können glaubt, daß man, um in Berlin Eindruck zu machen, auf eine österreichisch-russische, um in Wien einen Effekt zu erzielen, auf eine deutsch-russische und um Italien in Wien und in Berlin zu verdächtigen, auf eine französisch-italienische Annäherung aufmerksam macht, so beweist dies nur, daß man dort, von wo solche Versuche ausgehen, die Verhältnisse und das Wesen des Dreibundes noch immer verkennt. Man sollte endlich wissen, daß der Dreibund das Bestreben seiner Mitglieder, die guten Beziehungen zu andern Staaten zu befestigen, nicht nur nicht ausschließt, sondern daß es im Interesse des Friedensprogrammes, auf welchem der Dreibund beruht, gelegen ist, weitere Anhänger dieser Politik zu gewinnen, was nur durch die Pflege guter Beziehungen zu andern Staaten möglich ist und daß es ein Trumpf für die Dreibundpolitik wäre, wenn die Mitglieder der Tripelallianz zu den Staaten, die bisher als ihre Gegner betrachtet wurden, in freundschaftliche Beziehungen treten würden. Die Gegner des Dreibundes müssen also wohl darauf verzichten, die Nachrichten über angestrebte oder erzielte Annäherungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Dreibundes und anderer Staaten zur Aussaat von Mißtrauen zu verwerten.

Jede Friedenstendenz, die sich außerhalb des Bundes offenbart, kommt den Zielen dieses zu statten. Die Staatspolitik der Alliierten sucht alles zu vermeiden, was die Nachbarn reizen und den Zusammenstoß beschleunigen könne, im Gegensatz oft zu einer in Berlin wie anderswo gelegentlich zu Tage tretenden Nebenpolitik, welche alles zusammenträgt, was reizt, Unruhen erzeugt und Handel

und Wandel lähmt. Der Dreibund ist dem Wortlaute seiner Verträge nach ein Kriegsbund, das heißt er tritt für den Fall eines drohenden Angriffs von einer fremden Seite auf einen der Kontrahenten unter gewissen Voraussetzungen in Aktion. Für die Friedenszeit existiert eigentlich der Dreibund nicht, jeder Teilnehmer kann seinen eigenen Interessen nachgehen. Aber er ist ein Friedensbund, sofern er den Frankfurter Frieden von 1871 und den Berliner Frieden von 1878 dadurch aufrecht zu erhalten sucht, daß gegen jeden Versuch eines Bruches der durch diese Friedensschlüsse geschaffenen Rechtsordnung der casus foederis eintritt. Er ist ferner ein Friedensbund dadurch, daß seine vereinigten Machtmittel die Friedensfeinde in Respekt halten. Er ist das auch noch in anderer Beziehung. Es liegt in der Natur der Sache, daß zwei Mächte, die sich so nahe getreten sind, daß sie einander für den Fall eines Krieges den Besitzstand sichern, unter sich alles entfernen, was ihren eigenen Frieden gefährden könnte. Der Dreibund ist daher die Vereinigung von drei Mächten, die durch ihre Abmachungen für den Fall eines Krieges vor allem andern die Verpflichtung übernommen haben, unter einander in Frieden zu leben. Man kann mehr sagen: die Gewährleistung des Besitzstandes im Falle des Angriffs von fremder Seite setzt eine solche Gemeinsamkeit der Interessen, oder eine solche Abwesenheit von trennenden Momenten zwischen den Kontrahenten voraus, daß sie Konflikte unter einander nicht zu fürchten haben. Der Eintritt Italiens in den Dreibund konnte nicht stattfinden, ohne die Möglichkeit eines Konfliktes mit Österreich, der von seiten der Irredentisten droht, vorweg zu ersticken. Zu einem Friedensbunde wird der Dreibund noch durch etwas anderes. Durch ihn ist die Gefahr eines Krieges für jeden Bundesgenossen mit andern verstärkt — ein Ausspruch, den auch Bismarck am 6. Februar 1888 gethan. Denn wer sich mit einem andern verbindet, trägt nicht mehr bloß das Risiko eines eigenen Krieges mit einem dritten, sondern auch dasjenige eines Krieges, in den er durch den Alliierten verwickelt wird. Eine solche durch das Bündnis verdoppelte Kriegsgefahr legt den Kontrahenten eine verdoppelte Verantwortlichkeit, eine um so größere Friedfertigkeit auf. Jeder einzelne wird, um den Krieg zu vermeiden, in den er zugleich andre verwickelt, um so mehr nach außen Frieden zu halten suchen, abgesehen davon,

daß er für kriegerische Tendenzen eine Schranke an seinen Bundesgenossen findet.

Die Bemühung um die Verhütung des Krieges erhält den Dreibund in fortwährender Aktion. Der casus foederis ist ein perennierender. Daher die regelmäßigen Begegnungen, die Bismarck mit den leitenden Staatsmännern Österreichs und Italiens hatte. Sie bedurften keines speziellen Anlasses, keiner konkreten Ursache. Sie ergaben sich aus der Natur des Bündnisverhältnisses zwischen den drei Reichen und aus der innigen Ausgestaltung, aus der inneren Kräftigung derselben. Nicht selten hat die Publizistik, insbesondere wenn das stets wechselnde Bild der Orientfrage in eine seiner vielen Phasen getreten ist, den Wert des Bündnisses einer Kritik unterzogen, welche nur der Ausfluß einer irrigen Anschauung über dessen Wesen sein konnte und welche gleichsam von der Ansicht ausging, als wäre es bestimmt, nur bei jeder Wandlung in die Aktion zu treten. Nicht bei jeder einzelnen Erscheinung, welche der rasche Strom der Tagespolitik an die Oberfläche wirft, nicht bei jeder Metamorphose, in welcher sich irgend ein ungeklärter Zustand Europas bekundet, kann das Bündnis in Aktion treten, gleichsam à la minute arbeitend, oder als Mittel in kleinen Dosen verausgabt werden. Es ist immer in Thätigkeit und in welcher entscheidenden Weise dasselbe schon durch seinen Bestand in vielen kritischen Augenblicken, in denen der Weltteil den Gefahren der Konflagrationen nahestand, im Interesse des Friedens gewirkt hat und mit welcher Kraft es der europäischen Politik sein Gepräge aufgedrückt hat und noch immer ihre Richtung bestimmt, darüber haben bereits die Thatsachen gesprochen und das begreift heute jedermann. Nicht in einer Verständigung über die Auffassung einer speziellen Frage kann der Wert der Beziehungen des Dreibundes bestehen, sondern in der lebendigen Fortdauer des Bündnisses, welches als die naturgemäße Grundlage der gemeinsamen Politik fortwirken und dem Gesamtbewußtsein als ein Faktor gegenwärtig bleiben muß, mit dem jeder politische Kalkül beginnen muß. Die wiederkehrenden periodischen Begegnungen der Minister der Bundesstaaten waren in hohem Grade geeignet, diesen Eindruck allerorts zu erzielen und jede Illusion zu zerstreuen, welche etwa von der Annahme ausgehen konnte, das Bündnis hätte an Kraft eingebüßt oder hätte die Innigkeit desselben irgend welchen Wechsel erlitten.

Daß der Bund für die Nichtteilnehmer etwas Maßgebendes hat, ja wie ein Druck empfunden wird, liegt keineswegs bloß in der ungezügelten Kriegslust gewisser Mächte. Der Bund mag noch so sehr beteuern, daß er nur definitive Zwecke hat, die Scheidung zwischen Schutz und Trutz ist keineswegs in der Praxis eine so scharfe, wie in der Abstraktion. Vom alten Fritz wird neben vielem andern auch eine artige Anekdote erzählt, die schildert, wie er einstens seine Generäle über die Frage examiniert habe, wie die Mark Brandenburg gegen einen von Süden heranrückenden Feind am besten zu decken wäre. Jeder der Herren hatte ein andres Rezept. Der eine empfahl eine Zentralstellung bei Jüterbogk, ein andrer wollte eine Flankenstellung bei Neisse einnehmen, wieder ein dritter wußte ein drittes. Keiner aber war um gelahrte Gründe und tiefsinnige Argumente für seine Ansicht verlegen. Der alte Fritz sah lächelnd zu und sagte dann: „Ihr irrt, Messieurs, Eure Mittel sind alle schlecht. Es giebt nur eine sichere Verteidung für Brandenburg, und das ist ein Angriff auf Sachsen oder Böhmen". Wir können natürlich für die historische Wahrheit dieses Geschichtchens nicht einstehen, allein seine Tendenz entspricht jedenfalls dem Genius des großen Königs, der die Wahrheit erkannt hatte, daß vom militärischen Gesichtspunkte aus die beste Abwehr im Angriff, die einzig sicher wirkende Defensive in der Offensive zu suchen sei. Nach diesem Grundsatz ist tausendmal in der Weltgeschichte gehandelt worden. Bismarck hat allerdings von einem solchen „Präventivkrieg" niemals etwas wissen wollen. Man kennt seine Klausewitztheorie und die Geschichte des Klausewitzartikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die gegen die Berliner Militärpartei gerichtet war. Aber er hat doch auch selber einmal sich anders ausgesprochen. Als im Jahre 1873 nach dem Sturze Thiers mit der Präsidentschaft Mac Mahons die klerikalen und monarchistischen Elemente Frankreichs emporgekommen waren, und Fürst Bismarck in einer Depesche vom Januar 1874 an die deutschen Gesandten erklärte, daß ein klerikales Frankreich der geschworene Feind Deutschlands sei, wurde dem Reichskanzler als weiterer Inhalt dieser Depesche die Äußerung zugeschrieben, daß, falls ein Zusammenstoß unzweifelhaft und unvermeidlich wäre, die deutsche Regierung den Zeitpunkt nicht abwarten werde, der etwa für Frankreich je nach dem Stande seiner Kriegsbereitschaft der passendste wäre.

Man kann also nur sagen, daß der Bündnisfall (im eigentlichen Sinne) einer Defensivallianz eingetreten ist, wenn der betreffende Verbündete einen gerechten Kriegsgrund hat. Aus dieser Erwägung ergiebt sich, daß sehr leicht der Bündnisfall gegeben sein kann, ehe ein wirklicher Angriff seitens Frankreichs oder Rußlands erfolgt ist. Ist doch auch die Herbeiführung eines solchen Angriffes schließlich nur ein Kunststück der Diplomatie. Denn, will dieselbe den Krieg herbeiführen und doch die Rolle des Angegriffenen übernehmen, so braucht sie nur durch militärische Maßregeln oder durch offenkundige und unerträgliche Ehrverletzungen dem Gegner das Schwert in die Hand zu drücken. Nichts natürlicher, als daß ein Defensiv-Bündnis dem Gegner nicht immer in seiner ganzen Reinheit erscheint, sondern als eine Bedrohung. Nichts natürlicher auch, als daß er sich ebenfalls nach Bundesgenossen umsieht, nicht für seine Kriegslust, sondern für die vermeintliche Gefahr, die ihm seitens der Friedensbündler droht.

Man nennt es auch vermöge der Stellung, die Deutschland im Bunde einnimmt, teutonische Vorherrschaft, was als Alp empfunden wird. Gleich einem roten Faden zieht sich durch die Betrachtungen der französischen und der russisch-panslawistischen Presse die Klage über die „deutsche Tyrannis". Jede einzelne Nation ist in ihrer natürlichen Entwickelung gehemmt; alle fühlen sich fortwährend in ihrer Freiheit und Existenz bedroht, das vorher so vollkommen vorhanden gewesene europäische Gleichgewicht ist zerstört und an seine Stelle der brutale Wille Deutschlands getreten. Das Gedächtnis an die russische Vorherrschaft zur Zeit des Zaren Nikolaus, an die französische zur Zeit Napoleons III. ist ausgestorben. Wenn die gegenwärtige Periode nun einmal diejenige einer deutschen Vorherrschaft sein soll, so ist für diese letztere es jedenfalls charakteristisch, daß jedes Volk bis auf das kleinste hinab bei sich zu Hause vollkommen Herr ist. Zwang ist heute nur solchen Bestrebungen gedroht, welche darauf ausgehen, Europa mit Krieg, Mord und Plünderung zu erfüllen. Wer dies als „Alp" bezeichnet, der muß auch in jedem zivilisierten Staate die zum Schutze der Person und des Eigentums bestehenden Gesetze als solchen empfinden. Elemente solcher Art aber pflegt man gewöhnlich nicht um Rat zu fragen, was recht und was sittlich ist.

Leider findet die deutsche Presse mit solchem Raisonnement

(vergleiche „National-Zeitung“ vom 11. September 1888) kein Gehör. Thatsache ist, daß das Bündnis von 1879 Europa in zwei feindliche Teile geteilt hat. Gleichwohl ist es im stande gewesen, vermöge seiner innern Natur, zu Rußland und Frankreich Beziehungen zu schaffen, die einesteils in dem im Frühjahr 1884 geschlossenen Drei-Kaiser-Verhältnis, anderenteils in der Politik Ferrys gegenüber Deutschland kulminierte und jene friedliche Glanzperiode Europas begründete, die Bismarck am 10. Januar 1885 mit den beredten Worten zeichnete: „Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen. Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiete sehr dankbar sein. Vielleicht ist mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen. Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen, in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner (Windthorst) nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt, jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von andrer Seite kommen könnte. Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen; das Gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen, seit der Zeit vor 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden, wie heute. Es ist das das Ergebnis einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ihrerseits ebenso hoch zu schätzen weiß, wie wir: beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität giebt, als einen deutsch-französischen Krieg. Wir haben das einmal gegenseitig durchgemacht, und für den Sieger und Besiegten ist es ein schweres Unglück, nach beiden Seiten hin; selbst ein siegreicher Krieg von diesen Dimensionen ist ein Unglück für das Land, das genötigt wird, ihn zu führen, und ich glaube, daß auf keiner von beiden Seiten eine Versuchung dazu besteht. Minoritäten, die rerum novarum cupidae sind, und die die jetzige Regierung um jeden Preis stürzen wollen, auch um den, ihr Vaterland in aus-

wärtige Kriege zu stürzen — ja, meine Herren, die finden Sie in jedem Lande.“ Diese Situation überdauerte nicht das Jahr 1885.

Das Jahr 1882 hatte durch das Scheitern des russischen Planes, Österreich durch das Projekt der Teilung der Türkei zu gewinnen, an dessen Stelle der Hinzutritt Italiens zum Dreibunde trat, in Rußland den Groll gegen Deutschland neu aufgefrischt, bis ein andrer, von Deutschland unterstützter Plan, der der Teilung der Interessensphäre Österreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel, die drei Kaiserreiche in ein intimes Verhältnis zu einander setzte. Wir werden sehen, daß dieses neue System, durch welches das der Teilung der Türkei abgelöst wurde, ebenfalls sich nicht bewährte. Es war eben nur ein Versuch, die Tendenzen des Dreibundes mit der russischen Politik in Einklang zu bringen. Ein österreichischer Diplomat sagte im Juli 1888: „Die Politik und die Ziele, welche das Wiener Kabinett in der orientalischen Frage verfolgt, werden von der europäischen Presse nicht überall und nicht immer richtig aufgefaßt. Man dichtet hier und da diesem Kabinett Eroberungs- und Einmischungsgedanken an, mit denen es sich keineswegs trägt. Man sagt, Österreich-Ungarn wolle sich Makedoniens und Salonichis bemächtigen; hierüber hat aber der Graf Kalnoky noch ganz kürzlich die förmlichsten Erklärungen abgegeben und niemand wird jetzt noch loyalerweise diese Behauptung aufstellen können. Ein Gleiches gilt von dem Projekt einer Teilung der Einflußsphäre zwischen beiden Mächten auf der Balkanhalbinsel. Einfluß läßt sich nicht teilen, wie man ein Ländergebiet teilt. Die Völkerschaften fügen sich unter dem Drucke der Gewalt einer Länderteilung; es giebt aber keine materielle Gewalt, die ihnen einen Einfluß aufzuzwingen vermag, welchem ihre Gefühle sich widersetzen. Was man übrigens mit „Einfluß“ bezeichnet, ist in Wahrheit nichts andres als „Herrschaft“. Hierin liegt wohl der hauptsächlichste Grund für das russenfeindliche Auftreten Österreich-Ungarns. Diese Art von Teilung ist nach seiner Ansicht sehr gefahrvoll und birgt sehr viele Konfliktsmomente. Hiervon, so sagen die Wiener und Pester Staatsmänner, giebt die österreichisch-preußische „Teilung“ in den Elbherzogtümern ein lehrreiches, noch nicht vergessenes Beispiel. Österreich verfolgt auf der Balkanhalbinsel ebenso wenig eine Eroberungspolitik, als es Projekte ausschließlicher oder geteilter Beherrschung im Schilde führt. Österreich-Ungarn will

nur seine südöstlichen Grenzen sichern. Österreich führte seiner Zeit gegen die Türken Krieg, als diese durch ihre kriegerischen Einfälle die Integrität der habsburgischen Monarchie bedrohten. Später, zu Metternichs Zeiten, und als die Türkei eine friedliche Macht geworden war, trat das Wiener Kabinett für die Integrität des ottomanischen Reiches ein, das an der Donau und auf dem Balkan Österreich als Schutzwall diente. In der neuesten Zeit, nachdem die Emanzipation der tributpflichtigen Staaten der Türkei in das politische System der Großmächte eingefügt worden war, lieh Österreich ritterlichen Beistand jenen jungen autonomen Staaten, deren wirkliche Unabhängigkeit und fortschreitende Entwickelung für die österreichisch-ungarische Monarchie zur besten Sicherheitsbürgschaft werden kann. Daraus entspringt Österreichs Einspruch gegen jeden Vorschlag, diese Staaten unter einen auswärtigen dominierenden Einfluß zu stellen. Österreich befürchtet durchaus nicht die Wirkung eines solchen Einflusses, wenn derselbe von der russischen Regierung innerhalb gerechter Grenzen und aus zivilisatorischen oder aus humanitären Bestrebungen entspringend, geübt wird: auf diesem rein moralischen und intellektuellen Gebiete würde jeder Fortschritt den Interessen der Nachbarstaaten und ganz Europa förderlich sein. Was Österreich befürchtet und bekämpft, das ist die panslawistische Agitation, die sich hinter dem offiziellen Rußland, welches korrekt und loyal auftritt, versteckt, mit Hilfe dieser Deckung die materielle Herrschaft über jene Gebiete an sich reißen und mit der letzteren Unterstützung, die sie per fas aut nefas zu erzwingen gedenkt, die Existenz des österreichisch-ungarischen Reiches untergraben will. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für Österreich. Dasselbe kann sich den inneren Angelegenheiten der Balkanstaaten gegenüber ganz teilnahmlos verhalten; es kann ihm gleichgültig sein, ob Bulgarien von dem Prinzen von Battenberg oder von dem Prinzen von Koburg, vom Herzog von Leuchtenberg oder von sonst wem regiert wird. Was aber Österreich aus Gründen der eigenen Sicherheit nicht zugeben darf und wird, ist, daß Bulgarien oder ein andrer Balkanstaat geradezu ein Vasall Rußlands werde und daß die Agenten der panslawistischen Propaganda unter dem Deckmantel russischer Beamten Unruhe und Zerbröckelung über die slawischen Provinzen Österreich-Ungarns bringen."

Gleichviel, es wurde im Jahre 1884 ein Versuch mit der Teilung der Interessensphäre gemacht. Ein deutsch-russischer Preßstreit knüpfte an eine Äußerung an, die Fürst Gortschakow gethan haben soll, die aber erst im Jahre 1883 durch ein russisches Journal bekannt wurde, nämlich die Äußerung, der Berliner Vertrag sei das „dunkelste Blatt in seiner dienstlichen Laufbahn.“ Darüber wurde aus Berlin entgegnet, daß, wenn Fürst Gortschakow wirklich diese Äußerung gethan habe, er dennoch die Verantwortung für dieses sogenannte „dunkelste Blatt seiner dienstlichen Laufbahn“ tragen müsse. Man konstatierte, daß alle Anträge Rußlands ohne Ausnahme auf dem Kongresse die Unterstützung Deutschlands gefunden hätten. „Daß die russischen Anträge und also auch die deutsche Unterstützung derselben auf dem Kongreß nicht weiter gingen als geschehen, lag nicht in dem Mangel deutscher Unterstützung, sondern in der Abneigung Rußlands, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen; und diese Abneigung war wieder dadurch begründet, daß Rußland es versäumt hatte, in dem Zeitpunkte, wo es hierzu die militärische Möglichkeit hatte, Besitz von Konstantinopel und den Meerengen zu ergreifen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden, wie den von San Stefano schließen zu wollen. Im Besitze der Meerengen hätte Rußland einen Seekrieg abwarten können. Alle Versuche, die Schuld dieses strategischen Fehlers der deutschen Politik aufzubürden, werden vor der Kritik der Geschichte und auch wohl bei den Lesern der „Nowoje Wremja“ auf die Dauer keinen Bestand haben.“

Jetzt schlug die „Nowoje Wremja“ einen Ton an, der bisher aus ihrem Munde noch nicht vernommen war. Das Blatt schrieb: „Der Hinweis darauf, daß Rußland seine ganze Position einbüßte, als es Konstantinopel nicht besetzte, wirft ein ganz neues Licht auf die damaligen Verhältnisse, auf welchen wir aus leicht begreiflichen Gefühlen nicht insistieren. Uns, das heißt der „Nowoje Wremja“, fehlte zu jener Zeit jedes Verständnis für die Unterlassung der Besetzung, wir drängten nach Möglichkeit auf den Einzug in Konstantinopel. Sobald dieses in unsern Händen war, hätte der Berliner Vertrag sein heutiges Gesicht nicht erhalten können, er würde nicht jene Folgen gehabt haben, die uns drohend und voll Schwierigkeit umgaben. Die Diplomaten, die Umgebung des Kaisers und ein

Teil der Presse, an deren Spitze der „Golos" stand, waren gegen die Besetzung; sie bestanden darauf, daß man nicht weiter gehe und Europa die Freiheit der Entscheidung lasse. Unser damaliger Botschafter in London, Graf Schuwalow, war die Seele jener Unentschlossenheit, jener leeren Angst, die sich mit dem Namen der Vorsicht aufputzte. Der damalige Minister des Innern, als Vorgesetzter der Presse, bedrohte die Artikel mit Strafe, in welchen die Unumgänglichkeit der Besetzung Konstantinopels dargelegt wurde. Bald prunkte man mit dem Siege, trotzte der ganzen Welt und drohte den Mauern Konstantinopels mit Zerstörung, dann, wenn das mot d'ordre gegeben wurde, war man wieder ganz Demut, ja Unterwürfigkeit. Der Berliner Vertrag wurde von der europäischen Presse gefeiert, der sich ein Teil der russischen Presse anschloß, die sich in Lobeshymnen geradezu überschlug. Das Publikum aber nahm den Vertrag kalt entgegen und unsre Bevollmächtigten zum Kongreß kehrten nach Hause zurück mit auf immer vernichtetem Ansehen. Selbst ein so hoch in Ansehen stehender Mann wie Fürst Gortschakow verlor dabei seine Popularität. Rußland aber konnte nicht glauben, daß auf russische Mattherzigkeit alles zurückzuführen sei, man warf die Schuld auf Deutschland, und dieses verlor von diesem Augenblick an alle Sympathien, die sich in das Gegenteil verkehrten. „Der ehrliche Makler hat uns betrogen"; so hieß es in jeder Tonart. Wir sind ja sehr zufrieden mit den jetzt gegebenen Aufklärungen und namentlich damit, daß die Initiative zu denselben in Berlin genommen worden ist. Deutschland hat auf dem Berliner Kongreß alle Ansprüche Rußlands ohne Ausnahme unterstützt, so antwortet man uns jetzt und beschuldigt Rußland mit Recht des Undankes."

Die „Nowoje Wremja" schloß mit der Erklärung, daß Rußland nichts besseres wünsche, als die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zu Deutschland. Dies sei möglich, wenn Rußland darüber beruhigt werde, daß Deutschland nicht der österreichischen Balkanpolitik unter allen Umständen seinen Beistand verpfändet habe. Die Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland würde das Gespenst des Krieges verscheuchen, das zwischen den beiden Völkern stehe.

Die Sprache der russischen Presse für Deutschland gewann an Freundlichkeit. Im übrigen nahm das Berliner Kanzlerblatt an dieser

Preßfehde keinen Teil. Es wandte sich gegen Frankreich, das die Spitze der Tripelallianz gegen sich gerichtet ansah. Eine solche Befürchtung, sagte das genannte Blatt, sei nur dann für gerechtfertigt zu halten, wenn durch Umwälzungen ein Mann oder ein Prinzip zur Regierung in Frankreich gelangte, welche durch einen Appell an die kriegerischen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene unsichere Herrschaft zu befestigen suchten. In diesem Falle würde es sich fragen, ob jede der drei Bündnismächte, nach einem Siege Frankreichs über eine von ihnen, noch des nämlichen Maßes von Unabhängigkeit und Sicherheit gewiß wäre, welches die gegenwärtigen Zustände gewährten. Würde also Frankreich das Deutsche Reich angreifen, so würde sich den österreichischen und italienischen Politikern die Frage aufdrängen, welches die Situation ihres Vaterlandes werden würde, wenn Frankreich mit oder ohne Bundesgenossen Deutschland überwunden und das neu begründete Reich entweder zum Verfall oder zur Ohnmacht gebracht hätte. Es wäre für eine solche Eventualität kaum zweifelhaft, daß, wenn der Widerstand Deutschlands dauernd gebrochen wäre, die europäische Situation auch für Österreich und Italien zunächst diplomatisch eine bewegte, vielleicht auch bald militärisch eine bedrohliche werden würde. Im Falle eines Angriffs auf Italien, hätte sich der deutsche oder österreichische Politiker zu fragen, ob es für sein Vaterland annehmbar wäre, daß Frankreich seine Grenzen etwa direkt oder in der Form einer cisalpinischen Republik in Italien weiter nach Osten rückte, oder daß Italien durch einen unglücklichen Krieg in Abhängigkeit von Frankreich geriete. Beides würde für Österreich und für Deutschland eine sehr ungünstige Veränderung sein im Vergleich mit der jetzigen Lage. Ein direkter Angriff Frankreichs auf Österreich sei unter den heutigen Grenzverhältnissen nur unter italienischem Beistand möglich, und Österreich habe kein Interesse, dieser Eventualität den nämlichen Spielraum, den sie in der Vergangenheit besessen, wieder zu verschaffen. Auch für Deutschland könnte es nicht gleichgültig sein, die Sicherheit der österreichisch-ungarischen Westgrenze durch Annäherung der französischen Nachbarschaft in Italien vermindert zu sehen. „Die Stärke und Sicherheit des österreichisch-ungarischen Staatswesens ist für Deutschland ein Bedürfnis, und kein einsichtiger deutscher Politiker kann freiwillig

die Situation acceptieren, welche entstehen würde, wenn man sich Österreich als gelähmt dächte oder als feindlich, weil von Deutschland im Stich gelassen. Für jeden, der sich diese politischen Konsequenzen vom Kriegen und Siegen klar bis zu Ende durchdenkt, ist daher die Schlußfolge natürlich, daß diese drei friedliebenden Mächte, Deutschland, Österreich und Italien, durch die Logik der Politik genötigt sein werden, für den Frieden einzutreten, wenn eine von ihnen durch andere Mächte mit einem Angriff bedroht würde. Wir wissen nicht, ob vertragsmäßige Abmachungen bestehen, aber wir sind überzeugt, daß die Logik der Geschichte an sich stark genug ist, um jede dieser friedliebenden Mächte zu überzeugen, daß sie wohl thut, nicht abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt, und darauf Bedacht zu nehmen, sich nicht durch Preisgebung ihrer Mitinteressenten am Frieden isolieren zu lassen."

Nun kam die Wiener Presse an die Reihe. In Bulgarien war es zu einem Bruche des Fürsten Alexander mit der russischen Mitregierung gekommen, den russischen Generalen Sobolew und Kaulbars, jener Präsident des Ministeriums, dieser Kriegsminister. Die Wiener Presse gab das Schlagwort aus: „Europa gegen Rußland!" Einige Berliner Blätter leisteten ihr hierin treue Bundesgenossenschaft. Solche Stimmen waren sicherlich den zum Kriege treibenden Panslawisten ebenso willkommen, als den friedlichen Politikern in Deutschland störend für ihre Pläne. Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erklärte daher folgendes: „Wir konstatieren, daß in maßgebenden Kreisen von einem Aufgebrachtsein der Mächte wegen Bulgariens nichts zu verspüren ist und daß eine Parole „Europa gegen Rußland" keinesfalls in der Situation liegt und eine falsche ist. In Wien sowohl wie in Berlin und ohne Zweifel auch in Italien ist durchaus der Wunsch vorherrschend, mit Rußland in Frieden zu leben; keine der Mächte hat ein Interesse am Kriege, und ob derselbe nun von Europa oder von einzelnen Mächten geführt würde, das Unglück des Krieges, auch eines siegreichen, bleibt immer und würde Rußland gegenüber nicht einmal durch die Aussicht eines politischen Vorteils als Ergebnis eines Krieges gemindert: man hat von Rußland nichts zu verlangen und nichts zu wünschen. Dergleichen Schlagwörter dienen ganz unnötigerweise dazu, im russischen Volke den Glauben zu erwecken,

als ob irgend jemand daran dächte, Rußland anzugreifen. Wegen der Vorgänge in Bulgarien ist bisher, soviel wir wissen, von keiner Seite, nicht einmal von der zunächst interessierten Pforte, Beschwerde oder Klage geführt worden; das „Aufgebrachtsein der Mächte gegen Rußland" existiert also nur in der Phantasie der Sensationsmacher."

In derselben Zeit, wo das Organ des Fürsten Bismarck Frankreich warnte, mit seinem Revanchegeschrei den Teufel an die Wand zu malen, und Pariser Blätter die Genugthuung hatten, die „Times" und andere Blätter auf ihrer Seite zu sehen, kam die russische Presse Bismarck zu Hilfe. Katkow schrieb in seiner „Moskauer Zeitung" auf die kriegslustigen Artikel der Pariser Presse: „Als das ungereimteste unter allen Ungereimtheiten erscheint ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland. Wir können mit China, der Türkei, mit England, mit Österreich-Ungarn in einen Krieg geraten; aber welchen Sinn hätte wohl für uns ein Krieg mit Deutschland? Was haben wir zu vergelten oder was brauchen wir von Deutschland?" In einem spätern Artikel sagte Katkow von Frankreich, es gehe in der inneren Politik einer chaotischen Zersetzung, in der äußern der Lethargie entgegen. „Und doch verlangen gewisse französische Politiker, Rußland solle sein Schicksal an diesen in der Zersetzung begriffenen Leichnam knüpfen, den Leichnam eines Staates, der, als er noch lebte, stets Rußland zu schaden gesucht hat, stets als erbitterter Gegner Rußlands aufgetreten ist."

Während dieser Preßdemonstrationen sah es an unsrer Ostgrenze kriegsdrohend aus. Von den 14 russischen Kavalleriedivisionen waren 10 längs der preußisch-österreichischen Grenze verteilt und von diesen 10 wiederum 6 an der preußischen Grenze, von welcher drei nur 4 bis 5 Meilen, die entfernteste 20 Meilen entfernt lag. Die Umwandlung sämtlicher Reiterregimenter der Linie in Dragonerregimenter, welche auch eine besondere Ausbildung für das Gefecht zu Fuß erhielten, und die Zuteilung reitender Batterien hatten den Wert dieser selbständigen, schon im Frieden auf Kriegsstärke gesetzten Kavalleriedivisionen entschieden erhöht. Zudem wurden sie dadurch noch bedeutend verstärkt, daß durch kaiserliche Verordnung jedes Regiment von 4 auf 6 Schwadronen gebracht wurde. Fürst Bismarck hat in einer spätern Zeit über solche russische Truppenan-

häufungen ein anderes Urteil gefällt, als er 1883 und früher gehabt zu haben scheint. Er sprach sich sehr ausführlich darüber in seiner Februarrede von 1888 aus, wo er sagte: „Sie haben früher in ausgedehntem Maße stattgefunden, sie sind in der jetzigen bedrohlich erscheinenden Form, namentlich seit 1879, nach Beendigung des türkischen Krieges aufgetreten. Es hat ja sehr leicht den Anschein, als ob die Anhäufung russischer Truppen, die in der Nähe der deutschen und der österreichischen Grenzen stattfindet, in Gegenden, wo ihre Unterhaltung teurer und schwieriger ist, als im Innern des Landes, nur von der Absicht eingegeben werden könnte, eins der Nachbarländer — sans dire: gare! — mir fehlt gerade der deutsche Ausdruck, unvorbereitet zu überfallen und anzugreifen. Nun, das glaube ich nicht. Einmal liegt es nicht im Charakter des russischen Monarchen und stände mit seinen Äußerungen in Widerspruch, und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Unterthanen besitzt, wie es zu haben wünscht, nnd daß es keine Neigung hat, die Zahl derselben zu vermehren. Etwas anderes von Österreich zu annektieren wäre noch schwieriger. Es liegt gar kein Grund vor, kein Vorwand, der einen europäischen Monarchen veranlassen könnte, um ganz plötzlich über seinen Nachbar herzufallen. Und ich gehe soweit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich, die niemand vorher berechnen kann, und die von der heutigen Regierung in Frankreich sicher nicht beabsichtigt wird, — wenn wir uns durch deren Eintreten in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß darauf der russische nicht unmittelbar folgen würde; umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte. Aber Rußland gegenüber erkläre ich noch heute, daß ich keines Überfalls gewärtig bin, und nehme von dem, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, nichts zurück."

„Sie werden fragen: wozu denn die russischen Truppenaufstellungen in dieser kostspieligen Form? Ja, das sind Fragen, auf

die man von einem auswärtigen Kabinett, welches dabei beteiligt ist, nicht leicht eine Aufklärung fordern kann. Wenn man Erklärungen darüber zu fordern anfinge, so könnten sie geschraubt ausfallen, und die Triplik ist auch wieder geschraubt. Das ist eine gefährliche Bahn, die ich nicht gern betrete. Truppenaufstellungen sind meines Erachtens Erscheinungen, über die man nicht — mit einem Studentenausdruck — „koramiert", kategorische Erklärungen fordert, sondern denen gegenüber man mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft.

„Ich kann also über die Motive dieser russischen Aufstellungen keine authentische Erklärung geben; aber ich kann mir doch als jemand, der mit der auswärtigen und auch mit der russischen Politik seit einem Menschenalter vertraut ist, meine eigenen Gedanken darüber machen; die führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Kabinett die Überzeugung hat — und die Überzeugung wird wohl begründet sein —, daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen. Rußland ist als Verbündeter und als Gegner um so schneller bei der Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen steht mit seinen Haupttruppen oder wenigstens doch mit einer starken Armee.

„Diese Politik hat die russischen Truppenaufstellungen schon seit langer Zeit geleitet. Sie werden sich erinnern, daß während des Krimkrieges schon eine so große Armee im Königreich Polen stets versammelt war, daß, wenn sie rechtzeitig nach der Krim abgegangen wäre, der Krimkrieg vielleicht eine andere Wendung genommen hätte. Wenn man weiter zurückdenkt, so wird man finden, daß die Bewegung von 1830 Rußland unvorbereitet und unfähig zum Eingreifen fand, weil es keine Truppen im Westen seines Reiches in hinreichendem Maße hatte. Ich brauche also aus einer russischen Truppenanhäufung in den westlichen Provinzen noch nicht notwendig den Schluß zu ziehen, daß damit die Intention, uns zu überfallen, verbunden sei. Ich nehme an, daß man etwa auf eine neue orientalische Krisis wartet, um dann in der Lage zu sein, die russischen Wünsche mit dem vollen Gewicht

einer nicht gerade in Kasan, sondern weiter westwärts stehenden Armee geltend zu machen."

Im Jahre 1883 soll Bismarck, als der Zar auf der Rückreise von Kopenhagen, wo sein Zusammentreffen mit Gladstone einige Unruhe erzeugte, die Begegnung mit Kaiser Wilhelm in einem preußischen Osthafen suchte, diese verhindert haben, damit es Rußland nicht gelinge, den Schein des besten Einvernehmens aufrecht zu halten und zu verstärken, während die militärischen Vorbereitungen an seinen Grenzen fortgesetzt würden.

„Man trifft seine Gegenmaßregeln", sagte Bismarck am 6. Februar 1888. Das geschah auch 1883 durch die Verstärkung der deutschen Ostseeflotte durch die beiden stärksten Panzerfregatten und Belagerungsmanöver bei Graudenz, denen man eine große Bedeutung zuschreiben wollte. Auch wurden zwei Offiziere des großen Generalstabs als Generalstabsoffiziere zur Kommandantur von Königsberg und von Thorn kommandiert, nach Bromberg, wo bisher nur drei Infanterieregimenter lagen, noch ein Reiterregiment verlegt und weitere Truppenverschiebungen an dieser Grenze ins Auge gefaßt.

Bismarck und Kalnoky konferierten in Salzburg vom 31. August bis 1. September. Es verstand sich, daß alle Welt begierig war, zu erfahren, was die beiden Staatsmänner wohl mit einander verhandeln würden. Um die „allgemeine Lage" durchzusprechen oder sich gegenseitig nochmals Hochachtung und Freundschaft zu beteuern, bedurfte es solcher Zusammenkunft nicht, und so durfte man ohne Frage annehmen, daß es ganz bestimmte Dinge waren, welche in Salzburg beraten wurden. Möglich immerhin, daß die Lage der französischen Republik nach dem Tode des Grafen Chambord den Gegenstand der Salzburger Besprechungen bildete, den einzigen bildete sie nicht, und schwerlich auch nur den vornehmlichsten. Die einzige wirkliche Gefahr für den Frieden drohte von einem französisch-russischen Kriegsbündnisse. Und daß Rußland die diplomatische Arbeit in Paris ebenso wenig ruhen ließ, wie die militärische und politische auf der Balkanhalbinsel, war ja nur allzu wahr. Einzelne Stimmen, die aus Rußland zu uns herüberklangen und aussprachen, daß die gesamten Interessen Rußlands dahin gerichtet sein müßten, die Bande historischer Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland enger zu knüpfen, waren nur vereinzelte und auch sie gaben zu

verstehen, daß in dieser historischen Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland für Österreich kein Raum sein werde. Wir hatten aber diese moskowitische Treue kennen gelernt, und wahrlich keinen Anlaß, dem österreichischen Bundesgenossen irgend einen andern vorzuziehen. Mit jedem Schritt nun, den die Annäherung der Orientstaaten an Österreich machte, verschlechterte sich zusehends die Stimmung Rußlands gegen Österreich und wenn es einen Zeitpunkt gäbe oder Umstände einträten, daß Österreich von der Freundschaft des mächtigen Deutschlands abgeschnitten wäre, da würde nach menschlichem Ermessen der Friede zwischen Rußland und Österreich und damit die Ruhe ganz Europas unmittelbar gefährdet sein. Je mehr sich die Balkanstaaten von der russischen Bevormundung frei machten, um so notwendiger war das deutsch-österreichische Bündnis für den Frieden.

Nach Beendigung der Besprechungen mit Kalnoky reiste Fürst Bismarck von Salzburg ab und kam den 1. September in Gastein an. In den nächsten Tagen trafen dort ein der Generalfeldmarschall von Manteuffel, Statthalter von Elsaß-Lothringen, der Generaladjutant des Königs Milan von Serbien, Catargiu, und der rumänische Ministerpräsident Bratiano. Catargiu überbrachte im Auftrag seines Königs am 8. September das Großkreuz des neugegründeten Weißen Adlerordens und hatte eine anderthalbstündige Unterredung mit Bismarck, während Bratiano schon am 7. von dem Fürsten empfangen worden war. Die Regierungen Serbiens und Rumäniens, welche früher gegen Österreich Front gemacht und dessen Geduld in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen sehr auf die Probe gestellt hatten, waren zu der Einsicht gekommen, daß ihre Selbständigkeit durch ihren Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis weit besser gewahrt sei, als durch ein intimes Verhältnis zu Rußland, das sie ja doch nur als willenlose Vasallen, als russische Vorposten betrachtete und demgemäß behandelte.

König Karl von Rumänien hatte schon im August einen Besuch in Wien und Berlin gemacht. In dem Grade, als Rußland die Kleinstaaten der Balkanhalbinsel benutzte, um dort für seine Expansionsgelüste die Hebel anzusetzen, wuchs für dieselben die Wichtigkeit ihrer Haltung und die Größe ihrer Verantwortlichkeit. In Cettinje, der Hauptstadt Montenegros, war soeben die Vermählung der

Prinzessin Zorka mit einem Prätendenten gefeiert, dessen Vergangenheit blutig, und dessen bloßer Name eine Gefahr für die Nachbarstaaten war; die Gegenwart eines russischen Gesandten hatte dieser Feier das Relief gegeben, dessen es kaum für die politische Welt bedurfte. Die neue Familienverbindung, ein russisches Werk, war eine Bedrohung des Friedens, zunächst eine Gefahr des Königs Milan von Serbien. Während dasselbe Rußland in Bulgarien durch seine Generale mitregierte, hob nur Rumänien als der Punkt sich ab, wo gegen die russischen Einmischungsversuche sich die entschiedene Parteinahme des Monarchen für die Friedenspolitik von Deutschland, Österreich und Italien befestigte. So schwer es dem Fürsten gemacht wurde, den Elementen Widerstand zu leisten, welche die Balkanhalbinsel nicht zur Ruhe kommen lassen wollten und die ihre Hauptunterstützung bei Rußland fanden, um so friedlicher leuchteten die Bestrebungen des Königs Karl hervor. Jene friedlichen Elemente waren es, die mehr als einmal das Verhältnis Rumäniens zu Österreich in Spannung versetzten; die Politik des Königs hatte diese wegzuräumen verstanden, und mit Recht galt die jetzige Reise nach Berlin, aus Anlaß der Taufe des zweiten Urenkels des Kaisers, als das Symptom der völlig wiederhergestellten guten Beziehungen Rumäniens zu Österreich und zu Deutschland, als Symptom einer Politik, welche durch Fernhaltung von Elementen, die den Frieden gefährdeten, bei der Friedensliga Europas ihre Anlehnung suchte und indem sie jede bedenkliche Störung auf der Balkanhalbinsel zu vermeiden strebte, den Weltfrieden zu ihrem Teile mit erhalten half.

„Einen Pagenstreich" nannte es ein Wiener Blatt, als der preußische Gardeleutnant Karl von Hohenzollern plötzlich in Turn-Severin im Mai 1866 erschien und von der rumänischen Regierung Besitz nahm, ehe noch der Pariser Areopag wegen der Wahl des hohenzollernschen Prinzen, gegen den die Türkei protestierte, zu einem Entschlusse gekommen war. Die Türkei rüstete, um den Eindringling zu verjagen, die Rumänen rüsteten, um ihren fast einstimmig gewählten Herrscher und die Einheit der Fürstentümer zu schützen. Da erdröhnten die Kanonen von Königgrätz, ein Hohenzoller fand in der Schlacht den Heldentod, während der andere einen Thron davontrug. Denn vor den lauten Kanonen verstummte die Türkei und Europa erkannte die vollzogene Thatsache an.

Der Thron sollte dem jungen Fürsten nicht zu einem Ruhesitze werden. Ein echt hohenzollernsches Pflichtgefühl ließ ihn seine Aufgabe ernst nehmen, in alle Details der Regierungsgeschäfte dringen und in seiner dornenvollen Stellung — aushalten. Er war vor 20 Jahren nahe daran, abzudanken. Die Schwierigkeiten, mit denen er kämpfte und seine Empfindungen erkennen wir aus einem Schreiben, das Fürst Karl im Januar 1871 an einen Vertrauten in Bonn schickte.

„Es sind jetzt bald 5 Jahre, daß ich den kühnen Entschluß gefaßt, mich an die Spitze dieses von der Mutter Natur so reichlich bedachten und dennoch in anderer Beziehung so armen Landes zu stellen; und blicke ich auf diesen Zeitraum zurück, der kurz im Leben eines Volkes, lang im Dasein des stets voranstrebenden Menschen, so muß ich mir sagen, daß ich dem schönen Lande habe wenig nützen können. Oft frage ich mich, an wem die Schuld, ob an mir, der ich den Charakter des Volkes nicht gekannt, oder an diesem, das sich selbst weder leiten lassen will, noch zu leiten versteht. Der Vorwurf trifft weder mich, noch das Volk im ganzen, vielmehr diejenigen, die sich im Lande selbst, das sie geboren, zu dessen Leitern aufgeworfen. Diese Leute, welche ihre ganze und politische Bildung sich im Auslande geholt, die heimatlichen Zustände dabei allzusehr vergessend, trachten bloß danach, die dort eingesogenen Begriffe in utopische Formen eingezwängt, ohne Prüfung auf ihr Vaterland zu übertragen. So ist das unglückliche Land, das sich stets unter dem härtesten Drucke befunden, ohne Übergang aus einem despotischen Regiment zu der liberalsten Verfassung, wie sie kein anderes Volk in Europa besitzt, auf einmal geraten. Ich halte dies nach den gemachten Erfahrungen für ein um so größeres Unglück, als die Rumänen sich keiner bürgerlichen Tugenden rühmen können, die zu einer quasi-republikanischen Staatsform gehören. Nun habe ich einen letzten Versuch gemacht, alle persönlichen Rücksichten hintan gestellt, meine Popularität völlig preisgegeben (bezieht sich auf eine Denkschrift an die Höfe Europas). Es wäre eine unverantwortliche Pflichtversäumnis gewesen, das Übel länger zu verschweigen und die Zukunft des Landes dem Parteigetriebe willenlos zum Opfer fallen zu sehen. Zwar zieht, wer in einer gewissen Lage den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, vielfach den kürzern, und so wird es

mir gehen, nur mit dem dankbar anerkannten Unterschiede, daß es mir freisteht, zu meinem sorgenfreien, unabhängigen Leben mit dem schönsten Familienglück in das teure Heimatland zurückzukehren, dessen starker Magnet mich in den schweren Stunden, die ich durchleben mußte, wieder heranzuziehen niemals aufhörte."

Fürst Karl hielt aus. Fürst Bismarck drang in ihn, bis ans Ende als ein Hohenzoller auszuharren, und was in einem Lande wie Rumänien möglich ist, hat Fürst Karl erreicht. Dieser hat es besonders dem russisch-türkischen Kriege zu verdanken, daß Rumänien erkannt hat, was es in ihm besitzt. Er zeigte sich in verwickelter Lage als besonnener Politiker und auf dem Schlachtfelde als schneidiger Truppenführer. Daß dasselbe Rußland, das er aus einer halb verzweifelten Lage herausgehauen, zum Dank ihm sein Land verstümmelte, diente, als ein gemeinsamer Schlag, gerade als ein Band zwischen Fürst und Land. Trotz fortdauernder Gegnerschaft von rechts und links ist die Popularität des Fürsten seitdem nur gestiegen.

Im August 1880 kamen Fürst Karl und sein Ministerpräsident Bratiano nach Berlin. Fürst Bismarck hatte lange Unterredungen mit ihnen. Dieselben betrafen teils die Thronfolge, teils die Erhebung des Fürstentums zu einem Königreiche. Im Jahre zuvor hatte die Reise des leitenden Staatsmannes nach Wien stattgefunden, welche der Ausgangspunkt einer neuen Situation geworden war. Die Erhebung des Fürstentums Rumänien zum Königreiche, die in das Jahr 1881 fiel, wurde sofort allgemein dahin verstanden, daß sie die Selbstbestimmung des Landes bedeute, den Austritt desselben aus der Reihe derjenigen Staaten an der untern Donaulinie, die ihre Leitung und Losung von Petersburg erhielten und nur halbe Selbständigkeit hatten. Diese Entschlossenheit, mit der Königswürde das Recht und die Pflicht zu übernehmen, fortan lediglich die eigenen Lebensfragen im Auge zu haben, die Interessen des Landes zu wahren und mit den Nachbarn nach beiden Seiten in Frieden und Freundschaft zu leben, begegnete in Wien und Berlin dem vollsten Verständnisse und entsprach den Interessen Mitteleuropas, das Ursache hatte, die Einrichtung jedes Bollwerks zu begrüßen, welches den Kreis enger zieht, in dem die panslawistische Bewegung nach weitester Entfaltung ringt. Gute Freundschaft mit Österreich zu

pflegen, die öfters getrübt schien, mußte in dem Grade leichter werden, als Rumänien gegen fremde Einflüsse selbständiger wurde. So entwickelten sich allmählich die Dinge von selber weiter. Der Zusammenschluß von Deutschland und Österreich im Jahre 1879 zog denjenigen Rumäniens nach sich, das erst seine Unabhängigkeit zu gewinnen hatte, der es in dem Königstitel einen Ausdruck gab, um die zwischen Österreich und Rumänien entstandenen Differenzen völlig auszugleichen, und zwar in einem Maße, welches den Anschluß Rumäniens an das deutsch-österreichische Bündnis gestattete.

Die Könige von Serbien und Spanien nahmen 1883 an den deutschen Herbstmanövern teil, und die Beleidigungen, denen der letztere dafür in Paris ausgesetzt war, führten zu einer noch stärkern Betonung des guten Einvernehmens mit dem deutschen Herrscherhause, wie der alsbald beschlossene Gegenbesuch des Kronprinzen in Madrid zeigte. Viel mehr Aufsehen erregte es, daß Gladstone auf einer mehrtägigen Vergnügungstour in der Nordsee am 17. September mit seiner Yacht in Kopenhagen einlief, wo sich der Zar, der König von Griechenland und der Prinz von Wales befanden und daß darauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine heftige Polemik gegen die englische Presse eröffnete. Man vermutete, daß sich hinter den Kulissen irgend ein heftiger Kampf um die Entwickelung der Dinge auf der Balkanhalbinsel abspielte, aber Klarheit über diese Vorgänge wurde nicht gewonnen. Über diese letztere Begegnung schrieb damals die russische „St. Petersburger Zeitung": „König Christian von Dänemark hat 13 Enkel und 12 Enkelinnen der gesegneten Familie um sich versammelt, in deren Besitz sich 42,475,458 Quadrat-Werst Landes und 332,531,598 Menschen an Bevölkerung befinden. Wie ersichtlich, kann sich diese Familienversammlung um den dänischen König mit jedem beliebigen Fürstenkongreß vergleichen und durch seinen ausschließlich familienhaften Charakter alle ähnlichen Zusammenkünfte politischer und militärischer Allianzen paralysieren, welche wir jetzt in Deutschland sehen. König Christian konnte selbstverständlich der vereinigten Waffenmacht Österreichs und Preußens keinen Widerstand leisten. Aber durch seine Kinder kann Deutschland noch von der Revanche betroffen werden."

Die deutsche „Petersburger Zeitung" wies ihrer russischen Kollegin nach, daß diese Anweisung auf die Zukunft von ihr aus

einem französischen Chauvinistenblatte entnommen wäre. Es ist eigentümlich, daß bisher mit dem Besuche des Zaren in Kopenhagen jedesmal eine besondere Spannung mit Deutschland oder Österreich sich bemerkbar machte. So war es 1883, 1885, 1887. Das Jahr 1884 brachte die Drei-Kaiser-Begegnung von Skierniewicze; die entente war eine vollständige; Kopenhagen wurde nicht besucht. Im Jahre darauf war es mit der Intimität der drei Kaiser schon wieder aus. Zwar fand noch die Zusammenkunft in Kremsier statt, aber die Entwickelung der Dinge in Bulgarien entsprach nicht den russischen Wünschen und der ostrumelische Aufstand fiel gerade mit einem Besuche des Zaren in Kopenhagen zusammen. Ein wahrer Rattenkönig von Mißverständnissen und Widersprüchen begleitete sodann den Kopenhagener Besuch des Zaren im September 1887.

War es 1889 anders? Je näher uns der Zar kommt, desto ungünstiger erscheinen jedesmal die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten.

Ein Pariser Regierungsblatt machte die Reise des Zaren zum Ausgangspunkt einer Betrachtung, wonach in Kopenhagen die Grundlagen eines russischen Gegenbundes gegen das deutsch-österreichische Bündnis gelegt werden sollten. Griechenland, Montenegro und Bulgarien, verstärkt durch den Zutritt der Türkei auf dem einen Flügel, Dänemark und Schweden auf dem andern, dazwischen Rußland als Zentrum sollten die Gegenaufstellung gegen Deutschland, Österreich, Italien, Rumänien und Serbien, denen sich auch Spanien anschließe, geben. Nachdem man Europa so in zwei Lager geteilt hatte, überließ man Europa den Platz zu suchen, den etwa Frankreich nehmen würde. Daß die Türkei ihre Armee und ihre Finanzen von Deutschen rekonstruieren ließ, hinderte das französische ministerielle Blatt nicht, sie in eine antideutsche Liga einzureihen; auch die Rolle, die Schweden angewiesen wurde, erschien ungemein phantastisch.

„Wir leben in einer Epoche der Bündnisse“ — schrieb das Katkowsche Blatt. — „In Europa wird ein Bündnis nach dem andern abgeschlossen. Zuerst traf Deutschland mit Österreich-Ungarn ein gewisses Übereinkommen, welchem sich nun Italien anschloß; hierauf soll Spanien demselben beigetreten sein; ferner sagt man, daß die Türkei sich demselben anzuschließen wünsche und schließlich

wissen wir nicht, wo diese allianzsüchtige Bewegung stehen bleiben wird. Im Hinblick auf ein solches Konglomerat von Bündnissen wird gewünscht, daß auch Rußland seinerseits Bündnisse eingehe, und schon wird der Weg nach dieser Richtung hin angedeutet, schon werden ihm Bundesgenossen bezeichnet und wird ihm zu denselben Glück gewünscht.

„Eine neue Koalition, die angeblich von Rußland ins Leben gerufen wird, gilt bereits als abgemachte Sache, so daß nach den Erzählungen verschiedener Sensationsmacher, welche den Ereignissen vorgreifen, Europa sich bereits in zwei Lager geteilt hätte. Auf der einen Seite sei Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn e tutti quanti. und auf der andern Rußland, Frankreich und obendrein Herr Gladstone.

„Aber die Herren, die sich mit Staatenbündnissen beschäftigen, vergessen dabei ganz, zu erklären, warum denn Rußland überhaupt eine Allianz suchen soll. Welch einen Sinn hätte das Bundessystem, das man ihm zuschreibt oder wenigstens empfiehlt? Der offen kundgethane Zweck der Bündnisse, die Deutschland abgeschlossen, ist die Erhaltung des Friedens. Dem ist umsomehr Glauben zu schenken, als die jetzige Lage Europas für Deutschland eine sehr günstige ist, dem ja die Initiative dieser Allianzen gebührt. Der Wunsch des Leiters der deutschen Politik, diese Lage zu befestigen und den für den Frieden so günstigen Moment festzuhalten, ist ganz begreiflich. Der Friede ist allen teuer; und auch Rußland wünscht ihn und kann mit allem, was ihn garantiert, nur sympathisieren. Wozu denn soll da Rußland gegenüber einer den Frieden garantierenden Liga eine andere Allianz aufstellen und wenn auch mit Herrn Gladstone als Reserve? Zwei sich gegenüberstehende Friedensbündnisse würden in Wahrheit zwei Kriegslager sein. Ist es nicht besser, wenn man sich der schon bestehenden Liga anschlösse, sodaß das ganze Europa in seiner jetzigen Gestalt in ihr aufginge? Die Allianz, die Rußland als Gegengewicht gegenüber dem deutsch-österreichischen Bund empfohlen wird, könnte keine Garantie des Friedens bedeuten; sie wäre vielmehr eine Vorbereitung zum Kriege. Da aber Rußland, wie allen bekannt ist, weder jetzt, noch überhaupt Offensivpläne hegt, so würde eine Kriegsrüstung die Ansicht Rußlands andeuten, als ob die Bündnisse, die Deutschland abgeschlossen, gegen seinen östlichen Nachbar gerichtet seien, als ob sie auch nicht eine Befesti-

gung, sondern eine Verletzung des Friedens, keine Erhaltung, sondern eine Zerstörung der gegenwärtigen Lage Europas anstrebten. Rußland hegt offenbar solche Befürchtungen nicht und lebt im festen Glauben, daß, wie es selbst keinen Krieg beginnen, so auch niemand leichtsinnig einen solchen gegen Rußland anfangen werde. Und zudem würden, welcher Art Rivalen auch gegen Rußland auftreten wollten, diese es immer vorziehen, nicht mit kriegerischen, sondern mit friedlichen Mitteln gegen dasselbe zu operieren, die, beiläufig bemerkt, für Rußland viel gefährlicher sind. . . .

„Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß Interessen, ob nun wirkliche oder scheinbare, bestehen, die ein französisch-russisches Separatbündnis wünschenswert erscheinen ließen. Nach der Art und Weise, wie diese Interessen sich kund thun, nach dem Charakter der Fürsprecher und Eiferer eines solchen Bundes läßt sich aber annehmen, daß das scheinbare Interessen sind. Schon darum, weil in ihrem Namen Stückchen losgelassen werden, die beweisen, daß jene nicht ernst zu nehmen sind.

„Wir wissen nichts von einem Bunde zwischen Rußland und Frankreich und vermögen auch keine Anzeichen dafür zu erblicken, daß ein solcher angebahnt wird; wenn man nicht etwa das so ansehen will, daß ein russischer General sein Glas auf das Wohl Frankreichs zerschmettert oder das Fraternisieren französischer und russischer Schriftsteller am Sarge Turgenjews, dessen Gedächtnis auch nach dieser Richtung hin exploitiert wurde; oder aber endlich die Briefe über äußere Politik in der „Nouvelle Revue“, wo man es in der That für möglich hielt, dem franko-russischen Bündnis auch noch den Namen des ehrenwerten englischen Premiers anzuheften. Doch nein, wir haben etwas vergessen; es existiert ein Anzeichen, ja, gar ein Beweis für einen formellen Vertrag Rußlands und Frankreichs über ein Schutz- und Trutzbündnis. Dieser Tage lasen wir im „Gaulois“ folgende interessante Mitteilung aus Petersburg:

St. Petersbourg, 11. Octobre.

J'apprends de source autorisée que dans les cercles diplomatiques il n'est question que du voyage que M. de Giers, qui va en Suisse, à Montreux, auprès de sa fille, fera ensuite à Paris, où il aura une entrevue avec M. Ferry.

„Achten Sie auf die Gewandtheit, mit der die Sensationsnachricht

redigiert ist: „Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß in diplomatischen Kreisen fast nur von der Reise gesprochen wird, die Herr von Giers nach einem Besuche seiner kranken Tochter in Montreux in der Schweiz nach Paris unternimmt, wo er eine Zusammenkunft mit Herrn Ferry haben wird." Der Hauptnachdruck ist auf die Pariser Reise gelegt, von der der Korrespondent nichts wissen konnte; der Besuch in Montreux wird aber nur so nebenhin erwähnt. Ist das nicht so eine Art ballon d'essai? oder besteht etwa wirklich die Absicht, die Reise des russischen Ministers nach der Schweiz zu einer Aufforderung nach Paris zu benutzen, wie unlängst Herr Ferry in die Residenz Frankreichs auch den „roi ulan" einlud?

„Übrigens sehen wir auch gar nicht ein, warum der russische Minister, der im vorigen Jahre gelegentlich Varzin, Berlin und Wien besuchte, absichtlich Paris umgehen oder Herrn Ferry vermeiden sollte?"

In Berlin verwahrte man sich mit Bezug auf diesen Artikel gegen Mißverständnisse. Ein Bündnis sei eine Assaciation zu bestimmten aktiven Zwecken, und wenn Europa sich in zwei Bündnislager teilte, so wäre das im Interesse des Friedens zu bedauern. Bündnisse aggressiven oder auch nur aktiven Charakters werden, sagte man, aber unseres Wissens bisher nirgends gesucht oder geschlossen. Wenn man von einer Teilung Europas in zwei Lager spricht, so kann dies nur in dem Sinne verstanden werden, daß die Mehrzahl der europäischen Staaten und vielleicht die Gesamtheit der europäischen Völker den Frieden wünscht, es daneben auch Staaten giebt, die geneigt wären, Krieg zu führen, sobald sich Gelegenheit und Situation dazu günstig gestalteten, und daß die Freunde des Friedens sich deshalb mehr und mehr zu einer gegenseitigen Assekuranz des von ihnen gewünschten Friedens zusammenschließen mit der Absicht, gegen jeden zusammenzuhalten, der den Frieden bricht. Man würde sich somit im gegebenen Falle bereit finden, für die Erhaltung des Friedens solidarisch einzutreten, sowie sich gegenseitig Beistand gegen Friedensstörungen zuzusichern. Es ist dies eine Tendenz, die im ganzen den Beifall der Mehrheit der Völker haben wird; denn die Völker sind nur ausnahmsweise kriegslustig, und in der Regel nur, wenn sie ungerechter Weise herausgefordert worden sind. Vom Standpunkt der öffentlichen Moral aus hat die Pflege

des Friedens und das Streben, ihn zu erhalten, jederzeit für verdienstlich gegolten; und der Satz, daß auch für den Sieger jeder Krieg immer eine große Kalamität sei, findet im heutigen Stande der Zivilisation vielleicht mehr Anerkennung, als früher.

Herr von Giers kam nicht nach Paris. Er verweilte Mitte November ein par Tage in Friedrichsruh, wo das Abkommen getroffen wurde, welches zu dem Drei-Kaiser-Verhältnis führte, das vom 1. April 1884 an drei Jahre bestanden hat. Ein russisches Geschwader begrüßte den deutschen Kronprinzen, als er sich in Genua nach Spanien einschiffte. Der deutsche Kaiser selbst gab seiner Freude darüber, daß die guten Beziehungen zu Rußland gesichert seien, Ausdruck, als er am 28. November das Präsidium des Abgeordnetenhauses empfing. Ein Besuch des dänischen Kronprinzenpaares in Berlin am 9. Dezember mochte auch mit den Kopenhagener Vorgängen in Beziehung stehen. In Frankreich hatten die gegen den König von Spanien gerichteten Pöbelinsulten den Rücktritt des deutschfeindlichen Kriegsministers Thibaudin zur Folge, und da bald darauf auch Challemel-Lacour das Auswärtige Amt verließ, Ferry aber sich immer tiefer in koloniale Unternehmungen verwickelte, war von Paris keine Störung des Friedens zu befürchten.

So begann das Jahr 1884 denn unter sehr günstigen Vorzeichen. Daß im Januar Giers die österreichische Hauptstadt besuchte, zeigte bald seine Folgen. Im Oktober des vergangenen Jahres hatte noch Graf Kalnoky im Ausschuß der ungarischen Delegation der russischen Rüstungen erwähnt, um Mißtrauen gegen Rußland auszudrücken und die Besorgnisse friedlicher Gemüter nur durch die Angabe zu zerstreuen vermocht, daß das russische Reich seiner inneren Zustände wegen zum Kriege unfähig sei und die Regierung überdies durch das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich in Schranken gehalten werde. Der Besuch des Herrn von Giers in Wien im Januar wirkte bereits im Sinne der Abmachungen von Friedrichsruh. Es war das eine Zeit, wo sich die Freundschaftserweisungen zwischen Deutschland und Rußland häuften. Kaiser Wilhelms siebzigjähriges Jubiläum als St. Georgsritter führte am 26. Februar den Großfürsten Michael mit andern Rittern desselben Ordens nach Berlin. Es gab herzliche Festlichkeiten, besonders bemerkenswert durch den Trinkspruch des Generalgouverneurs von

Warschau, des Generaladjutanten Gurko, auf die Waffenbrüderschaft Rußlands und Deutschlands. Diesem militärischen Feste war die Mission des Fürsten Dolgoruki in Friedrichsruh vorausgegangen. Man konnte annehmen, daß sie sowohl, als die spätere Anwesenheit des Grafen Waldersee in Petersburg im Zusammenhange stand mit der Ordnung der militärischen Grenzverhältnisse, welche noch jüngst den Anlaß zu so weitgehenden Befürchtungen gegeben hatten. Im Monat Februar erfolgte auch die Ernennung des Fürsten Orlow zum Botschafter in Berlin. In ganz Europa herrschte nur eine Ansicht darüber, daß die Annäherung Rußlands an die von Deutschland vertretene Friedenspolitik nicht deutlicher sich manifestieren konnte als durch diese Sendung des ausgezeichneten russischen Staatsmannes. Fürst Orlow besaß das Vertrauen seines Souveräns und seiner Landsleute in besonderem Grade, es hatte ihm zu Hause nichts geschadet, daß er in der Fremde eine sympathische und hochangesehne Persönlichkeit geworden war; in Paris hatte man es ihm verziehen, daß er mit dem Fürsten Bismarck sehr befreundet war und in Deutschland war man in dem Charakter und der Haltung des russischen Staatsmannes nicht dadurch irre gemacht worden, daß er in Paris gerade von seiten der Kriegspartei zum Gegenstand demonstrativer Sympathiebezeugungen gemacht worden war.

Seit dem Monat Januar war Graf Herbert Bismarck in die deutsche Botschaft in Petersburg eingetreten, wo er bis zum Monat Mai blieb und den Prinzen Wilhelm von Preußen begrüßte, der dort eine Woche zur Feier der Großjährigkeit des russischen Thronfolgers zubrachte, ein Besuch, dem derjenige der Zarin in Berlin folgte. Im Monat April erhielt die Intimität zwischen der deutschen und russischen Regierung noch einen höchst merkwürdigen Ausdruck. Das Eintreten der Seehandlung für ein in Aussicht stehendes russisches Staatsanlehen war schon an sich eine Thatsache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Allein, als hätte die Mitwirkung eines preußischen Staatsinstituts bei der Stärkung des russischen Staatskredits noch nicht genügt, schrieb gleichzeitig die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" der Aktion der Seehandlung noch eine weitere Bedeutung zu. Einen Schritt in der Konsolidierung der inneren Verhältnisse des Zarenreichs nannte das deutsche Regierungsorgan jene Finanzoperation. Die russische Presse selber be-

sprach diesen finanziellen Vorgang um vieles zurückhaltender, als es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" that.

Es fehlte in der russischen Presse nicht an Stimmen, welche selbst gegen die Anleihe als solche sich aussprachen. Aber auch die Blätter, welche der finanziellen Operation der russischen Regierung zustimmten, enthielten sich selbst der Besprechung jener Mitwirkung eines preußischen Staatsinstituts.

Wenn bisher bei jedem neuen Fallen der russischen Valuta der Zorn der Petersburger Presse gegen Deutschland und speziell gegen Berlin sich ergoß, so sollte man nun der Hilfe Deutschlands das Steigen des russischen Staatskredits zu verdanken haben. Das hatte für gewisse russische Blätter eine unangenehme Spitze. „Die deutsche Staatsleitung, so wurde damals in Berlin gesagt, hat jedenfalls ihre guten und ausreichenden Gründe für die Haltung, welche sie dem russischen Anlehen gegenüber einnimmt. Die Stärkung Rußlands, die sie jetzt unterstützt, würde noch vor kurzer Zeit von ihr auf das äußerste abgewehrt worden sein. Deutschland ist politisch und finanziell in die Hausse für Rußland gegangen, während es früher politisch und finanziell in der Baisse war; das ist ein Ereignis, dessen ganze Tragweite erst die Zukunft klar stellen wird. Es kann in der That dem gesamten Auslande nur imponieren, in welcher überlegenen Kombination von Machtmitteln die deutsche Politik zu arbeiten weiß, wie zur Festhaltung der Stellung Deutschlands alle Elemente des wirtschaftlichen und politischen Lebens konzentriert werden. Aber der Betrachtung kann man sich doch nicht verschließen, daß, während auf der einen Seite eine Verschärfung des Aktiengesetzes die Zusammenlegung von Kapitalien und industriellen Unternehmungen im Inlande erheblich zu erschweren bestimmt ist, die politische Aktion der Regierung zur Festlegung deutschen Kapitals im Auslande auffordert. Und es ist kein Zweifel, daß diese Aufforderung ein sehr geneigtes Gehör findet; ein Blick in die wirtschaftliche Bewegung des Tages giebt dafür den vollständigen Beweis."

Alle diese Freundschaftserweisungen und Freundschaftsversicherungen, von der einen Seite gegeben und von der andern mit so viel Entgegenkommen aufgenommen, waren sicherlich unverwerfliche, unbezweifelbare Zeichen für eine gründlich veränderte Stellung zwischen Deutschland und Rußland. Auch begriff das ganze poli-

tische Europa diese Thatsache so. Nur darüber stritt man, wo die Brücke war, die von diesem neuen Verhältnis nach dem ein Jahr zuvor geschlossenen Dreibunde hinleitete. Es handelte sich um die Begleichung der Interessen Österreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel. Für die deutsche Politik ist die Interessensphäre Österreichs, Rußlands und Englands scharf umrissen und Bulgarien fällt in die russische Interessensphäre. Deutschland wahrt dabei vor allem das europäische Vertragsrecht. Es liegt auf der Hand, daß Rußland mehr in Bulgarien sucht als lediglich die formale Erfüllung des Berliner Vertrags; es beansprucht eine maßgebende Stellung, ähnlich wie Österreich und England sie in ihren Interessensphären durchgeführt haben. Der bei einer spätern Gelegenheit einmal auch vom „Grashdanin" behandelte Gedanke, daß sich Rußland und Österreich in ihren Einflußsphären auf der Balkanhalbinsel teilen müßten, ist nicht nur einmal von dem Fürsten Bismarck mehreren hochgestellten Persönlichkeiten gegenüber geäußert worden, sondern er bildete seit Jahren das amtliche Programm der deutschen Politik, soweit letztere sich überhaupt um die Balkanhalbinsel bekümmerte. Man überschätzt nur das Maß dieses Bekümmerns. Bulgarien bleibt uns immer noch „Hekuba". Wenn Deutschland allerdings über eine billige Lösung der Balkanverhältnisse noch heute gefragt würde, so würde es vermutlich eine Verständigung dahin empfehlen, daß Serbien innerhalb der österreichischen und Bulgarien innerhalb der russischen Einflußsphäre belassen werden. Diesen Rat hatte Deutschland auch bereits seit etwa einem Jahrzehnt der russischen und österreichischen Regierung erteilt, in Wien aber keinen konsequenten Anklang damit gefunden. Noch heute gilt diese Lösung bei Berliner und Wiener Politikern für eine vernünftige. Dieselbe einem der beiden Beteiligten aufzuzwingen, liegt aber der deutschen Politik fern. Deutschland würde es gern sehen, wenn Rußland und Österreich sich mit einander verständigten, kann es aber auch ruhig mit ansehen, wenn das nicht geschieht. Gleich nach der Rückkehr des Herrn von Giers nach Petersburg im Monat Februar (1884) feierte der „Nord" das gute Einvernehmen, das sich zwischen Rußland, Deutschland und Österreich ergeben habe. Er behauptete, daß es dem russischen Minister des Auswärtigen auf den Stationen, welche seine Hin- und Rückreise unterbrachen, gelungen sei, die Spitze der

Tripelallianz abzustumpfen und an die Stelle dieses Systems eine andere Gruppierung zu setzen, in welcher Rußland einen Platz gefunden habe. „Die Tripelallianz", schrieb das offiziöse Organ, „war, was man auch gesagt haben mag, ein Akt des Mißtrauens, während die Unterredungen von Friedrichsruh und Wien im Gegenteil Zeichen des Vertrauens sind. Heute ist die Tripelallianz nicht mehr als ein Wort, denn sie findet sich durch das gemeinschaftliche Einvernehmen der Kontrahenten mit derjenigen Macht aufgelöst, gegen welche diese politische Kombination hauptsächlich gerichtet sein sollte. Diese Macht ist nunmehr gewissermaßen in dieses Einvernehmen verschmolzen".

In Wien gab die veränderte Stellung zwischen Deutschland und Rußland Anlaß zu Kundgebungen entgegengesetzter Art. Die Offiziösen, die anfangs ein verstimmtes Gesicht gezeigt, sammelten sich schnell und fanden, daß alles auf das beste geordnet sei. Das „Wiener Tageblatt" schrieb dagegen: „Den Offiziösen in Berlin, die zur Zeit, als Fürst Bismarck noch nicht völlig für die Wiederannäherung Rußlands gewonnen war, auszuführen hatten, bei der Intimität und Eigenartigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses sei die Zulassung eines dritten nicht möglich, da eben hierdurch die Natur dieses Bündnisses alteriert würde; den nämlichen Offiziösen ist jetzt die Aufgabe geworden, einerseits die neue Intimität mit Rußland, anderseits die Unveränderlichkeit der alten Beziehungen zu Österreich zu preisen." Die „Neue Freie Presse" sprach ihrerseits das folgende Urteil aus: „An der Newa, wie an der Spree hat man die Episode der letzten fünf Jahre (des österreichisch-ungarisch-deutschen Bundes) total vergessen. Die Losung heißt: „Schwamm drüber!"

Nach der in Pest herrschenden Auffassung bedurften die Konsequenzen der Annäherung Rußlands an Deutschland und damit indirekt an Österreich-Ungarn in ihrem jetzigen Stadium kaum näherer Beleuchtung. Daß damit die Möglichkeit der Herstellung guter und vertrauensvoller freundnachbarlicher Beziehungen erheblich näher gerückt sei, werde wohl von keiner Seite bestritten werden, dafür sei ja schon seit geraumer Zeit ein guter Grund gelegt, und auf letzterem würden die Kabinette von St. Petersburg und Wien auch fortbauen können, selbst ohne in jedem Augenblicke das allerdings

stets auf das freundschaftlichste zur Verfügung gestellte Maklertum des Fürsten Bismarck in Anspruch zu nehmen. Wenn man aber angenommen habe, daß letzterer wie ein Papst Alexander VI. die unentdeckte Welt zwischen Spanien und Portugal, so die Balkanländer in eine östliche und westliche Aktionssphäre zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geteilt hätte, so wäre diese Vorstellung zwar sehr schmeichelhaft für die Machtstellung des deutschen Reichskanzlers, aber allem Ermessen nach sehr wenig zutreffend, was die realen Verhältnisse anbelangte. Man übersehe dabei, daß die Aufgaben, welche sich Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel zuerkennt, Aufgaben der Kulturpolitik seien, und nicht der direkten Machtpolitik, und daß die Gefahr des Konfliktes in dem Augenblicke beseitigt wäre, wo Rußland sich ehrlich und aufrichtig die gleiche Selbstbeherrschung auferlege. Man erkenne gerne, daß Fürst Bismarck nichts als den Frieden wolle, daß aber der Friede überall, namentlich im Oriente, gleichbedeutend sei mit der Erhaltung des status quo. Vermöchte der Reichskanzler eine solche Eröffnung dem Petersburger Kabinett wohlwollend beizubringen, so bedeute das an sich einen Sieg der konservativen und beharrenden Tendenzen und die Befestigung der europäischen Friedens- und Rechtsordnung. Letztere finde ihren sichersten Schutz und ihre wirksamste Bürgschaft in dem mitteleuropäischen Bündnis. Und so stehe Deutschland allerdings wiederum mitten in der Mission, die ihm im Vereine mit Österreich-Ungarn vor mehr als dreißig Jahren der berühmteste Publizist der Zeit, die ihm Gentz zuerkannte: „Das Recht Europas ist gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen."

Die Idee des Drei-Kaiser-Bundes, die friedliche Liquidation des Orientes, insbesondere der Interessenausgleichung oder Verteilung zwischen Rußland und Österreich, lag den Verhandlungen zu Grunde, welche in Skierniewice (September 1884) zwischen den drei befreundeten Monarchen und ihren Staatsmännern geführt wurden. Im Jahre darauf trafen sich Franz Joseph und Alexander III. in Kremsier. Ein Interviewer fragte dort den Herrn von Giers:

„Ist es unrichtig, daß die Entrevue ihre Spitze gegen einen Dritten kehrt?"

„Gewiß, gewiß", meinte Herr von Giers mit großer Bestimmtheit, „wir haben gegen niemand Absichten, wir sind zufrieden, daß

die beiden Staaten, die wir vertreten, in ihren Beziehungen gefestigt werden."

„Man meint auch vielfach, daß Kremsier ein Schachzug gegen England und die Türkei ist?"

„Das ist unrichtig. Der Besuch unsers Monarchen war das Ergebnis einer Politik, die sich vor aller Welt entwickelt hat. Die Entrevue gilt der Erstarkung des Friedens, der von Bedeutung für uns, wie für alle Welt ist; die Entrevue ist der Friede."

„Aber der Friede", warf ich ein, „erscheint vielen bedroht durch die Gefahren, welche das Verhältnis von England zu Rußland in sich birgt."

„Die Sache steht gut", erwiderte der Minister; „allerdings sie ist nicht vollendet, aber es geht gut, und ich glaube bestimmt, daß es gut enden wird."

„Es giebt Politiker, die glauben, Kremsier entferne sich von den Bahnen von Skierniewice."

„Nichts weniger als dies. Die Befestigung der politischen Beziehungen, die hier eingeleitet wird, vollzieht sich auf der Basis des deutsch-österreichischen Kaiserbundes. Glauben Sie, wenn auch kein Vertreter Deutschlands hier weilt, im Geiste ist Kaiser Wilhelm hier, und es ist so viel, als ob er selbst hier anwesend wäre. Wenn die beiden Kaiser mit einander sprechen, ist es, als wäre der dritte neben ihnen. Sie geben den Tagen von Kremsier den Titel einer Zwei-Kaiser-Zusammenkunft. Sie könnte kein anderes Resultat haben, wenn sie eine Drei-Kaiser-Zusammenkunft wäre."

Einige Stunden später wurde der Korrespondent auch von einem der maßgebenden österreichischen Staatsmänner empfangen und erhielt auch von diesem eine Charakteristik der Kremsier Entrevue. Diese Darstellung läßt sich in folgendem zusammenfassen:

„Es würde der Situation völlig widersprechen, wollte man den politischen Charakter der Entrevue leugnen. Dieselbe ist nicht nur als eine Reihe von Hoffesten anzusehen; schon in der Begegnung zweier Souveräne wie Zar Alexander III. und Kaiser Franz Joseph I. liegt ein Moment hervorragend politischer Bedeutung. Diese Begegnung ist die Fortsetzung der von Deutschland eingeleiteten Friedensaktion, die im vorigen Jahre nach Skierniewice, diesmal nach Kremsier führte. Die Entrevue wird allen Friedensfreunden in Europa Be-

friedigung gewähren. Es haben Besprechungen über die politische Situation stattgefunden und keine wichtige europäische Frage ist dabei unerörtert geblieben. Es zeigte sich ein volles Einvernehmen und volle Einigkeit in der gegenseitigen Auffassung dieser Frage. Zu förmlichen Abmachungen ist es allerdings nicht gekommen. Das hindert aber nicht die Bedeutung der Entrevue, welche die Tendenzen der Zusammenkunft von Skierniewice neuerlich befestigt und das Verhältnis zwischen Österreich und Rußland womöglich noch günstiger gestaltet, als es bisher schon gewesen ist. Dieser Umstand ist in allen Beratungen offenkundig geworden, sowohl in den Konferenzen, welche wiederholt beide Monarchen hielten, als auch in denen der Monarchen mit den beiden Ministern Giers und Kalnoky, endlich in den Beratungen der beiden letztern." Man darf wohl annehmen, daß Herr von Giers und der maßgebende österreichische Staatsmann nicht in der Lage waren, über die vertraulichen Konferenzen, die in Kremsier zwischen den leitenden Staatsmännern gepflogen wurden, dem Interviewer auch nur annähernd vollständige Mitteilungen zu machen. Die Angaben entsprachen jedoch in allen wesentlichen Punkten den offiziösen Verlautbarungen der russischen und der österreichischen Presse. Wenn daher anderweitig behauptet wurde, der Zar sei nach Kremsier gekommen, um sich der wohlwollenden Neutralität Österreichs und Deutschlands bei einem etwaigen Kriege gegen England zu versichern und dieser Krieg werde trotz der bisherigen friedlichen Bemühungen in den höchsten österreichischen Kreisen für unvermeidlich gehalten, so stand eine derartige Annahme mit allen autorisierten Kundgebungen in offenem Widerspruche. In demselben Jahre (1885) brachte der Monat September eine Revolution, die in ihren Folgen eine bis heute noch wirkende Erschütterung der „starken Wölbung der Drei-Kaiserreiche" mit sich führte. Die künstliche Zweiteilung Bulgariens währte nur sieben Jahre. Dann vollzog unblutig und leicht das bulgarische Volk die Vereinigung entgegen dem Friedensvertrage von 1878, entgegen dem Einspruche der Pforte und dem Verbote Rußlands. Es schuf, durch das Verhalten der Sendboten des Zaren auf das äußerste getrieben, aus dem genannten Staate an beiden Abhängen des Balkan ein festes Bollwerk gegen den russischen Eroberungsdrang.

Die Ansprüche, welche nach der Katastrophe von Sofia (am

21. August 1886) Rußland auf die Übernahme einer Protektorstelle in Bulgarien machte und mit denen Österreich-Ungarn, Italien und England ihre Interessen nicht für vereinbar hielten, riß das zwei Jahr zuvor geschlossene Drei-Kaiser-Verhältnis wieder auseinander. Thatsächlich hatte Bulgarien von 1878 bis 1885, bis zu der ostrumelischen Revolution, so gut wie ganz unter russischem Einfluß gestanden. Thatsächlich hatte Fürst Alexander, durch russischen Einfluß eingesetzt, sich zum Werkzeuge der Gegner der russischen Politik hergegeben, nicht etwa durch das Gewicht der Interessen des eigenen Landes bewogen, sondern um die Pläne anderer Mächte gegen Rußland zu fördern. Fürst Alexander mußte wissen, daß er nicht kräftig genug war, gegen den Widerstand des Zarenreichs auf eigenen Füßen stehen zu können. Denn die Erinnerung an den Sudan, Ägypten, Südafrika, Gordon u. s. w. mußte ihn belehren, daß England nicht die Macht sei, ihn über Wasser zu halten. Nach der Katastrophe von Sofia (21. August 1886), angesichts der russischen Ansprüche auf die Protektorrolle in Bulgarien und darüber hinaus, brachte das „Wiener Fremdenblatt“ eine bedeutsame Erklärung, in welcher der Auffassung, als huldige Österreich einer Politik der Aufteilung der Interessensphären auf der Balkanhalbinsel entgegengetreten wurde. Bemerkenswert erschien es, daß das erwähnte Blatt wiederholt auf diese Erklärung zurückgriff und immer von neuem die Meldungen über eine angebliche Abgrenzung der Interessensphären im Orient als grundlos zurückwies. Das „Fremdenblatt“ erneuerte diese Erklärung unter direktem Bezug auf jene russischen Stimmen, welche mit einer Wiedereinbeziehung der Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina in die schwebenden Angelegenheiten hervortraten, was von dem erwähnten Blatte mit Bestimmtheit in das Gebiet willkürlicher Kombinationen verwiesen wurde. Auch sprach das Blatt die Vermutung aus, daß jene Petersburger Mitteilungen, welche die vorgeblichen Pläne der politischen Kreise Rußlands bis zu einer mehr oder weniger formellen Einverleibung von Bulgarien zuspitzten, weniger die Anschauungen ernster politischer Personen, als vielmehr die Aspirationen und Wünsche der panslawistischen Partei in Rußland widerspiegelten.

Die bezüglichen Petersburger Meldungen beschäftigten die öffentliche Meinung in Österreich in sehr lebhafter Weise und selbst Blätter,

welche die Fortdauer des bestehenden Freundschaftsverhältnisses der drei Kaisermächte auf das eifrigste wünschten, konnten nicht umhin, zuzugeben, daß ein Weitergehen Rußlands auf der eingeschlagenen Bahn zu einem Gegensatze zwischen Österreich und Rußland führen müßte. Die „Neue Freie Presse" besprach bei diesem Anlasse auch das Bestreben des Fürsten Bismarck, die Interessen Österreichs mit jenen Rußlands zu versöhnen. Das Blatt machte darauf aufmerksam, daß dieser Gegensatz dann am schnellsten zu überwinden sein werde, wenn man den einfachen Gedanken fasse, daß der Orient kein herrenloser Besitz sei, daß Österreich nicht das entfernteste Interesse habe, die Türkei zu zerstören, und daß im Osten Europas Völker und Länder sich befinden, die alle Elemente einer selbständigen Entwickelung in sich vereinigen. Österreich fordere keine Suprematie, es wolle sich nicht vergrößern, und keine Völker unterjochen. Jeder Anhänger des Friedens müsse gewiß wünschen, und sei dies sicherlich auch der Wunsch des österreichischen Kabinetts, daß dem Fürsten Bismarck die Erreichung des Zieles, dessen Anstrebung ihm zugeschrieben werde, nämlich den österreichisch-russischen Gegensatz zu versöhnen, gelinge. Die „Neue Freie Presse" betonte aber — und sie befand sich hierin in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer österreichischer und ungarischer Stimmen — daß sich der deutsche Staatsmann nicht verhehlen werde, es könne eine Unterstützung dieser Politik nicht in einer fortwährenden Nachgiebigkeit bestehen und daß ein österreichischer Minister, der alle Verlegenheiten nur durch Resignation überwinden würde, schließlich das eigene Land in eine drangvolle Situation stürzen müßte. Da Österreich nichts verlange, so müsse der Hebel eben dort angesetzt werden, wo es notwendig sei, das Vergrößerungsbestreben in die Schranken zu weisen und hierdurch die Welt vor einer Reihe vernichtender Kriege zu bewahren.

Aus den hier angeführten Stimmen war deutlich ersichtlich, daß die öffentliche Meinung in Österreich jede Veränderung der Orientlage, wie diese durch den Berliner Vertrag normiert ist, perhorreszierte und Versuche, die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina mit den Vorgängen in Bulgarien in Zusammenhang zu bringen, entschieden von der Hand wies.

In Bezug auf die Berufung des Prinzen Ferdinand auf den bulgarischen Thron waren alle Mächte in formaler Hinsicht einver-

standen, nämlich, daß vom Standpunkte des Berliner Vertrags das Vorgehen des Prinzen Ferdinand als ein illegales und rechtswidriges zu betrachten und die Anerkennung desselben als Fürsten von Bulgarien folglich zu versagen sei. Aber darüber hinaus machten sich alsbald verschiedene Ansichten geltend.

Deutschland, das übrigens für seine Stellung in dieser Frage nicht erst den russischen Protest abgewartet hatte, und Frankreich legten die vollkommenste Übereinstimmung mit der Petersburger Auffassung an den Tag und beide Reiche hätten wohl, obschon aus ganz verschiedenen Gründen, Rußland kein Hindernis bereitet, wenn ihm das Mandat zur Wiederherstellung des Status quo ante zufiel, sofern sich aus der neuesten Wandlung der bulgarischen Angelegenheit eine Bedrohung des europäischen Friedens ergeben, Prinz Ferdinand diesem allen Ernstes im Wege stehen sollte.

Die deutsche Politik in Bezug auf Bulgarien ist stets eine sehr bestimmte und konsequente gewesen und hat immer von neuem durch den früheren Reichskanzler, wie durch Darlegungen in der Regierungspresse einen unzweideutigen Ausdruck erhalten. Sie beruht auf der Anschauung: Der Berliner Vertrag ist, wenn für irgend jemand, für Deutschland, welches demselben präsidiert hat, ein bindendes Abkommen, und die koburgische Okkupation steht mit den Grundsätzen desselben in Widerspruch. Die Mittel, deren sich die bulgarischen Machthaber seit 1886 bedienten, um Rußlands Einfluß zu brechen, sind allesamt rechtswidrig, und zweitens: Die Politik dieser Männer bedroht den europäischen Frieden. Laut dem Vertrage von Berlin, auf dem die Existenz des Fürstentums Bulgarien beruht, bilden dieser Staat und Ostrumelien zwei gesonderte Gemeinwesen. Ohne von dem Souverän der beiden Länder, dem Sultan und den Garanten der dort neu geschaffenen Zustände, den Großmächten, eine Abänderung jenes Vertrags erlangt zu haben, hat Fürst Alexander den status quo umgestürzt und durch die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien ein Großbulgarien geschaffen. Als ihn die Folgen seiner Keckheit zwangen, der Krone zu entsagen, hat er dem Lande bis zur Wahl eines neuen Fürsten die Regentschaft als souveräne Obrigkeit vorgesetzt. Dies war ein zweiter rechtswidriger Akt. Denn laut dem Berliner Vertrage haben im Falle der Thronerledigung die Mächte mitzusprechen. Die illegale Regentschaft schrieb

Wahlen für eine Nationalversammlung aus. Diese selbstverständlich ebenfalls illegale Sobranje erwählte den Prinzen Ferdinand zum Fürsten und derselbe trat die Würde an, ohne die durch das europäische Recht geforderte Zustimmung seines Suzeräns und der Großmächte erlangt zu haben. Die dritte Auflehnung Bulgariens gegen die Verträge, auf denen seine Existenz beruht.

Es wurde ferner von Berlin aus bestritten, daß Alexander, die Regentschaft, Ferdinand, ihr Volk hinter sich hatten, daß sie den Willen der Nation vollstreckten, indem sie die Unabhängigkeit der Nation zu begründen trachteten. Man konstatierte vielmehr, daß die angesehenen und einflußreichen Notabilitäten des Landes zum großen Teil nicht als Stützen der nationalen Sache angesehen werden können. Rußland sei jederzeit im stande, sehr viele von ihnen zu verräterischen Umtrieben anzustiften. Auf diese Weise könne es jede Regierung ohne offenkundigen Vertragsbruch zu Grunde richten. Alexander, die Regenten, Ferdinand, seien gar nicht die Fürsten der bulgarischen Nation, sondern die Führer einer bulgarischen Nationalpartei. Der Wahn, sein ganzes Volk hinter sich herziehen zu können, habe Alexander die Krone gekostet. Die Regentschaft überzeugte sich von der Stärke des russischen Einflusses im Lande, und verzichtete auf die Rückkehr des geliebten Siegers von Slivnitza. Statt seiner mußte sie einen Fremden ausersehen, ohne Namen und ohne Recht.

Die deutsche Politik hat sich wegen dieser Auffassung oft eine unverantwortliche Russenfreundlichkeit nachsagen lassen müssen. Indem sie dem russischen Ehrgeiz in Bulgarien freie Hand lasse, sei zu befürchten, die nordische Macht werde sich doch nicht befriedigen lassen und an die Langmut der anderen Staaten immer neue und schließlich unerfüllbare Ansprüche machen. Das ist namentlich die in Wien herrschende Anschauung. Man denkt dort über die Legitimität des Koburgers gerade so wie in Berlin, glaubt aber, diese theoretische Frage zurückstellen zu müssen, falls nur die Zustände in Bulgarien zu einer Konsolidierung sich anlassen. Am 23. Juni 1889 erkannte Kaiser Franz Joseph an, daß in Bulgarien Ruhe und Ordnung herrsche, und bezeichnete es als erfreulich, die stetigen Fortschritte festzustellen, welche dieses Land trotz seiner schwierigen Lage mache. Im Juni 1890 erklärte Graf Kalnoky in Pest den Delegationen,



die Anerkennung des Koburgers stehe zwar noch aus, aber sie sei von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Dem Fürsten Alexander habe die Anerkennung nichts genützt, und der nicht anerkannte Prinz Ferdinand, der von außen nach Sofia hineingetragenen Verschwörung siegreich widerstanden, dank dem in Bulgarien bestehenden Regiment, das durch Fortsetzung seiner besonnenen und maßvollen Haltung nach außen, seines klugen und kräftigen Auftretens im Innern seine Stellung noch weiter gefestigt und sich populär gemacht habe. Die österreich-ungarische Regierung, indem sie eine formelle Anerkennung des Koburgers trotz des Berliner Vertrages preisgiebt, und annimmt, die Herrschaft Ferdinands werde sich ohne dieselbe, also namentlich im Widerspruch mit Rußland, befestigen, bekennt sich dadurch zu einem Prinzipe, das sich allerdings in der Weltgeschichte schon öfter bewährt hat: die Illegitimität kann durch Stützen, die sie ihrer politischen und moralischen Haltung, namentlich ihrer Standhaftigkeit entlehnt, historisch zur Legitimität sich ausgestalten. Fürst Bismarck hat einmal als Bundestagsgesandter in Frankfurt diesen Gedanken ausführlich erörtert, und zwar in einem Schreiben vom Jahre 1857 an den Minister von Manteuffel: „Ein Prinzip kann man nur in so weit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der Grundsatz: quod ab initio vitiosum lapsu temporis convalescere requit (was von Anfang an fehlerhaft oder verderblich, kann nicht im Laufe der Zeit gesund werden) bleibt der Doktrin gegenüber richtig, wird aber durch die Bedürfnisse der Praxis unaufhörlich widerlegt. Cromwell wurde von den europäischen Potentaten „Herr Bruder" genannt und seine Freundschaft gesucht, wenn sie nützlich erschien. Mit den Generalstaaten waren die ehrbarsten Fürsten im Bündnis, bevor sie von Spanien anerkannt wurden; Wilhelm von Oranien und sein Nachfolger in England hatten, auch während die Stuarts noch prätendierten, nichts an sich, was unsere Vorfahren von den intimsten Beziehungen mit ihnen abgehalten hätte. Den Vereinigten Staaten haben wir schon im Haager Vertrage von 1787 ihren revolutionären Ursprung verziehen. In neuester Zeit hat unser Hof den Besuch des Königs von Portugal empfangen, und mit dem Hause Bernadotte hätten wir uns verschwägert, wären nicht zufällige Hindernisse eingetreten.

Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und daß man sich alsdann auch nicht prinzipiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Buße, ja, mit Rühmen, sich zu ihrer Wurzel zu bekennen."

Im Jahre 1886 ließ Fürst Bismarck sich durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" über die Beziehungen Deutschlands zu Rußland vernehmen. Das Regierungsblatt bemerkte: „Wenn die „Morning Post" die Schuld an der Ungewißheit und Besorgnis, welche die Welt erfüllen, in den bulgarischen Verhältnissen sucht, so beweist das, daß sie die Lage Europas völlig falsch beurteilt. Wir haben an Bulgarien gar kein Interesse. Die Verhältnisse dort lassen uns gänzlich unberührt, und um ihretwillen würden wir nicht einen einzigen Soldaten unter die Waffen stellen. Die Nötigung für unsere Rüstungen geht von Frankreich aus. An unsere westlichen Nachbarn möge sich die „Morning Post" halten, wenn sie über die Lähmung des Handels und über die Ungewißheit der Zukunft klagt. Unaufhörlich steigern die Franzosen ihre Kriegsmacht. Aus jeder französischen Zeitung kann die „Morning Post" sich davon überzeugen, wie rasch die französischen Streitkräfte vermehrt werden, welche finanziellen Opfer man bringt, um die Schlagfertigkeit der Armee zu erhöhen. In England weiß man doch sehr wohl, daß Deutschland seinen Blick beständig nach Westen gerichtet halten muß. Man sollte dort also auch darüber nicht im Zweifel sein, daß lediglich Frankreich für die Lage Mitteleuropas verantwortlich gemacht werden muß. Einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dieser Lage und den bulgarischen Verhältnissen konstruieren, heißt sich mit den Thatsachen in Widerspruch setzen." In einem andern Artikel sagte dasselbe Blatt: „Händel zu verhüten, in deren weitere Entwickelung Deutschland hineingezogen werden könnte, ohne ein eigenes Interesse zur Sache zu haben, scheint uns die Aufgabe jedes ehr- und friedliebenden Reichskanzlers zu sein. Die Frage des Bruchs mit Rußland hat vor etwa sieben Jahren nahe genug gelegen, und wenn ein solcher einträte, so wird darüber kein Zweifel sein, daß dann, wie man in Frankreich sagt, die Chassepots von selbst losgehen würden. Wir sind nicht kleinmütig genug, um vor

einer solchen Lage zurückzuschrecken, wenn sie unausweichlich werden sollte, oder unsere eigenen Interessen sie uns aufnötigten. Aber wir sind nicht gewissenlos genug, um zu empfehlen, daß die deutsche Nation, ohne jede in der Sache liegende Nötigung, lediglich aus französischem Prestigebedürfnis einem Krieg von dieser Ausdehnung durch ihre eigene Regierung mutwillig entgegengeführt werden sollte." Man glaubte mit Recht, Bismarcksche Inspirationen in diesem klaren und offenen Bekenntnisse zu finden.

Wir kommen zu der Rede Bismarcks im deutschen Reichstage am 11. Januar 1887 in der zweiten Beratung der Militärvorlage. Er sprach von den Beziehungen zu Österreich: „Wir stehen mit Österreich in einem so sichern und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im Heiligen Römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben." Nicht bloß diese Aussöhnung mit dem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen drei Kaisermächten sei die Aufgabe der Reichsregierung gewesen. „Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über allen Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit andern uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit den Mut seiner Meinung gehabt, und wenn er zu Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der erste, der dies sofort sagen und zu erkennen geben würde. Dieses Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten."

Der Reichskanzler glaubte nicht, daß zwischen Deutschland und Rußland Händel entstehen würden, wenn nicht ersteres bis nach Bulgarien ginge, um sie dort aufzusuchen. Er bezeichnete es als

eine Merkwürdigkeit, daß gerade die Presse derjenigen Partei, die sich jetzt gegen die Regierungsvorlage ausspreche, vor wenigen Monaten alles mögliche gethan habe, um Deutschland in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln, und an die Reichsregierung die Zumutung gestellt habe, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei", wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. „Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrats vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheiten einzulassen. Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird. Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. Die Hoffnung, daß es gelingen würde, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, hat sich insoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder mit Rußland Händel zu bekommen. Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unsern Frieden mit Österreich oder mit Rußland zu erhalten, sondern darin, den Frieden zwischen Österreich und Rußland aufrecht zu erhalten. Es giebt wirklich rivalisierende und miteinander konkurrierende Interessen, die diesen beiden unsern Freunden die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsre Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Österreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen. Wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den europäischen zu erhalten, so wollen wir uns das auch gern gefallen lassen."

Der Reichskanzler verkannte nicht, daß eine gereizte Stimmung zwischen beiden Völkern vorhanden sei; es schien ihm eine Ruchlosig-

keit, diese Mißstimmung bis zum Kriege zu steigern. Der leitende Staatsmann bekämpfte mit Lebhaftigkeit das Unterfangen, „den Frieden zwischen zwei benachbarten Nationen zu stören, in deren Massen schon so manche Verstimmung künstlich gemacht und geschürt wird durch die verschiedensten, sich kreuzenden Interessen.“ Der Kanzler erörterte auch die Möglichkeit, Frankreich von Rußland abzudrängen. Er bezeichnete diese Aussicht als einen Irrtum; auf Frankreich sei in dieser Beziehung nicht zu rechnen. „Frankreich wird nichts thun, wodurch es sich mit Rußland in Ungelegenheiten bringen kann, und solche Insinuation zeigt eben nur von der Unkenntnis der politischen Lage und dem Mangel an Urteilskraft in der europäischen politischen Frage.“ Indem der Reichskanzler dann auf die Zeit der luxemburgischen Frage zurückging und schilderte, wie er dem Könige auseinandergesetzt habe, daß ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich nicht mit einem Feldzuge abgemacht, sondern zu einer ganzen Reihe von Kriegen führe, die vielleicht ein halbes Jahrhundert hindurch dauern würden, fuhr er fort: „Ein ähnliches Verhältnis der Spannung und des dauernden Hasses und eine neue Revancherichtung durch einen Krieg mit Rußland einzurichten neben der französischen, dazu gehört ganz notwendig, daß wir von Rußland in ruchloser Weise angegriffen werden und uns schlagen müßten. Dann würden wir uns verteidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen Koalition augenblicklich unterliegen sollten, würde eine Nation, wie die deutsche, niemals zu Grunde gehen, und wenn sie zu Grunde geht, ist es doch immer besser, mit Ehren unterzugehen, als mit Schande zu leben.“ Und das Ergebnis der Erörterung war: „Wegen Bulgarien, wegen Hekuba, werden wir unser Verhältnis mit Rußland nicht brouillieren.“

Es ist also der deutschen Politik thatsächlich vollkommen gleichgültig, wer auf dem bulgarischen Throne sitzt; ob in Bulgarien der russische oder der österreichische Einfluß überwiegt, wenngleich die persönlichen Wünsche unsrer Staatsmänner unzweifelhaft auf der Seite der habsburgischen Monarchie sind. Ob Fürst Ferdinand anerkannt wird oder nicht, ob er einer russischen Machination unterliegt oder nicht, ob er sich auf dem Throne behauptet als türkischer Vasall oder als unabhängiger Fürst — alles ist für die deutsche

Politik ohne Bedeutung, so lange der europäische Friede ungestört bleibt. Wegen Bulgariens wird Deutschland weder die Freundschaft des einen noch des andern Staates gefährden.

Als Fürst Bismarck die obige Rede hielt, war die Arbeit der Regulierung der europäischen diplomatischen Beziehungen, welche im Hintergrunde der großen Krisis des Winters 1886—1887 lag, noch im Fluß. Das Drei-Kaiser-Bündnis lief im Frühjahr ab. Wurde es nicht erneuert, so erhielten die Teilhaber, Deutschland und Österreich einerseits und Rußland anderseits, ihre volle diplomatische Bewegungsfreiheit wieder. Die „Moskauer Zeitung" natürlich freute sich, daß der „unglückliche" Vertrag zu Ende gehe, der Rußland zur Nichtigkeit verurteilt habe. Der Inhalt des Vertrages habe sich zwar in undurchdringliches Schweigen gehüllt; ja selbst die Existenz eines geschriebenen Vertrages sei lange geheim geblieben; erst in der letzten Zeit sei dies kundbar und daraus klar geworden, warum Rußland mehr und mehr die Bedeutung einer selbständigen Macht eingebüßt hatte und warum es Schritt vor Schritt aus dem Osten verdrängt wurde. Jetzt mehrten sich, berichtete Herr Katkow, die Zeichen, daß Rußland seine Freiheit wieder erlangen wolle. Da werde nun alles aufgeboten, Drohungen und Lockungen, Sophismen und Betrug, Prinzipienreiterei, Kosmopolitismus der russischen Diplomatie, die Programmlosigkeit der russischen Politik, Koalitionsgespenster. Je näher der Termin des Bündnisses rücke, desto mehr demaskiere sich die Politik, die Rußland aufs neue in ihre Netze ziehen wolle. In diesem Tone ging es in dem Organe des Herrn Katkow spaltenlang weiter. Es war dies im Monat März 1887.

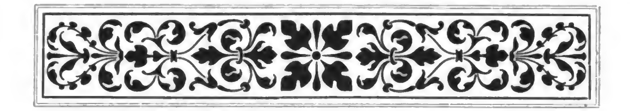
In derselben Zeit brachte der „Pester Lloyd", wahrscheinlich um das wieder wachgerufene Mißtrauen der Ungarn, als könne die Drei-Kaiser-Politik wieder den ausschlaggebenden Einfluß auf die Geschicke Europas gewinnen, zu beschwichtigen, eine augenscheinlich offiziöse Darstellung, welche bezweckte, die in der Phantasie mancher Politiker angeblich übertriebene Bedeutung der Natur des Drei-Kaiser-Verhältnisses auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Er suchte zunächst davon zu überzeugen, daß die Erneuerung des Dreibundes Deutschland-Österreich-Italien keineswegs das Erlöschen des Drei-Kaiser-Verhältnisses, sowie dasselbe bisher bestand, notwendig bedinge, und daß, soviel bisher neben dem Bündnisse Deutschland, Österreich-

Ungarn und Italien das Einvernehmen der drei Kaiser bestanden habe, dasselbe auch in der Zukunft weiter bestehen könne. Das genannte Blatt wies dann darauf hin, daß dieses „Verhältnis“ auf keinerlei geschriebenem Vertrag, auf keinerlei bestimmten Abmachungen, sondern ausschließlich auf dem zu Skierniewice vereinbarten Einvernehmen der drei mächtigen Souveräne, die gegenseitigen Interessen jederzeit zu Rate zu ziehen und eventuell auftauchende Streitfragen im Wege gegenseitiger Verständigung zu lösen, beruhe, daß man daher auch nicht von einem Bunde sprechen könne. Zwar habe der Glaube an die Kraft dieses politischen „Seelenbundes“ inzwischen eine starke Erschütterung erlitten, aber es liege bis jetzt kein Anzeichen vor, daß einer der beteiligten Souveräne sich wirklich von demselben losgesagt habe. Der Unterschied in der Natur des „Einvernehmens der drei Kaiser“ und des Dreibundes der drei andern Reiche liege allerdings klar zu Tage und bestehe darin, daß diesem die Kraft zugetraut werden dürfte, im entscheidenden Augenblick den Frieden der Welt zu bewahren, während jenes bewiesen habe, daß ihm dieses nicht eigen sei. Dann hieß es weiter: „Immerhin mag also das Drei-Kaiser-Verhältnis wie bisher auch künftighin fortbestehen. Mit seinem schattenhaften Dasein ist es eigentlich längst zu einer bloßen Formel herabgesunken, deren die Diplomatie sich zuweilen zu bestimmten Zwecken bedient. Die Tripelallianz Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens ist dagegen zu einem hervorragenden wichtigen Faktor der europäischen Politik herangereift und wird durch keinen Kaiserbund und keine andere Allianz in den Schatten gestellt. Das Gegengewicht dieser Tripelallianz könnte höchstens in einer Verbindung Frankreichs mit Rußland gesehen werden, in der Verwirklichung jener Idee, mit welcher Franzosen und Russen seit langer Zeit spielen und die bisher doch niemals aus der Sphäre chauvinistischer Pläne in den Bereich politischer Realitäten getreten ist. Auch jetzt noch, nachdem die Tripelallianz eine offene, bekannte, notorische Thatsache ist, ist es nicht leicht, an das Zustandekommen eines engeren Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland zu glauben. Die erste Vorbedingung für ein solches Bündnis, die Identität der Interessen, ist nicht vorhanden. Die Gemeinsamkeit des Vorgehens wäre nur auf Grund eines aggressiven Programms, dessen Verwirklichung gerade durch den Bestand des mächtigen mitteleuropäischen

Bündnisses, dem im Bedarfsfalle sich noch andere, auf die Erhaltung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung bedachte Staaten, also England und die Türkei, und in weiterer Linie vielleicht noch Serbien und Rumänien anschließen würden, ungemein erschwert, wenn sie nicht gänzlich vereitelt würde.

Die Tendenz dieser Ausführung war offenbar die, davon zu überzeugen, daß Österreich in der Verfolgung seiner Interessen an der Donau durch das Drei-Kaiser-Verhältnis nicht mehr gehindert sein würde. Auch wurde dieses nicht erneuert.





VI.

Ein maritimer Bund.

Im Jahre 1879, damals, als Deutschland und Österreich sich dem französischen und russischen Kriegslärm gegenüber zu einem Defensivbündnis einigten, rief derselbe Lord Salisbury, der heute an der Spitze des englischen Kabinetts steht, in einem konservativen Meeting in Manchester aus: „Großes Heil ist uns widerfahren!" und die gesamte Zuhörerschaft stimmte in diesen Ruf ein. Anders dachte und sprach man in den liberalen Kreisen Großbritanniens. Hier gab es sogar bei der Nachricht von dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich einen jähen Schrecken. Insbesondere tauchten kommerzielle Befürchtungen der schlimmsten Art auf. Man betrachtete jenes Bündnis unter dem zollpolitischen Standpunkte, sah schon im Geiste Fürst Bismarck den Weltmarkt beherrschen und Englands Handel vernichten. Als es darauf im Frühjahr 1880 zu den Wahlen ging, erklärte Lord Hartington in einer Wahlversammlung den Sieg Beaconsfields für gleichbedeutend mit einem Anschluß Englands an Deutschland-Österreich und mit einer Trennung von dem republikanischen Frankreich. Er verwahrte sich hiergegen mit aller Entschiedenheit und warnte die Bevölkerung vor Wahlen, die England von Frankreich abwenden und zu Deutschland-Österreich hinwenden würden. Es war von Interesse, die Wirkung solcher Auffassung auf die öffentliche Meinung in Deutschland, Österreich und — Frankreich zu beobachten. In dem letztgenannten Lande gab es begreiflicherweise viel Händeklatschen und Bravorufen und davon wieder einen Widerhall in Rußland.

In Deutschland und Österreich wurden liberale Stimmen laut, welche den englischen Liberalen die Freundschaft kündigten. Da

nahm auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" das Wort, um den allgemeinen Anschauungen in den Regierungskreisen Ausdruck zu geben. Dieses Blatt erklärte, Lord Hartington und Genossen möchten sich doch nicht einbilden, daß man in Deutschland etwa auf Frankreich eifersüchtig sei, wenn dieses von England mehr geliebt und umworben würde, als Deutschland. Der Versuch, Englands Beteiligung an dem mitteleuropäischen Friedensschutzbündnis zu gewinnen, sei bisher weder von Deutschland, noch von Österreich ins Auge gefaßt. Es läge gewiß im Interesse der Völker, wenn ihre Regierungen unter sich eine Assekuranz bildeten, um ihre Unterthanen vor den Leiden neuer Kriege zu bewahren. Aber es sei weder Deutschlands noch Österreichs Aufgabe, England für dieses System geneigt zu machen, und es liege durchaus nicht in der Natur dieses Systems, England und Frankreich zu trennen. Nichts dergleichen werde von den beiden Alliierten erstrebt. Weder in Deutschland noch in Österreich würde man zu einer Entfremdung der beiden Westmächte die Hand bieten. Bei den leitenden Politikern in Wien und Berlin herrsche vielmehr die feste Überzeugung, daß gute Beziehungen zwischen Frankreich und England dem Frieden nicht minder nützlich seien, als die zwischen den Alliierten von 1879. So lange Frankreich und England einig wären, würde ihre Politik friedliebender und gerechter sein, als die jeder einzelnen Macht im Falle einer Erkaltung und Isolierung. So lange sie Hand in Hand gingen, würden sie sich einander von Friedensstörungen abhalten und auf der Linie einer friedlichen und zivilisatorischen Politik sich zusammenfinden. Ihre Freundschaft gelte uns als ein Pfand für die Erhaltung des Friedens und Lord Hartington könne nur aus Unbekanntschaft mit der Politik der kontinentalen Mächte in den Irrtum verfallen, daß die Bestrebungen Österreich-Ungarns und Deutschlands dahin gerichtet wären, Englands gutes Einvernehmen mit Frankreich zu lösen.

In den Konflikten, welche sich bei der Ausführung des Berliner Friedensvertrages für die Türkei teils mit Montenegro, teils mit Griechenland ergaben, bei dem Einmarsch der Franzosen in Tunis und bei den neuesten Entwickelungen in Ägypten, wo die Kriegspartei im Namen des Nationalitätsprinzips die zudringlichen Westmächte aus dem Lande zu jagen und ein selbständiges arabisches Königreich

zu errichten wünschte: überall machte sich das Einverständnis von Deutschland und Österreich-Ungarn bemerkbar. In der ägyptischen Frage hatte Graf Münster, der deutsche Botschafter in London, mit Lord Granville eine Unterredung, worin er auseinander setzte, daß Fürst Bismarck die Aufrechterhaltung des status quo in Ägypten von Herzen wünsche, aber im Falle einer Intervention die türkische als die am wenigsten anfechtbare halte; der Fürst sei einer englisch-französischen Okkupation abgeneigt, weil sie die beiden Mächte in eine isolierte Aktion verwickeln könnte, durch welche Reibungen zwischen ihnen entstehen müßten, und ein solcher Konflikt eine für das Wohlergehen der ganzen Welt verhängnisvolle Verwirrung nach sich ziehen würde. Da aber Freycinet mit der Hartnäckigkeit Gambettas die anderen Mächte nicht mit thun lassen und die ganze Sache wie eine englisch-französische Privatsache, die die andern Mächte nichts angehe, behandelt wissen wollte, so gab Granville nach. Frankreich und England schickten — zum Schutze des Khedive — eine Flotte nach Alexandrien. Die Beschießung der Stadt durch die Engländer rief fast allenthalben in Europa einen lebhaften Unwillen hervor. Diesem gaben namentlich in Berlin hervorragende Blätter einen leidenschaftlichen Ausdruck. Fürst Bismarck ließ ihnen bedeuten: „Die kaiserliche Politik ist sorgfältig bemüht, jede Parteinahme zu vermeiden und die verhältnismäßig wenig interessierte und verpflichtete Stellung Deutschlands im Orient erleichtert ihr die Aufgabe, ihre guten Beziehungen zu allen, auch zu den unter sich nicht einigen Mächten zu schonen. Es wäre eine große Thorheit, wenn Deutschland, ohne daß seine Interessen oder seine Ehre es gebieten, seine guten Beziehungen zu irgend einer der europäischen Mächte mutwillig gefährden wollte, sei es durch Eingreifen, ohne daß ein eigenes Bedürfnis dafür vorliegt, sei es durch verletzende Parteinahme gegen andere Mächte und gegen die Art, wie diese ihre Interessen glaubten wahrnehmen zu müssen. Die deutsche Politik hat sich durch keinen ihrer Erfolge zu Einmischungen in die Politik anderer Mächte verleiten, sondern stets warnen lassen durch das Beispiel des napoleonischen Frankreich, dessen verhängnisvollster Fehler es war, in Europa eine Art von Zensoren- oder Schulmeisterrolle anderen Mächten gegenüber üben zu wollen. Die Reichsregierung kann erfahrungsmäßig nicht darauf rechnen, daß ihre Bemühungen, den Frieden des Reiches und die

guten Beziehungen desselben zu allen Mächten vor jeder Trübung zu bewahren, so lange unsere eigenen Interessen es gestatten, in der Presse Unterstützung oder auch nur Verständnis finden. Die Presse hat eben ihren Lesern gegenüber andere Aufgaben, als die Wahrnehmung der Interessen des Landes, aber unerwünscht und nachteilig bleibt es immer, wenn Blätter, die sonst die Regierung unterstützen, durch scharfe Parteinahme für oder gegen eine der andern Mächte bei andern Regierungen Vermutungen erwecken, als ob in ihnen irgend welche uneingestandenen Hintergedanken der Reichspolitik Vertretung fänden. Die Thatsache, daß Blätter, welche sonst die Politik der Regierungen wahrnehmen oder vertreten, beispielsweise gegen das Vorgehen Englands mit Schärfe, ja mit Leidenschaft Partei nehmen, hat die Regierung veranlaßt, durch ihre diplomatischen Vertreter erklären zu lassen, daß ihr die Parteinahme der Presse in dieser Richtung fremd ist, und daß sie sich um so mehr in der erwünschten Lage befand, anderen Regierungen die Wahrnehmung ihrer Interessen nach eigenem Ermessen zu überlassen, als ja von keiner Seite die Kundgebung eines deutschen Urteils über die Absichten oder das Verfahren einer andern Regierung verlangt worden ist."

Fürst Bismarck legte bei einer spätern Gelegenheit gegen die Behauptung Verwahrung ein, daß er ein „unfavourable view", eine ungünstige Meinung über die englische Politik in Ägypten habe, weil man seinen Rat hinsichtlich jenes Landes nicht befolgt habe. Er sagte: „Lord Granville befindet sich im Irrtum, wenn er annimmt, daß mein Rat in Bezug auf Ägypten dahin gelautet habe, „to take it", Ägypten zu nehmen. Das ist ein Irrtum." Der Irrtum sei nur durch den Mangel mündlichen Verkehrs der Diplomaten möglich geworden. Deutschland habe niemals einen Rat hinsichtlich Ägyptens gegeben, wohl aber habe Lord Ampthill verschiedentlich angefragt, ob Fürst Bismarck nicht einen Wink geben und sagen wolle, was diesseits Billigung erfahren würde. Das habe der Kanzler abgelehnt, da es eine gewisse Verantwortlichkeit bedinge. Da er aber weiter um seine persönliche, unverbindliche Meinung gefragt worden sei, so habe er geantwortet, er könne sich in den Fall denken, daß er englischer Minister wäre. Als solcher würde er nicht dazu raten, Ägypten zu annektieren.

England habe unzweifelhaft das Bedürfnis, in Ägypten ein sicheres Bindeglied zwischen seinen europäischen und asiatischen „Etablissements“ zu haben. Diese Stellung sei ohne Verletzung der Verträge sehr wohl durch den Sultan zu gewinnen. Es sei daher ratsam, zur Sicherstellung der englischen Interessen die Vermittelung des Sultans anzusuchen. Diese Form könne auch bei andern Nationen kaum Anstoß erregen, zumal die englische Verwaltung den Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen zu gute komme.

Wenn dagegen England eine direkte Annexion Ägyptens vornehmen wolle, so kann sich ein Verhältnis von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zu dem gesamten Mohammedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn sie dort unter der Firma des Sultans erschienen, und „ich gebrauchte noch den Ausdruck — vielleicht wird mein englischer Herr Kollege sich dessen erinnern — ich gebrauchte in englischer Sprache den Ausdruck eines „leaseholder“ (etwa Erbpächter) des Sultans in Ägypten ..... Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt. Ich habe dem hinzugefügt: wenn England vorziehen sollte, Ägypten zu annektieren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, das zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger ... als das zukünftige Schicksal von Ägypten. Ich sei nicht willens, ihnen einen Rat zu geben, aber ich sehe voraus, daß durch eine Annexion Ägyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souveränität seinen Einfluß in Ägypten auszuüben.“

Das ist die Politik, welche die britische Regierung seither verfolgt hat, die Annexion Ägyptens würde nicht nur die Verantwortlichkeit Englands erhöhen, sondern auch Ungelegenheiten mit verschiedenen Mächten, besonders mit der Pforte, herbeiführen, auf deren Freundschaft das Inselreich rechnet.

Wunderbar, gerade das liberale Ministerium Gladstone von 1880 hat Frankreich den empfindlichsten Schlag beigebracht, den es seit 1870 erhalten, es nahm ihm Ägypten, dessen Verlust schwerer wiegt, als der von Elsaß-Lothringen. Die alte englisch-französische Allianz ging

darüber verloren. Das Kabinet Gladstone hatte den französischen Parlamentarismus zu seinem Bundesgenossen. Dieser stürzte Herrn von Freycinet im Jahre 1882, als er von der Kammer einen Kredit für die gemeinsame Besetzung Ägyptens durch französische und englische Truppen verlangte. Dem diplomatischen Feldzuge, welchen Ferry 1884 gegen England eröffnete, um den Fehler wieder gut zu machen, bereiteten die Deputierten im Jahre 1885 ein jähes Ende, indem sie Ferry stürzten. Das Kabinett Gladstone zeigte einen entschiedenen Hang, wenn auch nicht zu der insularen Politik früherer Jahrhunderte zurückzukehren, so doch für einige Zeit die Empire-Politik gegenüber den inneren Angelegenheiten in den Hintergrund treten zu lassen. Die Folgen machten sich sehr rasch bemerkbar; noch waren es nicht zwei Jahre, als Gladstone, damals noch den Faden Lord Beaconsfields in Ägypten weiterspinnend, die Franzosen völlig aus diesem Lande herausmanövriert hatte, ein Ereignis, welches den tiefsten Niveaustand Frankreichs als Weltmacht bezeichnete.

In dem heißen Streite der offiziösen Berliner Blätter mit den Parisern, der sich im Sommer 1883 an das durch das Bekanntwerden des Eintrittes Italiens in den Friedensbund erhitzte Revanchegeschrei Frankreichs knüpfte, traten englische Blätter für letzteres ein. Über Italien sagte die englische Presse, es thäte besser, seine Steuern herabzusetzen, als sich in kostspielige Allianzen einzulassen, welche ihm schwere Rüstungspflichten auferlegten. Die Anwesenheit Gladstones in Kopenhagen beim Zaren steigerte die Beunruhigung in Deutschland. In der Berliner Regierungspresse kam dauernd eine an englische Adressen gerichtete Gereiztheit zum Ausdruck, zwar wendete die Polemik sich unmittelbar nur gegen die „Times“, es war indes unverkennbar und wurde auch gelegentlich angedeutet, daß man hinter diesem Blatte, dessen eigene politische Bedeutung als längst sehr herabgekommen geschildert wurde, wichtigere Faktoren des englischen Staatslebens vermutete. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ knüpfte an das aus London berichtete Gerücht an, die englische Regierung habe in Veranlassung von Artikeln der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Vorstellungen in Berlin erhoben. Die Grundlosigkeit dieses Gerüchtes, sagte das Blatt, brauche nicht erst versichert zu werden; dann setzte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber die Polemik gegen die „Times“ insbesondere wegen

deren Bemühungen, in Österreich Argwohn gegen Deutschland zu erwecken, fort. Sie fragte, ob sich etwa in der „Times“ die früher traditionelle englische Politik vernehmbar machte, welche glaubte, auf dem Kontinente stets Unruhe und Verwickelungen erregen zu müssen, damit England gedeihe und reich werde, und schloß dann: „Die „Times“ müßte sich aber bei etwas ruhigerer Überlegung selbst sagen, daß diese Tradition sich überlebt hat und daß deren künstliche Wiederbelebung für Deutschland nur die Folge haben könnte, die hier immer noch stark vertretenen Sympathien für England zu schmälern, Deutschland dahin zu bringen, seine eigene Haltung jenen übelwollenden Intentionen konform zu gestalten und Anlehnung da zu suchen, wo es sie eben fände. Von den Männern, welche die Politik großer Reiche zu leiten haben, muß man erwarten, daß sie Verständnis für politische Symptome besitzen und sich rechtzeitig darüber klar werden, was sie von andern Mächten in gewissen Fällen zu erwarten haben. Dazu genügt den Verständigen ein leiser Wink, und wer für den kein Verständnis hätte, würde nicht berufen sein, die Politik des Deutschen Reiches zu leiten. Würde die „Times“ wohl geneigt sein, die Verantwortung dafür zu übernehmen, ihre Haltung als ein solches politisches Symptom aufgefaßt zu sehen? Ihr Versuch, Österreich gegen Deutschland aufzuregen und mißtrauisch zu machen, ist außerdem einfach lächerlich; es gehört eine vollwichtige Dosis von Unkenntnis kontinentaler Verhältnisse dazu, um auch nur einen Versuch zu machen, das deutsch-österreichische Bündnis zu untergraben und man könnte einem solchen Versuch nur mit mitleidigem Achselzucken begegnen, wenn nicht eben die Systematik in dem Vorgehen der „Times“ nachdrücklicher darauf hinzuweisen zwänge.“ Gleichviel, was der englische Premier in Kopenhagen gewollt, erreicht oder nicht erreicht hatte, gleichviel, wie hoch politisch oder wie harmlos sein Abstecher dahin gewesen, es war eine Thatsache, daß Herr Gladstone es sich schon längerer Zeit und vor jenem trip angelegen sein ließ, in Berlin sich als bester Freund Deutschlands zu decouvrieren und sein warmes Interesse für das mitteleuropäische Bündnis als Hort des Friedens des Weltteils an den Tag zu legen. Man sagte in Berliner diplomatischen Kreisen: was hat sich denn in Europa verändert, die Politik des Fürsten Bismarck oder die Interessen Englands? Welche Gründe können die Spendung

solcher rückhaltloser Huldigungen von sonst so zweideutiger und kritischer Seite seit einiger Zeit veranlassen? Man machte darauf aufmerksam, daß die Sprache der „Pall Mall Gazette“, eines Blattes, das zu Gladstone etwa in dem Verhältnisse stand, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zum Fürsten Bismarck, als das Echo der Versicherungen anzusehen sei, welche der englische Premier nach Berlin gelangen ließ. Unter der Überschrift: „Die Führerschaft in Europa“ brachte zum Sedantage die „Pall Mall Gazette“ einen, die Stellung Deutschlands und die Politik des Fürsten Bismarck feiernden Artikel, der besonders bemerkenswert war in einem Blatte, welches am Sturze Beaconsfields, seiner deutschfreundlichen Politik halber, einen so großen Anteil hatte. Dieser Artikel galt schon damals für direkt von Gladstone inspiriert und sagte unter anderem: „Deutschland ist durch seine Verfassung, seine Lage, durch sein Temperament und seine Interessen das einzige Land, das zur Leitung Europas berufen ist. England steht außer Konkurrenz, es ist asiatische, afrikanische, australische Macht; Rußland ist ein asiatischer Staat, Frankreich strebt nach Macht jenseits der Meere, Deutschland nimmt ein befestigtes Lager im Mittelpunkte Europas ein und alle seine Interessen sind europäische, es hat alles erreicht, was es erstrebte, will nur den Frieden und ist deshalb die mäßigende Macht zwischen den Nationen; seine Politik ist die der Nichtintervention, illustriert durch das Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers, gemäßigt durch die kräftige Handhabung der Funktionen des „ehrlichen Maklers“. Seitdem hatte die „Pall Mall Gazette“ fortgefahren, dieselbe Sprache zu führen, insbesondere noch nach der Kopenhagener Begegnung, und zu versichern, daß England weit davon entfernt sei, ein französisch-russisches Bündnis zu wünschen, oder durch die englisch-russische Annäherung entweder den allgemeinen Frieden oder die legitime Hegemonie Deutschlands in Europa, welche die stärkste Bürgschaft gegen einen Krieg sei, zu bedrohen. Sollte eine solche Sprache dazu dienen, allerlei Pläne, die mit der Reise nach Kopenhagen zusammenhingen, zu verhüllen? Die „Pall Mall Gazette“ war das Organ, durch welches der englische Premier fortwährend und direkt sich auf das liebevollste mit Deutschland unterhielt, — im vollsten Widerspruche mit der „Times“. Diese Sprache änderte sich bald. Im Juni 1884 machte der „G.“-Artikel

in der Fortnightly Review großes Aufsehen, der, wenn auch nicht als von Gladstone verfaßt, doch als von ihm inspiriert angesehen wurde. Neu war in dem Artikel für den, der die englische Politik der letzten Jahre mit der gewöhnlichen Aufmerksamkeit verfolgt hatte, freilich nichts. Daß Mr. Gladstone von jeher ein Gegner Deutschlands und ein Verehrer Rußlands und Frankreichs gwesen, wußte alle Welt, wie es denn nicht minder in Erinnerung war, daß er dieser subjektiven Empfindung des Hasses und der Liebe bei jeder Gelegenheit einen Einfluß auf die objektive Gestaltung der von ihm geleiteten Politik eingeräumt hatte, wie sie mit staatsmännischer Denkweise nicht vereinbar war. Oder war es etwa staatsmännisch, daß er 1876, wo er allerdings nicht am Ruder war, die Vernichtung der Türkei predigte, zu einem Zeitpunkte also, wo England nahe daran schien, der orientalischen Frage wegen als Verbündeter der Pforte einen „Kampf ums Dasein" zu bestehen? War es staatsmännisch, daß er nach dem Sturze der Tories im Jahre 1880 Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um die Grundlagen des Berliner Friedens umzustürzen, indem er bald Smyrna bombardieren, bald die Österreicher aus Bosnien vertreiben wollte, und was dergleichen mehr ist? Wie die Welt heute aussehen würde, wenn ihm das alles gelungen wäre, darum kümmerte er sich nicht; das aber vergaß sein unversöhnliches Temperament nicht, daß Fürst Bismarck es gewesen, der ihn an der Ausführung jener sinnlosen Pläne hinderte, und diese Galle ließ er in dem „G."-Artikel überlaufen. Im Stande hochgradiger Erregung war es, daß in dem Artikel behauptet wurde, es gäbe für England nur zwei Bundesgenossen: Rußland und Frankreich, und daß es eigentlich nur einen Gegner habe, Deutschland. So lange Frankreich ausschließlich mit Revanchepläne beschäftigt war, ließ sich das allenfalls hören; seit dem Krimkriege bestand jene entente cordiale, die in Wirklichkeit keinem der Nächstbeteiligten etwas genützt hat, in der Vorstellung aber doch eine gewisse Rolle spielen mochte. Nachdem aber Jules Ferry auf den praktischen Gedanken gekommen war, die Rachepolitik Gambettas bis auf weiteres zu vertagen und die Zwischenzeit zur Herstellung eines Kolonialreichs ersten Ranges zu benutzen, hatte sich die Sachlage denn doch im fundamentalen Sinne geändert. Ob nun Frankreich unmittelbar in Englands Machtsphäre eingriff, oder ob

das mittelbar geschah, indem es ungeheure Gebiete an sich zu bringen suchte, ja teilweise schon an sich gebracht hatte, die vom Standpunkte der Weltkonkurrenz in Handel und Politik bisher für neutral gelten konnten, — das machte wahrlich keinen so großen Unterschied, daß ein Staatsmann von Gladstones Stellung es irgendwie betonen durfte.

Zu diesen indirekten Angriffen Frankreichs auf die Weltstellung Englands war nun aber zu allem Überfluß ein ganz direkter gekommen. Indem Ferry die Wiederherstellung des französischen Einflusses in Ägypten anstrebte, kehrte er sich mit der denkbar größten Schärfe gegen die Weltmachtsansprüche, die England aus dem alleinigen Protektorat über das Nilland schöpfte. Wenn es je einen unversöhnlichen Interessengegensatz gegeben hat, so ist es der, welcher Frankreich und England in Ägypten scheidet. Gladstone wußte das so gut in praxi als irgend einer; in der Konferenzfrage hielt er zäh an dem Standpunkte von 1882 fest, mochte das immerhin mehr aus Rücksicht auf sein Verhältnis zum Parlament geschehen, als aus Erwägungen patriotischer und politischer Natur. Was sollte es da denn nun heißen, daß er in einem Zeitungsartikel die Franzosen für seine besten Freunde erklärte? Welcher Gimpel in aller Welt konnte auf diesen Leim gehen? Und nun vollends Rußland! Was die Vergangenheit zwischen beide Länder gelegt hat, darauf brauchen wir hier nicht hinzuweisen. Es bedarf aber nur eines Blickes auf die Karte von Mittelasien, um sich darüber klar zu werden, daß der Zukunft noch ganz andere Konflikte vorbehalten sind. Die Lage des Moments, die ja zweifellos friedlicher Art war, konnte dabei nicht in Betracht kommen. Große Reiche, wie Rußland und England, werden nach objektiven Rücksichten geleitet, deren Schwergewicht im gegebenen Falle nichts widersteht, am wenigsten irgend welche persönliche Auffassung ganz oder halb sentimentaler Art. Wenn irgend jemand, so war es Gladstone, der die objektiven Rücksichten der englischen Weltpolitik durch Einmischung rein persönlicher Gesichtspunkte zu verwirren gewohnt war. Sentimentaler Art waren diese letzteren freilich nicht, weit eher konnte man die Gewissenlosigkeit, mit der Gladstone seiner Schrullen und Rankune wegen die Welt in Brand zu setzen im stande war, diabolisch nennen.

Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Lytton, teilte in einer

am 30. August 1884 gehaltenen Rede den folgenden Ausspruch des Fürsten Bismarck über den liberalen Premierminister Gladstone mit: „Wenn ich im Verlaufe meines ganzen Lebens Deutschland nur die Hälfte der Unehre und Schwächung angethan hätte, die Gladstone im Laufe weniger Jahre über England gebracht hat, so würde ich nicht den Mut haben, irgend einem meiner Landsleute unter die Augen zu treten.“ „Und, fügte Lord Lytton hinzu, wir wissen, wie wenig es dem Fürsten Bismarck an Mut und Entschlossenheit gebricht.“

Die Kongokonferenz brachte England einen schweren Verlust, es büßte dort ein altes Monopol ein; sie zeigte dagegen Frankreich auf einer Höhe, die es seit Napoleon nicht inne gehabt. In der europäischen Politik galt es seit dem deutsch-französischen Kriege als ein jedem Zweifel entrückter Satz, daß die beiden Gegner von 1870—1871 nur in offenem und verstecktem Gegensatz sich bethätigen könnten. Es war eine der größten Überraschungen, von denen die Diplomatie zu erzählen weiß, daß mit einem Male jene beiden Regierungen sich zu einer großen politischen Aktion vereinigten. Die französischen Staatsmänner fanden es sicher nicht leicht, den Widerspruch in der eigenen Brust gegen ein gemeinsames Vorgehen mit Deutschland zu überwinden; sie gaben sich auch keinem Zweifel hin, daß sie ähnlichen, noch viel schärfern Gefühlen in der französischen Bevölkerung begegnen würden. Auf der andern Seite hatte der leitende deutsche Staatsmann sein Augenmerk seit dem großen Kriege darauf gerichtet, das Feld seiner unmittelbaren Aktion so viel wie möglich einzuschränken; alles, was einem auswärtigen Abenteuer nur von fern ähnlich sah, so viel wie möglich zu vermeiden. Wenn nun die beiden Regierungen gleichzeitig ihr Verhalten änderten, Frankreich seine Reserve gegen Deutschland, Deutschland seine Reserve gegen eine überseeische Politik aufgab, so mußten es zwingende Gründe sein, die eine solche Wendung vorschrieben.

Auch hatte die europäische Presse seit Monaten unausgesetzt erörtert, wie die Grundsätze über die Schifffahrt auf dem Kongo und Niger, über die Bedingungen der Anerkennung des Besitzstandes einer Nation an bisher nicht okkupiertem Gebiet ganz unmittelbare Interessen der Mehrzahl der Staaten berühren. Wie auch in den Augen der Regierungen die Wichtigkeit der Konferenz gewachsen,

das ergab sich daraus, daß eine Reihe größerer Regierungen nach und nach aus der zweiten in die erste Reihe der Teilnehmer trat. Zuerst sollten außer Deutschland, Frankreich und England nur die Niederlande, Belgien, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten bei der Beratung mitwirken. Dann aber meldete sich Italien mit dem Wunsche nach Teilnahme, Österreich und Rußland schlossen sich an; zuletzt erwirkte denn auch noch die Türkei eine Einladung, vielleicht als Zeichen, wie sie berufen sein könnte, auf einem andern afrikanischen Gebiete in verstärkter Weise in Aktion zu treten. Wirft man einen Blick auf die Stellung, welche Frankreich zur Zeit der Kongokonferenz im Rate der Nationen einnahm, so ist es erstaunlich, wie rasch und wie stark der Sturz ist, den es seitdem gethan hat. Als die Vertreter der Seemächte in Berlin zu einer im Völkerrecht bahnbrechenden Arbeit zusammengetreten waren, hatte sich die Sache schnell so gestaltet, daß Frankreich thatsächlich die Leitung in die Hand bekam. Die Interessen der französischen Republik waren von vorn herein jeder Bestreitung entrückt, ihre Protektion war maßgebend, andere Staaten beschwerten sich, daß Herr von Courcel in Berlin „Sommer und Winter“ mache. Eine nähere Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich schien sich anspinnen zu wollen; auch noch an andern Plätzen als in Westafrika fanden Frankreichs Wünsche und Anliegen einen Rückhalt in der Haltung Deutschlands und immer stärkere Geltung. Dieser Beginn der Wiederaufrichtung der Weltstellung Frankreichs war von kurzer Dauer. Gegenüber einigen partiellen Unfällen in Tonkin, die für die Gesamtlage ohne Konsequenz waren, verloren erst Jules Ferry und sein Ministerium, dann die opportunistische Mehrheit der Kammer den Kopf, Jules Ferry fiel, und nicht zum wenigsten deshalb, weil er sich enger an die Politik Deutschlands angeschlossen hatte.

Es war kein Geheimnis, daß es England einen schweren Entschluß kostete, auf einem westafrikanischen Kongreß in Berlin zu erscheinen. In der Berufung der Konferenz glaubte England einen Zug gegen sich zu sehen, es glaubte die Bedeutung derselben in der Feststellung eines Gegensatzes zwischen ihm und den andern Nationen zu finden. Aber seine Interessen wiesen es darauf hin, ein freundliches Einverständnis mit allen andern Nationen zu pflegen, es hatte bei einer Verbitterung der wechselseitigen Beziehungen unendlich mehr

einzubüßen, als ihm irgend eine Vergrößerung seines schon übermäßigen Kolonialbesitzes nützen kann. Deutschland that den ersten internationalen Schritt in Bezug auf Afrikafragen im Frühjahr 1884, als es den portugiesisch-britischen Vertrag über die afrikanische Westküste an der Kongomündung nicht anerkannte. Deutschland trat damals mit seinem ganzen durch eigene Kraft gewonnenen Prestige auf, dem entsprach auch der Erfolg: der genannte Vertrag war damit gefallen, und es sprach sich in der ganzen zivilisierten Welt ein allgemeines Staunen darüber aus, welches namentlich bei den darüber erfreuten Amerikanern einen drastischen Ausdruck fand, daß Deutschland auch in kolonialen Dingen die führende Macht geworden sei, vor der selbst England ruhig zurückwich. Ganz ähnlich, voll Kraft und Würde, war das Verfahren bei der Besitzergreifung von Lüderitzland. Als die Engländer auch jenes Gebiet für das ihre erklärten, beantwortete Fürst Bismarck diese Meldung vom 4. Juni 1884 durch die Mitteilung an Lord Granville, daß er nicht im stande sei, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen und das Recht der Engländer hierauf bestreite. Weiterhin protestierte er scharf gegen die eingeleitete „illoyale Handlungsweise" Lord Derbys und erreichte damit, daß schon am 22. Juni 1884 die deutsche Besitzergreifung dort vom englischen Kabinette anerkannt und sogar das Deutsche Reich als Nachbar in Afrika begrüßt wurde. Einen dritten Schritt in antibritischem Sinne that das Auswärtige Amt noch im Februar 1885, mit Ausstellung des Schutzbriefes an die Gesellschaft für deutsche Kolonisation. Dann hörte diese selbstbewußte Politik auf und man hielt fortdauernd, wie Fürst Bismarck schriftlich und mündlich öfter bestimmt dargethan hat, den Grundsatz fest, nur im Einverständnis mit England weiter zu gehen.

In den Konflikten Deutschlands und Englands auf dem kolonialen Gebiete trat sehr früh eine Persönlichkeit hervor, die als der Friedensapostel angesehen werden konnte, der den Ölzweig übers Meer trug oder zurückbrachte. Derselbe hatte wiederholt Missionen nach England, begann und schloß damit seine diplomatische Laufbahn. Wir haben Graf Herbert Bismarck auf dem Berliner Kongreß, in der Krisis vom Ende des Jahres 1882, beim Abschluß des Drei-Kaiser-Verhältnisses im Frühjahr 1884 kennen gelernt. Im Januar 1881 trat er bis dahin in Dresden als Legationsrat in die politische

Abteilung des Auswärtigen Amtes ein. Im Monat Dezember desselben Jahres sprachen Pariser Zeitungen viel von einer geheimen Sendung des Grafen Herbert nach London. Von deutscher Seite wurde dem entgegengesetzt: „Der Gedanke, daß die deutsche Regierung gleichzeitig mit ihrem Botschafter, in dessen Begleitung Graf Herbert Bismarck in England angekommen ist, einen Sekretär mit einer geheimen Instruktion an einen englischen Minister schicken sollte, hat etwas so Verkehrtes, daß nur ganz unerfahrene Leute auf Grund von Romanlektüre oder eigener Invention auf dergleichen kommen können. Wenn die Regierung sich mit einem so wunderlichen und in ihre Politik so wenig hineinpassenden Plane überhaupt trage und es dann unmöglich finde, ihren eigenen Vertrauensmann — ihren Botschafter in England — damit zu beauftragen, so würde ja doch in geordneten Verhältnissen ein solcher Botschafter weder gehalten werden, noch bleiben können. — Auch das Anstandsgefühl kann in den Kreisen der Erfinder dieser Sensationsgeschichte nicht sehr lebhaft sein, wenn sie annehmen, daß ein junger Mann von gutem Hause neben seinem, ihm und seiner Familie befreundeten Botschafter mit einer geheimen Instruktion in der Tasche, von der der Botschafter nichts wissen darf, nach London reisen und darüber verhandeln werde." Eine ähnliche, wenn auch weniger energische Verleugnung eines geheimen Zweckes oder einer außerordentlichen Bedeutung erfuhr auch das plötzliche Auftauchen des Grafen Bismarck in Wien in der Mitte des Monats Dezember 1882, wiewohl man später wiederholt denselben neben den ordentlichen Botschaftern mit besonderer Sendung und mit direkten Aufträgen an die fremde Regierung betraut gesehen hat, so schon 1883, wo er als Geschäftsträger nach England kam. Dort hatte eben der zum Gesandten in Darmstadt ernannte bisherige Botschaftsrat Stumm London verlassen. Dieser verdankte die rasche Beförderung der Geschicklichkeit, mit welcher er als Geschäftsträger während des ägyptischen Krieges bei der englischen Regierung den alten Argwohn wegen möglicher geheimer Anschläge des Fürsten Bismarck zu verscheuchen verstand. Wie oft auch der Botschafter selbst den Leitern des Auswärtigen Amtes die Anweisung des Fürsten „Thut was ihr wollt in Ägypten; uns ist alles recht", gesagt haben mochte; es blieb immer die unausgesprochene Furcht vor einer Machiavelli-Politik zurück, vor

einer anscheinenden Uneigennützigkeit, hinter welcher sich weitgehende, unglücksschwangere Pläne des eisernen Kanzlers bargen. Herrn Stumm fiel nun die Aufgabe zu, die Atmosphäre Gladstones von diesen Anschauungen zu reinigen. Er scheint dies mit der seinem Herrn und Meister abgelernten Offenheit gethan zu haben. Man erzählt sich, daß Herr Stumm, an dessen Wiege der Gott Plutos mit reichen Gaben stand, längst die Absicht hatte, sich aus dem Staatsdienste zurückzuziehen und mit seiner jungen Gemahlin, einer Deutsch-Amerikanerin, auf seinen Gütern in Deutschland, wo er seine Kunstschätze aufgestapelt, in Ruhe zu leben. Ein Handschreiben des Fürsten Bismarck forderte unter schmeichelhafter Anerkennung zum Verbleiben im Dienste auf. Seine Versetzung nach Darmstadt vereinigte das Nützliche mit dem Angenehmen, da sie ihn in unmittelbare Nähe seines fürstlichen Tuskulums brachte. Herr Stumm, der einfache Bürgerliche, ist unter den deutschen Diplomaten jedenfalls ein Unikum, und für die Engländer war er besonders ein Gegenstand einer gewissen Neugier, da man sich wohl unter einem Mr. Stumm den Vertreter der Schweiz oder der Vereinigten Staaten denken konnte, nicht aber einen Botschaftsrat des Kaisers Wilhelm. Richtig ist allerdings, daß das bürgerliche Element im diplomatischen Dienste immer mehr ausgeht.

Den Grafen Herbert Bismarck beschäftigten in London wie seinen Vorgänger insbesondere Kolonialangelegenheiten. Die leidige Fidjifrage hat nicht weniger als zehn Jahre, 1874 bis 1884, zu Verhandlungen zwischen Deutschland und England Anlaß gegeben. Die deutsche Regierung glaubte an eine Identität der maritimen Interessen Deutschlands und Englands und wies Besorgnisse des deutschen Konsuls in Sidney wegen der Folgen der Annexion Fidjis für die deutschen Landbesitzer als grundlos unter dem Ausdruck der Hoffnung zurück, dieselben würden sich im Gegenteil unter der zivilisierten englischen Regierung besser besiedeln, als unter ungeordneten staatlichen Zuständen. Eine zehnjährige Verhandlung aber, welche erforderlich war, um nur zur Einsetzung einer deutsch-englischen Kommission zu gelangen, während inzwischen die deutschen Interessen in Fidji schweren Schaden litten, bewirkte es, die Erkenntnis zum Durchbruch zu bringen, daß es doch das Beste ist, deutsche Interessen

da, wo noch keine geordnete Staatsautorität besteht, unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen.

So sind wir zu unserer Kolonialpolitik gekommen. Im Juli 1883 wandte sich Lord Granville mit einem Schreiben an Graf Herbert Bismarck, worin es hieß:

„Auswärtiges Amt (London), 23. Juli 1883.

Herr Geschäftsträger!

In dem Schreiben, welches ich unterm 9. Mai d. J. an Seine Exzellenz den Grafen Münster zu richten mich beehrte, versicherte ich Seine Exzellenz, daß die Vorschläge bezüglich der Reklamationen einiger deutscher Unterthanen wegen der Landfrage in Fidji, welche er im Auftrage der deutschen Regierung in seinem Schreiben vom 26. April gemacht hatte, von Ihrer Majestät Regierung in sorgfältige Erwägung gezogen werden würden.

Seiner Exzellenz Schreiben, sowie ein Memorandum der Kaiserlichen Regierung zu Berlin, welches ich durch Ihre Majestät Botschafter erhalten habe und welches im wesentlichen dieselben Vorschläge wie die von Graf Münster unterbreiteten enthält, sind seitens Ihrer Majestät Staatssekretär für die Kolonien sehr aufmerksam und eingehend von allen Gesichtspunkten aus erwogen worden.

Ich beehre mich nunmehr, Ihnen behufs Mitteilung an Ihre Regierung Abschrift eines Schreibens zu übersenden, welches ich vom Kolonialamt erhalten habe. In demselben werden ausführlich die Gründe angegeben, welche es dem Earl of Derby unmöglich machen, bei der gegenwärtigen Sachlage auf den Vorschlag der Kaiserlichen Regierung einzugehen. Zugleich hat die Prüfung der Angelegenheit, wie Sie ersehen wollen, Seine Lordschaft zu der Überzeugung geführt, daß der Gouverneur der Kolonien und seine Beamten in der Behandlung dieser verwickelten Sache den größten Fleiß und die größte Gerechtigkeit und Umsicht gezeigt haben."

Graf Bismarck meldete streng geschäftlich nach Berlin an den Reichskanzler:

„London, den 26. Juli 1883.

Ew. Durchlaucht beehre ich mich im Anschluß an den Bericht des Herrn Botschafters vom 2. Mai d. J. die Fidjilandfrage betreffend, beifolgend Abschrift einer Note nebst Anlagen ganz gehor-

samst einzureichen, welche Lord Granville unter dem 23. d. M. in dieser Angelegenheit an mich gerichtet hat.

Die hiesige Regierung glaubt dieser Mitteilung zufolge nicht in der Lage zu sein, die Angelegenheit in der diesseits angeregten Weise erledigen zu können.

gez. Graf Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck."

So verworren lag noch die Sache im Jahre 1883. Erst im nächsten Jahre kam sie, nicht ohne eine Beteiligung des Grafen Bismarck, endlich in Fluß und zu einem für beide streitenden Teile befriedigenden Ausgleich.

Graf Herbert Bismarck legte zu jener Zeit den Grund zu interessanten freundschaftlichen Verbindungen, die heute noch fortdauern und wozu namentlich die mit Lord Roseberry gehört, den wir 1885 auch in Berlin gesehen haben. Unsere Sportsleute erinnern sich heute eines Treppenwitzes der Rennbahn aus dem Mai des genannten Jahres, nämlich jenes eigentümlichen Zusammentreffens bei den großen Hindernisrennen in Charlottenburg. Die Bahn war außerordentlich stark besucht, die große Gesellschaft namentlich zahlreich vertreten. Eben war das Zeichen zum Beginn des dritten Rennens gegeben, als Graf Herbert Bismarck mit seinem Freunde Lord Roseberry erschien. Und was war das Resultat? Sieger blieb Graf Bismarcks Hengst, The Granger, von Lady Roseberry. Wenn der Stall überhaupt Poesie hat, sinniger konnte er den Besuch nicht ehren, als es damals geschah.

Lord Roseberry gehört zu jener Klasse gut erzogener Engländer, die durch große Weltkenntnis und gesunden Menschenverstand vorurteilsfrei in ihren Neigungen und Beziehungen werden. Er ist bei den Engländern, die in ihm einen der besten Typen ihrer Aristokratie mit ihrer nützlichen Thätigkeit und ihren mannhaften Bestrebungen sehen, ebenso beliebt und hochgeachtet als bei den Ausländern, die er mit wahrer schottischer Gastfreundschaft und in der liebenswürdigsten Weise bei sich aufnimmt. Aus manchen gemeinsamen Zügen ist eine große Zuneigung zwischen ihm und dem Grafen Herbert Bismarck hervorgegangen. Lord Roseberry ist ein Glückskind. Seine Wiege umstand eine Menge von wohlthätigen Feen, um ihn mit allerhand gegenwärtigen und zukünftigen Gaben zu überschütten:

mit vornehmer Abkunft, Gesundheit, Verstand; mit Erfolg auf dem Turf der politischen Rennbahn und dem Heiratsmarkte und mit der Freundschaft der bedeutendsten Staatsmänner Englands und Deutschlands, Gladstone und Bismarck, Vater und Sohn. Im Unterhause hat er niemals gesessen, da er schon im Jahre 1868 nach seines Vaters Tode Oberhausmitglied ward; sonst hätte er sich längst dort einen ehrenvollen Platz erobert, denn er besitzt die wesentlichsten Eigenschaften des erfolgreichen englischen Staatsmannes: Kenntnisse, Beredsamkeit, Humor und besonders jenen Gleichmut, der für das Merkmal eines Premierministers gilt. In seiner Heimat Schottland, der Brutstätte zäher Dickköpfe, weiß jedes Kind, daß Roseberry von Jugend auf drei Dingen zustrebte: nach dem Sieg auf dem Derbywettrennen, nach einer reichen Erbin und nach der Würde des Ministerpräsidenten. Die beiden ersten Ziele hat er erreicht, denn er trug das blaue Band des Turf davon und er heiratete Henriette Rothschild und vergoldete damit sein etwas verblichenes Wappenschild; wenn er aber nicht eines Tages Ministerpräsident von England würde, so wäre das noch viel wunderlicher, als wenn er es würde, denn seine Kandidatur beruht auf so sicherer Grundlage, daß ihm die höchste Würde kaum entgehen kann. Für das Oberhaus ist er ein enfant terrible, denn er gehört zu denjenigen, welche dessen Umgestaltung im radikalen Sinne fortwährend predigen. Mit Gladstone, der in Schottland stets sein Gast ist, steht er auf freundschaftlichstem Fuße, was ihn aber nicht hinderte, mit dem Sohne des Mannes, der für Gladstones Gegner galt, mit Herbert von Bismarck, sehr vertraute Beziehungen anzuknüpfen, die zu dem erwähnten Besuche in Berlin beim Reichskanzler selbst führten. Wer sich aber in solcher Stellung der Verwandtschaft mit Rothschild, dem Könige der Juden, und der Freundschaft mit Bismarck und Gladstone erfreut, und dazu jung und gesund ist, dem hat wahrlich das Glück gelächelt. Äußerlich ist Roseberry klein, beleibt, bartlos und von jugendlichem Äußern; „the fat boy“ nennen ihn die Witzblätter.

Von besonderer Wichtigkeit wurde die Reise, die Graf Herbert Bismarck als außerordentlicher Bevollmächtigter am 3. März 1885, am Tage nach der großen Rede des Reichskanzlers gegen das englische Ministerium, nach London übernahm, wo er bereits am 4. eine Unterredung mit Lord Granville hatte. Die Firma Lüderitz

in Bremen hatte die Bucht von Angra-Pequena (Kleine Bucht) im südwestlichen Afrika nebst einem ansehnlichen Stück Hinterland durch Kauf in ihren Besitz gebracht und an die Reichsregierung eine Anfrage wegen Gewährung des Schutzes der deutschen Flagge gerichtet. Darauf fragte der der deutschen Botschaft in London beigegebene Graf Herbert Bismarck am 4. Februar 1883 den Lord Granville, ob England in der Lage sei, den Unternehmungen der Firma Lüderitz seinen Schutz zu gewähren. Auf die Antwort, daß es für England eine Unmöglichkeit sei, das Lüderitzsche Unternehmen zu schützen, fragte die Reichsregierung am 12. November 1883 in London an, ob England Ansprüche auf Angra-Pequena erhebe. Granville erwiderte am 22. November 1883: „Obwohl die Souveränität Ihrer Majestät nicht längs der ganzen Küste, sondern nur an bestimmten Punkten, wie Walfischbai und auf den Inseln vor Angra-Pequena proklamiert worden sei, so würden doch irgend welche Souveränitäts- oder Jurisdiktionsansprüche einer fremden Macht auf das Gebiet zwischen der südlichen Grenze der portugiesischen Oberhoheit am 18. Breitengrad und der Grenze der Kapkolonie in ihre legitimen Rechte eingreifen." Der Reichskanzler wies diese Art von Anspruch entschieden zurück. Er richtete eine Note nach London unter dem 31. Dezember, worin es zum Schluß hieß: „Wenn nun die Königliche großbritannische Regierung jetzt, was mir zweifelhaft erscheint, die Oberhoheit über das bisher für unabhängig geltende weite Gebiet zwischen dem Oranjefluß und dem 18. Grade südlicher Breite beanspruchen sollte, so würde die Kaiserliche Regierung mit Rücksicht auf den ihr obliegenden Schutz des deutschen Handels Wert darauf legen, zu erfahren, auf welche Titel dieser Anspruch gegründet ist und welche Einrichtungen England dort besitzt, um deutschen Unterthanen in ihren Handelsunternehmungen und rechtmäßigen Erwerbungen daselbst solchen Rechtsschutz zu gewähren, welcher das Reich der Pflicht überhebe, seinen Angehörigen in jenem Gebiete selbst und direkt den Schutz zu gewähren, dessen sie bedürfen können."

Bis zur Beantwortung dieser Depesche verfloß aber eine lange Zeit. Fürst Bismarck nahm durch ein Telegramm vom 24. April 1884 das Lüderitzsche Unternehmen unter den Schutz des Reiches und machte der englischen Regierung Mitteilung davon. Nun glaubte die Kapregierung, durch einen einfachen Beschluß ihrerseits alles

nördlich vom Oranjefluß bis zur Walfischbai gelegene Land für ihr Eigentum erklären zu dürfen, scheiterte aber an der Erklärung des Reichskanzlers, daß er solche Besitzergreifungen nicht anerkenne. In einer Depesche an die englische Regierung bezog er sich auf seine schon unter dem 31. Dezember vorigen Jahres erhobene Frage, ob die englische Regierung glaube, an den Küstenstrichen zwischen dem Oranjefluß und den portugiesischen Besitzungen, mit Ausnahme der Walfischbai, rechtliche Ansprüche zu haben, worauf sich dieselben gründeten und welche Mittel eventuell in jenen Landstrichen vorhanden wären, um deutschen Ansiedlern daselbst Schutz zu gewähren. „Es war uns dabei nicht unbekannt, daß England über solche Mittel auf jenen Küstenstrichen auch gegenwärtig nicht verfügt, sogar nicht einmal in der Walfischbai, wo meines Wissens nur drei Engländer im Auftrage der Regierung vorhanden sind. Meine Absicht bei diesen Sondierungen war dahin gerichtet, das amtliche Anerkenntnis, daß jene Küstenstriche in europäischem Sinne res nullius seien, von England zu erlangen, ohne daß irgend ein Schatten von Mißtrauen oder Verletzung auf einer der beiden Seiten entstände. Meine Absicht war, Gewißheit und Anerkenntnis von England darüber zu erhalten, daß England bisher keine nachweislichen Rechtsansprüche oder Besitztitel in jenen Küstenstrichen hinter sich habe. Diese von uns gestellte Frage konnte von England in acht Tagen und ohne Rückfrage am Kap erschöpfend beantwortet werden; es handelte sich nur um eine Erklärung über den damaligen rechtlich nachweisbaren Besitzstand Englands. Diese einfache Frage ist von England dadurch kompliziert worden, daß Lord Granville und insbesondere Lord Derby sie so aufgefaßt haben, als hätten wir gefragt, ob es England vielleicht konveniere, jetzt und in Zukunft noch etwas anderes als die Walfischbai auf jenen Küstenstrichen sich anzueignen. Eine Rückfrage bei der Kapregierung und ein Abwarten der dortigen Ministerkrise wurde für die britische Regierung nur ein Bedürfnis, wenn sie sich darüber vergewissern wollte, ob England oder dessen Provinz, die Kapkolonie, vielleicht noch Lust hätte, sich neue Küstenstriche in jener Gegend anzueignen. Zur Beantwortung unserer Frage hätte eine einfache Durchsicht der Register der früheren englischen Besitzergreifungen genügt; diese Register aber schließen nördlich vom Oranjefluß die ganze Küste nach Abzug der Walfischbai aus. Dies ist der

Punkt, auf welchem wir meinem Gefühl nach von England nicht auf dem Fuße der Gleichheit behandelt worden sind. Dieses Gefühl wird verstärkt durch die Erklärungen, welche verschiedene englische Staatsmänner in dem Sinne abgegeben haben, daß einmal die Nähe der englischen Besitzungen England ein legitimes Recht gebe, Ansiedelungen anderer Nationen zu hindern; daß also England gegen die Nachbarschaft anderer Nationen die Monroe-Doktrin in Afrika geltend gemacht, und daß ferner die englische Regierung, immer in der Voraussetzung, daß jene Landstriche res nullius seien, zwar der von England abhängigen Kapkolonie das Recht der Besitzergreifung dieser herrenlosen Länder einräumt, jeder anderen Nation und in specie uns das Recht dazu bestreitet."

Graf Herbert Bismarck verhandelte darauf mündlich mit Lord Granville. Dieser bemerkte: Es sei ihm peinlich, daß die Beantwortung der Note vom 31. Dezember vorigen Jahres eine Verzögerung erlitten habe. „Sie haben ganz recht", fuhr er fort, „daß Ihre Regierung unsere Bezugnahme auf das Kolonialamt und die Kap-Regierung nicht zu acceptieren brauchte und daß Sie nur mit dem „Foreign Office" zu verhandeln und von mir eine Antwort zu erwarten hatten. Aber unsere administrativen und Kolonialeinrichtungen sind kompliziert und schwierig; wir haben also mit der Rückfrage viel Zeit gebraucht, um Ihre in der Note vom 31. Dezember gestellten Fragen wegen der eventuellen englischen Schutzeinrichtungen prüfen zu können." Jene Fragen seien von Lord Derby so aufgefaßt worden, als ob es von deutscher Seite gewünscht würde, daß England jenen Landstrich unter seinen Schutz nehme, und in diesem Gedanken habe derselbe seine Erklärung abgegeben. Lord Granville verwahrte sich dagegen, daß die Haltung Lord Derbys eine Deutschland feindliche gewesen sei. Er drückte die Überzeugung aus, daß Mißverständnisse de part et d'autre vorgekommen wären.

Auf die Frage Lord Granvilles „Will you proclaim your sovereignty?" antwortete Graf Bismarck: Deutschland würde voraussichtlich ähnlich handeln, wie England in Borneo. Jedenfalls wahre es sich das Recht, „in Gebieten, wo ausreichender Rechtsschutz durch anerkannte staatliche Organisation nicht verbürgt sei, den dort verkehrenden Reichsangehörigen Schutz und Förderung selbst zu teil werden zu lassen."

Lord Granville erwiderte: Wir haben keinen Grund, dem entgegen zu sein und werden uns nur für die Wahrung der Rechte der in jenen Gebieten Handel treibenden englischen Unterthanen interessieren.

Graf Bismarck antwortete: Es sei für seine Regierung selbstverständlich, daß die zu Recht bestehenden englischen Ansprüche respektiert würden.

Zum Schluß bemerkte Lord Granville, ihm liege daran, diese Sache thunlichst rasch zu erledigen, er würde daher mit Lord Derby sich beraten und dann mit möglichster Beschleunigung eine Antwort zukommen lassen.

Im Jahre darauf machte die Veröffentlichung der englischen Blaubücher über Neu-Guinea, die Südsee-Inseln und Kamerun, sowie der Aufzeichnungen von Unterredungen, welche zwischen Mr. Meade, dem Unterstaatssekretär beim Kolonialamte, dem Fürsten Bismarck und Dr. Busch in Berlin über Kolonialangelegenheiten stattgefunden hatten, in Berlin großes Aufsehen. Es wurde dort in amtlichen Kreisen übel vermerkt, daß das englische Auswärtige Amt in bemerkenswerter Weise von den bisher stets beobachteten Traditionen internationaler Kourtoisie abgewichen. Es war sonst stets Gebrauch, daß vor der Veröffentlichung von Noten, oder von Berichten, welche vertrauliche Unterredungen wiedergeben, eine Anfrage an die beteiligte Regierung gerichtet wurde, ob dieselbe damit einverstanden wäre. Dasselbe Verfahren war auch seitens des deutschen Auswärtigen Amtes bei Zusammenstellung der Weißbücher eingeschlagen worden. Die englische Regierung hatte diesmal diese Rücksicht außer Acht gelassen. Sie war darin so weit gegangen, daß sie einen an den Kaiser gerichteten Brief des Samoanischen Königs Malitoa eher gedruckt hatte, als derselbe sich in den Händen Sr. Majestät befand. Das war bezeichnend für die Genesis des Briefes. Auch Lord Granvilles Note vom 21. Februar, betreffend Kamerun, lag dem englischen Parlament bereits im Druck vor, ehe sie auf diplomatischem Wege in Berlin bekannt sein konnte.

Die englischen Blaubücher waren publiziert worden, um angesichts der erwarteten Debatten über einen Tadelsantrag Northcote einigermaßen Stimmung für das bedrohte Kabinett zu machen. Um diesen Zweck zu erreichen, kümmerte es Granville nicht, daß die

Zustutzung, welche er seinen Publikationen gab, dem offenen Streben, Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland zu säen, also den Weltfrieden ernstlich zu gefährden, gleichkam. Alles das that Granville, um für die Stunde des Gerichts, welches das englische Parlament über die Sünden des Gladstoneschen Kabinetts abzuhalten im Begriffe stand, unter den Richtern ein Gefühl des Mitleidens darüber wachzurufen, mit welcher Heimtücke deutscherseits die ehrliche, entgegenkommende englische Kolonialpolitik zu kämpfen habe. Es sollte dadurch den Konservativen eine ihrer Waffen, der Vorwurf nämlich, daß Gladstone in leichtfertiger und thörichter Weise die Freundschaft Deutschlands verscherzt habe, entwunden werden. Dem deutschen Publikum und wohl auch einem großen Teile des außerdeutschen bestätigten die „Enthüllungen" des englischen Blaubuches freilich nur, was man schon früher Nachteiliges über die auswärtige englische Politik, namentlich über ihre Ansprüche, daß in überseeischen Angelegenheiten für alle Nationen lediglich das englische Interesse maßgebend zu sein habe, gewußt hatte. In der Oberhaussitzung vom 26. Februar formulierte Lord Granville seine Entschuldigung gegen den Fürsten Bismarck dahin, derselbe habe sich unfreundlich über die englische Politik in Ägypten geäußert, weil die englischen Ministerien, das vorige und das jetzige, den wiederholt von ihm gegebenen Rat, to take Egypt, nicht befolgt hätten. Dieser Verhandlung gegenüber konstatierte Fürst Bismarck am 2. März im Reichstage zunächst die wachsende Schärfe und Unfreundlichkeit der Sprache der englischen Diplomatie, die Wiedergabe vertraulichster Unterhaltungen des Reichskanzlers mit englischen Diplomaten in veröffentlichten amtlichen Aktenstücken, die Zurückdrängung des mündlichen Verkehrs und die Überschwemmung der deutschen Regierung mit einer wahren Flut diplomatischer Noten. Eine weitere Beschwerde des Reichskanzlers war gegen die Erklärung Lord Granvilles gerichtet, als ob durch die von dem Fürsten Bismarck vertretenen Ansprüche England genötigt werden sollte, aller Freiheit der Aktion in kolonialen und auswärtigen Angelegenheiten zu entsagen. Hierin sah Bismarck eine persönliche Anfeindung. Derselbe stellte dann noch ein präzises Dementi der Granvilleschen Behauptung entgegen, es sei von ihm englischen Ministern der Rat erteilt worden, Ägypten zu nehmen, er habe versucht, England vom Pfade der Tugend ab-

spenstig zu machen. Fürst Bismarck erörterte an der Hand einer von ihm zitierten Note vom September 1882 die Politik ausführlich, die er auf wiederholte Anfrage der englischen Regierung dieser Ägypten gegenüber empfehlen zu können glaubte. Hiergegen bezog sich Granville im englischen Parlament auf spätere, angeblich nicht vertrauliche Erklärungen des Reichskanzlers aus dem Jahre 1883, die ihm — Lord Granville — auszudrücken schienen, „daß es vor zwei Jahren der Wunsch und die Hoffnung der deutschen Regierung war, daß England die Vertretung der Interessen Europas in Ägyten in Zukunft auf sich nehmen solle.“ Zwischen diesem „Wünschen und Hoffen“ der deutschen Regierung und dem Aufdrängen eines Rates, Ägypten zu nehmen, war denn doch ein klaffender Unterschied.

Wer den Grafen Herbert Bismarck am Montag, den 2. März 1885, als sein Vater die Mitteilungen im Parlamente über die Sünden des Herrn Granville machte, seinen Reichstagssitz einnehmen und der großartigen Rede so aufmerksam, wie einer, folgen sah, ahnte schwerlich, daß der Londoner Telegraph drei Tage später nicht nur die Ankunft des Grafen Herbert Bismarck in London melden, sondern auch den Zusatz machen werde, daß der Graf bereits am Mittwoch Abend eine Unterredung mit Lord Granville gehabt habe.

Die „Times“ knüpfte an die Anwesenheit des Grafen Bismarck die Hoffnung, es würden Mittel für die Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen Deutschlands und Englands gefunden werden. Mißverständnisse hätten wahrscheinlich eine bedeutende Rolle in Herbeiführung der gegenwärtigen unglücklichen Verhältnisse gespielt; unter dem Einflusse persönlicher Erklärungen und der beiderseitigen versöhnlichen Neigung möchten sie verschwinden. Deutschland und England seien durch viele Bande unter einander verknüpft und hätten vieles gemein, so daß Eifersucht und Unfreundlichkeit, für welche keine wirklichen Gründe vorhanden seien, niemals entstehen sollten.

Der Schwerpunkt in dieser Auslassung der „Times“ lag in der Konstatierung der beiderseitigen versöhnlichen Neigung. Fürst Bismarck hatte seinerseits diese Neigung — wie bekannt — zu keiner Zeit vermissen lassen, anders aber die englischen Staatsmänner. Es war eine schnelle erfreuliche Wendung, als man in Downing Street, sei es unter dem Eindruck eines Vorganges, welcher



es immer wolle, den Moment für gekommen hielt, um eine vielleicht letzte Gelegenheit zum Einlenken wahrzunehmen.

Es hieß, daß Graf Herbert Bismarck auf direkte Veranlassung der britischen Regierung nach London gesandt worden sei, um Unterhandlungen zur Beseitigung der diplomatischen Spannung mit Deutschland anzubahnen.

Der „Daily Telegraph“ hatte schon kurz zuvor als eine Pflicht der englischen Regierung erklärt, neue und eifrige Anstrengungen zur Versöhnung Deutschlands zu machen. Er hatte dem Kabinett deshalb den Rat gegeben, zu erwägen, ob nicht ein gewiegter Staatsmann gefunden werden könne, der in unverzüglichen Verkehr mit Fürst Bismarck zu bringen sei, um die entstandenen Differenzen zu beseitigen und zu versuchen, die früher zwischen den beiden Regierungen bestandene Freundschaft von neuem herzustellen. Dieser Artikel war veröffentlicht, ehe dem englischen Blatte die Erklärungen bekannt waren, welche Fürst Bismarck im Reichstage über die unerquickliche Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und England abgab. Es ist möglich, daß man auf die Kunde von dem Vorgang im Reichstag hin, in London auf den Gedanken kam, daß vielleicht Graf Herbert Bismarck der geeignetste Mann zur Begleichung der Differenzen sei und sich dessen Sendung sofort erbat. Wir sagen ausdrücklich, es ist möglich, denn wir sind über die betreffenden Vorgänge in keiner Weise unterrichtet. Wenn sich die englische Regierung in diesem Gedankenkreise bewegt haben und zu dem Entschlusse, eine Entsendung des Grafen Herbert Bismarck selbst zu erbitten, gekommen sein sollte, so konnte dies ihr nur zur Ehre gereichen.

Denn in dieser Bitte lag ebenso, wie die Geneigtheit zur Versöhnlichkeit, die Anerkenntnis der Fähigkeiten, welche der älteste Sohn des Reichskanzlers schon zu wiederholten Malen in kritischen Momenten zu bewähren in der Lage war, Fähigkeiten, die uns Deutschen eine sichere Bürgschaft dafür boten, daß auch diese neueste Mission des Grafen Herbert Bismarck eine erfolgreiche sein werde, was auch immer ihr Zweck oder ihr Grund sei.

Der Form nach war Graf Herbert Bismarck eingeladen von Lord Roseberry, dem jüngsten Mitgliede des Kabinetts Gladstone. Er traf in der englischen Hauptstadt gleichzeitig mit den Blättern

ein, welche die Rede seines Vaters im Wortlaut enthielten. Lord Roseberry ist der intimste Hausfreund des greisen Gladstone; in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen wurde angenommen, daß Roseberrys „Einladung" an den Grafen Bismarck ergangen war, unmittelbar nachdem das Kabinett Gladstone sich entschlossen hatte, trotz einer bekannten fatalen Unterhausabstimmung im Amte zu bleiben. Angesichts der Schwierigkeiten in Ägypten, des Krieges im Sudan und des bedenklichen Konfliktes mit Rußland wegen der Nordwestgrenze von Afghanistan machte sich in England allgemein der Wunsch geltend, ein freundliches Verhältnis zu Deutschland herzustellen. In der Sitzung des Oberhauses vom 6. März gab Lord Granville als Antwort auf Bismarcks Rede vom 2. März Erklärungen ab, welche letzteren und das deutsche Volk anständig befriedigen konnten. Die Verständigung in zwei brennenden Fragen — Kamerungebiet und Neuguinea — war die weitere Frucht der Mission des Grafen Bismarck und in der Erledigung dieser Streitpunkte lag das Symptom für die überhaupt verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Regierungen. Jene Vereinbarung kam im Monat Juni zu stande, nachdem der Minister Lord Roseberry, welcher im Februar als Geheimsiegelbewahrer ins Ministerium eingetreten war, im Mai in Berlin eingetroffen war und mehrere Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck gehabt hatte.

Auch der Besuch des Prinzen von Wales, der am 19. März mit seinem ältesten Sohne nach Berlin kam, galt in diplomatischen Kreisen als ein Zeichen der nunmehr zwischen Deutschland und England wieder hergestellten freundschaftlichen Beziehungen. Die „Times" sagte von dem Besuche, nach der glücklichen Beendigung der diplomatischen Differenz werde man in England wie in Deutschland die Empfindung haben, daß diese Reise von politischer Bedeutung sei, dieselbe bilde eine opportune Bestätigung der Thatsache, daß zwischen England und Deutschland keine jener Fragen vorhanden sei, oder überhaupt nur entstehen dürfte, die eine nationale Feindseligkeit erweckten oder zu wirklichen Schwierigkeiten für die Diplomatie Anlaß gäben. — Die Reise erinnere auch daran, daß die Freundschaft zwischen England und Deutschland nicht nur auf dem Nichtvorhandensein von Ursachen der Eifersucht, sondern auf thatsächlichen Vereinigungsmomenten begründet sei, welche in den Weltangelegenheiten

doppelt mächtig sei, wenn sie, wie in diesem Falle eine wirkliche Sympathie zum Ausdruck brächten. Gegenwärtig weise in verschiedenen Punkten alles auf eine engere Gemeinschaft zwischen England und Deutschland hin, als solche möglich gewesen sei zu der Zeit, wo Deutschland eine rein festländische Macht war. Hinsichtlich der Berührung der beiden Kolonialbereiche sei womöglich noch wichtiger als jemals, daß unglückliche Vorkommnisse, wie sie jüngst vorgekommen, in Zukunft nicht wieder eintreten.

Der einer Allianz mit Deutschland von jeher besonders günstig gesinnte „Daily Telegraph", beiläufig das gelesenste Blatt in England, begrüßte die Annäherung der beiderseitigen Regierungen mit ganz besonderer Freude und ziemlich weitgehendem Sanguinismus. „Wir haben uns", führt das genannte Blatt aus, „niemals mit irgend einem europäischen Nebenbuhler im Kampfe befunden, ohne uns Bündnisse auf dem Kontinent zu sichern. Unsere Lage macht dies zur Notwendigkeit. Unser rechter Arm, die Flotte, ist lang; unser linker Arm, die Armee, ist kurz, weil wir, in der Heimat sicher, die Konskription verwerfen. Die kontinentalen Mächte können uns auf dem Meere nicht den Rang ablaufen, aber sie besitzen große Armeen, die unsere Mängel ersetzen. Es war mit der Hilfe von Alliierten, daß wir Spanien und Frankreich als unsere Nebenbuhler in Amerika und Indien besiegten. Ludwig XIV. wurde nicht von Marlborough allein geschlagen, sondern auch von den Österreichern und Holländern, die an seiner Seite fochten. Der Frieden von Amiens wurde durch eine Koalition errungen; desgleichen der Waffenstillstand in Fontainebleau; und der schließliche Sieg bei Waterloo war den preußischen Allierten zu danken, die herbeieilten, um Wellingtons harte Tagesarbeit zu beendigen. In vielen dieser Kämpfe ist Preußen unser beständiger Freund gewesen. Ausgenommen die kurze Periode von 1806 bis 1812, wo es, von Napoleon erdrückt, dem „kontinentalen System" sich anzuschließen gezwungen war, hat es stets mit uns gegen Frankreich oder dessen Bundesgenossen gekämpft. Es ist unmöglich, diese alte Waffenbrüderschaft nicht heutigen Tages in das Gedächtnis zurückzurufen, zu einer Zeit, wo Deutschlands Wohlwollen von ungeheurem Werte sein dürfte, selbst wenn es nicht, wie Mr. Gladstone sagte, zu unsrer Stellung notwendig ist. Es würde närrisch sein, wenn man bestreiten wollte, daß mit

unserem ungeheuren Reiche und dessen möglichen Feinden die zuverlässige und herzliche Allianz der größten Militärmacht in der Welt von unermeßlicher Bedeutung, wenn nicht gar eine Lebensfrage für uns ist."

Es wurde damals als ein offenes Geheimnis in gewissen Kreisen bezeichnet, daß man in unserm Auswärtigen Amte der nicht genug energischen Haltung unseres Botschafters am Hofe der Königin von England, daß man dem Grafen Münster, die Schuld zuschrieb an dem langsamen Fortgang schwebender Fragen. Graf Münster wäre, so sagte man, einesteils durch seine zweite Ehe mit einer durch Geist ausgezeichneten englischen Dame, dann durch seinen langjährigen ununterbrochenen Aufenthalt in England und vielleicht auch durch seine hannoversche Vergangenheit mit England schließlich derart verwachsen, daß es nicht zu verwundern sei, wenn hier und dort eine gewisse Kollision zwischen unmittelbar empfangenen Eindrücken und erhaltenen Instruktionen sich ergäbe. Er habe, um eine geläufige Bezeichnung anzuwenden, im Verlaufe der Jahre „zuviel von einem Engländer bekommen". Eine solche Akklimatisierung hätte in Tagen ruhigen und regelmäßigen diplomatischen Verkehrs schließlich nicht viel zu bedeuten, sie werde indes zu einer Art Gefahr, wenn die Geschäfte entschiedenste Stellungnahme verlangten. Und dieses Erfordernis sei vom Grafen Münster nicht im ganzen Maße erfüllt worden. Etliche der wichtigsten auf die Kolonialfrage bezüglichen Verhandlungen zwischen Deutschland und England hätten erst durch den Eintritt des Grafen Herbert Bismarck in dieselben den richtigen Zug bekommen. Auch wurde Graf Münster in London als Botschafter durch Graf Hatzfeldt ersetzt. Aber gerade mit dem neuen Botschafter, der im Anfang des Monats November 1885 in London eintraf, wo Lord Salisbury seit Juni die Erbschaft Gladstones angetreten und ein toristisches Kabinett gebildet hatte, änderte sich das System der deutschen Politik: die Regel, immer Hand in Hand mit England zu bleiben, beherrschte seit September 1886 die Kolonialpolitik Bismarcks. Der Vertrag vom 1. November 1886 wegen der ostafrikanischen Küste wurde in Deutschland wegen der den Engländern gemachten Zugeständnisse nicht wenig angegriffen. Hätten wir in Übereinstimmung mit den ersten thatkräftigen Schritten des Reiches Lamu schon 1886 für uns verlangt und jeden Schieds-

richteranspruch von vornherein abgewiesen, so wären uns dort die Briten nicht in die Quere gekommen, sie hätten es sicher nicht versucht, auch nur den Gedanken an die Abtretung jenes Gebietes auszusprechen. Die Briten haben einige Jahre nach dem Auftreten der Deutschen in Ostafrika sich ruhig verhalten, da sie einerseits des Besitzes von Sansibar sich sicher wußten, anderseits aber, wie zahllose Einzelvorgänge bewiesen haben, den Sultan so vollkommen in ihrer Macht gehalten, daß er nur das von englischer Seite Gutgeheißene genehmigte. In den Aktenstücken des Auswärtigen Amtes müssen reichliche Beweise dafür vorliegen, namentlich dafür, wie britischer Einfluß uns Deutschen entgegenarbeitete. Die Briten blieben auch noch in ihrem bisherigen Verhältnisse, als die Deutschen immer zahlreicher wurden und in Ostafrika sich mehr und mehr ausbreiteten, weil das Foreign-Office erkannt hatte, daß die deutsche Politik für England ihre unangenehme Seite verloren hatte. In dem Momente aber, in welchem eine vollständige endgültige Teilung eintrat, griff es zu und nahm die reife Frucht in Empfang; ob Fürst Bismarck, wenn er noch zur Zeit des Vertragsabschlusses an der Regierung war, daran hätte etwas ändern können, lassen wir dahin gestellt. Die beste Position hatte Deutschland errungen durch seinen Beitritt zur französisch-englischen Abmachung vom 10. März 1862, worin die Unabhängigkeit von Sansibar garantiert wurde. Aus dieser Beteiligung hätte man viel Nutzen ziehen können, wie Frankreich es bewiesen hat. Es war der einzige greifbare Hebel, der uns ermächtigte, in Sansibarfragen allgemeiner Art mitzureden. Das ist nicht geschehen, wir haben unsere Rechte, unsere Situation nicht festzuhalten, nicht zu verwerten verstanden. Der Schlußvertrag ist erst nach Bismarcks Abgange vollzogen worden, wenn auch die Angelegenheit unter dem Bismarckschen Regiment eingeleitet war. Die neue Regierung hat nicht den energischen Entschluß fassen können, die ganze Sache einfach fallen zu lassen, wie es die Italiener machen. Gleichwohl war es ein leitendes Grundprinzip Bismarcks, in London nicht die Ansicht Platz greifen zu lassen, daß die gegenseitige Freundschaft für Deutschland notwendiger sei, als für England. Ob und welche Beweise man heute in Berlin dafür in den Händen hat, daß Lord Salisburys Sympathie für Deutschland wirklich eine so große und vor allen Dingen — eine aufrichtige

ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Es giebt Leute, welche sich für berechtigt halten, daran nicht zu glauben. Aber gesetzt, es wäre thatsächlich der Fall, so erscheint es doch in hohem Grade bedenklich, öffentlich auszusprechen, daß Deutschland für die Erhaltung dieser Sympathien zu großen Opfern bereit sein müsse und daß wir entschlossen seien, jedes Stirnrunzeln Sr. Lordschaft mit einem Stück deutschen Kolonialbesitzes zu glätten. Also — Freundschaft mit England, aber nur auf dem Fuße der absolutesten Gleichberechtigung und die Ehre vor allem! Weder unserer eigenen Nation darf zugemutet, noch die englische an den Gedanken gewöhnt werden, daß Deutschlands Freundschaft für England nicht mindestens den gleichen Wert habe, wie die Freundschaft Englands für Deutschland. Nur um diesen Preis — um einen höheren mögen wir sie nicht. Fürst Bismarck hatte in seiner langen politischen Laufbahn sich eine hohe und kluge Wertschätzung des Nationalgefühls angeeignet, dem er die stärksten Impulse seiner Politik entnahm und welches er daher als einen stets sicheren Faktor in seine Rechnung einzustellen vermochte.

Das unruhige Jahr 1886 begann mit dem Einfall Serbiens in Bulgarien. Rußland und Österreich hielten es für das beste Mittel zur Rückgängigmachung des ostrumelischen Staatsstreiches, wenn sie Serbien bis zu einer gewissen Linie freie Hand ließen. Da aber dieses wider Erwarten von der durch den Fürsten Alexander von Bulgarien zusammengerafften improvisierten Armee total geschlagen wurde, so blieb, da das einseitige Einschreiten einer Großmacht ausgeschlossen war und ein Zusammenwirken nicht erzielt wurde, nichts übrig, als dem Fürsten Alexander für das Werk der thatsächlichen weiteren Verschmelzung Bulgariens und Ostrumeliens fürs erste freie Hand zu lassen. Die zunächst dabei interessierte Pforte einigte sich mit ihm überaus rasch; sie ließ sich dabei von der Erkenntnis leiten, daß ein starkes Bulgarien als Außenwerk der Türkei gegen Rußland ihr nur erwünscht sein könne. Aber als ihre Abmachungen der europäischen Kritik und Bestätigung unterzogen wurden, fehlte es ihr an der nötigen Entschlossenheit, dem Fürsten Alexander die ihm von ihr eingeräumte Position auch zu erhalten. Rußland, dem alles an der Beseitigung des Fürsten Alexander selbst gelegen war, setzte es durch, daß aus den internationalen Abmachungen über das künftige Verhältnis zwischen Bulgarien und Ostrumelien sein

Name ausgelassen wurde, sodaß hinsichtlich der Personenfrage die Intrige völlig freies Feld behielt.

Mit Serbien hatte aber auch Griechenland aus der Vergrößerung Bulgariens gleich nach dem ostrumelischen Staatsstreiche Ansprüche auf Kompensationen hergeleitet, falls nicht die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens rückgängig gemacht würde. Nach der glänzenden Zurückweisung des serbischen Einfalles von seiten der Bulgaren erschien die letztere Bedingung aussichtslos und der griechische Chauvinismus benutzte mit Begierde diesen Anlaß, von der Türkei die Abtretung mindestens jener Gebiete zu verlangen, welche dem Königreiche Griechenland nach dem letzten russisch-türkischen Kriege ursprünglich ebenfalls zugesprochen worden waren, zu deren Herausgabe die Türkei aber nicht hatte bewogen werden können, also mindestens des Restes von Epirus. Es wurden zwar keine Forderungen an die türkische Regierung formuliert, aber die Rüstungen Griechenlands, die Truppensendungen an die türkische Grenze ließen keinen Zweifel über die gehegten Absichten zu. Es war eine anfangs sich schwächlich anlassende, dann aber nachdrückliche, bis zur teilweisen Blockade der griechischen Küste gehende Demonstration der europäischen Mächte notwendig, um die drohende Gefahr — es war an der Grenze bereits zum Blutvergießen zwischen griechischen und türkischen Truppen gekommen — zu beschwichtigen.

Rußlands, von Frankreich dienstwillig nachgeahmte Haltung während der oben erwähnten Demonstration war eine zweideutige, jedenfalls geeignet, die griechische Hartnäckigkeit längere Zeit in ihrer Mißachtung der großmächtlichen Ratschläge und Drohungen zu verstärken. Es ist wohl möglich, daß dieses Verhalten Rußlands mit den nachfolgenden Ereignissen in Bulgarien zusammenhing; je länger und angelegentlicher die Aufmerksamkeit Europas auf Griechenland gerichtet blieb, desto ungestörter konnte die russische Unterwühlungsarbeit in Bulgarien ihren Weg gehen. Vielleicht ist die Katastrophe von Sofia, welche im August Europa überraschte, nur die Frucht des damals während des Griechenlärms in Bulgarien ausgestreuten Samens gewesen. Sein eigentliches, nächstes Ziel, die Wiedergewinnung des ausschließlichen Einflusses in Bulgarien, hat Rußland durch die von ihm durchgesetzte Entfernung des Fürsten Alexander freilich nicht erreicht, wohl aber hat ihm der erste Eindruck seines

damaligen Erfolges, welchem die englische Schwäche noch zur Folie diente, bei der Türkei gute Früchte getragen. In Konstantinopel glaubte man offenbar an die Wiederkehr des russischen Übergewichts im Orient und vielleicht noch weiter hinaus und die Folge davon war, daß sich die Pforte nunmehr gänzlich dem russischen Einflusse hingab.

Es ist in erster Reihe Englands Unfähigkeit zu energischem Auftreten in europäischen Fragen, welche dem Gange der orientalischen Frage seinen unsicheren, hin- und herschwankenden, bald stockenden, bald sich fast überschießenden Charakter giebt. England steht schon durch seinen allgemeinen Gegensatz zu Rußland, durch seine Machtstellung im Mittelmeer, seine hergebrachte Türkenfreundschaft und seine Handelsinteressen in der europäischen Türkei, sobald die orientalische Frage ins Spiel kommt, naturgemäß in der ersten Reihe derer, welche den europäischen Charakter dieser Frage zu wahren berufen sind. Da sich aber England aus Mangel an eigenen bereiten Machtmitteln darauf beschränkt, anderen die Notwendigkeit des Widerstandes gegen russische Prätensionen zu predigen, so konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß seine Ratschläge mehr und mehr nur als Verhetzungen angesehen wurden. Das gegenwärtige Kabinett hat offenbar die Absicht, England zur See und zu Land möglichst aktionsfähig zu machen, was, wenn durchgesetzt, der Lage alsbald ein verändertes, schärfer ausgeprägtes Wesen, größere Durchsichtigkeit verliehen haben würde, aber so zerklüftet sind bereits die englischen Parteiverhältnisse, daß gerade dieses Bestreben Lord Salisburys den letzten, wenigstens äußeren Anlaß zur Erschütterung des konservativen Kabinetts schon im Jahre 1886 gab. Englands Einfluß erlitt im europäischen Rat dadurch entschieden einen weitern Stoß.

An Österreich-Ungarn hätte eine energische, durch die nötige Machtentfaltung unterstützte englische Politik ohne Zweifel die entsprechende Beihilfe gefunden; Österreich kann seine Existenzberechtigung nur noch in seiner Geltendmachung als maßgebendes Bindeglied zwischen Occident und Orient, als Vormacht des zu der Kultur und dem Staatensystem des Occidents hingravitierenden Teiles der Slawenwelt suchen und finden. Auch Italien, welches sehr begierig ist, einmal eine Frucht seiner Aufwendungen für Armee und Flotte zu sehen und sich mittelst derselben als maßgebender Faktor in das

System der europäischen Mächte einzufügen, wäre für eine solche Politik unter den angegebenen Bedingungen zu haben gewesen.

Schon die deutlicher und deutlicher hervortretende Möglichkeit der erwähnten Koalition hat freilich Rußland bewogen, sein auf Brüskierung Bulgariens ausgehendes Verhalten zunächst zu ändern. Dagegen hat sie anderseits den schon während der ganzen Orientkrisis deutlich hervortretenden Bewerbungen der Franzosen um ein russisches Bündnis günstigere Aussichten eröffnet. Den Bemühungen des im Oriente nicht direkt interessierten Deutschen Reiches um die Erhaltung des Friedens nach allen Seiten ist es zwar gelungen, ohne daß darum seine Beziehungen zu den weiter oben erwähnten Mächten, insbesondere zu Österreich, einen Eintrag erlitten hätten, dem panslawistisch-französischen Eindrängen auf den Zaren zunächst Einhalt zu thun, aber nicht das Mißtrauen des letztern zu beschwichtigen. Die Allianz mit Frankreich hält man sich in Petersburg immer noch offen und es scheint fast, als ob der gänzliche Verzicht auf diesen vorbehaltenen Zug russischerseits an die unmögliche Bedingung geknüpft würde, daß Deutschland seinerseits auf die österreichische Allianz verzichte.

Allem Anscheine nach war es das Jahr 1886, das noch vor seinem Schlusse eine Annäherung der europäischen Friedensmächte vollzog, welche als die naturgemäße Gruppierung der Großstaaten erschien gegenüber der Gefahr einer Störung des Weltfriedens durch die Begehrlichkeit des Zarenreiches. Man muß sich an die Thatsachen erinnern, daß im Herbste jenes Jahres die Presse der deutschen Reichskanzlei die ernstesten Vorwürfe gegen Englands „Zauderpolitik“ richtete. Es sei als wahrscheinlich anzunehmen, wurde gesagt, daß schon, wenn England allein, ohne Italien, entschlossen wäre, sich jeder „Besetzung Bulgariens durch die Russen“, zu widersetzen, dann die Situation eine ganz andere sein würde, als sie ist. Das wäre schon dann der Fall, wenn auch nur bekannt wäre, daß England ernstlich nach einem Partner suche, der sich in Gemeinschaft mit ihm dem russischen Einmarsch zu widersetzen geneigt sei. Bisher habe man nur wahrgenommen, daß England nach einer Macht sucht, die diese Widersetzlichkeit allein und ohne England zu üben bereit sein möchte. Die offiziöse Presse richtete eine nicht mißverständliche bestimmte Aufforderung an England, sich darüber zu erklären, in

wie weit es bereit sei, sich der Interessen, die in erster Linie die seinigen und nicht diejenigen Deutschlands sind, auch mit Thaten anzunehmen. Dieser Appell erging offenbar vor Europa.

Es war das bei Gelegenheit der Rede, welche der Schatzkanzler Lord Churchill in Darfort gehalten und in welcher er mit Befriedigung von der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Tisza gesprochen hatte, die er als ein Zeichen dafür betrachtete, daß Österreich jetzt die Wacht auf dem Balkan übernehme. Er wollte sagen, England könne sich jetzt zurückziehen, da Österreich die Geschäfte für den britischen Löwen besorgen werde. England lebt des Glaubens, daß Fürst Bismarck auf die Dauer nicht in der Lage sein werde, seine Politik der „meisterhaften Unthätigkeit" fortzusetzen, es werde vielmehr bald die Zeit kommen, wo Deutschland zwischen Rußland und Österreich wählen und sich für letzteres entscheiden müsse.

Die offiziöse Presse Berlins wiederholte ihre Forderung an England in einem spätern Artikel „Der deutsche Michel und sein britischer Vetter". In demselben wurde erwartet und verlangt, daß England in irgend einer Form dem deutsch-österreichischen Bündnis, welches sich gegen Rußland, den Todfeind Englands, richten könne, beitrete, weil man wünschte und ersehnte, daß England endlich ernstlich nach einem Partner für einen gemeinsamen Widerstand gegen Rußland suche, und weil man gerade von einer energischen Haltung des Kabinetts von St. James, von einer Haltung etwa im Geiste von Palmerston oder Beaconsfield, eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens erblickte. In der Erinnerung an das deutsch-österreichische Bündnis hieß es, daß Fürst Bismarck sein Kanzleramt an diese Angelegenheit gesetzt habe. Er habe den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode zum Kaiser geschickt und zu dessen Unterstützung täglich Briefe und Denkschriften abgesandt. Dem Kaiser sei es sehr schwer geworden, den Vertrag zu unterzeichnen, obgleich derselbe nur ein Verteidigungsbündnis sein sollte, aber doch „möglicherweise zur Ausführung gegen Rußland" kommen konnte. Der Kaiser habe schließlich seine Unterschrift gegeben, aber nur unter der Bedingung, daß nach Petersburg Mitteilung über den Vertrag zugleich mit Betonung des ausschließlich friedlichen Zweckes desselben gemacht würde. Der Vertrag sei anscheinend nach Petersburg nicht mitgeteilt worden. Und dann bezeichneten die offiziösen Kundgebungen

es als eine „Thatsache, daß für eine jede Politik, die einen russenfeindlichen Ton anschlägt, im Herzen des deutschen Volkes stets eine Saite sympathisch erklingen wird. Rußland ist nicht beliebt in Deutschland.“

Nun denn, alle jene Mahnungen, denen es auch nicht an persönlicher Unterstützung fehlte, schienen nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen. Im Oktober 1886 erschien zur höchsten Überraschung der politischen Welt Lord Randolph Churchill, damals Mitglied des Kabinetts Salisbury, in Berlin und Wien, angeblich lediglich aus Gesundheitsrücksichten. Die Folgezeit lehrte jedoch, daß seit jener Reise im europäischen Konzert ein anderer Ton herrschte. Thatsächlich wurde die Forderung, welche damals die offiziöse Presse der deutschen Regierung stellte, als eine vollendete Thatsache angesehen. Sowohl der „Pester Lloyd“ als die „Times“ meldeten den Abschluß einer festen Allianz zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn. Mochte auch diese Nachricht nicht vollkommen genau sein, mochte auch das Bündnis nicht förmlich durch Brief und Siegel gesichert erscheinen, so war doch eine Annäherung zwischen den drei Mächten erfolgt, welche wiederholt den leitenden Staatsmännern derselben ein Recht gab, in öffentlicher Sitzung des Parlaments von ihren „Verbündeten“ zu sprechen, und die Geschichte der bulgarischen Frage zeigte genau die Gruppierung der Mächte, welche einem solchem Bündnis entsprechen würde.

Daß dem Verhalten Österreichs, Englands und Italiens in Bezug auf die orientalischen Dinge gewisse Verabredungen zu Grunde liegen, scheint unbestreitbar. Diese drei Reiche finden sich, so oft ein Anlaß vorliegt, Stellung zu einem Zwischenfall zu nehmen, immer schnell zusammen und zwar so, daß man auf ein vorbereitetes Einverständnis daraus schließen darf. Daß in der Rede des Ministers des Äußern in Rom, Herrn Robilant, vom 28. November 1886, auf die Interpellation eines Deputierten, Rußland und Frankreich gar nicht erwähnt wurden, und daß offen gesagt war, Italien stehe in der bulgarischen Frage an der Seite Österreichs und Englands und sei entschlossen, im Verein mit diesen sich einer Russifizierung Bulgariens zu widersetzen, wurde in Paris und noch mehr in Petersburg übel vermerkt. Für Italien und seinen Handel ist es, wie für Österreich und England ein Lebensinteresse, daß Rußland nicht

auf der Balkanhalbinsel allmächtig wird und daß dieses nicht seine Vorposten bis zur Küste des Adriatischen Meeres vorschiebt. In derselben Rede des erwähnten italienischen Staatsmannes hieß es in Bezug auf England: „Ich brauche nicht erst zu sagen, daß Gründe besonderer Freundschaft uns an diese Macht ketten und daß wir diese Freundschaft, wenn die Ereignisse es erfordern sollten, immer besser pflegen werden, denn sie gehört zu einer der Überlieferungen italienischer Politik und kann weder durch den Wandel der Zeit noch durch den der Umstände irgend welche Trübung erfahren.“ Der Minister fuhr fort, zu erklären, daß die intimen Beziehungen Italiens zum deutsch-österreichischen Bundesverhältnisse davon nicht berührt würden. Diese Beziehungen beständen für sich.

In einer schon erwähnten Rede Crispis vom Jahre 1888 unterscheidet dieser zwischen der Allianz mit den Zentralmächten und dem Einvernehmen mit England zur See. Es existiert also ein besonderer maritimer Bund. Italien und England haben dasselbe Interesse, daß das Mittelmeer weder ein russischer noch ein französischer See werde. Rußland hat auf dem Schwarzen Meere sich der Fesseln des Pariser Vertrages während des deutsch-französischen Krieges entledigt und dort eine Kriegsflotte gesammelt, welche in stark befestigten Häfen eine gesicherte Operationsbasis besitzt. Gelangt es zur Herrschaft über den Bosporus und die Dardanellen, so kann es jeden Augenblick seine Flotte auf das Mittelmeer werfen und so das Gleichgewicht der Mächte verschieben, insbesondere die Straße von Suez gefährden, auf welche England und Italien angewiesen sind. Zumal Italien ist durch die russische Seemacht im Mittelländischen Meere in seiner Sicherheit bedroht, denn seine Küsten liegen einer russischen Flotte offen. Nicht minder ist es genötigt, jeder Ausdehnung des französischen Einflusses im Mittelmeer zu widerstreben. Frankreich hat nicht nur in Tunis seine Stellung erweitert, sondern ist auch durch die Riviera und Korsika eine stete Lebensgefahr für Italien. Es darf nicht noch weitere Angriffspunkte gewinnen, von denen aus in kürzester Zeit eine Flotte die italienische Küste blockieren kann. Von Alters her besteht ein maritimer Wettbewerb zwischen England und Frankreich, niemals aber zwischen England und Italien. Diese beiden Mächte gehen Hand in Hand und haben das gemeinsame Ziel, sowohl den russischen wie den französischen Einfluß auf

der See zu vermindern. Dieser Politik ordnet sich ebenso naturgemäß die marokkanische Frage unter. Schwerlich wird Italien dulden, daß Frankreich, nachdem es seinen Erweiterungsdrang nach Osten befriedigt, seine algerische Grenze auch noch nach dem Westen vorrücke, und in diesem Widerstande gegen Frankreich findet Italien neuerdings einen entschlossenen Bundesgenossen an Spanien. Auch in Madrid erinnert man sich, daß eine ebenbürtige Machtstellung auf dem Mittelmeere ein Lebensinteresse für die angrenzenden Staaten sei.

Man hat bei verschiedenen Anlässen von der Annäherung Spaniens an den mitteleuropäischen Staatenbund gesprochen und gesagt, dieselbe scheine nur noch eine Frage der Zeit zu sein. (Vergleiche „Neue Preußische Zeitung" vom 23. September 1890.) Man denkt dabei nicht an irgend welche diplomatischen Versuche, welche von einer der beiden Seiten unternommen werden könnten, um eine derartige Wendung künstlich herbeizuführen, sondern glaubt, daß der ganz natürliche Verlauf der einmal in Fluß gebrachten Fragen, welche die Lebensinteressen des spanischen Staates berühren, dieses Land dem Dreibunde näher bringen werde. Die heutige Politik könne nicht mehr durch die Fragen des Herzens und des Gefühls geleitet werden, sondern die konkreten Bedürfnisse des realen Lebens schreiben ihr den Gang vor. Das beweise eben Italien. Wenn der Ministerpräsident Crispi in derselben Viertelstunde öffentlich die „Unwiderstehlichkeit" der französischen Kultur pries und die Franzosen das bewundernswerteste Volk nannte — und darauf doch die Notwendigkeit des Dreibundes in der schärfsten Form betonte, gerade um dieses „hervorragende Volk" im Zaum zu halten, so könne man sich auch recht gut denken, daß Spanien trotz aller seiner Sympathien für das stammverwandte Frankreich eine Annäherung an den Dreibund in Rücksicht seiner vitalsten Interessen für gut finden werde. Zunächst kann es sich wohl nur um eine Annäherung an Italien handeln. Zu der großen Zahl von Fragen, welche unsere heutige Generation zu lösen hat, gehört auch die Emanzipation der romanischen Völker von der Vorherrschaft des Franzosentums. Bis 1870 blickten Italien und Spanien, auch Portugiesen, Belgier und Rumänen fast hypnotisch nach Paris, von wo aus sie politisch, geistig und wirtschaftlich beherrscht wurden. Um diese Stellung des Franzosentums zu behaupten, hatte man in Paris das Märchen

von dem Rassenhaß zwischen den Romanen und den Germanen erfunden, welcher durch tausenderlei Mittel allen romanischen Nationen eingeimpft werden sollte. Daß ein solcher Haß niemals bestanden hat, beweist doch zur Genüge die gesamte Kulturentwickelung der Romanen und Germanen, welche stets in engster Wechselwirkung mit einander gestanden hat. Nur die chauvinistische Verblendung der Franzosen kann bestreiten wollen, daß alles das, was wir heute die europäische Zivilisation nennen, das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit aller germanischen und romanischen Nationalitäten ist. — Und wenn es nun die Hauptaufgabe der Jetztzeit geworden ist, diese gemeinsame Kultur der Westhälfte Europas gegen die von Osten drohende Invasion der Unkultur zu schützen und es hierzu eines engen Zusammenschlusses der germanisch-romanischen Welt bedarf, so ist es auch erforderlich, daß jedes dieser Völker als ein selbständiges und geachtetes Glied in dem es umschließenden Kreise anerkannt wird. Darum auch ist der 2. September 1870 für die Entwickelung des gesamten Europas von so unermeßlicher Bedeutung gewesen, weil durch diesen Tag nicht allein die Einigung der deutschen Nation, sondern auch die selbständige Entwickelung der romanischen Völker ermöglicht wurde. Damals brachen die deutschen Armeen zugleich den Bann, in welchem Paris die romanischen „Schwesternationen" hielt. Italien war vor 1870 trotz seiner politischen Einigung eine französische Dependenz, durch seinen Anschluß an Deutschland wurde es ein selbständiger europäischer Machtfaktor. Kein Wunder, daß dieses Beispiel Italiens endlich auch die Spanier zur Nacheiferung antreiben muß, zumal sie sehen, daß sich selbst das kleine Portugal rüstet, um nach langem Schlummer wieder ein selbständiger Staat zu werden.

Spanien wird durch Frankreich in seiner Machtstellung am Mittelmeer auf das empfindlichste beengt. Während letzteres seine Herrschaft in Algier und Tunis durchaus gesichert hat, ist Spanien kaum im stande, seine wenigen Küstenplätze in Marokko zu behaupten. Von Osten her sucht Frankreich durch verschiedene Anzettelungen einzelne Führer der Araber, wie beispielsweise den berüchtigten Maimon Mohatar, sowohl gegen den Sultan Muley Hasan, als auch gegen die Spanier in Melilla aufzuhetzen; trotz aller Bemühungen der Spanier sind deren Handelsbeziehungen mit Marokko

viel geringer, als die der Franzosen. Von Algier aus sucht Frankreich auch in südöstlicher Richtung seine Stationen weiter hinauszuschieben, um eine Verbindung mit der Westküste Afrikas herzustellen, wo es bereits auf das spanische Gebiet des Rio do Ouro Anspruch erhebt. — So ist es wahrlich nicht zu verwundern, wenn endlich den politisch denkenden Kreisen in Spanien klar wird, daß Frankreich nahe daran ist, die Aussicht auf eine Stärkung der spanischen Mittelmeerstellung für immer unmöglich zu machen. — Insofern ist Spanien darauf angewiesen, einen Anschluß an Italien zu suchen, welches sich der französischen Ansprüche im Mittelmeere ebenso erwehren muß, wie Spanien auf der westlichen Seite. In der That wäre die Gleichstellung der Interessen am Mittelländischen Meere für die drei nächstbeteiligten Länder Italien, Frankreich und Spanien von dem Tage an gesichert, an welchem Italien und Spanien ein klares und beide befriedigendes Abkommen treffen würden. Unter dem Regime Sagasta war in Spanien für derartige Entschließungen kein Raum, vielmehr setzte der Marquis Vega de Armijo seinen ganzen Stolz dahinein, unter der verbrauchten Flagge der Neutralität die ihm von Paris aus zugehenden Ratschläge auf das gewissenhafteste zu befolgen. — Daß dieser für Spanien wenig ehrenvolle Zustand geändert werden würde, sobald Canovas del Castillo die Ministerpräsidentschaft übernahm, wußte man in Paris sehr wohl, daher auch die Verdächtigungen in der Presse bei dem Sturze Sagastas. Aber in Marokko kollidieren die spanischen Interessen nicht bloß mit den französischen, sondern auch mit den englischen. Frankreich erstrebt eine „Abrundung" der algerischen Grenze nach Westen, während anderseits England noch immer durch sein Kapital die Politik des marokkanischen Sultanats wesentlich zu beeinflussen vermag. An der Seite Deutschlands und Italiens würde daher Spanien zwar nicht aus Marokko eine spanische Provinz machen, aber doch seinen Einfluß gegenüber Frankreich und England sicher stellen können. Bei dem unausbleiblichen Zusammensturz des Sultanats ist ein Streit der französischen, englischen und spanischen Ansprüche und Interessen unvermeidlich. Für diese Möglichkeiten muß Spanien gerüstet sein, in erster Linie mit seiner Flotte und seinen Finanzen. Die letzte Thronrede (März 1891) betonte darum diese beiden Punkte mit großer Entschiedenheit; das

Defizit soll bekämpft, der Ausbau der Flotte weiter gefördert werden. Die Ausbildung, die Italien seiner Flotte gegeben hat, seine Niederlassungen am Roten Meere, der lebhafte Handel, den es im Mittelmeer und nach Südamerika in steigender Entwickelung führt, haben die Eifersucht und den Wettstreit der Spanier erweckt; es fragt sich nur, ob die natürlichen Hilfsmittel des Landes ausreichend sind, es der volkreichen Schwesternation gleichzuthun.

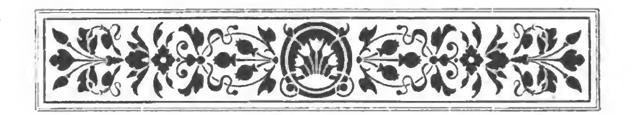
Daß in dem auswärtigen Programm des Fürsten Bismarck die Sympathie für Spanien seit langem eine feste Stelle einnahm, dafür sprechen verschiedene deutliche Zeichen. Diese Sympathie trat damals offen hervor, als die karlistischen Greuel drohten, das Land, das schon in den Zeiten der Ruhe stets mit großen inneren Verlegenheiten kämpfte, vollends in den Abgrund zu stürzen. Die seit jener Zeit auf Anregung der deutschen Regierung von fast allen europäischen Mächten ausgesprochene Anerkennung der republikanischen Regierung hatte zunächst den Zweck, gegenüber der von den karlistisch-ultramontanen Banden an einem Deutschen verübten schändlichen Mordthat, auch in Spanien die wiedererstandene Macht des Deutschen Reiches und den Willen desselben, Verletzungen seiner Angehörigen nicht ungeahndet zu lassen, allseitig zur Geltung zu bringen; — zugleich aber hatte die Anerkennung den Erfolg, den Fortschritten einer Partei Einhalt zu thun, welche unter dem Aushängeschilde des monarchischen Rechtes und des katholischen Glaubens Spanien unter eine absolute Priesterherrschaft, und damit unter die unbedingte Leitung Roms zu bringen gedachte, und auf welche eben deshalb die Hoffnungen des Ultramontanismus auch in Deutschland offenkundig gerichtet waren. Der Rückhalt an Deutschland war es, welcher der republikanischen Regierung Spaniens im Jahre 1874 den Mut gab, mit Frankreich in einer Weise zu reden, wie dies vielleicht seit Philipp II. nicht vorgekommen war. Die französische Presse war voll Ärger über diese neue spanische Frage, über die Rolle, zu der Frankreich genötigt sei, und über die Folgen dieses Bismarckschen Schachzuges. Das Journal „Gaulois“ schrieb: „Die Wichtigkeit der von Bismarck ergriffenen Initiative kann niemand entgehen. Sie muß zur ersten Folge ein herzliches Einverständnis zwischen Spanien und Preußen haben, begründet einerseits auf Dankbarkeit, anderseits auf dem Interesse. Was uns betrifft, die wir schon

jenseits der Alpen durch die deutsche Intrige isoliert sind, so sind wir jetzt durch Bismarcks diplomatische Geschicklichkeit auch auf der Pyrenäenseite isoliert." Streichen wir das Wort „Intrige", so lag doch darin etwas Wahres, und sogar etwas, das später erst noch mehr zur Wahrheit werden sollte. Von Berlin wurde seitdem in Madrid an der Erhaltung des besten Einvernehmens, namentlich aber auch an der Unterstützung Spaniens in seinem Bestreben, sich eine entscheidende Rolle im Areopag Europas zu schaffen, unausgesetzt gearbeitet, und wäre es auf Deutschland angekommen, so wäre das namentlich von König Alfons selber am meisten gepflegte Programm, die alte Macht Spaniens wieder in die Wagschale Europas zu werfen, seiner Erfüllung näher gekommen. Die inneren Schwierigkeiten des Landes, der finanzielle Druck, der auf demselben lastet, und der namentlich die entsprechende Entwickelung der militärischen Streitkräfte zurückhielt, rückten die dem Lande zugedachte Rolle immer noch in die Ferne. Seit der Anwesenheit des Königs Alfons bei dem deutschen Manöver im Herbst 1883 galt die Verbindung Spaniens mit Deutschland als ein Faktum. Mit der Aufnahme aber, die der deutsche Kronprinz bei seinem Gegenbesuche in Spanien fand, stand die Entfesselung wilder nationaler Leidenschaft daselbst in dem Streit um die Karolinen-Inseln (1885) in grellem Widerspruche. Die Antipathien gegen Deutschland dauern heute noch fort. Wenn man annehmen wollte, Canovas del Castillo würde die äußere Politik Spaniens insofern ändern, daß er alsbald eine Anlehnung an den Dreibund suchen werde, so würde man hiermit die wahre Sachlage keineswegs richtig würdigen. Das neue Kabinett wird den Versuch machen, Spanien wiederum eine angesehenere Stellung im europäischen Konzert zu verschaffen und wird offenbar eine etwaige Unterstützung hierzu von jeder Seite annehmen, wo ihm dieselbe geboten werden sollte.

Crispi sagte in seiner Rede vom 17. März 1888, wo noch ein Sagasta an der Spitze der Regierung stand — die Beziehungen Italiens mit Spanien seien herzliche, diese edle Nation habe eine große Zukunft, sie werden in nicht langer Zeit den im europäischen Konzert ihr gebührenden Platz einnehmen. Von einer Rivalität Deutschlands und Frankreichs bezüglich Spaniens zu sprechen, wäre die verkehrteste Sache von der Welt.

Deutschland beabsichtigt nicht im entferntesten, irgend einen Einfluß auf Spanien auszuüben; es ist weder in der Lage, noch in der Versuchung, wechselsweise republikanische und karlistische Verschwörer, oder auch beide zugleich auf seinem Boden zu hegen, um sie je nach Bedürfnis zurückzuhalten oder auf den Grenznachbar loszulassen. Wenn Deutschland die Stellung Spaniens in dem Rate der Mächte gehoben und gekräftigt wünscht, so ist dies lediglich der Ausfluß seiner leitenden Friedenspolitik, denn je mehr alle Völker und Machtelemente Europas in der Entscheidung der großen Frage zur Geltung kommen, umsomehr ist der blinde Egoismus, die friedensstörende Intrige ausgeschlossen, um so größer ist die Hoffnung, daß die schwebenden Angelegenheiten im allgemeinen Interesse Europas, in dem der Zivilisation und Humanität, entschieden werden. Spanien ist nach seiner großen historischen Tradition, nach seinem Beruf und seinen Machtmitteln in der Lage, auf die Ordnung der großen Weltfrage einen nützlichen und friedlichen Einfluß auszuüben. Wenn diese Überzeugung in den Augen einzelner spanischer Politiker ein Vergehen ist, so muß Deutschland sich desselben allerdings schuldig bekennen. Der Vorschlag Castelars, der europäischen Friedensliga eine Interessen- und Prinzipien-Koalition entgegenzusetzen, ist die Verneinung des größten Gedankens unserer Zeit, der Solidarität aller Friedensinteressen des Weltteils; er könnte nur zur tiefsten Spaltung, nie zur Einigung Europas führen.





VII.
Die Spannung im Bunde.

Die Geschicke Österreichs haben vom Jahre 1861 ab, einige kurze Episoden abgerechnet, zwei Dezennien hindurch in den Händen der deutsch-liberalen Partei geruht. Ihren Sturz verdankte sie ihrem Verhalten auf dem Gebiete der großen Politik. Daß das verfassungstreue (deutsch-liberale) Kabinett Auersperg von der eigenen Partei gestürzt wurde, weil es für die Politik des Grafen Andrassy einzutreten gewagt hatte, daß darauf der Monarch sich vergeblich an Herbst wendete, um durch dessen Vermittelung ein neues, verfassungstreues Kabinett bilden zu lassen, daß sodann Graf Taaffe, der ehemalige Ministerkollege Herbsts im Bürgerministerium, den Versuch unternahm, die Regierung im verfassungstreuen Sinne fortzuführen, und daß er schließlich, weil seine, die verfassungstreue Partei ihm das Regieren unmöglich zu machen suchte, genötigt war, sich auf die Tschechen, Polen und Klerikalen zu stützen, und ihnen von Fall zu Fall auf Kosten des Deutschtums stets neue Konzessionen zu bewilligen, daß endlich die Mehrzahl der Wähler sich von der Partei, welche sich so offenkundig als regierungsunfähig erwiesen hatte, abwandte und daß die dem Deutschtum feindlichen Elemente im Reichsrate dominierten — diese Entwickelung der Dinge, welche noch in aller Gedächtnis ist, hat sich unter der stets wachsenden Teilnahme der gesamten deutschen Nation vollzogen. Denn die Folgen der von der deutsch-liberalen Partei begangenen Sünden hatte nicht etwa die Partei allein, sondern das ganze österreichische Deutschtum zu tragen.

Was seitdem die Stellung der Deutschen in den österreichischen Kronländern mit gemischter Bevölkerung so schwierig machte und

dem Slawentum fortwährend neue Erfolge brachte, war keineswegs die wirkliche Leistungsfähigkeit des letzteren, sondern einfach die Thatsache, daß unsere Landsleute hartnäckig dabei blieben, der Regierung gegenüber eine innerpolitische Auffassung zu vertreten, welche diese seit dem Umschwunge des Jahres 1879 für verderblich ansah. Der Liberalismus der Herbst und Genossen hatte Österreich damals in eine Lage gebracht, ähnlich wie die, in welcher sich das Deutsche Reich um die Zeit der Attentate von 1878 befand: sittlicher und wirtschaftlicher Niedergang, ohne daß der herrschenden Partei auch nur das Verständnis dafür aufgedämmert wäre, von ernstlichem Willen zur Abhilfe nicht zu reden. Unter diesen Umständen blieb dem Kaiser Franz Joseph in der That nichts übrig, als sich nach anderen, willigeren Elementen umzusehen, und diese fand er in den Slawen, deren letzte Ziele dabei ganz andere waren, die sich aber jenen zuliebe bereit zeigten, auf die konservativen Anschauungen der Regierung des Grafen Taaffe einzugehen. Daß dieser ihnen seinerseits nationale und sprachliche Zugeständnisse machen mußte, war von vornherein selbstverständlich. Nur die Deutsch-Liberalen thaten, als ob ihnen das unbegreiflich sei, und jammerten über die Zurückdrängung des deutschen Elements, die sie selbst allein verschuldet hatten. Ihr politisches und parlamentarisches Verhalten ging immer mehr in grundsätzlichem Widerstande gegen alles auf, was die Regierung im Innern und nach außen wollte; was Wunder, wenn Graf Taaffe auch seinerseits in ihnen unversöhnliche Gegner zu sehen anfing, die als solche um jeden Preis bekämpft werden mußten. So hatte sich ganz naturgemäß ein an sich unnatürlicher Stand der Dinge entwickelt, denn unnatürlich war es, daß das deutsche Element, welchem Österreich nicht nur seine Größe, sondern seinen Bestand verdankt, von einer österreichischen Regierung bekämpft wurde; allein diese Regierung trug, wie gesagt, nicht die Schuld daran, sondern diejenigen waren verantwortlich, welche sie zum Kampfe zwangen.

Die innere Politik hat in Cisleithanien die auswärtige Politik unberührt gelassen. Aber war nicht zu besorgen, daß sie auf die Dauer dieselbe gefährden, und die Lebensinteressen Österreich-Ungarns mehr und mehr in eine deutschfeindliche Strömung drängen könnte, welche bei weiterem Wachstum das Bündnis mit Deutschland und mit Italien auf das Spiel setzte? Daß von dem Grafen Taaffe

eine Erschütterung der Bündnispolitik nicht zu erwarten sei, suchte der „Pester Lloyd" einmal (November 1888) durch die Thatsache zu begründen, daß „die Politik der Wiener Hofburg völlig identisch sei mit der Politik der Völker Österreich-Ungarns"; und daß niemand daran denken könne, zu „unvolkstümlichen, alten Traditionen zurückzukehren", welche den Zusammenbruch des Habsburgischen Reiches auf den italienischen und böhmischen Schlachtfeldern herbeiführten. Aber welches ist die Politik der Völker Österreich-Ungarns? Giebt es eine solche? Ist die Politik der Magyaren und Deutschen diejenige der Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowenen? In den tschechischen Blättern findet man fast allenthalben nichts als einen leidenschaftlichen Haß gegen die Deutschen und Ungarn und eine unausgesetzte Hetze gegen das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Bedeutsam war die Beratung des neuen Wehrgesetzes im Abgeordnetenhause am 7. Dezember 1888. Plener erklärte im Namen der Linken, sie halte sich aus patriotischen Gründen für verpflichtet, für das Gesetz zu stimmen, zugleich aber auch für verpflichtet, zu erklären, „daß wir dieses Gesetz unter gar keinen Umständen diesem Ministerium, sondern nur der Armee und der Machtstellung der Monarchie bewilligen." Den Widerspruch zwischen der innern und äußern Politik des Ministeriums legte er mit folgenden Worten dar: „Wir haben ein Bündnis gegen Rußland und wir treiben im Innern slawisierende Politik; wir haben ein Bündnis mit Deutschland, und im Innern werden die Deutschen überall zurückgedrängt; wir haben ein Bündnis mit Italien, und die österreichische Regierung stützt sich auf die Ultramontanen, welche die geschworenen Feinde des Königreichs Italien sind." Der Alttscheche Rieger wollte an dem deutsch-österreichischen Bunde festgehalten wissen und verlangte nur, daß Österreich gleichberechtigt im Bunde sei und seine volle Souveränität bewahre; das tschechische Volk wolle weder russisch noch deutsch werden; es trete deshalb mit allen Kräften für Österreich und dessen Dynastie ein. Der Jungtscheche Gregr wünschte der österreichischen Monarchie ein sehr starkes und tüchtiges Heer, damit sie, wenn das deutsch-österreichische Bündnis in das Gegenteil umschlagen sollte, wie auf die Waffenbrüderschaft von 1864 der Krieg von 1866 gefolgt sei, ihrem Gegner gewachsen sei. Seine Partei werde daher das Wehrgesetz bewilligen, aber nicht dem deutsch-öster-

reichischen Bund, sondern dem österreichischen Staat, dem Kaiser von Österreich und König von Böhmen. Preußens Versuche, das schöne blühende Königreich Böhmen an sich zu reißen, seien schon alt: „aber vor der preußischen Herrschaft mögen uns Gott und alle Heiligen schützen." Der Jungtscheche Vaschaty bezeichnete in der Sitzung vom 11. Dezember das Bündnis mit Deutschland als ein widernatürliches, der Geschichte zuwiderlaufendes. Wenn Österreich hiervon ernüchtert sein werde, werde es zu dem Bündnis mit Rußland zurückgreifen, das ihm schon einmal uneigennützig geholfen habe.

Von Berlin aus wurde jede Einmischung in die innere Politik Österreichs streng vermieden — bis auf Wilhelm II., der es den Grafen Taaffe deutlich empfinden ließ, wie er über sein System dachte. Wilhelm I. verfuhr anders. Er beauftragte im Juli 1887 bei seiner Abreise von Innsbruck nach Gastein den Statthalter von Tirol, Freiherrn von Widmann, dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe zum Zeichen freundlicher Erinnerung seine Grüße bekannt zu geben. Das berührte in den österreichischen Regierungskreisen auf das angenehmste. Man fühlte, daß in den herzlichen Worten des ehrwürdigen Beherrschers des mächtigen Deutschen Reiches etwas mehr lag, als eine wohlwollende Aufmerksamkeit, lediglich dazu bestimmt, denjenigen, welchem „der herzliche Gruß" galt, persönlich auszuzeichnen, ihm eine persönliche Freude zu machen, daß diese Worte auch ihre ernste politische Bedeutung hatten. Wurde doch gerade damals, und namentlich in einer Reihe von der Begrüßung des deutschen Kaisers auf österreichischem Boden gewidmeten Artikeln seitens der Oppositionsjournale die Behauptung in den Vordergrund geschoben, daß die herrschende innere Politik Österreichs mit der äußern Politik der Monarchie in einem unlöslichen Widerspruche stehe; daß diese innere Politik auf die Dauer mit dem austro-deutschen Bündnisse nicht vereinbar sei. Hierzu kam noch, daß diesen Bemühungen der österreichischen Oppositionsblätter auch von angesehenen Journalen Deutschlands in ziemlich lebhafter Weise sekundiert wurde, deren Ausführungen über die inneröſterreichische Politik an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. „Unzweifelhaft war es sehr zeitgemäß — sagte man in Wien — solche Manöver nicht allzulange frei gewähren zu lassen, dem Spiele mit einer so vergifteten Waffe, wie es das erwähnte Argument ist, rasch ein Ende zu machen.

Gerade im gegenwärtigen Momente, wo der Friede und die Ruhe des Weltteils zum großen Teile auf dem innigen Bündnisse der beiden Kaiserreiche beruht, muß es im Interesse des Friedens, im Interesse der beiden verbündeten Reiche liegen, selbst den Schatten jedes Mißverständnisses, alles zu beseitigen, wovon die Welt auch nur einen Moment hätte glauben können, daß es geeignet sei, das Bündnis selbst oder dessen Bestand zu gefährden oder zu beeinträchtigen. Und das liegt auf der Hand: die gestrigen Worte des Kaisers Wilhelm wären nicht gesprochen worden, wenn der greise deutsche Herrscher auch nur ein Atom jener Anschauungen für richtig halten würde, wie sie eben von einigen Wiener und gewissen reichsdeutschen Blättern zu wiederholten Malen zum besten gegeben worden. In so herzlicher Weise spräche nicht der Monarch eines großen Staates dem leitenden Minister eines verbündeten andern großen Staates gegenüber, wenn er auch nur einen Moment die Besorgnis hegen würde, daß dessen innere Politik das Bündnis der beiden Reiche gefährden oder erschüttern könnte, am allerwenigsten aber Kaiser Wilhelm, der ja, wie man aus den Memoiren des Grafen Beust weiß, seinerzeit aus den Besorgnissen, welche er an das Hohenwartsche System knüpfte, durchaus kein Hehl machte. Mit seinem „herzlichen Gruße" wollte Kaiser Wilhelm wohl in einer für alle Welt verständlichen Weise zu erkennen geben, daß er in der gegenwärtigen innern Politik Österreichs nichts erblickt, was das Interesse Deutschlands mit Bezug auf die austro-deutsche Allianz tangieren könnte, daß er dem Staatsmann, unter dessen Mitwirkung diese Allianz zu stande gekommen und erneuert wurde, der während seiner achtjährigen Geschäftsführung stets in loyalster Weise dieses Bündnis gegen jeden Angriff zu verteidigen und sicherzustellen wußte, seine aufrichtige und herzliche Sympathie bewahrt hat und daß er bei einer recht markanten Gelegenheit dieser seiner Sympathie in nahezu solenner Weise Ausdruck geben wollte."

Wilhelm II. hat bei seiner Anwesenheit in Wien, wie schon bemerkt, gegen den Grafen Taaffe ein anderes Verhalten beobachtet. Er würdigte den Grafen bei keinem der großen Empfänge einer Ansprache und versagte ihm auch jedwede Auszeichnung, wiewohl ein wahrer Regen von Orden damals auf alle Würdenträger Österreich-Ungarns niederfiel. Man hat bei Gelegenheit des Besuches,

den Graf Herbert Bismarck ein Jahr später (1889) in Wien machte, auf ein gewisses demonstratives Verhalten desselben hingewiesen. Graf Herbert Bismarck, von der Orientreise über Pest und Wien zurückgekehrt, sagte man, konferierte in der ungarischen Hauptstadt mit mehreren Ministern, verkehrte aufs herzlichste mit Herrn von Tisza, betrat dann den Boden Wiens, begrüßte auch hier den Grafen Kalnoky und andere Minister, aber fand es nicht der Mühe wert, den österreichischen Ministerpräsidenten, der doch in Wien gewissermaßen Hausherr ist, zu begrüßen; er ließ nicht einmal die Visitenkarte bei ihm zurück. Damit habe der Sohn des deutschen Kanzlers ganz bestimmt und in nicht mißzuverstehender Weise bezeichnet, daß das herrschende slawisierende System in Österreich der deutschen Regierung keineswegs genehm sei, und daß sein Hauptträger nicht zu den Intimen der Bundespolitik gehören könne. Das war gründlich falsch, wenn man nicht annehmen will, der Graf habe seinem Vater zum Trotze so gehandelt. Fürst Bismarck war ein zu weit blickender Staatsmann, als daß er nicht die Gefahr der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates erkannt hätte, und hätte diese auch nur in einer Demonstration gelegen. Er legte auf die Ausbrüche des Deutschenhasses gar keinen Wert. Niemals ist zu seiner Zeit zwischen den beiden Regierungen der Punkt erörtert worden, daß etwa die innere Politik in Österreich in Widerspruch stände mit der äußern Politik des Gesamtreiches, und daß während die gemeinsame Regierung das ihrige that, das Bündnis mit Deutschland unversehrt zu erhalten, die von der österreichischen Regierung begünstigten Parteien, die Klerikalen und die Slawen mehr oder weniger Haß gegen Deutschland an den Tag legten.

Fürst Bismarck und die offiziöse Presse haben dagegen ihr Urteil über die Liberalen, die die Zustände im Innern Österreichs herbeigeführt, nicht zurückgehalten. Bismarck sagte 1882 im Reichstage, als er über Parteiwesen sprach: „Die sogenannten „Herbstzeitlosen" unter den Deutschen in Österreich haben die Möglichkeit der Regierung, mit den Deutschen zu gehen, vollständig ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen eine Parteiregierung bei uns vollständig unmöglich ist, einmal weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei unter dem Eindruck der Fortentwickelung ihrer Partei steht. Diese Fortentwickelung

findet notwendig in der Richtung des Extrems statt. Eine konservative Partei wird der Gefahr einer Reaktion immer unterworfen sein; bei den Liberalen wird immer einer den andern an Liberalismus zu überbieten suchen, und der Überbotene wird immer Unrecht bekommen. Auf diese Weise ist die deutsche Partei in Österreich, in Cisleithanien, durch die Maßlosigkeit ihrer Forderungen schließlich in die bedauerliche Lage gekommen, daß sie die Dynastie genötigt hat, sich mehr an eine andere Partei anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen muß. Ich bitte Sie, sich doch das Beispiel der Herbstschen Partei in Österreich — der „Herbstzeitlosen" nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruiniert hat."

Daß die Wendung, welche die Dinge in Österreich seit dem Februar 1891 genommen, in Deutschland überall freudig begrüßt wurde, ist selbstverständlich. Der deutsch-österreichische Bund hat zwar dem Sturm des österreichischen Slawentums länger als ein Jahrzehnt zu trotzen vermocht, wird aber jetzt auf die Zukunft um so sicherer rechnen können.

Eine gewisse Spannung im Bunde, die im Jahre 1886 bemerklich wurde, kam von andrer Seite her. Daß der Zustand in Bulgarien eine Verhöhnung des europäischen Rechtes war, konnte nicht bestritten werden. Darüber herrschte Einigkeit, nicht bloß zwischen Deutschland und Österreich, sondern zwischen den Mächten überhaupt. Der circulus vitiosus bestand darin, wer die Exekution gegen das in Auflehnung gegen Europa befindliche Bulgarien übernehmen solle. Gerade in diesem springenden Punkte scheinen Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Wien damals existiert zu haben, wenn auch sehr bald die Frage nicht mehr in der Schärfe in Wien aufgefaßt wurde, wie dies im Herbst 1886 in den Reden des Grafen Kalnoky und des Herrn von Tisza zu Tage trat. Eine gemeinsame Weisung der Großmächte an den Prinzen Ferdinand, Bulgarien zu verlassen,

konnte vielleicht von Erfolg sein. Wenn diese Weisung aber unbeachtet blieb? Dann konnten sich doch sechs Großmächte unmöglich bei einem Refus aus Sofia beruhigen und man stand danach gerade, wie vorher. Daß aber der bulgarische Dorn dem europäischen Frieden aus dem Fuße gezogen werden muß, darüber ist jedermann einig, und das friedliebende Europa hat in dieser Beziehung wenig Ursache, mit den Leistungen der Gesamtheit seiner Staatslenker zufrieden zu sein.

Die Politik der österreichischen Regierung gegenüber den Wirren wurde zuerst im Herbst 1886 vom ungarischen Ministerpräsidenten Tisza entwickelt. Sie gipfelte in der Begünstigung der Bildung selbständiger Balkanstaaten, in der Zurückweisung jedes ausschließenden Einflusses einer Großmacht im Orient, in der Zurückweisung jeder militärischen Einmischung in die bulgarischen Wirren. Die Erklärungen, welche Graf Kalnoky sodann am 13. November im Ausschuß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten gab, waren von der größten Wichtigkeit. Das Streben der Reichsregierung, sagte er, gehe dahin, daß keine den Verträgen widersprechende Schädigung der von Europa den Bulgaren gewährleisteten Selbständigkeit stattfinde. „Wenn Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissär nach Bulgarien zu entsenden, welcher mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer militärischen Besetzung, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst, geschritten wäre, so wären dies Handlungen gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten."

Auf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu den einzelnen Mächten übergehend, sprach er zuerst von dem verbündeten Deutschland und erörterte die damals viel besprochene Frage, inwieweit die Freundschaft zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland sich praktisch bethätigen würde, und ob der eine Staat unter gewissen Eventualitäten auf den andern zählen könne. „Es ist wohl selbstverständlich, daß bei zwei Großstaaten von solcher Ausdehnung, die vom Baltischen Meere bis zur Adria und von der Nordsee bis an die untere Donau reichen, jeder auch Sonderinteressen hat, welche vollkommen außerhalb der Interessensphäre des andern liegen können und die zu schützen in den Verpflichtungen des andern nicht gelegen ist. Es ist gar nicht denkbar, daß ein Großstaat, ohne jede Selb-

ständigkeit seiner Aktion aufzugeben, sich verpflichten könnte, für jedes Interesse eines Bundesgenossen einzustehen. Setzen wir den Fall, daß Deutschland am Baltischen Meere eine Interessenfrage verfolgen würde, die für dasselbe von großer Wichtigkeit wäre, so würde Deutschland gewiß nicht daran denken, hierfür unsern Beistand zu verlangen. Es liegt aber auch in der Natur der Sache und in dem Selbstgefühl eines Großstaates, daß ihm das selbständige Eintreten für seine eigenen Interessen in erster Linie allein zusteht, und daß ein Verhältnis, wie es zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland besteht, nur dann praktisch in volle Kraft zu treten berufen sei, wenn es sich um vollkommen solidarische, gemeinsame Interessen beider handelt. Für ein solches Verhältnis sind nicht Worte und Buchstaben, sondern die gegenseitigen Interessen das festeste Fundament. Der Fortbestand des andern als einer starken und unabhängigen Großmacht bildet für jedes der beiden Reiche ein wichtiges eigenes Interesse. In der jetzigen Konstellation Europas läßt sich Deutschlands Stellung kaum denken, wenn ein mächtiges Österreich an seiner Seite fehlen würde, ebenso wie wir das größte Interesse daran haben, daß Deutschland als starke Großmacht neben uns fortbestehe. In diesem Sinne ist denn auch die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns stärker und unerschütterlicher, als wenn man sich dieselbe als lediglich auf Paragraphen gegründet vorstellen wollte. Die deutsche Regierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß Bulgarien sie nur so weit interessiere, als damit der Friede im Orient und in Europa in Verbindung steht. Auch jetzt hat es erklärt, daß es in Bulgarien keine deutschen Interessen zu verteidigen habe. Demgemäß hat auch der deutsche Reichskanzler nicht für die Wünsche der einen oder der andern Macht, sondern für den Frieden seine Ratschläge und seine vermittelnde Thätigkeit geltend gemacht. Es ist dies in der loyalsten und für den Weltfrieden, sowie für unsere eigenen Interessen ersprießlichsten Weise geschehen, und es hat auch über diesen Punkt zwischen den beiden Kabinetten eine Disharmonie oder eine andere als die freundschaftlichste und vertrauensvollste Gesinnung nie bestanden." Nach diesen Erklärungen berührte Kalnoky auch die Beziehungen Österreich-Ungarns zu den übrigen Mächten. Er sprach es als Gewißheit aus, „daß wir auch England an unserer Seite sehen würden, wenn

es sich darum handeln sollte, für die Erhaltung des Berliner Vertrages und des Rechtszustandes, den derselbe geschaffen, einzutreten"; daß in Italien in jüngster Zeit die Auffassung zu Tage getreten sei, es habe dieser Staat als Mittelmeermacht gewichtige Interessen wahrzunehmen, und eine Verschiebung der dortigen Machtverhältnisse könne ihm nicht gleichgültig sein. Von Rußland erhalte die Reichsregierung die Versicherung, daß es an den Verträgen festhalte und weder an eine Einschränkung der Autonomie Bulgariens, noch an eine Änderung seines internationalen Verhältnisses denke, daß es überhaupt nichts ohne Mitwirkung der Mächte unternehmen werde. Der türkischen Regierung machte Kalnoky den Vorwurf, daß sie bezüglich der im Berliner Vertrag ihr zugedachten Stellung, auf die man für die Dauerhaftigkeit der Zustände gerechnet hatte, den gehegten Erwartungen nicht entsprochen habe, und in einem Zeitpunkte, wo ihr niemand das Einschreiten gewehrt hätte, nicht einmal dazu sich habe entschließen können, von ihren Souveränitätsrechten in Ostrumelien Gebrauch zu machen.

Die panslawistische russische Presse war sehr erbittert über diese Rede, welche Rußland so nachdrücklich auf die Achtung der Verträge hinwies, einem einseitigen Vorgehen Rußlands in Bulgarien das Vorgehen Österreich-Ungarns entgegenstellte und bereits die Bundesgenossen, die letzteres in diesem Falle haben würde, aufzählte. Die ganze Rede sei nichts als eine Drohung gegen Rußland, und wenn die österreichischen Staatsmänner fortfahren würden, eine so hochfahrende Sprache zu führen, so würde Rußland in der einzigen seiner würdigen Weise antworten, mit der Mobilisierung der russischen Streitkräfte.

In der Ausschußsitzung vom 15. November erhob Graf Andrassy, der 1879 in Verbindung mit seinem Nachfolger Haymerle das deutsch-österreichische Bündnis abgeschlossen hatte, die Frage, warum letzteres in der bulgarischen Frage nicht stark genug gewesen sei, um Rußlands Einfluß und Einwirkung zurückzuhalten. Er sprach seine Meinung dahin aus, daß die Verantwortung dafür, daß dieses Bündnis den berechtigten Erwartungen nicht entsprochen habe, nicht Deutschland, sondern den Grafen Kalnoky treffe, durch dessen Politik aus dem Zweikaiserbund ein Dreikaiserbund gemacht und eben damit dem ursprünglichen Bündnis ein anderer Inhalt gegeben worden

sei. Die Regierung müsse daran festhalten, daß Rußland in Bulgarien keine Vorrechte habe. In diesem Sinne äußerte sich auch Graf Apponyi. Aus diplomatischen Gründen konnte Kalnoky nicht mehr hierüber sagen, als er schon am 13. gesagt hatte; er hob besonders noch das hervor, daß eine Union Bulgariens und Ostrumeliens, wenn die Signaturmächte ihr zustimmten, recht wohl zulässig sei.

Auch in dem Ausschuß der österreichischen Delegation sprach sich Kalnoky am 18. November über das deutsch-österreichische Bündnis aus, das seit seinem Amtsantritt noch gekräftigt worden sei, und hob gegenüber den Äußerungen Andrassys hervor, daß es sehr begreiflich sei, wenn Deutschland und Österreich ein gutes Verhältnis zu dem mächtigen Nachbarreiche gesucht hätten, daß aber dadurch das engere Verhältnis Österreich-Ungarns zu Deutschland nicht beeinflußt worden sei. Mit vollstem Vertrauen sprach der österreichische Budgetausschuß die Hoffnung aus, daß es dem Minister des Auswärtigen gelingen werde, auch ferner im Einklang mit den von ihm dargelegten und als richtig anerkannten Zielen seiner Politik die Interessen der Monarchie in vollem Umfange zu wahren.

Ein Bericht des europäischen und des deutschen Ausschusses faßte die Politik des Grafen Kalnoky dahin zusammen: Scharfe Mißbilligung der russischen Politik in Bulgarien, Anerkennung und Sympathie für die Bulgaren, deren Mäßigung bisher ernste Konflikte zu vermeiden wußte, Billigung der Kalnokyschen Friedenspolitik mit Rücksicht sowohl auf das Friedensbedürfnis des Landes, als auch auf die noch nicht unmittelbar verletzten österreichischen Interessen, aber auch energische Zustimmung zu dem von Tisza aufgestellten und von Kalnoky neuerdings bestätigten Programme der Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages und der Nichtzulassung eines Protektorats oder einer bewaffneten Einmischung in Bulgarien. Mit Rücksicht auf den vom Minister konstatierten unveränderten Fortbestand des Bündnisses mit Deutschland bezweifelte der Ausschuß nicht, daß mit den auf die Aufrechterhaltung des von allen so sehnlich gewünschten Friedens gerichteten Bestrebungen des Auswärtigen Amtes jederzeit auch jene Energie Schritt halten werde, welche dasselbe zur Geltendmachung der Interessen und des Ansehens der Monarchie entwickelt.

Graf Andrassy hielt am 25. November wieder eine Rede, die manches Interessante bot. Er sagte u. a.: „Unsere Interessen auf der Balkanhalbinsel sind vorwiegend negativer Natur, aber als solche und in dieser Form sind sie so klar, daß sie für alle Nationen und Nationalitäten der Monarchie als Lebensfrage gelten müssen. Wenn wir auch mit Recht das größte Gewicht auf die guten Beziehungen zu unserm Nachbarstaate legen, eines kann niemand von uns verlangen, daß wir nämlich einen Zustand annehmen, wonach einem so mächtigen Staate die Möglichkeit geboten wäre, uns nicht nur aus der Basis seines eigenen Besitzes, sondern auch von rückwärts, aus Staaten, die in Abhängigkeit von ihm sind, anzugreifen. Bis jetzt bildete die Türkei ein uns durchaus nicht gefährliches Hinterland; heute sind an dessen Stelle kleinere nach Selbständigkeit und Kultur strebende Staaten getreten. Wollen wir nicht die Lasten der Verteidigung des europäischen Gleichgewichts und unserer Sicherheit auf uns allein nehmen, dann ist die Selbständigkeit dieser Länder in unserm Interesse.

„Die Ausbreitung Rußlands in jener Richtung, in welcher eine Kollision mit unserer Monarchie notwendig erfolgen müßte, nämlich in der Richtung der Balkanhalbinsel würde die Machtstellung Rußlands nicht stärken, sondern nur schwächen; ich glaube, daß eine Ausdehnung in dieser Richtung nicht nur nicht vorteilhaft für Rußland wäre, sondern dasselbe seiner jetzigen strategischen Vorteile berauben müßte; daß es den Einfluß, den es bis jetzt auf Grundlage der Religions- und Stammesverwandtschaft auf die Balkanvölker ausgeübt hat, nur kompromittieren könnte. Ich hege die Hoffnung, daß dies jetzt nicht bevorsteht. Leider aber kann niemand in Abrede stellen, daß in Rußland zuweilen nicht die Macht des Zaren, nicht die monarchischen Interessen, aber Menschen entscheiden, welche die Preßfreiheit zwar nicht, aber die Preßzügellosigkeit besitzen und im Namen einer öffentlichen Meinung sprechen, welche, da sie keine Gelegenheit hat, sich auf anderem Wege zu äußern, schwer zu konstatieren ist; Menschen, die sich wenig um die monarchischen Prinzipien, wenig um das Mißtrauen, das sie gegen Rußland erwecken müssen, wenig um seine strategischen Vorteile und gar nicht um Recht und Verträge kümmern; Menschen, die in sich selbst konfuse, auch nicht russische, sondern panslawistisch-revolutionäre Ideen leiten

— Ideen, denen trotz ihrer Nebelhaftigkeit eines doch zu entnehmen ist, und das ist, das monarchische Rußland in entfernte Abenteuer zu verleiten, damit sie zu Hause Herren werden. Nach der Ansicht dieser Partei — und weil sie es verbreiten, glauben es auch viele in Europa — wäre es die Mission Rußlands, das sogenannte Testament Peters des Großen zu verwirklichen, welches darin bestehen soll, die Balkanhalbinsel und Konstantinopel unter seine Herrschaft zu bringen. Zur Zeit Peters des Großen gab es von der Krim aus, wo tatarische Khane regierten, bis Konstantinopel und darüber hinaus in Griechenland nur eine Kette von durch lange Sklaverei erbitterten Völkern, die mit Ungeduld den Tag erwarteten, wo sich eine christliche Macht an ihre Spitze stellen würde, um sie von dem verhaßten Joche zu befreien. Wenn damals Peter der Große sich oder seine Nachfolger durch diese nach Freiheit seufzenden Völker bis nach Konstantinopel getragen gesehen hätte, so schiene dies sehr begreiflich. Wie steht aber die Frage jetzt? An der Stelle der durch das türkische Joch erbitterten Provinzen der Moldau und Walachei steht jetzt das selbständige und sich rasch entwickelnde Königreich Rumänien, weiter ein autonomes Bulgarien, dem eben Rußland noch vor dem Berliner Kongresse eine auf der ausschließlichen Volkssouveränität basierte Konstitution gegeben hat, daneben ein unabhängiges Königreich Serbien und weiter noch das Königreich Griechenland. Alle diese Länder, die zuzeiten Peters des Großen sich wahrscheinlich dem russischen Heere angeschlossen hätten, um sich ihre Selbständigkeit zu erkämpfen, würden dies heute schon deshalb nicht thun, um sie nicht zu verlieren. Die Aufgabe also, die man sich damals als einen Triumphzug hätte vorstellen können, stellt sich heute als das schwere Unternehmen einer rein militärischen Eroberung dar, deren größte Schwierigkeit nicht in dem Vordringen, sondern in der Möglichkeit des Dortbleibens bestände. Diese Aufgabe wäre auch dann noch eine unmögliche, wenn die Völker der Balkanhalbinsel sich diesem Vorhaben nicht nur nicht entgegenstellten, sondern Rußland selbst dann an den Bosporus begleiten wollten; wenn auch keine Macht in Europa den Versuch machen würde, diese Besitzergreifung zu hindern, wenn Österreich-Ungarn sich bereit zeigen würde, eine Territorial-Enklave eines riesigen Militärstaates zu werden; denn es wäre eine militärische Unmöglichkeit, daß Rußland, wenn

es sich am Bosporus festsetzen wollte, ein unabhängiges Serbien in der Flanke, ein autonomes Bulgarien, ein unabhängiges Rumänien und eine große, militärisch starke Monarchie Österreich-Ungarn, hinter sich belassen könnte. Alle diese Länder müßte es erobern und auch festhalten. Dies wäre aber die Weltherrschaft. Und die Weltherrschaft zu erlangen, ist zu keiner Zeit jemand gelungen, noch weniger wäre sie heute denkbar. Aber selbst angenommen, daß meine Anschauungen irrig und all dies dennoch möglich wäre und Rußland diese politisch und militärisch unhaltbare Stellung einige Zeit behaupten könnte, was würde es dabei gewonnen haben? Es würde mit aller Sicherheit früher oder später alle Staaten Europas zu einer Koalition gegen sich zwingen. Was aber eine solche Koalition nicht erreichen könnte, würde die unnatürliche Ausdehnung Rußlands von selbst herbeiführen, nämlich ein innerlich Sich-selbst-zerreißen. Namentlich könnten der Süden und der Norden nicht lange im nämlichen Staatsverbande verbleiben. Dies müßte das Endresultat sein; was dazwischen läge, wäre ein Drama, nutzlos vergossenes Blut. Das Interesse des monarchischen Rußland ist nach meiner Überzeugung einfach: die Wege zu gehen, welche alle Staaten gegangen sind, wenn sie sich groß genug gefühlt haben, um keine weitere Ausdehnung suchen zu müssen. Als Beispiel in dieser Richtung gilt Deutschland. Wenn es heute in Europa eine der einflußreichsten Mächte ist, so verdankt es dieses in erster Linie seiner von allen anerkannten Friedensliebe und dem totalen Verzichte auf jede Expansivbestrebung. Aber ein noch besseres Beispiel könnte Rußland aus unserer Vergangenheit schöpfen. Auch wir haben militärisch exzentrische Provinzen in Italien besessen, auch wir haben unsere Balkanhalbinsel-Politik gehabt, die uns viel Opfer gekostet. Auch wir haben unser Konstantinopel gehabt, welches Frankfurt hieß. Wir haben ein Aja-Sofia gehabt, welche die Paulskirche hieß. Wir haben aber die italienischen Provinzen aufgegeben und kein denkender Mensch wird uns wieder in Italien etabliert sehen — wollen. Wir haben einer andern Politik, einer damals sehr begreiflichen Tendenz, der Hegemonie in Deutschland, entsagt, und ich kenne keinen Menschen, der die von uns in Deutschland aufgegebene Stellung zurückwünschen würde, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Machtstellung der Monarchie trotzdem und gerade deswegen nicht schwächer, sondern

unvergleichlich stärker geworden ist. Was ist also nach meiner Überzeugung der Weg, den Rußland zu gehen hätte? Rußland braucht nichts aufzugeben, es braucht sich nur auf die Stellung zu beschränken, welche es im Berliner Vertrage selbst angenommen hat. Es braucht nur weitgelegenen Ländern jenes Recht der Selbständigkeit zuzuerkennen, welches wir den näher gelegenen Ländern zuerkennen. Das Programm, welches unsere Monarchie angenommen, würde, von Rußland angenommen, den Frieden sichern."

Die Delegationen wurden am 1. Dezember geschlossen, und dieselben Präsidenten, die unlängst kriegerische Eröffnungsreden hielten, zeigten sich ganz friedselig in ihren Schlußreden. Man sagte, die politische Lage habe sich gebessert, und zwar so, daß diesmal nicht Österreich-Ungarn, sondern Rußland nachgegeben habe. Wie dem auch sein mochte, so viel stand fest, daß Graf Andrassy und Graf Apponyi, somit die Opposition, nicht allein eine Berücksichtigung ihrer Wünsche in dem ungarischen Delegationsberichte fanden, sondern daß auch beiden Staatsmännern von seiten des Königs eine außerordentliche Auszeichnung und Anerkennung zu teil wurde. Schon zum dritten Mal wurde Graf Andrassy in demonstrativer Weise am 2. Dezember in einer einstündigen Privataudienz vom König empfangen; außerdem wurde er zweimal zum Diner im engen Familienkreise des Königs nach Gödöllö beschieden. Nicht minder überraschend war die Haltung des Königs dem Grafen Apponyi gegenüber, den der König für seine Rede und für die patriotische Haltung der Opposition beglückwünschte. Abgesehen von allen müßigen Kombinationen war das Ansehen des Grafen Andrassy und der gemäßigten Opposition und ihre Bedeutung im politischen Leben der Monarchie, durch die Auszeichnung, die ihnen vom König zu teil wurde, wesentlich erhöht worden. Was aber das Verhältnis zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Kalnoky betraf, so hatte sich Andrassy folgendermaßen geäußert: „Ich kenne niemand, — so sagte Graf Andrassy — der heute noch den Grafen Kalnoky als Minister des Äußern ersetzen könnte, ich aber wäre dazu der am wenigsten geeignete Mann. Ich mache mir keine Illusionen darüber, daß ich in Petersburg keine persona grata bin." In Pest war die Ansicht vorherrschend, daß Graf Andrassy früher oder später Minister des Äußern werden würde, und zwar dann, wenn es

eventuell zu einer energischen Aktion gegen die russischen Übergriffe auf der Balkanhalbinsel kommen würde, nachdem alle friedlichen Versuche des Grafen Kalnoky zur Verständigung mit Rußland gescheitert sein würden. Was bisher die Ungarn dem Grafen Andrassy nicht verzeihen konnten, das war die Besetzung Bosniens und der Herzegowina. Aber die Aufschlüsse, welche Graf Andrassy darüber in seinen Reden erteilte, hatten die Ungarn eines bessern belehrt. Sie gaben zu, daß, wenn Österreich Bosnien und die Herzegowina nicht besetzt hielte, die nächsten russischen Umtriebe sich von Montenegro aus zwischen Kroatien und Dalmatien, d. h. beinahe innerhalb der österreichischen Grenzen abspielen würden. Daher sagte man jetzt allseitlich, daß Graf Andrassy mit der Besetzung der zwei Provinzen nicht ganz unrecht gehabt hätte, indem die Ereignisse seine Vorsicht genügend rechtfertigten. Jedenfalls war es eine seltsame Erscheinung, daß ein einfacher Delegierter, ohne amtliche Stellung, nur infolge seines persönlichen Ansehens, eine größere Rolle im öffentlichen Leben spielte, als die leitenden Minister und daß sein Wort beim Volke und selbst in den hohen Kreisen mehr Gewicht hatte, als das der Regierung.

Graf Andrassy hat sich stets für eine Verständigung mit Rußland ausgesprochen und jeden kriegerischen Zusammenstoß mit dieser Macht für ein Unglück erklärt, da er einen eventuellen Krieg mit ihr nur als den Beginn eines sich fortwährend erneuernden Kampfes im Verlaufe der nächsten Jahre betrachtet; aber eine Teilung der Machtsphären auf der Balkanhalbinsel hielt Andrassy nicht für geeignet zur Erhaltung des Friedens; er wünschte, daß der Balkan eine neutrale Zone zwischen Rußland und Österreich-Ungarn bilde, und daß beide Mächte auf die Ambition einer Vormachtstellung auf der Balkanhalbinsel verzichteten. Dann war später Graf Andrassy der Meinung, daß das Auswärtige Amt alle Hebel in Bewegung setzen sollte, damit die Pforte sich entschließe, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien aufs Tapet zu bringen, wodurch dann Österreich-Ungarn in die Lage käme, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Im wesentlichen herrschte zwischen Kalnoky und Andrassy eine vollständige Übereinstimmung, wenn auch Graf Andrassy energischer vorgehen wollte.

Nach der Katastrophe von Sofia bestand wenigstens anfänglich

eine gewisse Mühe für die deutsche Politik, ihrem Verhalten zur bulgarischen Frage durch eine genaue Formulierung der Tragweite der Bündnisverpflichtungen in Wien und Pest die rechte Würdigung zu verschaffen. Der Dreibund der Mächte, sagte man in Berlin, schließt die guten Dienste Deutschlands zur Wiederherstellung des russischen Einflusses in Bulgarien nicht aus, aber das Bündnis gestattet auch den beiden Verbündeten Deutschlands, ihre Orientpolitik lediglich nach ihren eigenen Interessen einzurichten. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß Deutschland durch seinen Bündnisvertrag mit Österreich und Italien verpflichtet sei, im Orient überall denselben Standpunkt einzunehmen, wie seine Verbündeten. Fürst Bismarck selbst hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Stellung Deutschlands zu den Vorgängen im Balkan eine andere sei, und daß für die deutsche Politik ein freundlicheres Verhältnis zu Rußland mehr Wert habe, als diese oder jene Entscheidung über Bulgarien. Was uns in erster Linie am Herzen liege, das sei der europäische Friede. Deutschland müsse jeden Schritt unterstützen, welcher diesen Frieden zu erhalten geeignet erschiene.

Wenn sich in der bulgarischen Frage auf der einen Seite Österreich-Ungarn, Italien, England, nach der andern Rußland, Deutschland und Frankreich gruppierten, so sonderte sich die deutsche Politik deswegen nicht von Österreich ab. Deutschland, das nicht wie Österreich-Ungarn ein naheliegend vitales Interesse an dem Schicksale der Balkanstaaten hat, trägt abweichenden Anschauungen der befreundeten Regierung um so mehr Rechnung, als sich beide Mächte in ihrem letzten Ziele: Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, eins wissen. Frankreich allein sprang aus rein selbstischem Beweggrunde dem russischen Protest gegen die bulgarische Wahl zur Seite, hoffend, sich dort allein zu finden und Arm in Arm mit dem ersehnten, vielumworbenen Verbündeten Europa in die Schranken zu rufen. Aber in demselben Augenblicke empfand es einen, vermutlich auch wohlberechneten Gegenstoß, indem es Deutschland an der Seite des Zaren vorfand. Die andere Gruppe, Österreich-Ungarn, Italien, England umfassend, ist bei der bulgarischen Frage zunächstbeteiligt. Von dieser Seite her wurde von Anfang an die Auffindung eines Modus gesucht, kraft dessen die illegale Thronerhebung des Prinzen Ferdinand in eine loyale übergeleitet werden

könnte. Am weitesten links in dieser Gruppe befindet sich Italien. Es bestreitet die Rechtswidrigkeit des Verfahrens der bulgarischen Regentschaft und der großen Sobranje, hat halbamtlich sogar zu verstehen gegeben, daß, wenngleich Ferdinands Wahl gegen den Berliner Vertrag verstoße, er doch berechtigt gewesen wäre, dem Rufe des bulgarischen Volkes Folge zu leisten, und daß ihm für seine Person kein Rechtsbruch vorgeworfen werden könne, da er den Bestimmungen des Berliner Vertrages fern stehe.

Deutschlands Politik ist in dieser Frage entschiedener Mißdeutung unterzogen worden. Wie eben bemerkt, ist der Reichsregierung die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens ohne jedwede Preisgebung oder willkürliche Deutung irgend eines Rechtes der oberste leitende Gesichtspunkt. Es ist nicht zu verkennen, daß Fürst Bismarck das einigermaßen verbreitete Mißvergnügen der deutschen Nation und ein gewisses Mißtrauen weiter Kreise in Österreich-Ungarn nicht gescheut hat. Es bedarf nur der Erinnerung an die Haltung gegenüber dem Fürsten Alexander von Bulgarien. Während die öffentliche Meinung in Deutschland nicht stark genug die russische Politik verurteilen konnte, wurde Fürst Alexander von der Presse der deutschen Reichskanzlei wie ein Hochverräter, wie eine Gefahr für die Sicherheit des Deutschen Reiches gebrandmarkt. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ sah in dem Entschlusse des Fürsten Alexander abzudanken, ein unübertroffenes Beispiel wahrer Hingebung für sein Volk und einen hochherzigen Akt zur Abwendung von Gefahren. In Berlin wurde darauf ebenso offiziös erwidert: Gerade durch die Abdikation ist Bulgarien für die russischen Einwirkungen jeder Art notwendig in verstärkter Weise geöffnet und nicht bloß für sein früheres Fürstentum, sondern auch für Europa eine erhebliche Erschwerung der Situation herbeigeführt worden. Wenn sich jetzt Europa in dem Gefühle der Unsicherheit zwischen Krieg und Frieden befindet, wen anders trifft die Schuld als den Fürsten Alexander? Sicherlich wäre eine solche Ungewißheit nicht vorhanden, wenn derselbe 1885 nicht an die Spitze der Revolution getreten wäre, sondern seinem Souverän, dem Sultan, die Treue gewahrt und seiner ihm von Europa übertragenen Aufgabe, die Bulgaren zu regieren, in Frieden nachgelebt hätte. Von der ganzen gegenwärtigen Krisis und den Besorgnissen vor Friedensstörungen wäre nicht die Rede

gewesen. Zuerst durch seine antirussische Haltung, dann durch die Philippopeler Erhebung, am allermeisten aber durch seine Abdikation hat Fürst Alexander die Lage Europas zu einer schweren gemacht. Das ganze russische Eingreifen, die Mission Kaulbars', die Sorge vor einem eventuellen russischen Einmarsch, die Spannung zwischen Rußland und England wären nicht vorhanden, wenn Fürst Alexander ruhig nach den Verträgen regiert und sich den russischen Ursprung seiner Berufung und seine russische Verwandtschaft immer so gegenwärtig gehalten hätte, wie er sie bei seiner Abreise aus dem Lande gegenwärtig hielt, als er besonders hervorhob, daß er seine Krone Rußland verdanke.

Im September 1886 kamen von England her Stimmen, die ihren Verdruß über die deutsche Politik ausdrückten. Der „Standard“ bemühte sich, den Nachweis zu führen, daß Bismarck sich in einem schweren Irrtum befinde, wenn er annehme, Deutschland sei in Bulgarien nicht interessiert. „Wer in Bulgarien herrschen soll“, sagte das englische Blatt, „würde eine Frage von geringer oder gar keiner Bedeutung sein, wäre sie nicht unauflöslich verflochten mit der Politik dreier Militärmächte, welche scheinbar durch gleiche Anschauungen mit einander verbunden, in Wirklichkeit aber tief und unversöhnlich von einander getrennt sind durch rivalisierende und sich widerstreitende Interessen.“ In Berlin sagte man, wenn der „Standard“ von einem Antagonismus der Interessen spreche, so habe er dabei, obwohl er von „drei militärischen Mächten“ spreche, jedenfalls die Interessen Österreichs und Rußlands im Auge. Diese Interessen ständen aber keineswegs in einem „unversöhnlichen“ Widerspruch. Der „Temps“ habe behauptet (September 1886), man sei in Gastein übereingekommen, die Türkei zwischen Österreich und Rußland zu teilen. Diese Nachricht wäre eine Eingebung französischer Phantasie. Aber wenn der betreffende „Temps“-Korrespondent auch schlecht unterrichtet sei, in seinem politischen Urteil wäre er seinem „Standard“-Kollegen jedenfalls insofern überlegen, als er an die Möglichkeit eines modus vivendi zwischen Österreich und Rußland glaubt. Die deutsche Politik habe nur das eine Ziel, diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, und die Lage der Dinge scheine dafür zu sprechen, daß ihre Bestrebungen keineswegs aussichtslos seien. Die Versicherung des „Standard“, daß keines Menschen Witz

dazu ausreiche, um ein Abkommen zu erfinden, bei dem Rußland und Österreich gleichmäßig ihre Rechnung finden könnten, klinge ja recht zuversichtlich; aber diese sehr positive Form scheine doch nur gewählt zu sein, um den Mangel an Argumenten zu verdecken.

„Es muß“, sagte der „Standard“ weiter, „ein Punkt kommen, bei dem die Nachgiebigkeit des Fürsten Bismarck gegen Rußland das Gegenteil von Freundschaft zu seinem Alliierten Österreich wird. Dieser Punkt scheint erreicht zu sein, wenn der Fürst das unvorsichtige Bekenntnis ablegt, oder vielmehr den unvorsichtigen Vorwand vorbringt, daß Deutschland kein Interesse in der Welt an Bulgarien habe.“ Zunächst irrte sich das englische Blatt, wenn es die Äußerung des Reichskanzlers für eine „unvorsichtige“ hielt, wenn es dieselbe als ein „Versehen“ hinstellte. Fürst Bismarck konnte unbedenklich seine Überzeugung von der Bedeutungslosigkeit Bulgariens für Deutschland aussprechen, weil er mit den befreundeten Kaisermächten cartes sur table spielte. Der „Standard“ gehört noch der alten Schule an, für die die ganze diplomatische Kunst in Finesserie bestand, und dieses Vorurteil fälschte seine Beurteilung des deutschen Staatsmannes. Dann aber war es wiederum völlig unrichtig, wenn der „Standard“ behauptete, daß man an dem Punkte angelangt sei, wo die Freundschaft mit Rußland und Österreich gleichzeitig nicht weiter aufrecht erhalten werden könne. In Berlin erwiderte man, ein solcher Punkt könnte vielleicht existieren, wenn die Voraussetzung von dem unversöhnlichen Antagonismus zwischen den Interessen der beiden Kaisermächte wahr wäre, aber diese Voraussetzung sei eben falsch, und damit falle die ganze Argumentation zusammen, die sich an dieselbe anschließt. Die russischen und österreichischen Interessen ließen sich sehr wohl vereinigen; die Politik Deutschlands sei darauf gerichtet, diese Vereinigung herzustellen, und jener kritische Punkt, von dem der „Standard“ sprach, existierte also vorläufig nur in der Phantasie des genannten Blattes.

„Der Kanzler kann Rußland nur gewinnen, indem er sich Österreich entfremdet, und kann Österreich nur als Bundesgenossen bewahren, indem er Rußland reizt“, sagte der „Standard“. Er war der Meinung, daß diese Notwendigkeit bei der Frage eines Nachfolgers für den Prinzen Alexander zu Tage treten müsse. „Wenn derselbe ein bloßes Werkzeug des Zaren wäre, würde die Freund-

schaft zwischen Österreich und Rußland schnell in offene Feindschaft umschlagen." Auch diese Behauptungen bezeichnete man in Berlin als völlig aus der Luft gegriffen. Der „Standard" wisse doch, daß der Fürst Alexander als ein „Werkzeug des Zaren" nach Bulgarien gekommen sei und zunächst unter russischem Einfluß regiert habe. Sei denn dieser Zustand für Österreich unerträglich gewesen? Habe damals eine offene Feindschaft zwischen den beiden Kaisermächten bestanden? Die Vergangenheit beweise, daß die Gebilde, welche sich die politische Phantasie des „Standard" konstruiere, mit der Wirklichkeit wenig harmonierten.

Die englischen Staatsmänner, versicherte endlich der „Standard" am Schlusse seines Artikels, haben Pflichten gegen England, und es wird Fürst Bismarck niemals gelingen, sie in die Falle zu locken, daß sie die Verteidigung der Balkanhalbinsel gegen Rußland allein in die Hand nehmen. England wird sich nicht einer Aufgabe unterziehen, die von Rechts wegen Deutschland obliegt. Darauf wurde dem „Standard" aus Berlin entgegnet: „Wir möchten dem englischen Blatte darauf antworten, daß Deutschlands Staatsmänner ebenso heilige Pflichten gegen ihr Vaterland haben, als die englischen gegen England, und daß sie sich ihrerseits nicht in die Falle locken lassen werden, die Balkanhalbinsel gegen Rußland verteidigen zu wollen. Die Nation, einige vaterlandslose Individuen ausgenommen, die deutsche Nation teilt die Überzeugung der Regierung, daß unsere nationalen Interessen durch die bulgarischen Ereignisse nicht tangiert werden, und daß unsere Politik, indem sie diesen Satz zur Richtschnur nimmt, sich auf dem richtigen Wege befinde. Uns liegt die Besorgnis fern, daß der Kanzler „sich", wie der „Standard" sagt, „zwischen zwei Stühle setzen werde"; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß er für seine Politik die sichere Grundlage von drei Stühlen gewählt hat."

Im September 1887 hatte man in Berlin die Genugthuung, das Verhältnis Deutschlands zu den Verbündeten in einem ungarischen Blatte — dem „Egyertétés" — so scharf gezeichnet zu finden, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Artikel reproduzierte. Ein Pester Blatt hatte ausgeführt, daß man in Österreich, trotzdem der Oktoberbund zwischen Deutschland und Österreich beide Teile nur dann zur Bündnishilfe verpflichtet habe, wenn einer der beiden

Verbündeten von zwei Seiten zugleich angegriffen werde, doch von diesem Bunde mehr erwartet habe. Wolle Deutschland aber Österreich nur dann unterstützen, wenn dessen Interessen zugleich die seinen seien, dann bedürfe es dazu keines Bündnisses. Beständen nicht etwa andere Motive, als die bisher bekannten, welche die Schwenkung der deutschen Politik veranlaßten, so müßte angenommen werden, daß die deutsche Politik in der Auslegung von Verträgen und Bundespflichten eine ganz neue Art einzubürgern gesonnen sei. Hierauf wurde von der oben bezeichneten Seite für dies Verhältnis der Mächte die folgende Formel aufgestellt: „Die seit vorigem November von beiden Seiten gemachten Äußerungen stellen es außer Zweifel, daß unser Bündnis durchaus nicht den Umfang hat, den man ihm so gern zuschreibt. Das Bündnis ist rein defensiver Natur; es enthält die Sicherung des Besitzstandes und nicht die Geltendmachung unserer Interessen im Auslande.

„Das Verhalten Deutschlands beweist seit einer Reihe von Jahren, daß dieses Bündnis bezüglich der in demselben nicht mit aufgenommenen Interessen den beiden Großmächten freie Hand läßt. Es kann jede der alliierten Mächte ihre eigenen Interessen selbständig oder im Bündnisse mit andern Mächten zur Geltung bringen. Es liegt aber auch allerdings in der Natur der Sache, daß keine der beiden verbündeten Mächte gegen die wesentlichen Interessen des andern wirken darf. Darüber dürfen wir uns nicht wundern, daß man in Wien die Interessen unserer Monarchie und in Berlin die Interessen Deutschlands für maßgebend betrachtet. Dieser Umstand kann sehr gut die beiden verbündeten Mächte manchmal zu verschiedenen Standpunkten führen.

„Das Ziel der deutschen Politik war und bleibt die Isolierung Frankreichs, um zu verhüten, daß diese Macht sich mit einer andern Macht, insbesondere mit Rußland, verbinden könne. Wenn Deutschland durch dieses Bestreben in der Frage der Mission Ernroth auf die Seite Rußlands geführt wurde, so sehen wir darin keine besondere Ursache zur Unruhe, denn es ist das schließlich nur eine vorübergehende Stellungnahme und kann in keinem Falle dahin führen, daß die Geltendmachung unserer wesentlichen Interessen von der Seite Deutschlands auf ernste Hindernisse stößt."

Der russische General Ernroth sollte als Statthalter nach Bul-

garien gehen, bei welcher Gelegenheit Bismarck seine Politik dahin definieren ließ: Deutschland hat an der bulgarischen Frage kein Interesse, es hat auch keine Veranlassung, selbständig durch Empfehlung von Maßregeln in den Lauf der bulgarischen Dinge einzugreifen. Die Reichsregierung weist diesen Beruf den zunächst interessierten Mächten zu. Gerade diese Zurückhaltung war es, welche alle Angriffe von der einen wie von der andern Seite, als werde die bulgarische Politik im geheimen vom Fürsten Bismarck geleitet, entkräftete und die Reichsregierung von jeder Verantwortung für die Entwickelung im Orient entlastete. Die Lage der Dinge im übrigen Europa war nicht von der Art, daß die Reichspolitik sich veranlaßt fühlen könnte, ihre Aufgaben zu vermehren und ihre Kräfte zu teilen.

In demselben Monat (September 1887) sprach die „Kölnische Zeitung" ihr Bedauern aus über „das Ausbleiben einer Kaiserzusammenkunft in Stettin und knüpfte hieran die Bemerkung, daß nur ein unzweideutiges russisches Entgegenkommen jenen dunkeln Schatten, der uns die Russenfreundlichkeit nach wie vor verleidet, zu beseitigen vermag." Die „Kölnische Zeitung" beharrte in diesen Worten bei der schon früher vertretenen Auffassung, als ob die deutsche Politik in der bulgarischen Frage durch das Bedürfnis eingegeben sei, zum Dank für dieselbe von Rußland irgend etwas zu erreichen. Sie vermißte bisher jedes „russische Eingehen auf die deutsche Liebenswürdigkeit", und fand, daß dadurch „ein fataler Schein auf dieselbe falle". Sie verlangte, wie gesagt, ein unzweideutiges russisches Entgegenkommen. Hierauf erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß Deutschland in Bulgarien, wie überall, eine lediglich durch seine eigenen Interessen vorgeschriebene Haltung einnehme und deshalb auch nicht in der Lage sei, von Rußland irgend welches „Entgegenkommen" zu verlangen. „Wir würden es bedauern", sagte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", „wenn Artikel eines so angesehenen Blattes, wie die „Kölnische Zeitung" ist, in Rußland die Meinung erweckten, als ob unsere, in der bulgarischen Frage auch für Rußland willkommene Haltung durch das Bestreben eingegeben wäre, dafür irgend welche russische Gefälligkeit, oder auch nur Höflichkeit zu erlangen. Es würde das nur die Neigung hervorrufen können, auf dieses entgegenkommende „Bestreben" weitere Wechsel zu ziehen. Das wird sich jeder sagen, der

die Menschen und Kabinette kennt, und die deutsche Presse sollte daher nicht dem Irrtum Vorschub leisten, als bedürften wir zu unserer Beruhigung eines russischen Certifikates über unser Wohlverhalten. Wenn irgend etwas geeignet wäre, unsere Gegner unter den Russen uns gegenüber anspruchsvoll zu machen, so ist es ein Notruf, wie ihn die „Kölnische Zeitung" nach der Kaiserzusammenkunft ausstößt. Die Linie, welche die deutsche Politik seit Jahren als die richtige erkannt hat, die Achtung vor den Verträgen und das Festhalten an der durch sie geschaffenen Verteilung von Macht und Einfluß, ist nach unserer Ansicht für Deutschland noch heute ebenso angezeigt, wie im Jahre 1878, und diese damals und noch heute den deutschen Interessenten entsprechende Linie zu verlassen, aus keinem andern Grunde, als weil sie nicht antirussisch ist, wäre eine Politik, welche Kabinette großer Mächte in diesem Jahrhundert nicht zu treiben pflegen, eine Politik der Stimmungen und Verstimmungen, wie sie Frankreich und Rußland zur Zeit des siebenjährigen Krieges gemacht haben, wie man sie aber dem Deutschen Reich seit seiner Herstellung bisher nicht nachsagen kann."

In Petersburg erntete Bismarck mit seiner Politik keinen Dank. Dort übten noch obenein die von einem französischen Gauner gefälschten Dokumente, welche dem Zaren bei seinem Aufenthalt in Kopenhagen in die Hände geschmuggelt wurden, ihre Wirkung aus. Es waren das angebliche Briefe des Prinzen Ferdinand an die Gräfin von Flandern, die den Beweis liefern sollten, daß Fürst Bismarck, wie er 1870 den Prinzen von Hohenzollern den Spaniern aufdrängte, um den Krieg mit Frankreich anzuzetteln, so den Bulgaren zum Koburger verholfen habe, um Rußland zum Kriege zu reizen. Der Zar wurde erst bei seinem Besuche in Berlin (November 1887) über die Fälschung aufgeklärt. Es war das ein Besuch, der, wie wir es schon bei einer andern Gelegenheit ausdrückten, von einem wahren Rattenkönig von Mißverständnissen begleitet war. Zuerst hieß es in Berlin: Er kommt nach Stettin! In der That wurden dort die Zimmer im russischen Stil eingerichtet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb trotzig: „Ein Höflichkeitsbesuch des Zaren in Stettin, wenn er stattfände, wäre an sich keine Gegenleistung, für welche eine Macht, wie Deutschland, sich bewogen fühlen könnte, ihre Politik anders als nach den Interessen

der Nation einzurichten. Ein solcher Besuch würde auf die europäische Politik nicht maßgebender einwirken, wie der in Danzig oder in Skierniewice oder der in Kremsier."

Der Zar kam nicht. Als infolge der Erkrankung seiner Kinder der Aufenthalt in Kopenhagen verlängert werden mußte, hieß es: Er wird seine Rückkehr über Deutschland ausführen und Berlin bei dieser Gelegenheit berühren. Die Zeitungen hatten vollauf zu thun, um in dieser stoffarmen Jahreszeit das Für und Wider zu erläutern. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", herausgefordert, doch auch ihre Ansicht zu äußern, antwortete unwirsch: „Wenn aus unserm Schweigen der Schluß gezogen wird, wir hätten irgend welchen Grund, die angenehme Nachricht für möglich oder wahrscheinlich zu halten, so nötigt uns diese Zumutung zu der ausdrücklichen Erklärung, daß wir diese Nachricht für eine müßige, wenn nicht böswillige Erfindung halten. Böswillig in der Voraussetzung, daß es ebenso wie bei der angeblich in Stettin beabsichtigten Monarchenzusammenkunft im antideutschen Interesse liegt, dergleichen Gerüchte zu erfinden und zu verbreiten, und wenn dieselben nicht in Erfüllung gehen, daraus politische Schlüsse zum Nachteil Deutschlands einzuleiten."

Also die Reise des Zaren über Deutschland schien ausgeschlossen, man sagte: „Kaiser Alexander werde über Schweden nach Rußland zurückkehren." Plötzlich kam wieder die Meldung, er habe seine Yacht „Dershawa" von Kopenhagen nach Kronstadt zurückgeschickt, er werde nun doch mit dem Kaiser Wilhelm I. in Deutschland zusammenkommen. Warnemünde wurde als Ort der Begegnung bezeichnet, der Zar kam aber doch nach Berlin; er hatte Kaiser Wilhelm nicht besuchen wollen, aber er konnte nicht anders, wenn er nicht zu auffallend demonstrieren wollte.

Bis zum Eintreffen des Zaren in Berlin lebte die Welt trotz der Unruhe, in welcher die bulgarische Angelegenheit die Gemüter erhielt, in großer Friedenszuversicht. Erst kurz vor jenem Besuch und dann vollends nach demselben bezog sich der politische Himmel mit finsterem Gewölk und der Ausbruch eines furchtbaren Sturmes schien jeden Augenblick erwartet werden zu müssen. Österreich stand anscheinend einem unmittelbaren Angriffsversuch des russischen Reiches

gegenüber; ein nicht geringer militärischer Apparat wurde in Bewegung gesetzt, um dieser Gefahr die Stirn zu bieten; unaufhörlich tönten die Kriegssignale der Berliner Offiziösen nach Wien und fanden dort ihr Echo in ernsten und bedeutsamen Entschlüssen an maßgebender Stelle. Da brachte der „Deutsche Reichsanzeiger" am Sylvesterabend die „gefälschten Aktenstücke" an das Licht und alsbald kam die tiefgesunkene Temperatur wieder ins Steigen. Eine Petersburger Stimme nach der andern erschien, die von Frieden und Versöhnung sprach, und fast könnte es scheinen, als ob der ganze Kriegslärm nur durch die vermeintliche, jetzt als Vorspiegelung erwiesene Hinterhaltigkeit des deutschen Reichskanzlers entstanden sei. Indessen so schnell heiterte sich der Himmel doch nicht auf. „Wenn Aktenstücke veröffentlicht werden, so ist die Lage höchst gespannt", hat einmal Fürst Bismarck gesagt. Am 4. Februar 1888 wurde der Vertrag über das Bündnis mit Österreich veröffentlicht. Ohne Zweifel erschienen den leitenden Staatsmännern die russischen Pläne so bedenklich, daß sie durch die Veröffentlichung des Vertrages eine ernste Warnung nach dem Newsky-Prospekt richten zu müssen glaubten. Zwei Tage später hielt Fürst Bismarck seine berühmte Rede im Reichstage, in welcher er zwar in klarer Form jede Werbung um Rußlands Freundschaft ablehnte, auch das Konto der Dankbarkeit für beglichen erklärte, aber zugleich die Trennung des Zaren von der „Druckerschwärze auf Papier" noch aufrecht erhalten zu können glaubte. Es kann weder die Aufgabe des Deutschen Reiches sein, die habsburgische Monarchie im Orient zu bevormunden, „welche Interessen Österreich in Bulgarien, in Konstantinopel hat, das hat Österreich allein zu entscheiden", ist vom Fürsten Bismarck wiederholt gesagt worden; noch kann es dem Deutschen Reiche zukommen, Rußland Ratschläge für die Lösung der gegenwärtigen Wirren zu geben und sich dem Mißtrauen der andern Regierungen auszusetzen. Am 6. Februar führte der Kanzler aus, wie wenig ihm solche Ratschläge gedankt wurden. Selbst wenn die deutsche Politik vertrauliche Andeutungen russischer Wünsche erfüllte, habe man in Rußland sofort nachzuweisen gesucht, „daß gerade diese Schritte der deutschen Politik die feindseligsten gegen Rußland gewesen wären." „Wir haben das auch auf dem Kongreß gethan, es wird uns aber nicht wieder passieren." Fürst Bismarck sagte bestimmt, Deutschland werde fernere

Schritte behufs Ausgleichung der Gegensätze nur auf ausdrückliche amtliche Aufforderung thun.

Es besteht, so sagte der Reichskanzler, in Bulgarien ein faktisches Verhältnis, welches, mit Waffengewalt rückgängig zu machen, wir keinen Beruf haben. Ihm gegenüber bestehen aber theoretisch immer noch die Rechte, welche Rußland aus dem Berliner Kongreß mit nach Hause gebracht hat. Versucht Rußland diese Rechte auf diplomatischem Wege, etwa indem es den Sultan als Oberherrn Bulgariens zum Einschreiten zu bewegen sucht, wieder zur Geltung zu bringen, so wird die deutsche Regierung für ihre Haltung hierzu lediglich die den russischen Ansprüchen günstige loyale Auslegung des Berliner Vertrags zur Richtschnur nehmen. Würde Rußland vollends den amtlichen Wunsch äußern, daß die deutsche Regierung die diplomatischen Schritte Rußlands diplomatisch unterstützen möge, so würde dieselbe diesem Wunsche willfahren.

Mit dem deutsch-österreichischen Bündnisvertrage stehen diese Erklärungen in vollem Einklange. Auch von Wien und Pest aus ist es oft ausgesprochen worden, daß ein Eingreifen des Sultans der korrekteste Weg zu Beilegung der bulgarischen Frage sein würde, und gegen diplomatische Schritte Rußlands hat man österreichisch-ungarischerseits überhaupt noch nie Protest erhoben, was eigentlich selbstverständlich ist.

Nun kommt aber der andere Fall in Frage, daß Rußland seine Rechte auf Bulgarien gewaltsam geltend machen wollte. Da die österreichisch-ungarische Reichsregierung amtlich erklärt hat, daß sie eine russische Besetzung Bulgariens als Kriegsfall betrachten müsse, so folgt schon ganz allgemein aus dem innigen Freundschaftsverhältnis zu Österreich-Ungarn, daß Deutschland ein gewaltsames Vorgehen Rußlands nicht unterstützen und nicht dazu raten wird. Der Reichskanzler erklärte aber im engsten Zusammenhange damit: „Ob sich an ein solches Vorgehen Rußlands Schwierigkeiten knüpfen werden, das weiß ich nicht, das geht uns auch nichts an.“ Es sei ganz unmöglich, so führte er weiterhin aus, daß Rußland es für geboten halten könnte, Bulgariens halber uns anzugreifen. Es würde, so ist naturgemäß zu ergänzen, Bulgarien zu besetzen suchen und dann wohl Österreich-Ungarns Angriff abwarten.

Nun besteht aber bekanntlich nicht nur ein Bündnis zwischen

Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern auch ein solches zwischen diesen beiden Mächten und Italien, wohl auch Rumänien; Italien hat der Reichskanzler ausdrücklich erwähnt und im übrigen noch von „anderen Regierungen" gesprochen. Italiens Verhältnis zu seinen Alliierten nun ist, wie aus des Reichskanzlers Rede deutlich hervorgeht, ein doppeltes. Deutschland gegenüber ist es offenbar nur in dem Falle eines Angriffs von französischer Seite gegen dasselbe verpflichtet, Österreich-Ungarn gegenüber dagegen als eine im Mittelländischen Meere, in der Levante zunächst beteiligte Macht. Da der Reichskanzler an der betreffenden Stelle von „nächstbeteiligten Mächten" spricht, so hat er wohl an England als Glied des maritimen Bundes gedacht. Diese Mächte, so sagte er, müssen, wenn eine orientalische Krise eintritt, also, wenn z. B. Österreich-Ungarn und Rußland auf der Balkanhalbinsel sich mit den Waffen gegenübertreten, „zuerst ihre Entschließungen treffen und wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Bevor wir Stellung nehmen, werden wir die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu nehmen." Vielleicht war die Stelle, wo man diese Andeutung am besten verstehen wird, in London zu suchen. Deutschlands späteres Eingreifen oder Nichteingreifen dürfte sich lediglich aus dem thatsächlichen Weiterverlauf des Konfliktes ergeben, aus dem einfachen Satze, daß im Interesse Deutschlands Österreich-Ungarn als Großmacht nicht geschwächt, nicht zur Ausübung seiner Mission als solche untüchtig gemacht werden darf. Damit ergäbe sich für Deutschland der Moment der Einmischung je nach den Umständen.

Wie dies aus der Rede des Reichskanzlers ganz richtig u. a. von der „Nationalzeitung" gefolgert wurde, so wurde es auch von der offiziösen Presse Österreichs, z. B. vom „Wiener Fremdenblatt", auch als die Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung bezeichnet. Wir haben die große Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888 in ihrem Hauptteile bereits bei verschiedenen Gelegenheiten vorweg genommen, da sie in ihrer Rückschau auf die vergangenen vierzig Jahre alle die Gegenstände streifte und erörterte, die uns in den vorangegangenen Kapiteln beschäftigt haben, namentlich auch die Gründung und die Bedeutung der mitteleuropäischen Friedensliga.

Der Übergang des deutschen Reichszepters auf Kaiser Friedrich III. machte in der Presse der beiden Großmächte, welche sich

um die Balkanhalbinsel streiten, gewisse Hoffnungen auf eine Schwenkung der deutschen Orientpolitik rege. Man glaubte in St. Petersburg auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem neuen Monarchen und dem Reichskanzler rechnen zu dürfen, der nach einer in Rußland viel verbreiteten Auffassung ein Haupthindernis für die Lösung der bulgarischen Frage war. In Wien und in Pest zog man anderseits in Betracht, daß der verstorbene Einiger Deutschlands in den Jahren jugendlicher Empfänglichkeit die preußisch-russische Waffenbrüderschaft der Befreiungskriege geschaut hatte, dann eine lange Zeit durchlebte, wo Ordnung und Frieden von Europa auf dem Einverständnisse der drei Ostmächte beruhten, und als er endlich an die Lösung seiner gewaltigen Lebensaufgabe herantrat, an dem kaiserlichen Neffen auf dem Zarenthrone eine unschätzbare Stütze fand. Aus diesen Umständen erklärte man sich an der Donau, daß Fürst Bismarck, der auf die Gefühle seines verstorbenen Herrn Rücksicht nehmen mußte, die russischen Ansprüche auf Bulgarien stets so entgegenkommend unterstützte, und freute sich, so sehr man sonst um den greisen Verbündeten trauerte, daß diese Rücksichten künftig wegfallen würden. In Berlin erklärte er alle Hoffnungen, die man in Österreich und in Ungarn und in Rußland auf einen Umschwung der deutschen Politik in der bulgarischen Frage setzen zu dürfen glaube, für chimärisch, da diese Politik Deutschland nicht durch vorübergehende Rücksichten, sondern durch das nationale Bedürfnis diktiert werde.

Seit Friedrich dem Großen, wurde weiter bemerkt, sei es ein fundamentaler Satz für jeden preußischen Staatsmann gewesen, mit Rußland, so lange es geht, in Frieden zu leben. Ein Gegensatz der Interessen zwischen beiden Staaten existiere nicht. Die Deutschenverfolgungen innerhalb der russischen Grenzen würden in Deutschland tief und bitter empfunden, aber man könne für russische Unterthanen deutscher Zunge ebenso wenig eintreten, wie man die Sachsen in Siebenbürgen von der magyarischen Feindschaft befreien, oder an den Streitigkeiten zwischen Tschechen und Deutsch-Böhmen teilnehmen könne. Der deutsche Staat müßte sich begnügen, wenn er die Interessen seiner Angehörigen vollauf wahre, ohne sich in die inneren Verhältnisse fremder Reiche einzumischen. Auch die feindselige Handelspolitik, welche das Zarenreich Deutschland gegenüber befolge, würde dieses niemals verführen, die Schläge, welche Rußland mit kom-

merziellen Waffen gegen Deutschland führt, mit diplomatischen Waffen zu parieren. Man würde auf diese Weise keine Herabsetzung des russischen Zolltarifs erreichen, sondern nur den Eintritt einer großen internationalen Krisis herbeiführen, oder die gegenwärtige prekäre Situation Europas, unter welcher der deutsche Handel leide, verlängern. Jeder deutsche Staatsmann müsse es als seine Aufgabe betrachten, Rußland so weit entgegenzukommen, wie es Deutschlands Würde und seine Interessen gestatten. Denn selbst, wenn man an der Newa die Allianz mit Frankreich unzweideutiger als bisher zurückwiese, würden die Staatsmänner der Republik an der Unterstützung des Zaren nicht eher verzweifeln, als bis zwischen Berlin und Petersburg wieder rückhaltloses Vertrauen eingekehrt ist. Wenn die Franzosen von dem Rachekriege gegen Deutschland reden, setzen sie immer voraus, daß sie denselben Hand in Hand mit Rußland ausfechten können; allein den Handschuh gegen uns und die Italiener aufzunehmen, zeigen sie wenig Lust. Anderseits aber würde früher oder später die Aussicht auf eine definitive Sicherung der russischen Suprematie über Bulgarien, wodurch das Zarenreich in die Reihe der Mittelmeermächte einrückte, die französischen Politiker von ihrem einseitigen Streben nach dem Rhein zurückbringen. Wenn man in Paris die Hoffnung auf eine Allianz mit der nordischen Großmacht in Nebel sich auflösen sähe, erinnere sich die Republik vielleicht wieder daran, daß sie, als die Besitzerin von Marseille, noch dieselben mediterraneischen Interessen hat, wie im Jahre 1884 unter dem Ministerium Ferry.

„Man hat in Österreich Deutschland von seiner entgegenkommenden Haltung gegenüber Rußland abzubringen versucht, indem man ausführte, Rußland sei bereits so groß, daß seine fernere Vergrößerung durch seine Suprematie über Bulgarien das europäische Gleichgewicht bedrohe. Es ist nicht unsre Sache, uns darüber auszusprechen, ob durch eine Wiederherstellung des russischen Einflusses in Sofia das Gleichgewicht zwischen Rußland und Österreich bedroht werden würde. Wir stehen unter dem Eindruck der Thatsache, daß Rußland Bulgarien jahrelang in Händen gehabt hat, indem es den Oberbefehlshaber und die Offiziere des bulgarischen Heeres ernannte, ohne daß sich die habsburgische Monarchie dadurch bedroht gefühlt hätte. Wir glauben auch, daß Österreich, wenn es die Wiederkehr des alten

Zustandes unter neuen Formen nicht dulden will, heute anderswo ebenso gut Kompensationen finden wird, wie es sich 1878 für die Unterordnung Bulgariens unter Rußland durch Bosnien bezahlt gemacht hat. Übrigens sehen wir diese Frage als eine spezifisch österreichische an, müssen uns aber gegen die Aufforderung verwahren, uns durch ein Anwachsen des russischen Kolosses bedroht zu fühlen. Das Zarenreich wächst nun schon unablässig seit zweihundert Jahren und jedesmal, wenn es einen Schritt weiter nach Süden macht, erhebt sich der Ruf, Rußland werde zu übermächtig und bedrohe die europäische Freiheit. Es wird schwer sein, nachzuweisen, daß die Suprematie über die Bulgaren unter Alexander III. Rußland mehr verstärkte, als die Unterwerfung der Krim, welche es ohne Schaden für das europäische Gleichgewicht nunmehr hundert Jahre besitzt. Die Geschichte lehrt von den Perserkriegen bis zu dem siebenjährigen Kriege und dem Kriege um die deutsche Bundesreform auf jedem Blatte, daß es nicht immer die zahlreichsten Völker sind, welche die entscheidenden Siege erfechten. Wenn man die Vergangenheit der deutschen und der russischen Nation bis in die Zeiten Peters des Großen zurück verfolgt, wird man finden, daß die Entwickelung der deutschen Macht mit der russischen, trotz der kolossalen Eroberungen der Zaren — die oft mehr Kraft absorbieren, als solche geben — mindestens gleichen Schritt gehalten hat.

Ebensowenig, wie man in Wien und in Pest anzunehmen Grund hat, daß wir uns unter der neuen Regierung der russischen Politik in Bulgarien entgegenstellen werden, darf man in Petersburg heute auf eine größere Willfährigkeit Deutschlands rechnen. Fürst Bismarck hat deutlich genug erklärt, daß er Rußland zwar freie Hand lassen, aber, durch erlittenen Undank belehrt, keine anderen Dienste leisten will, als die Anerkennung der vertragsmäßigen Forderungen des Zarenreiches. Die Russen haben zwei Mittel in der Hand, uns aufzubringen: Den Angriff auf Österreich und die Belebung des Revanchegedankens in Frankreich. Wenn sie auch von dem Kriege gegen unsern Bundesgenossen im eigenen, wohlverstandenen Interesse absehen, schüren sie das Feuer in Frankreich um so standhafter. Unter diesen Umständen werden unsere Beziehungen zu dem Kabinett von St. Petersburg fortfahren, korrekt zu sein, intim dürften sie vorläufig kaum werden.

Deutschland hat im Orient nichts zu gewinnen. Dasselbe träumte davon, die Balkanhalbinsel durch die germanische Rasse zu kolonisieren und so die soziale Frage zu mildern. Wir haben andere Mittel gefunden, die soziale Frage zu mildern und damit das Reich mehr zu kräftigen, als es durch Eroberungen gekräftigt werden könnte. Zur Zeit des Berliner Vertrages wollten eifrige Deutsche Kleinasien oder wenigstens die Insel Kandia annektieren. Solche Phantasien sind heute glücklicherweise verflogen. Für uns ist die orientalische Frage nichts als ein Instrument, um unsere Interessen in Europa und über der See vor eroberungslustigen Nachbarn und mißgünstigen Freunden sicher zu stellen. Wir bedienen uns dieses Instrumentes am besten, indem wir, soweit wir ein Recht haben mitzusprechen, jedem das gewähren, was er auf Grund seiner Rechte und seiner Verdienste erlangen kann. Von einer Parteinahme für Rußland, aber auch von einer Parteinahme für Österreich kann nicht die Rede sein."

Diese Worte der „Nationalzeitung" (vom 22. März 1888) trafen unstreitig genau den Sinn der Bismarckschen Politik — durchaus abweichend von dem in jener Zeit besonders regen Antirussentum militärischer Kreise in Berlin, dem zwei Jahre später der Verfasser des „videant consules" einen so kräftigen Ausdruck gegeben hat.

In Italien hatte im Juli 1885 Depretis zum siebenten Male die Bildung eines neuen Ministeriums — nach Mancinis Entlassung — übernommen. Graf Robilant, welcher seit 1871 den Gesandtschaftsposten in Wien bekleidete, für einen tüchtigen Diplomaten galt und an dem Bündnis Italiens mit den Kaisermächten festhielt, wurde zum Minister des Auswärtigen ernannt und trat am 13. Oktober sein Amt an. Die Erklärungen, die derselbe im November 1886 gab und die er durch seine Depeschen belegen konnte, zeigten ihn in jedem Abschnitt der bulgarischen Angelegenheit als fest auf dem Boden des Vertragsrechtes fußend, ohne sich zu einer starren Rechthaberei hinreißen zu lassen. In einer Note an den italienischen Gesandten in London entwickelte der Minister seine allgemeinen Ideen über die bulgarische Frage.

„Man darf sich nicht verschweigen," sagte der Minister, „daß die in Berlin vereinten Mächte einerseits allerdings glaubten, die

Folgen der russischen Siege bedeutend einschränken zu müssen, daß sie aber anderseits nicht beabsichtigten, in Bulgarien einen besonderen Einfluß Rußlands auszuschließen, da das Fürstentum jenen Siegen seine politische Existenz verdankt. Der edle und leicht erklärliche Ehrgeiz des tapferen Fürsten Alexander jedoch, der das ihm anvertraute Volk von jeder fremden Einmischung befreien wollte, änderte diese Lage der Dinge und brachte ihre Existenz beinahe in Vergessenheit. Rußland, das in seinem Stolz verletzt ist, zeigt, daß es sich mit der Wiederherstellung des Zustandes, der dem Kongreß von Berlin folgte, nicht mehr zufrieden geben will. Durch die Aktion des Generals Kaulbars giebt Rußland zu verstehen, daß es nicht nur die Schutzhoheit über Bulgarien beansprucht, sondern ein effektives Protektorat; dies aber würde in direktem Widerspruche mit dem Berliner Vertrage stehen. Dies nun ruft in einigen Ländern eine Reaktion hervor, und dort scheint die öffentliche Meinung zu verlangen, daß die russische Regierung sich in Bezug auf die Angelegenheiten Bulgariens dermaßen einschränken müsse, als wenn es sich um ein Land handelte, das seiner Interessensphäre fern läge. Zwischen diesen zwei Extremen kann man aber wohl einen Mittelweg finden, der die Möglichkeit gewährt, aus der gegenwärtigen akuten Krisis herauszukommen. So würde man der natürlichen Entwickelung der Ereignisse Zeit lassen, und die Dinge könnten zu einer solchen Reife gelangen, daß den Balkanvölkern nicht nur die Unabhängigkeit, die sie besitzen, sondern auch die Autonomie, die sie erstreben, gesichert würde."

Wenn jetzt Graf Robilant im italienischen Parlament bemerkte, daß er das Einvernehmen mit Deutschland und Österreich weiter zu pflegen gedenke, so durfte man annehmen, daß er seine Auffassung der bulgarischen Frage in dem Zusammengehen mit den Zentralmächten am besten gewahrt sah. Der Mittelweg, der Graf Robilant vorschwebte, sollte Rußlands besonderen Einfluß in Bulgarien achten — und das Rußland allseitig auch von Italien zugebilligte Recht, den neuen Fürsten zu ernennen, nachdem es auf so anstößige Weise den von Europa eingesetzten Fürsten gestürzt hatte, trug wohl der besonderen Stellung Rußlands in reichem Maße Rechnung. Die Umwandlung Bulgariens zu einer russischen Satrapie dagegen verstößt direkt gegen die Interessen Italiens. Daß dieses nicht auf der

Seite eines Bündnisses zu finden wäre, welches Rußland zur Durchfechtung solcher Absichten schließen möchte, darüber ließ Graf Robilant nicht den mindesten Zweifel. Wenn die Ereignisse dies verlangen, sagte der Minister, werde er die traditionelle Freundschaft mit England noch weiter entwickeln. Niemand kann nach diesen Worten zweifeln, wo Italien im Falle eines Konfliktes seine Stellung sucht. Seit langer Zeit zum erstenmal klangen klare, unzweideutige Worte über die auswärtige Politik von der italienischen Ministerbank. Sie fanden ein großes und nachhaltiges Echo und festigten die Stellung Italiens wie den Ruf des Ministers, der sie mit männlicher Entschiedenheit aussprach.

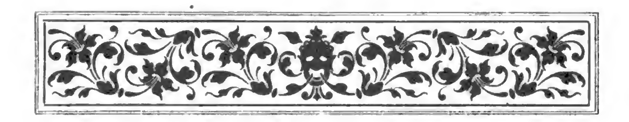
Im Januar des Jahres 1883 war Italien dem deutsch-österreichischen Zwei-Kaiser-Bündnis beigetreten; diese Allianz wurde am 13. März 1887 erneuert. Darüber äußerte sich ein früherer Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs dahin, es sei dies das ernsteste und verdrießlichste Ereignis für Frankreich, welches während der letzten 16 Jahre stattgefunden habe. Dem italienischen Minister des Auswärtigen, Grafen Robilant, überreichte als Anerkennung seiner Bemühungen um die Erneuerung dieses Bündnisses der deutsche Botschafter in Rom, Herr von Keudell, am 22. März die Abzeichen des ihm vom Deutschen Kaiser verliehenen Schwarzen Adlerordens. Rußland und Frankreich hatten die Erneuerung des Vertrages zu verhindern gesucht; jenes bot Italien zu Anfang des Jahres Triest, dieses das Trentino an, wenn es eine Tripelallianz mit ihnen schließe; aber Italien widerstand in seinem wohlerwogenen Interesse dieser Versuchung. Am 1. Oktober desselben Jahres traf Crispi, der Nachfolger Robilants, in Friedrichsruh ein. Daß er mehrere Sekretäre mitbrachte, und daß der italienische Botschafter in Berlin, Graf Launay, am 2. Oktober gleichfalls nach Friedrichsruh kam, deutete auf feste und wichtige Abmachungen hin, über deren Inhalt natürlich nichts Näheres veröffentlicht wurde. Kalnoky sagte einige Wochen später im ungarischen Ausschusse: Er glaube, daß Österreich-Ungarn und Deutschland mit der seit Jahren befolgten Friedenspolitik eine segensreiche Propaganda gemacht haben und daß der Anschluß Italiens, der ja nicht erst seit diesem Jahre bestehe, sondern jetzt nur stärker zum Ausdruck gekommen sei, sowie die gleichartigen Ziele, welche die englische Regierung mit den verbündeten

Mächten teile, zu den erfreulichsten Faktoren der jetzigen Lage zu rechnen seien; die Beziehungen zu Rußland bezeichnete er als freundschaftliche.

In Turin sprach sich Crispi in der berühmten Programmrede, welche er am 25. Oktober hielt, über internationale Verhältnisse folgendermaßen aus: „Der Friede ist unser höchstes Bestreben. Wir sind Freunde aller Mächte und wünschen gute Beziehungen zu allen. Verbündete sind wir aber den Zentralmächten des Festlandes, zur See Freunde Englands. So wissen wir uns keinen Vorwurf zu machen, warum die andern Mächte sich von uns bedroht fühlen sollten. Meine jüngste Reise nach Deutschland beunruhigte die öffentliche Meinung Frankreichs. Glücklicherweise blieb die dortige Regierung unerschüttert in ihrem Vertrauen; denn sie kennt die Loyalität meiner Absichten und weiß, daß ich nichts im Schilde führe gegen ein Nachbarvolk, dem Italien stammverwandt ist und verbunden durch die Überlieferungen der Gesittung. Zwei Jahre (1856—1858) lebte ich in Frankreich. Ich unterhielt intime Beziehungen zu den Söhnen jener hochherzigen Nation. Sie wissen, wie ich ihr Land liebe, und daß ich es nie herausfordern, nie angreifen werde. Einen Krieg zwischen den beiden Völkern kann niemand von uns wünschen. Der Sieg oder die Niederlage wären gleich unheilvoll für die Freiheit beider Völker und verderblich für das Gleichgewicht Europas. Davon überzeugt arbeiten wir mit Anstrengung an der Aufrechterhaltung des Friedens. Unser Bündnissystem dient demnach der Vorbeugung, nicht dem Angriff, der Ordnung, nicht der Störung. Wir stehen aber nicht als die Einzigen da, die den Fortschritt im Erhalten, die thätige Arbeit im Frieden suchen. Die Geschichte unserer Zeit ist von einem Namen beherrscht. Es ist ein Staatsmann, den ich seit langer Zeit bewundere. Seit lange verknüpfen mich mit ihm persönliche Bande. Es ist ein Mann, dessen Regierungsprogramm sich auszeichnet durch eine Zusammenordnung der verschiedenen Teile, die einen einzigen Zweck verfolgen. Dieser Zweck, der scheinbar ein zweifacher, ist im Grunde einer: der Frieden und die Größe des Landes. Dieser Mann hat seit dreißig Jahren gearbeitet, zuerst um jenen Zweck zu erreichen, dann, nachdem er ihn erreicht, um ihn zu erhalten. Dieser Mann wußte, was er wollte, und er wollte mit Kraft. Ihr Alle habt ihn ge-

kannt. Alle kennen in ihm den großen Patrioten. Ich füge hinzu, daß er ein alter Freund Italiens ist, Freund seit der ersten Stunde, unser Freund schon gewesen ist in den Tagen unseres Elends, unserer Knechtschaft; denn 1857 war er ins Geheimnis dessen gezogen, was die Cavoursche Politik inmitten so vieler Schwierigkeiten der Reife entgegenführte. Bismarck schwieg jedoch und hieß diejenigen schweigen, denen die Versuchung nahe lag zu reden, wohl wissend, wie viel Opposition ein unzeitgemäßes Reden erwecken könnte, und wie sehr es seinem eigenen Vaterlande frommte, daß sich die Schicksale Italiens erfüllen; denn die deutsche Einheit bereitete sich gleichzeitig mit der italienischen vor. Ich will mich nicht verbreiten über die jüngsten Unterredungen, die ich mit ihm hatte. Ich will nur sagen, daß die zwischen uns bereits befundene Übereinstimmung der Gedanken und Gefühle fortbestanden hat bei entgegengesetztesten Schicksalen und neuerdings bekräftigt wurde, seitdem mir die Politik Italiens anvertraut ist. Man sagte, wir hätten in Friedrichsruh uns verschworen. Sage man es immerhin! Mir, dem alten Verschwörer macht das Wort „sich verschwören“ keine Furcht. Ja, wir haben eine Verschwörung gemacht, eine Verschwörung für den Frieden, und an unserer Verschwörung mögen darum alle teilnehmen, die dieses höchste Gut lieben. Von den denkwürdigen Worten, die ich in Friedrichsruh zu hören bekam, gestattet mir die Diskretion nur an eines zu erinnern, das im Augenblick des Abschiedes von Bismarck gesprochen wurde. Es enthält in kurzer Formel den Gedanken unserer Zusammenkunft und lautete: Wir haben Europa einen Dienst erwiesen. Im Namen meines Landes erinnere ich mich mit Stolz daran; denn nie waren wir in einer so vollständigen und herzlichen Verbindung, wie in der Italiens mit dem gegenwärtigen Verbündeten, welche die Würde und die Interessen Italiens so verbürgt.“





VIII.

Der Bund nach Bismarcks Rücktritt.

Als Kaiser Wilhelm II. im Sommer 1888 die Reihe seiner Antrittsvisiten mit Peterhof begann, zeigte sich in Österreich-Ungarn und Italien einiges Mißtrauen; man fürchtete Abmachungen zum Nachteile der Alliierten Deutschlands, obwohl Kaiser Wilhelm in seiner ersten Thronrede feierlich erklärt hatte, mit deutscher Treue zu seinen Verbündeten halten zu wollen, und gerade durch diese in den Stand gesetzt zu sein, den friedlichen Absichten Deutschlands bei dem ihm persönlich befreundeten Zaren Vorschub leisten zu können. Man vergaß den Ausspruch des Fürsten Bismarck in seiner berühmten Rede vom 6. Februar selben Jahres, daß auf dem Berliner Kongresse Rußland von allen Seiten die Berechtigung eines hervorragenden Einflusses in Bulgarien zugestanden worden sei, und daß, wenn es dieser auf friedlichem Wege erstrebe, der diplomatischen Vermittelung Deutschlands es sich versichert halten könnte. Allerdings fehlte es nicht an russischen Stimmen, die das Mißtrauen nährten, indem sie die Auflösung des dem Zaren anstößigen Dreibundes zu gunsten eines Zwei-Kaiser-Bündnisses in Aussicht stellten, obgleich es auf der Hand liegt, daß Rußland den Interessen Deutschlands niemals so förderlich zu sein vermag, wie der Anschluß desselben an Österreich-Ungarn und Italien, ja, daß Rußlands Sonderinteressen es schlechterdings unmöglich erscheinen lassen, Deutschland seine Verbündeten zu ersetzen. Freilich, in den leitenden Kreisen zu Wien, Pest und Rom herrschte keinerlei Mißtrauen, war doch unseres Kaisers Reise nicht ohne Vorbesprechungen mit den alliierten

Kabinetten angetreten worden. Was der deutsche Kaiser mit dem Zaren abgemacht, wurde in den Zeitungen in um so größerer Breite und mit um so heftigerm Widerstreit der auseinander gehenden Meinungen erörtert, als jeder sichere Anhalt fehlte und den Konjekturen ein ungemessenes Feld sich bot. In Berlin sagte man, wer nicht überschwenglichen Erwartungen nach dieser Richtung sich hingegeben, dem könnte es auch keine Enttäuschung bereiten, daß die Frage, ob durch die Zusammenkunft unseres kaiserlichen Herrn mit dem Zaren die seit Jahr und Tag herrschende Spannung vollkommen werde beseitigt werden können, ob es gestattet sei, auf den Anbruch einer Friedensära zu hoffen, wie sie Europa nach den Befreiungskriegen während einiger Dezennien beschieden war, von den einen als eine offene behandelt, von den anderen aber geradezu verneint wird. Eine dauernde Klärung der europäischen Lage könnte — von dem Verhältnisse Frankreichs zu Deutschland einmal abgesehen — nur durch eine den Interessen aller beteiligten Mächte für absehbare Zeit Genüge gewährende Regelung der orientalischen und speziell der bulgarischen Frage herbeigeführt werden. Hierzu die Initiative zu ergreifen, für andere die Kastanien aus der glühenden Asche zu holen, ist aber die deutsche Politik nicht berufen. An sich ist Bulgarien für uns „Hekuba", wie Fürst Bismarck in seiner drastischen Weise einst erklärte; eine mittelbare politische Bedeutung erhält es für uns nur dadurch, daß auf der Balkanhalbinsel neben den Interessen Rußlands auch vitale Interessen Österreich-Ungarns, unseres nahen Freundes und Verbündeten, auf dem Spiele stehen. In betreff der orientalischen, beziehungsweise bulgarischen Angelegenheiten werden also Rußland und Österreich stets das erste und das entscheidende Wort zu sprechen haben. Will die deutsche Politik auf diesem Gebiete dem Frieden dienen, so kann sie dies nur in der Rolle des Vermittlers thun. Sie kann Verständigungen anbahnen und Mißverständnisse hinzuhalten suchen, mit eigenen positiven und detaillierten Lösungsvorschlägen aber wird sie schwerlich hervortreten.

Zwei Jahre später, als Bismarck schon zurückgetreten war, wurde von streng konservativer, der friedlichen Politik des entlassenen Staatsmannes abgeneigter Seite dem Kaiser Wilhelm II. ein Programm der auswärtigen Politik zugeschrieben, nach welchem ein Hauptzug derselben der Bruch mit der Bismarckschen Politik in Bezug

auf Rußland sein sollte. Schon die erste Reise, welche Kaiser Wilhelm an den Hof des Zaren führte, sei für die weitere Entwickelung seiner politischen Anschauungen entscheidend gewesen. Dem Kaiser entging es nicht, „daß die eisige Höflichkeit, mit der er vom Zaren empfangen wurde, wohl berechnet war, und daß die gesamte Pracht und der militärische Glanz, welcher vor den Augen des deutschen Kaisers entfaltet wurde, einzig und allein den Zweck hatte, die Macht des russischen Herrschers zu zeigen." Kaiser Wilhelm fühlte die von ihm in so aufrichtiger Weise entgegengestreckte Freundeshand nur „kalt berührt" und er erkannte, daß an der Newa nicht eine „Freundschaft zwischen Gleichberechtigten, sondern eine Unterordnung" gewünscht wurde. Und wenn erst jetzt wieder Fürst Bismarck in Friedrichsruh offen dargelegt habe, in welcher Weise die bis zur Selbstverleugnung getriebene Rücksichtnahme der deutschen Politik auf die Wünsche Rußlands von diesem belohnt wurde, so müsse man wahrlich den mannhaften Entschluß unseres Kaisers, mit diesem System, das ein bismarckfreundliches Organ, die „Kölnische Zeitung", in einem unbewachten Augenblick einmal mit der Bezeichnung des „Wettkriechens vor Rußland" belegte, endgültig zu brechen, als den Beginn einer neuen Ära bezeichnen.

Diesen Expektorationen folgte sehr bald die zweite Reise des Kaisers nach Petersburg. Was sollte der wiederholte Besuch, nachdem der Kaiser zwei Jahre zuvor an der Newa erkannt hatte, daß dort nicht eine Freundschaft zwischen Gleichberechtigten, sondern Unterordnung gewünscht wurde? Die „Neue Preußische Zeitung" wußte sich zu helfen. Drei Monate nach der Aufstellung jenes angeblichen kaiserlichen Programms sagte sie: „Es geht ein Zug der Friedenssehnsucht durch die Welt, der sich um so mehr geltend macht, als die europäische Lage für die Zukunft schwere Verwickelungen befürchten läßt. Diese von Tag zu Tag hinauszuschieben, wird zunächst das Bestreben der Friedensfreunde sein müssen." Das Herz Rußlands scheine sich freilich nicht mehr zur Liebe zwingen zu lassen. Die Reise des Kaisers hatte darnach eigentlich gar keinen Zweck, der Krieg mit Rußland wurde nur etwas aufgeschoben.

In bemerkenswertem Gegensatze zu den ganz und halb offiziösen Auslassungen über die zweite Kaiserbegegnung in Rußland stand die Erörterung der von dem freikonservativen Professor Dr. H. Del-

brück herausgegebenen „Preußischen Jahrbücher". Dort wurde gesagt, auf einer bisher nicht widersprochenen Mitteilung beruhe das Gerücht, Fürst Bismarck, damals noch Kanzler, hätte bei der Anwesenheit des Zaren in Berlin im Oktober 1889 seinen Kaiser veranlaßt, diesen Besuch dem Zaren anzubieten. Nach einer anderen Version habe Fürst Bismarck den Zaren zur Einladung des deutschen Kaisers veranlaßt. Nach früheren Erwähnungen russischer Zeitungen verhalte sich die Sache auf die erste Art. Wie es nun auch zu diesem Besuch gekommen sei, er bleibe ein höchst unerfreuliches Ereignis. Der russische Hof habe seinen Gast mit einer ununterbrochenen Reihenfolge zweckloser Paraden und Bravourstücke gefüttert. Ein ernsthaftes Manöver war es nicht, und um der Außenwelt, die jenen Paraden nicht beigewohnt, gar keinen Zweifel zu lassen, ordnete die russische Kriegsverwaltung unmittelbar hinter jenen Schaustellungen in einem südlicheren Teil der russischen Westgrenze höchst ernsthafte und höchst großartige Manöver an. Bei diesen Manövern in der Nähe von Kiew sollten die Oberbefehlshaber der beiden zur Offensive gegen den Westen bestimmten Armeen, nämlich der General Gurko und der General Dragomirow, nach nicht vorausbestimmten Plänen gegen einander operieren. Dabei aber wurde, so verkündeten triumphierend russische Zeitungen, kein fremdes Auge zugelassen, höchstens das „unseres französischen Freundes". „Diese Ausschließung der fremden Augen, mit Ausnahme der besten Freunde", sagte Herr Delbrück, „verdenken wir den Russen gar nicht. Wollte Gott, wir Deutschen hätten diesen gesunden und würdevollen Grundsatz längst befolgt, anstatt unserere Manöverkünste alljährlich vor Massen fremder Offiziere aufzuführen und nach und nach allen fremden Armeen beizubringen. Aber daß die Russen unmittelbar nach der Anwesenheit des deutschen Kaisers an der deutschen und österreichischen Grenze ihre ernsthaften Manöver veranstalten, während sie den kaiserlichen Gast mit leeren Schaustücken abspeisen, denselben Monarchen, der ihnen, wie sein Vorgänger, jahraus, jahrein den Anblick der deutschen Manöver vergönnt, das ist doch ein starkes Stück."

Diese Erörterung entsprach der Stimmung weiter Kreise. Die Begegnung der Herrscher, sagte man, hätte nichts weniger als angenehme Gefühle erweckt, und wenn die offiziösen Beschwichtigungshofräte versicherten, es sei alles vortrefflich gewesen, so wäre es

bedauerlich, daß sie mit dieser Auffassung allein ständen. Die unabhängigen Blätter könnten über einzelne Thatsachen irrig unterrichtet sein, die Grundstimmung sei allenthalben gleich, und zwar gleich unfreundlich. Vielleicht herrsche heute auch an leitenden Stellen die Überzeugung, es wäre besser gewesen, dem Zaren nicht ein Übermaß von Ehre zu erweisen, und einen Besuch zu wiederholen in kürzerer Frist nach der letzten Begegnung, als der Selbstherrscher aller Reußen sich zur Erwiderung der ersten Höflichkeit gestattet hätte. Nicht den Herrscher, der in bester Absicht seine Schritte nach Norden gewandt hätte, treffe der Vorwurf. Professor Delbrück habe verraten, daß der Urheber der letzten Kaiserreise kein anderer als Fürst Bismarck gewesen sei. Er sei es noch gewesen, der die Ansage des Besuches bewirkt habe. Und nichts entspreche der Gesinnung des Fürsten Bismarck treffender, als die überschwengliche Rücksichtnahme auf den Zaren. Der frühere Reichskanzler habe den fremden Berichterstattern gegenüber Rußland die heißesten Liebeserklärungen gemacht: mit Rußland könne Deutschland sich niemals verfeinden; ein Krieg mit Rußland sei ganz undenkbar; auch Rußland denke an keinen Zusammenstoß mit Deutschland und werde sicherlich selbst neutral bleiben, wenn Deutschland einen Krieg mit Frankreich bekommen sollte. Es stimmte mit dieser Haltung des Fürsten Bismarck überein, daß seine Presse jüngst allerlei Anzüglichkeiten gegen die habsburgische Monarchie veröffentlichte und dem Zaren als Morgengabe für seine Freundschaft Bulgarien und den Orient entgegentrug. Das sei die Seite der auswärtigen Politik des früheren Reichskanzlers, welche in Deutschland immer Kopfschütteln erregt und den nationalen Stolz bisweilen verletzt habe.

Es war zu erwarten, daß die scharfen Ausführungen der „Preußischen Jahrbücher“ über die Reise des deutschen Kaisers nach Rußland und den Fürsten Bismarck als Urheber dieser Reise nicht ohne Widerspruch seitens des früheren Reichskanzlers bleiben würden. In den „Hamburger Nachrichten“ wurde — anscheinend aus der Umgebung des Fürsten Bismarck — geschrieben: „Wenn die „Preußischen Jahrbücher“ sich den bisher erstrebten Ruhm einer Geschichtsquelle sichern wollen, so werden wir von ihnen erwarten können, daß sie die Mitteilung, auf der das von ihnen wiedergegebene „Gerücht“ beruht, näher kennzeichnen und der Welt ein Urteil über die

Glaubwürdigkeit jener Mitteilung gestatten. Bis zu diesem näheren Nachweise wird weder die eine noch die andere Version (in Bezug auf den Anteil Bismarcks an der Kaiserbegegnung) in der lesenden Welt viel Glauben finden, und ihre unehrlichen Anwürfe werden den Fürsten Bismarck weder hinter dem Kaiser, noch hinter dem Zaren treffen. Die Selbständigkeit eines jeden der beiden hohen Herren ist allgemein bekannt, und es ist nicht wahrscheinlich, daß einer von ihnen die gegenseitigen persönlichen Beziehungen den Intentionen eines Ministers unterordnen werde, am allerwenigsten denen eines fremden. Wir glauben, daß Herr Professor Dr. Delbrück es seinem publizistischen Rufe schuldig ist, einen näheren Beweis für seine Behauptungen bezüglich des Fürsten Bismarck anzutreten, und daß er sonst der Annahme Raum giebt, er habe die Erfindungen über den Fürsten Bismarck seinem Blatte nur einverleibt, um die heutige auswärtige Politik des Reiches mit einer Schärfe anzugreifen, die sich dadurch zu decken sucht, daß sie ihre Spitze scheinbar gegen den früheren Kanzler richtet. „Unwidersprochene Gerüchte" und gleichzeitige Konjunkturen über Beeinflussung entweder der deutschen oder der russischen Entschließungen gewähren für die Grobheit des Delbrückschen Tadels des Geschehenen doch nur eine unzulängliche Deckung. Wir enthalten uns jeden Urteils über die politische Tragweite des Petersburger Besuches und drücken nur unser Bedauern aus, in einem freikonservativen Organe lügenhafte Insinuationen gegen den früheren Reichskanzler zu finden, zugleich mit leidenschaftlichen und ungerechten Angriffen auf die Politik des heutigen."

Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese Worte nach einer ganz andern Seite als Herrn Delbrück richteten und daß sie auch nichts weniger als zur Verteidigung des Herrn von Caprivi bestimmt waren.

Wenn nun auch der Reichsanzeiger der vielleicht nicht unrichtigen Meinung ist, daß er für den Fürsten Bismarck nicht mehr in die Schranken zu treten brauche, so hatte das amtliche Organ unseres Erachtens doch schwerwiegende Gründe, diese Darstellung der „Preußischen Jahrbücher" nicht zu ignorieren. Denn es liegt auf der Hand, daß jene Darstellung nicht lediglich die Absicht haben konnte, den Fürsten Bismarck zu befehden, sondern den weitergehenden Zweck verfolgte, jenen Kurs der auswärtigen Politik zu diskreditieren, der mit äußerster Vorsicht die Beziehungen zwischen den Höfen von

Berlin und St. Petersburg zu pflegen und zu befestigen suchte, um einer Störung des Weltfriedens vorzubeugen; jenen Kurs, den Kaiser Wilhelm I. noch auf dem Sterbebette seinem Enkel aufs dringendste anempfohlen hat und den nun gewisse Politiker neuerdings um so lieber verlassen sehen möchten, je tiefer sie überzeugt sind, daß die englische Freundschaft ungleich wertvoller sei, als die russische und kaum teuer genug erkauft werden könne. Anläßlich des vielbesprochenen Artikels der „Preußischen Jahrbücher" erinnerte die „Post" daran, daß sie es war, die zuerst die Nachricht von einem zweiten Besuche Kaiser Wilhelms bei seinem kaiserlichen Vetter gebracht hatte. Wenige Tage nach der Abreise Kaiser Alexanders von Berlin, die am 13. Oktober 1889 erfolgte, schrieb am 18. Oktober in Nummer 288 die „Post": „Die beiden Kaiser haben sich nicht getrennt, ohne bereits eine Zusammenkunft zu vereinbaren. Kaiser Alexander hat den Kaiser Wilhelm gebeten, den großen Manövern beizuwohnen, welche im nächsten Sommer in Rußland stattfinden werden, und unser Kaiser hat diese freundschaftliche Einladung seines hohen Gastes und Verwandten auf das bereitwilligste angenommen."

Wurde die Delbrücksche Auffassung der zweiten Kaiserreise nach Rußland im hochkonservativen Lager der „Neuen Preußischen Zeitung" mit Genugthuung aufgenommen, so hatte dieses Organ des Antirussentums bereits die Reise des Kaisers im Herbste 1888 nach Konstantinopel als eine glänzende Demonstration gegen Rußland und als eine Niederlage Bismarcks gefeiert. Bismarck hatte den Vorsatz des Kaisers, nach Konstantinopel zu gehen, aus Rücksicht auf Rußland nicht gebilligt. Der Öffentlichkeit gegenüber kam dieser Umstand insofern zur Geltung, als die offiziösen Organe, obgleich der Kaiser schon Anfang Juli dem außerordentlichen türkischen Gesandten Ali Nizami den Besuch in Konstantinopel zugesagt hatte, noch bis Mitte September das Bestehen des Planes in Abrede stellen mußten. Wenn aber irgend eine Reise des Kaisers, meinte die „Neue Preußische Zeitung", einer ganz bestimmten und klar erkenntlichen politischen Berechnung entsprungen war, so sei es diese gewesen; der Versuch, derselben den Charakter einer „Vergnügungsreise" zu geben, möchte aus diplomatischen Rücksichten berechtigt sein, eine kritische Würdigung dieser hochpolitischen Vorgänge wird sich dadurch nicht täuschen lassen.

Zur Zeit der Berliner Konferenz — so räsonnierte die „Neue

Preußische Zeitung" — stellte Fürst Bismarck den Grundsatz auf, daß die orientalische Frage für Deutschland nicht den Wert eines einzigen deutschen Soldaten besitze; damals existierte diese Frage allerdings auch nur als Streitobjekt zwischen Rußland, Österreich und England; ein selbständiger Machtfaktor, der in der politischen Konstellation der europäischen Mächte Beachtung verdient hätte, war auf der Balkanhalbinsel nicht vorhanden. Heute freilich sei die Sachlage eine andere; die Türkei nimmt gegenwärtig als Militärstaat eine Stellung ein, mit welcher jede Großmacht in diesem Falle zu rechnen haben würde, und in zweiter Linie repräsentieren heute Bulgarien und Rumänien eine Macht, deren Entwickelung vor zwölf Jahren noch nicht vorauszusehen war. Es sei zu begreifen, daß sich mit der zunehmenden militärischen Erstarkung der Türkei, die für die deutschen Militärfachkreise doch am wenigsten verborgen blieb, auch die Ansichten vieler in Deutschland gegenüber der sogenannten orientalischen Frage nach und nach änderten. Der Reichskanzler freilich, der im übrigen die innere und äußere Entwickelung der Türkei neidlos begünstigte, hielt mit großer Zähigkeit an jener einmal eingenommenen Stellung Deutschlands den Balkanfragen gegenüber fest. Auch hierbei habe offenbar die Rücksichtnahme auf Rußland mitgesprochen, anderseits erfahre man jetzt, daß nach der Ansicht des Fürsten Bismarck eine Politik, welche den Sultan direkt begünstige, in Deutschland niemals populär werden könne. Letztere Meinung dürfte wohl bereits durch die Thatsachen etwas überholt sein. Ein Überblick über die militärischen Kräfte des osmanischen Reiches, von deren vorzüglicher Beschaffenheit der Kaiser sich allerdings erst bei seiner Anwesenheit in Konstantinopel überzeugen konnte, mußte zu dem klaren und einfachen Ergebnis führen, daß durch eine enge Annäherung der Türkei an den Dreibund die Kräfte desselben gegenüber einer russisch-französischen Koalition bedeutend verstärkt erscheinen würden. Hierzu aber war es erforderlich, das so oft beklagte Mißtrauen des Sultans zu beseitigen. — Nun, daß der Sultan allen Grund hatte, sich den freundschaftlichen Versicherungen Frankreichs, Englands und Rußlands gegenüber „mißtrauisch" zu zeigen, beweise doch die Geschichte der Türkei während der letzten fünfzehn Jahre im Übermaß. Gleichwohl aber trat aus allen übrigen Erwägungen für den Sultan ein Punkt mit um so schärferer Klarheit hervor.

Es war die Überzeugung, daß Rußland der stärkste und unversöhnlichste Feind der Türkei ist, dessen drohende Haltung nur durch eins, nämlich die enge Freundschaft zu Deutschland paralysiert werden könne. Dies seien politische Erwägungen von unabweisbarer Folgerichtigkeit. Und die Entscheidung des Kaisers konnte, nachdem er einmal mit der übertriebenen Rücksichtnahme auf die russischen Wünsche gebrochen, nicht lange zweifelhaft sein.

Diese Erörterung der „Neuen Preußischen Zeitung" war eigentlich ein Thema für russische Hetzblätter. Werden von deutscher Seite überhaupt Anstrengungen in Konstantinopel gemacht, so beziehen sich dieselben höchstens auf die thunlichste militärische Regeneration der Pforte, zu welchem Zwecke ihr gestattet wurde, meist deutsche Offiziere in ihre Dienste zu nehmen, ein Beweis, daß man in Berlin von ihr keine andere militärische Aktion, als eine solche zur Verteidigung ihres Bestandes mehr erwartet. Die Pforte selbst kennt seit dem letzten Kriege gegen Rußland keine andere Politik als die, es mit niemand zu verderben, und wie sie um sich her die tiefste Ruhe wünscht, so vermeidet sie auch selbst jede geräuschvolle Bewegung, um auf ihr Vorhandensein ja möglichst wenig aufmerksam zu machen. Ein solcher Staat sucht keine Allianzen, da solche immer an anderer Stelle Anstoß erregen müssen, wird aber auch von niemand als Alliierter gesucht, am allerwenigsten von den Friedensmächten, da es in der Natur der Dinge liegt, daß die Pforte von selbst der von denselben verfolgten Politik das beste Gelingen wünschen und nötigenfalls mit ihnen gemeinsame Sache machen muß. Kommt es zum Kriege, so kann die Türkei nur Seite an Seite mit den Mächten auftreten, welche die Fristung ihrer Existenz anstreben. Die Tripelallianz, sagte vor einiger Zeit ein Berliner Blatt, ist einer Kommanditgesellschaft zu vergleichen, sie hat stille Teilhaber; einer davon ist jedenfalls die Türkei, aber nicht erst seit neuerer Zeit, sondern schon längst. Ohne die Tripelallianz würde sie vielleicht schon heute nicht mehr bestehen.

Wir müssen hier ein Wort über Rumänien einschalten, das oft wie ein Annex des Dreibundes betrachtet wird. Dort kämpfen die Russen- und die österreichische Partei wie anderswo gegen einander. Rußland möchte aus Rumänien das Sprungbrett machen, von welchem aus es nach Serbien und Bulgarien gelangen könnte, während dasselbe sich anschickt, ein Vorwerk Mitteleuropas zu werden. Die Altkon-

servativen in der Walachei und mehr noch in der Moldau gelten herkömmlich als entschiedene Russenfreunde, haben aber, zur Macht gelangt, dank dem übeln Eindruck russischer Umtriebe auf das rumänische Volk, der Politik Rumäniens eine wesentlich veränderte Richtung nicht zu geben vermocht, sondern bald eine Stütze an der junimistischen oder jungkonservativen Gruppe, in einer Koalition mit ihr im Kabinett und im Parlamente zu suchen sich veranlaßt gesehen. Diese Gruppe aber ist, wie die Liberalen, durchaus gewillt, die Unabhängigkeit Rumäniens auch gegen Rußland aufrecht zu erhalten. Innerlich fühlen sie sich dem Occidente verwandt, wie denn ihr hervorragendster Führer P. Carp und mehrere seiner Freunde eine durchaus westeuropäische, speziell auch deutsche Bildung genossen haben. Derselbe erklärte im Mai 1890 in der Deputiertenkammer, als es sich um die zu bewilligenden Befestigungen handelte, dieselben seien bestimmt, die politische und kulturelle Stellung Rumäniens gegen die Ausdehnungsgelüste des Ostens zu sichern. Rumänien könne in einem spätern Kampfe des Ostens gegen den Westen nicht passiv bleiben, und sein Platz sei dann auf der Seite des Westens, neben dem Dreibunde. Gerade vom Westen, dem es innerlich angehöre und seine Kultur verdanke, sei das Land aber durch hohe Gebirgsketten getrennt, während es nach Osten zu vollständig offen daliege. Der Minister des Auswärtigen, Lahovary, suchte die gegen Rußland gerichtete Spitze dieser Erklärung freilich etwas abzustumpfen, indem er meinte, die Befestigung binde die Politik Rumäniens für die Zukunft in keiner Weise, aber einer schärferen Einwirkung des früheren Ministerpräsidenten Katargiu auf Carps Erklärungen ließ er seinerseits wieder die Bemerkung folgen, daß er mit dem letzteren im allgemeinen zusammengehe. Das Ergebnis war die Annahme der Vorlage mit 93 gegen 53, also mit einer Mehrheit von 40 Stimmen.

Am 18. Dezember 1890 rief ein Deputierter im rumänischen Abgeordnetenhause unter allseitigem und stürmischem Beifall aus: „Eine Regierung, welche es wagen würde, mit Österreich-Ungarn eine Militärkonvention abzuschließen, würde von dem Lande verflucht werden.“ — Es ist nicht blinder Haß, der dieses Wort diktierte, sondern nur der beleidigte nationale Stolz eines Volkes, welches dem Westen die Hand reichen möchte, aber mit kalter Verachtung

zurückgestoßen wird. Man hegt dort die Hoffnung zu den leitenden Kreisen des Dreibundes, daß diese Rumänien, beziehungsweise das rumänische Volk, zu einem geachteten und anerkannten Gliede der mitteleuropäischen Friedensliga erheben und auch dafür den Siebenbürgern etwas Ruhe vor ihren magyarischen Peinigern verschaffen werden. — Wird aber die österreichische Krone diese Situation nicht verstehen, oder wird sie nicht den Mut haben, hierin auch etwas gegen den Willen der Magyaren zu thun, so wird hierdurch ein immer schwierigerer Zustand im Südosten der Monarchie und damit auch des Dreibundes geschaffen.

Wir kommen zu den Antrittsvisiten des Kaisers im Jahre 1888 zurück. Bemerkt wurde — wie schon bei andrer Gelegenheit erwähnt — daß Wilhelm II. den Grafen Taaffe bei seinem Besuche in Wien im Oktober 1888 bei keiner Begegnung ansprach, ihn auch bei den Ordensverleihungen leer ausgehen ließ. Ein Jahr später mußte sich das Wiener „Fremdenblatt" der Minister annehmen, die, mit dem Grafen Taaffe an der Spitze, bei dem Empfange des deutschen Kaisers fehlten.

Der Besuch des Kaisers in Rom fand seine volle Würdigung in den Worten eines süddeutschen Blattes: „Italien ist ein streng parlamentarisch regiertes Land. Die Frage war, ob das Bündnis mit Deutschland gegenüber dem Wechsel, dem die parlamentarischen Dinge unterthan sind, auf Dauer zu rechnen habe, mit anderen Worten: ob es wirklich volkstümlich sei. Es fehlte ja nicht an entgegenarbeitenden Kräften. Die republikanischen Neigungen sind dabei vielleicht am geringsten anzuschlagen. Von ganz anderem Gewicht ist eine große Zahl der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Interessen, die unter dem gespannten Verhältnis zu Frankreich leiden, besonders seitdem die Handelsbeziehungen durch das Scheitern der Handelsvertrags-Verhandlungen einen so schweren Stoß erhielten. Von Frankreich aus wurden die unglaublichsten Anstrengungen gemacht, eine Bewegung zum Sturze Crispis zu stande zu bringen. Die ganze neuere Politik Frankreichs gegen Italien ist bis zu einem gewissen Grade nur unter diesem Gesichtspunkte zu verstehen. Und selbstverständlich arbeitete der unverständliche Einfluß des Klerus ebenfalls mit aller Kraft in der Richtung jener Bewegung. Wer will sagen, was schließlich daraus geworden wäre? Da kam die

Romfahrt unseres Kaisers. Man muß sich gegenwärtig halten, daß im italienischen Volke, soweit es sich an der Politik überhaupt beteiligt, hinter die Frage Roma Capitale alles andere zurücktritt. Durch nichts wäre der Beliebtheit des Bündnisses mit Deutschland so sehr geschadet worden, als durch eine zweideutige Stellung unserseits zu dieser Frage. Und die Gegner des Bündnisses waren aufs beste am Werke, eine solche Zweideutigkeit zu behaupten. Durch den Besuch des Kaisers in Rom ward das Lügengewebe zerstört. Darin lag der Grund der wahrhaft begeisterungsvollen Begrüßung Wilhelms II. durch das italienische Volk. Der Kaiserbesuch war die denkbar wirksamste Befestigung der deutschfreundlichen Politik Italiens. Jetzt hat sie keinen parlamentarischen Sturm mehr zu befürchten, sie hat Wurzel geschlagen im Herzen des italienischen Volkes."

Mit Recht war allenthalben bemerkt worden, daß die Thronrede des Kaisers im Juni 1888 zwar der Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Italien mit großer Wärme gedachte, auch der persönlichen Freundschaft des Herrschers zu dem Zaren erwähnte, dagegen von England trotz der nahen Verwandtschaft beider Dynastien gänzlich schwieg. Es ist später behauptet worden, daß dieses Schweigen auf einen persönlichen Befehl des Kaisers zurückzuführen sei.

Kaiser Wilhelm II. hat die 1888 unterlassene Reise nach England im Jahre darauf nachgeholt. Im Mai 1890 brachte die „Kreuzzeitung" einen Artikel, der großes Aufsehen erregte und von dem mit Bestimmtheit zu erwarten stand, daß er nicht ohne Erwiderung von zuständiger Seite bleiben würde. Das Blatt staunte über die Behauptung der „Hamburger Nachrichten", daß Fürst Bismarck nie darnach getrachtet habe, mehr als eine moralische Unterstützung von England zu verlangen. Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß das deutsche Auswärtige Amt im Sommer 1888 England fast peremptorisch anging, ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen und dem Dreibund beizutreten. „Lord Salisbury sah sich durch dieses Drängen, welches noch dazu mit wenig Diskretion stattfand und durch das Erscheinen des Grafen Herbert Bismarck Tagesgespräch in allen Klubs wurde, in nicht geringe Verlegenheit versetzt und wurde infolgedessen von der Opposition, in der sich bekanntlich Labouchere besonders hervorthat, mit endlosen Fragen bestürmt. Die natür-

liche Folge war eine starke Verstimmung, und so waren denn dementsprechend, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, die deutsch-englischen Beziehungen höflich, aber kalt. Lord Salisbury hegte den ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältnis der Freundschaft anzuknüpfen, nicht sowohl um mit dem Land, welches von dem Enkel der Königin beherrscht wurde, auf bestem Fuße zu stehen, als auch, und vielmehr um dadurch Englands Stellung in der politischen Lage Europas einen sehr nötigen Halt zu gewähren. Das Verfahren des Berliner Auswärtigen Amtes verhinderte aber jede Verständigung." Noch seien zwei Jahre nicht verflossen und wie anders hätten sich mittlerweile die Beziehungen gestaltet und zwar nicht nur in dem offiziellen Verkehr, sondern auch in den Gefühlen, welche beide Nationen zu einander beseelen. Des Kaisers Besuch, sein leutseliges herzgewinnendes Auftreten und die freimütige Art, wie Se. Majestät zu erkennen gab, daß ihm an der Freundschaft Englands gelegen sei, haben eine Wandlung herbeigeführt, welche England sowohl wie Deutschland zum Segen gereichen muß und im Falle einer Verwickelung der politischen Lage einen Einfluß ausüben dürfte, der kaum überschätzt werden könne.

Fürst Bismarck blieb die Antwort nicht schuldig. Die „Hamburger Nachrichten" schrieben: Weder im Sommer 1880, noch zu irgend einer andern Zeit sei das deutsche Auswärtige Amt ungeschickt und unwissend genug gewesen, England — und sogar fast „peremptorisch" — um Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, respektive wegen Eintritts in die Tripelallianz anzugehen. „Wir haben uns schon früher über die für England bestehende Unmöglichkeit, solche Bündnisse abzuschließen ausgesprochen und die behauptete Verständigung von „Hof zu Hof" mit der Thatsache widerlegt, daß die Königin von England gänzlich außer stande sei, solche Abmachungen zu treffen; der deutsche Kaiser wäre vielleicht in der Lage, derartige Verträge sub spe rati abzuschließen, die Königin von England absolut nicht. Die „Kreuzzeitung" sollte über diese Sachlage hinreichend informiert sein, um Insinuationen nicht für glaubhaft zu halten, die im flagranten Gegensatze dazu stehen und deren Verbreitung nur auf Absichten beruhen kann, mit deren moralisch-politischer Einschätzung sich unser neulicher Artikel, den die „Londoner" Korrespondenz der „Kreuzzeitung" angreift, beschäftigt hat. Wenn in der Korrespondenz

von Lord Salisbury erzählt wird, „daß er durch das Drängen (des deutschen Auswärtigen Amtes auf Englands Eintritt in die Tripelallianz) in nicht geringe Verlegenheit versetzt worden sei," so kann diese Angabe den englischen Staatsmann nur mit Geringschätzung gegen eine Presse erfüllen, die solche Absurditäten verbreitet. Es hat thatsächlich weder ein Drängen, noch auch die leiseste Sondierung über eine Zumutung stattgefunden, deren Unerfüllbarkeit für den jüngsten Legationssekretär in Berlin oder London außer Zweifel stehen mußte. Die logische Folge eines förmlichen Anschlusses Englands an die Tripelallianz würde sein, daß, wie England zu fechten gezwungen wäre, sobald z. B. ein deutsch-französischer Krieg zum Ausbruch käme, umgekehrt das Deutsche Reich verpflichtet sein würde, mit seinen Streitkräften dem quadrupel-alliierten England für den Fall zu Hilfe zu kommen, daß letzteres mit Rußland wegen Ostasien, China oder aus sonst einem Grunde in Händel geriete. Selbst die Erfinder der Legende von den leidenschaftlichen Bemühungen des Fürsten Bismarck, England zum Eintritt in die Tripelallianz zu bewegen, werden im Ernst nicht glauben, daß Deutschland je eine solche Verpflichtung übernehmen könne, und daß ihre Übernahme dem deutschen Auswärtigen Amte jemals ein erstrebenswertes Ziel gewesen sei. Nicht minder unbegründet sind alle übrigen Angaben der „Kreuzzeitungs"-Korrespondenz. Es hat weder eine starke, noch überhaupt eine Verstimmung zwischen Deutschland und England zur Zeit des diesseitigen Thronwechsels bestanden. Die Beziehungen zwischen Berlin und London waren damals genau so wie heute, solche der intimen Freundschaft und des vollen gegenseitigen Vertrauens. Lord Salisbury konnte den „ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältnis der Freundschaft anzuknüpfen," schon deshalb nicht hegen, weil dieses Verhältnis voll bestand und von beiden Seiten jederzeit sorgfältig gepflegt worden war. Erfreulicherweise sind dieser Bestand und diese Pflege auch nach dem Regierungswechsel in Deutschland dieselben geblieben. Weit entfernt, daß das Verhalten des Berliner Auswärtigen Amtes „jede Verständigung verhindert hätte," bildete die gleichmäßige Fortsetzung des seit dem Amtsantritte Lord Salisburys stets von beiden Seiten diskret und erfolgreich gepflegten Einvernehmens zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett einen Hauptgegenstand der diplomatischen Sorge.

Es ist deshalb eine weitere Unwahrheit des „Kreuzzeitungs“-Artikels, wenn gesagt wird, das Verhältnis beider Nationen sei seit zwei Jahren ein andres geworden. Der Besuch des jetzigen Kaisers in England und sein gewinnendes Auftreten haben ohne Zweifel neue Bürgschaften für die Dauer dieser seit Jahren bestehenden Freundschaft entstehen lassen, aber daß eine „Wandlung“ der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, ist eine dreiste Unwahrheit, deren Verbreitung auch dem Lord Salisbury schwerlich erwünscht sein dürfte.“

Fürst Bismarck verteidigte sich auch, als sein Nachfolger sich auf ihn wegen des Abschlusses des Vertrages mit England über die Interessensphären in Ostafrika vom 1. Juli 1890 berief. Es könne sehr wohl, sagten die „Hamb. Nachr.“, kritische Situationen geben, in welchen der Satz, England sei für uns wichtiger als ganz Ostafrika, eine größere Tragweite in Anspruch nehmen kann, als die einer Randbemerkung, welche den Zweck hat, übertriebenen oder voreiligen Bestrebungen Schranken zu ziehen. Es könne auch umgekehrt Lagen geben, in welchen auch England ein ähnliches Bedürfnis empfinden könnte, die Freundschaft Deutschlands durch koloniale Zugeständnisse zu befestigen. Aber es sei notorisch, daß solche kritische Momente, solche Situationen, in welchen Deutschland etwa zwischen dem Bruche mit England oder dem Verzichte auf Kolonien hätte wählen müssen, 1890 nicht vorlagen. „Unsere Beziehungen zu England waren auch ohne Verzicht auf Sansibar und Witu so, wie sie längere Zeit hindurch hätten bleiben können. Nichts drängte derart zum Abschlusse und wir wissen von unsern Hamburger Mitbürgern, welche mit Sansibar im regen Verkehr stehen, daß die dort wohnenden Engländer von der ersten Nachricht von dem deutschen Verzicht überrascht wurden und sie für erfunden hielten. Wenn verschiedene Blätter und auch solche, die hier in Hamburg erscheinen, aus den citierten Randbemerkungen des Fürsten Bismarck und aus dem Gewicht, welches er vor weiterem Vorschreiten auf Sicherung des Einvernehmens mit England legte, den Schluß glauben ziehen zu können, daß der frühere Kanzler sich bereits mit der Ansicht getragen habe, die Sphäre unsrer Wirksamkeit in Afrika soweit einzuschränken, wie es heute der Fall ist, so ist dieser Schluß doch ein sehr gewagter und auch nicht gerechtfertigt durch den Umstand, daß die

Rede des heutigen Kanzlers diese Meinung zulässig erscheinen läßt, ohne sie auszusprechen."

Nach Crispis Rücktritt im Februar 1881 rückte Italien wie mit einem Schlage ein verwandeltes Bild vor unsre Augen. Der Wechsel an der Spitze des Ministeriums in Rom brachte die Frage: was wird 1892 aus dem Bunde? noch vor der Zeit in Fluß. Die Gegner waren geschäftig, Stellung zu nehmen, die Gemüter erhitzten sich. Es waren ministerielle Blätter, die ehemals auf die Cavallotti und Imbriani, die alten Franzosenfreunde und Antipoden Crispis, spöttisch herabblickten, es waren Blätter wie Fanfulla und Tribuna, welche den Vertrag vorgelegt haben wollten, um ihn zu prüfen und — je nachdem — zu verwerfen. Sie wollten, daß Italien bei der Erneuerung der Allianz nicht die Verpflichtung eingehen dürfe, gegen Frankreich ins Feld zu ziehen, falls dieses Deutschland angreift. Was würde dann aber am Vertrage übrig bleiben? So wenig uns die Details desselben bekannt sind, so ist doch seine allgemeine Tendenz eben gerade die, daß Deutschland und Italien sich in dem Falle eines Angriffs von dritter Seite unterstützen. Crispi hatte dies in seiner Turiner Rede vom Oktober 1887 mit den Worten ausgedrückt: „Unser Alliaunzsystem dient der Vorbeugung (preservatione), der Ordnung, nicht der Störung (perturbamento). Weder Italien, noch Österreich und Deutschland hegen Angriffsgedanken gegen irgend eine andere Macht; ihr Bund ist zur Erhaltung des bestehenden Besitzstandes in Europa geschlossen, gegen jeden, der diesen und den Frieden stört. Erfolgt eine solche Störung, so tritt das Bündnis zu gemeinsamer Abwehr in Kraft."

Nun kamen die neuen Ministeriellen im Bunde mit den Radikalen und sagten: Italien soll dem Deutschen Reiche im Fall eines französischen Angriffs nicht beispringen, das konträre Gegenteil von dem, was Crispi geäußert hatte; es war die Negation des Vertrages, der Bund wäre in diesem Falle nicht zur Erhaltung des bestehenden Besitzstandes in Europa geschlossen und nicht gegen jeden geschlossen, der diesen und den Frieden stört. Der Nachfolger Crispis, Herr Rudini, hat die Illusionen der Franzosenfreunde schnell gestört. Er sagte in der Deputiertenkammer: „Unsere Ideen sind jene, die ich vor vierzehn Tagen aussprach. Wir sind nicht auf diese Bank gekommen, um die Bande des Dreibundes zu lockern,

sondern mit dem Vorsatz, denselben aufrecht zu erhalten, da er uns eine lange Friedensära gebracht hat und weiterhin verspricht. Die Aufrechterhaltung des status quo kann jenen mißfallen, die nach großen und blutigen Verwirrungen verlangen, nicht aber jenen, die den Frieden ihres Landes lieben. Wir werden vielmehr mit aller Sorgfalt suchen, uns des Dankes der Verbündeten zu versichern, indem wir jeden Grund, jede Drohung eines Angriffs zu beseitigen trachten. Es schmerzt mich, daß Zweifel, Verdächtigungen, Mißtrauen erregt wurden bezüglich unserer Beziehungen zu Frankreich, mit welchem wir freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten entschlossen sind. Diese meine Erklärung möge diejenigen beruhigen, welche in dem Dreibund ein Werkzeug des Krieges sahen und sehen."

Drei Staatsmänner, deren auswärtige Politik den Dreibund zum gemeinsamen Angelpunkt hatte, sind in den Jahren 1890 und 1891 aus ihrer Wirksamkeit geschieden: Bismarck, Crispi, Tisza. Ist der Dreibund unter ihren Nachfolgern aus seiner Bahn gewichen? Man wird wohl auf die Herren von Caprivi, Marquis di Rudini, Graf Szapari das Wort anwenden können, was der Graf Apponyi einmal im ungarischen Landtage sagte. Im Februar 1889 drückte derselbe sein Erstaunen darüber aus, daß ein Teil der auswärtigen Presse die Festigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn als an die Erhaltung der Regierung des Ministerpräsidenten Tisza geknüpft und durch die Opposition gefährdet darstelle. Es existiere keine Schattierung der öffentlichen Meinung in Ungarn, der dieses Alliianzsystem nicht als Kardinalpunkt gelten würde. Diese Bündnisse seien nicht ein Privilegium einer Partei, seien nicht auf die zwei Augen eines Staatsmannes gestellt, sondern bildeten die Politik der gesamten ungarischen Nation. Von andern wurde die Überzeugung ausgedrückt, daß in Ungarn keine Regierung auch nur ein halbes Jahr existieren könne, die eine andere als eine deutschfreundliche Politik befolgen wollte. Ministerpräsident Tisza erwiderte: „Auch ich halte dieses Bündnis nicht für so ephemer, daß es von einzelnen Menschen abhängig wäre; denn nach meiner alten und auch jetzt noch festen Überzeugung ruht dieses Bündnis auf stärkerer Basis, als selbst die Sympathie sie schafft. Denn es ist im wohlverstandenen Interesse aller drei verbündeten Staaten gelegen."

Herr von Caprivi hat bereits im vorigen Jahre Zusammen-

künfte mit seinem österreichischen und italienischen Kollegen gehabt, und es steht zu erwarten, daß sich für die Zukunft ein Mittelpunkt findet, wo alljährlich sich die drei Staatsmänner versammeln, wie einst Friedrichsruh ihn bot, der alljährliche Wallfahrtsort für die Herren Kalnoky und Crispi. Diese Meetings hatten keineswegs den Zweck für die Teilnehmer, nur über augenblicklich spielende Fragen ihre Meinungen auszutauschen. Sie bedurften keiner speziellen Veranlassung. Was sie sollten und erreichten, haben wir ausführlich Seite 165 auseinandergesetzt. Friedrichsruh als Stelldichein galt nicht nur dem höheren Alter Bismarcks, sondern auch der Bedeutung Deutschlands. Man kann einigermaßen gespannt sein, ob künftig dafür ein wandelndes rendez-vous geschaffen wird, zugleich als Sinnbild einer veränderten Zeit.

Es läßt sich nicht leugnen, daß nicht mehr bloß aus dem alten freisinnigen und hochkonservativen Lager, sondern auch von anderer Seite her, aus Kreisen, die, wenn sie nicht der heutigen Regierung näher stehen, doch regierungsfreundlich sind, die Stimmen sich mehren, welche einen Wandel der Stellung Deutschlands zu Rußland und dadurch auch zum Dreibunde verlangen. Jedenfalls wird Fürst Bismarck seine Gründe haben, gerade jetzt durch seine Organe vor jenem Wechsel zu warnen. Zwar wird jede seiner Warnungen regelmäßig auf allen Seiten mit Hohn aufgenommen, obwohl man denken sollte, eine Autorität wie die seine, ein Interesse, wie man bei ihm an der Erhaltung seines Werkes, des Dreibundes, voraussetzen muß, sollte höher in den Augen anderer stehen, als die eigene Klugheit. Schon im Juli 1890 sagte Bismarck in seinem Organe: Wenn der Dreibund die Bestimmung habe, Rußland von Angriffen auf Österreich abzuhalten, so sei es die Aufgabe Deutschlands, zwischen Österreich und Rußland stets im Sinne des Friedens zu vermitteln. Zu diesem Zwecke müßte Deutschland stets gute und befreundete Beziehungen zu Rußland unterhalten. In demselben Moment, wo Deutschland Österreich zu Liebe mit Rußland bräche, würde es in Abhängigkeit von Österreich geraten. Weiter hieß es in dem Artikel: „Vor diesem Schicksal muß jeder wahre Patriot unser Vaterland bewahrt wissen wollen. Sobald Deutschland auch nur ein einziges Mal sich dazu hergegeben hätte, österreichische Dienste gegen Rußland zu verrichten, würde die österreichische Diplomatie dafür sorgen, daß wir

ihr zu Willen sein müßten. Wir wären mit Rußland brouilliert und auf Österreich allein angewiesen, während wir jetzt, abgesehen vom Bündnisfalle, völlige Aktionsfreiheit haben und deshalb, sowie wegen unserer militärischen Stärke, die führende Macht des Dreibundes sind." Am Schlusse des Artikels wurde gesagt: „Das Schicksal des Prinzen Ferdinand von Koburg und Bulgariens ist uns keinen Schuß deutschen Pulvers wert; es hat nur für Österreich Bedeutung, bezüglich dessen wir unser eigenes Interesse schädigen, wenn wir seine Politik Rußland gegenüber vertreten wollten."

Seitdem sind gelegentlich immer von neuem ähnliche und andere Mahnungen aus Friedrichsruh gekommen, die uns eben wegen der Bedeutsamkeit ihrer Quelle darauf schließen lassen, daß die alte Magnetnadel der deutschen Politik Abweichungen zeigt. Die ganze Tendenz unseres Buches ist dahin gegangen, die Natur des Dreibundes nachzuweisen, die nicht dahin zielt, die Interessen der drei Glieder in allem vollständig zu verschmelzen. Findet Frankreich Deutschland nicht mehr an der Seite Rußlands vor, dann stehen die beiden Schlachtreihen, hier der Dreibund, dort Rußland und Frankreich, sich sofort zum Losschlagen gegenüber.




UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 06397 1892

